PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

– Sonderheft 1 –

Wolfgang Müller/Christel Neusüss, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital

Helga Faßbinder, Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative

Westberlin/Erlangen Juni 1971 4,00 DM

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

1. Jahrgang **Sonderheft 1** **Juni 1971**

Inhalt **Seite**

Redaktion
PROBLEME
DES KLASSENKAMPFS

c/o E. Altvater
1 Berlin 12, Knesebeckstr. 16

Verlag, Vertrieb, Anzeigen,
Abonnements:

POLITLADEN GMBH

852 Erlangen, Hindenburgstr. 17
Tel. 09131/25743 und 24850

Druck:
Verlag Anton Hain KG, Meisenheim/Glan

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS
erscheint zunächst vierteljährlich,
Nr. 1 am 1.10.1971.
Preis des Einzelheftes DM 4,00,
Sonderhefte je nach Umfang und Auflagenhöhe.

Abonnementspreis: DM 15,00 für vier Nummern inkl. Versandkosten. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von mindestens 15,00 DM für vier Nummern bezahlt wurde. Dabei ist anzugeben, ab welcher Nr. das Abonnement gewünscht wird. Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten, sondern müssen extra bezogen werden. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen vor Ablauf des jeweiligen Vier-Nummern-Turnus.
Bezahlung durch Bankscheck oder Überweisung auf PschKto. Politladen, Nr. 3234 PschA Nürnberg.

Erklärung der Redaktion

Die Mehrheit der Redaktionskonferenz der Zeitschrift Sozialistische Politik hat das Redaktionskollektiv,bisher vertreten durch Hella und Frank Stern,Bernd Langfermann und Gudrun Wossilo,abgewählt und eine neue Kommissarische Redaktion bestimmt.Gegen das bisherige Redaktionskollektiv haben wir eine einstweilige Verfügung auf Herausgabe des technischen Apparats der SOPO und auf Untersagung an das Redaktionskollektiv,weiterhin als Herausgeber der SOPO und in ihrem Namen zu sprechen,eingereicht,welcher vom Gericht endgültig nicht stattgegeben wurde.Zu dem Beschluß,vor ein bürgerliches Gericht zu gehen,um die Kontinuität der Zeitschrift Sozialistische Politik zu sichern,sind wir durch das Verhalten des Redaktionskollektivs - Gründung einer GmbH mit dem Redaktionskollektiv als alleinigem Gesellschafter (s.u.) - gezwungen worden.

In den letzten Jahren sind mehrere Zeitschriften,die von nicht revisionistischen Gruppen gegründet und aufgebaut wurden,in die Hände von revisionistischen und sektiererischen Gruppen gefallen.Erinnert sei an "Kürbiskern","Extradienst","Argument" - heute alle SEW/DKP - und an die RPK - heute KPD/AO.Die dabei verwandten Methoden gleichen einander: Berufung auf bürgerliches Recht;z.T.in Verbidnung mit politischen Putschaktionen.

Von einer Auseinandersetzung um die Ausarbeitung einer revolutionären Etappenbestimmung für den gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe kann in diesen Blättern keine Rede mehr sein.Ein ähnliches Schicksal der SOPO würde bedeuten,daß die Publikationsmöglichkeiten für nichtrevisionistische Gruppen nochmals erheblich eingeengt würden.Die Mehrheit der Redaktionskonferenz hält es daher für richtig,die aufgezwungenen Auseinandersetzungen mit allen verfügbaren Mitteln durchzustehen.

Zur Information der Genossen geben wir im folgenden erstens einen Überblick über die Ereignisse und Auseinandersetzungen in der SOPO,und zweitens eine Skizzierung der Arbeits- und Publikationsvorhaben der Mehrheitsfraktion für dieses Jahr.

Die in der SOPO-Redaktionskonferenz seit Ende letzten Jahres stattfindenden Auseinandersetzungen um die Bestimmung des Inhalts und der politischen Linie der Zeitschrift,ihr Verhältnis zu den Parteiaufbauorganisationen in Westberlin und zu den im Proletariat arbeitenden und an der Hochschule tätigen studentischen Gruppen in Westdeutschland ist durch die Usurpation der Zeitschrift durch das Redaktionskollektiv auf dem Wege der Gründung einer GmbH "Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik" abgebrochen worden.Mit diesem Schritt versucht das Redaktionskollektiv,sich das alleinige Eigentumsrecht und die Verfügungsgewalt über die Zeitschrift auf bürgerlich-rechtlichem Wege zuzuschanzen,um auf diese Weise die "planmäßig vollzogene Instrumentalisierung der Zeitschrift im Vorfeld der kommunistischen

Partei" (sprich SEW/DKP) zu sichern. Das Redaktionskollektiv erklärte gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der Redaktionskonferenz, welche bisher den Inhalt der Zeitschrift nahezu 100-prozentig bestimmte, für beendet, behielt sich allerdings vor, weiterhin solchen Gruppen aus der Redaktionskonferenz die Zusammenarbeit anzubieten, welche bereit sind, auf seine Linie einzugehen, auf eine Linie, welche vom Redaktionskollektiv im Sinne der oben zitierten Äußerung festgelegt wird. Die Linienbestimmung erfolgt auf der Grundlage einer liquidatorischen Stellung zur gesamten Studentenrevolte und den ihr folgenden Organisationsversuchen. Eine nichtrevisionistische Linie der Zeitschrift, welche in den politischen Auseinandersetzungen seit Ende des letzten Jahres mehrheitlich von der Redaktionskonferenz angestrebt wurde, und welche schon vorher den politischen Inhalt der Zeitschrift bestimmte, erscheint dem Redaktionskollektiv als nichts anderes, denn ein "ideologisches Abfallprodukt der Intellektuellenbewegung", als "prinzipienloser Eklektizismus der bisherigen Ausgaben", mit dem jetzt "Schluß gemacht" werden müsse, da es nicht "Aufgabe einer Zeitschrift wie der SOPO" sei, "Tummelplatz sektiererischer Aktivitäten zu werden".

In solch forscher Redeweise seine eigene Genese und die der Zeitschrift negierend, kann es dem Redaktionskollektiv nur noch darum gehen, sich und der Zeitschrift "unumwunden die proletarische Anschauungsweise anzueignen", welche es in den nach seiner Meinung "im Proletariat verankerten kommunistischen Organisationen SEW und DKP" entdeckt hat. (Sämtliche Zitate aus der Stellungnahme des Redaktionskollektivs zur gegenwärtigen Situation und Entwicklung der SOPO). Durchaus folgerichtig veröffentlichte das Redaktionskollektiv, nachdem es sich durch Antrag auf Eintragung ins Handelsregister hinter dem Rücken der Redaktionskonferenz sein alleiniges Verfügungsrecht über die Zeitschrift "rechtlich abzusichern" versucht hatte, zu den Westberliner Wahlen einen Aufruf mit SOPO-Kopf zur Wahl der SEW, in dem alle diejenigen, die nicht auf dieser Linie liegen, als "sich sozialistisch gerierende Kapitulanten" bezeichnet werden.

Das dezidierte politische Auftreten des Redaktionskollektivs entspricht keineswegs seinem bisherigen Verhalten innerhalb der Redaktionskonferenz. Bis vor kurzem hat sich nämlich das Redaktionskollektiv vollends unbeteiligt gezeigt an der Bestimmung des politischen Inhalts der Zeitschrift; es zeichnete sich innerhalb der Diskussion der SOPO-Redaktionskonferenz vielmehr durch die Unfähigkeit aus, einen eigenen politischen Standpunkt zu formulieren.

Da das Redaktionskollektiv versucht, die Linie der Zeitschrift statt durch Teilnahme an der inhaltlichen Diskussion der Aufsätze und der Planung der Zeitschrift auf dem bürgerlichen Rechtswege zu bestimmen, blieb uns in der Tat nichts anderes übrig, als auf dem gleichen Wege diese Usurpation zu verhindern. Die Strategie des Redaktionskollektivs, in den letzten Wochen statt in abstrakter Weise auf politische Diskussionen über die Bestimmung der Linie der Zeitschrift zu pochen - diese wurde übrigens geführt -, während es gleichzeitig ohne Wissen der Redaktionskonferenz die Eintragung seines alleinigen Eigentumsrechts an der Zeitschrift bei

dem Handelsregister vorbereitete und durchführte, kann im nachhinein als nichts anderes denn als Ablenkungsmanöver gegenüber Genossen, welche an der Möglichkeit einer solidarischen Einigung über die Bestimmung der Zeitschrift festhielten, betrachtet werden.

Der Coup d'état des Redaktionskollektivs geschah natürlich nicht aus heiterem Himmel. Er war möglich auf der Grundlage scharfer Auseinandersetzungen in der Redaktionskonferenz, in welchen es vor allem um die Frage des Verhältnisses von Studentenbewegung als Intellektuellenbewegung und ihren Organisationsversuchen im Proletariat zur Klassenkampfbewegung des Proletariats selbst ging. Uneinigkeit zwischen den verschiedenen in der Redaktionskonferenz vertretenen Gruppen bestand über die Frage, ob die heutigen Nachfolgeorganisationen der Studentenrevolte Teile der Klassenkampfbewegung sind oder nicht. Schärfer: Können diese Organisationsversuche in zukünftigen Klassenkämpfen eine initiierende oder weitertreibende Funktion haben, oder hemmen sie sogar die Klassenkampfbewegung, werfen sie sie zurück? Dabei traf sich die Bischoff-Gruppe vom Soziologischen Institut mit dem Redaktionskollektiv in ihrer entschieden liquidatorischen Stellung zur Studentenbewegung, an der sie - das gründliche Studium des "Kapital" für wichtiger haltend - schließlich auch nicht teilgenommen hatte.

Einigkeit bestand demgegenüber innerhalb der Redaktionskonferenz in folgenden Punkten:

1. Der mehr oder weniger sektiererische Charakter der studentischen Parteiaufbauorganisationen hat unter anderem eine Grundlage im gegenwärtigen Theoriedefizit. Dies insofern, als es bisher nicht gelungen ist, 'die Doktrin in volle Übereinstimmung mit der Wirklichkeit zu bringen', d.h. die gegenwärtige Situation des Kapitals und der Klassenkämpfe auf Weltebene und in der BRD genau zu bestimmen auf der Grundlage der Marx'schen Analyse des Kapitalverwertungsprozesses und der historischen und theoretischen zusammengefaßten Erfahrungen der Organisationen der Klassenkämpfe des Proletariats.
2. Der politische Führungsanspruch einzelner Intellektuellenorganisationen ist als sektiererisch und dogmatisch zu bezeichnen. Er begründet sich nicht aus einer Bestimmung der nächsten Aufgaben der Linken aus der Analyse des Kapitalismus und der Klassenkämpfe. Die materielle Grundlage des sektiererischen Charakters dieser Organisationen muß in ihrem Charakter als Intellektuellenbewegung gesucht werden.
3. Aufgrund dieser Einschätzung kann keiner der studentischen Parteiaufbauorganisationen ein Verfügungsrecht über die Zeitschrift in Form eines Vetorechts in der Redaktionskonferenz zugestanden werden.
4. Die Aufgabe der Zeitschrift besteht darin, an der theoretischen Analyse der gegenwärtigen Wirklichkeit des Kapitals und dem Entwicklungsstand der Klassenkämpfe zu arbeiten, um auf diese Weise an der Erarbeitung der Voraussetzungen für die Überwindung des sektiererischen Charakters der gegenwärtigen linken Bewegung mitzuwirken, sowie den politisch an der Hochschule und im Proletariat arbeitenden Genossen eine Hilfestellung für ihre Arbeit zu geben.

Da über die vorhergenannten strittigen Einschätzungen keine Einigung erzielt werden konnte, andererseits aber allen die Weiterführung der Zeitschrift im Sinne der oben genannten Aufgaben notwendig erschien, legte die Redaktionskonferenz einen Konsensus hinsichtlich der Veröffentlichungspraxis in Form eines "Minderheitenvotums' fest, dem sich alle Gruppen, ausgenommen das Redaktionskollektiv, anschlossen. In diesem Konsensus war die Möglichkeit des Abdrucks von Aufsätzen der DKP/SEW-Position und die Auseinandersetzung mit dieser theoretischen und politischen Position innerhalb der Zeitschrift eingeschlossen, einer Auseinandersetzung, zu der sich bisher die DKP/SEW nicht bereit gefunden hat.

Wir gehen im Gegensatz zum Redaktionskollektiv nicht davon aus, daß die DKP/SEW heute im Proletariat verankert ist und die proletarische Klassenkampfbewegung repräsentiert. Ihre Taktik, Wahlkämpfe als Schwerpunkte der politischen Aktivität zu sehen; die nach wie vor geringe Verankerung aktiver Arbeiterkader in den Betrieben; die Einflußlosigkeit von Betriebskadern innerhalb der Partei; das in der Regel opportunistische Verhalten gegenüber dem Gewerkschaftsapparat: all diese Merkmale der gegenwärtigen DKP/SEW widerlegen die Behauptung, diese Partei sei im Proletariat verankert. Was das Verhältnis von Theorie und Strategiebestimmung angeht, so hat die DKP/SEW gegenüber den studentischen Parteiaufbauorganisationen allerdings einen Vorsprung. Während diese ihre Strategiebestimmung z.T. ohne jede Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitals und der Klassenkämpfe unbesehen den Klassikern und der Vergangenheit der Arbeiterbewegung entnehmen, z.T. aus einer äußerst bruchstückhaften Analyse, kann die DKP/SEW auf eine scheinbar konsistente Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, verweisen und behaupten, ihre politische Strategie und Taktik basiere auf dem wissenschaftlichen Sozialismus. Doch diese Theorie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die Marx'sche Form der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft auf weite Strecken beiseite geschoben hat. Statt die gegenwärtige Enwticklungsphase des Kapitals und der Klassenkämpfe aus den Bewegungsgesetzen und inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegsphase abzuleiten, geht die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismusvon den empirischen Erscheinungsformen des Verhältnisses von Staatsgewalt zu Großkonzernen aus und leitet daraus ganz neue Qualitäten des Kapitalverhältnisses sowie der politischen Strategie ab, wobei sie sich selbst bei dieser Ableitung häufig noch in Widersprüche verwickelt. Dem entspricht eine weitgehende Unfähigkeit zur Prognose über die Entwicklung der Klassenkämpfe, welche einer Analyse der Situation des Kapitals auf Weltmarktebene und seiner zukünftigen Tendenzen bedürfte. Sie ist unfähig, Inhalt und Bewegungsrichtung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital zu bestimmen, damit ist sie auch unfähig, Inhalt und Intensität der spontanen Kämpfe des Proletariats einzuschätzen. Entsprechend besteht die politische Praxis der kommunistischen Parteien Westeuropas darin, den spontanen Klassenkämpfen hinterherzuhinken oder sie zu behindern.

Wir können nicht davon ausgehen,daß in einer Zeitschrift,deren selbsternannte Eigentümer sich unumwunden den DKP/SEW-Standpunkt zu eigen gemacht haben,eine Auseinandersetzung mit Theorie und politischer Strategie dieser Parteien möglich sein wird.Da diese Auseinandersetzung im Zusammenhang der Klassenanalyse für Konsolidierungs- und Vereinheitlichungsprozesse innerhalb der aus der Studenrevolte hervorgegangenen linken Bewegung und für ihre Befähigung,in der Zukunft wirklich eine Funktion innerhalb der Klassenkämpfe des Proletariats zu haben,politisch notwendig ist,haben wir auf dem uns vom Redaktionskollektiv aufgezwungenen bürgerlichen Rechtsweg versucht,die Kontinuität der Zeitschrift zu erhalten.Dabei hat sich die "Bischoff-Gruppe" geweigert,uns im Rechtsstreit zu unterstützen,da ihr eine Zusammenarbeit mit dem Redaktionskollektiv durchaus möglich schien.Sie verhielt sich offen opportunistisch und versuchte,sich vor jeder Entscheidung zu drücken,bevor nicht entschieden ist,wer die Zeitschrift erhält.

Unabhängig vom Ausgang des Rechtsstreites hat die Mehrheitsfraktion der Redaktionskonferenz inzwischen die Herausgabe einer Nachfolgezeitschrift der SOPO beschlossen,die unter dem Titel 'Probleme des Klassenkampfs' ab Oktober dieses Jahres erscheinen wird.Die Herausgabe der Zeitschrift wird in Zusammenarbeit mit der 'Buchhandlung und Verlag POLITLADEN GmbH' in Erlangen erfolgen.Außer dem vorliegenden Heft zur Sozialstaatsproblematik werden bis zum Erscheinen der ersten Nummer der 'Probleme des Klassenkampfs' im Oktober noch zwei Sonderhefte herausgegeben;eins mit dem letzten Teil des Aufsatzes von Heilmann/Rabehl: "Die Legende von der 'Bolschewisierung' der KPD" (zusammen mit den in Heft 9 und 10 der SOPO veröffentlichten ersten beiden Teilen),sowie eins mit einem längeren Aufsatz über Indien.Bei dem dritten Teil des Aufsatzes von Heilmann/Rabehl,dem Aufsatz über Indien und dem Aufsatz über Probleme des Widerstandes gegen kapitalistische Städteplanung,handelt es sich um Arbeiten,die noch vor den Auseinandersetzungen um die SOPO der Redaktionskonferenz vorlagen bzw.geplant und für eine Veröffentlichung vorgesehen waren.Wir veröffentlichen diese Arbeiten deshalb zusammen mit den schon in der alten SOPO erschienenen vergriffenen Aufsätzen,um die Kontinuität der neuen Zeitschrift PROBLEME DES KLASSENKAMPFES mit der alten SOPO aufrechtzuerhalten.

Bei der Planung der Nachfolgezeitschrift der SOPO: PROBLEME DES KLASSENKAMPFES,sind wir von folgenden Überlegungen ausgegangen:

Will die Zeitschrift zu einer Bestimmung der gegenwärtigen Phase der Klassenkämpfe beitragen,will sie also daran arbeiten,die allgemeine Analyse des Kapitalverwertungsprozesses bei Marx als Instrument zur Bestimmung der konkreten Wirklichkeit des Kapitalismus zu benutzen,so kann dies nicht unabhängig von politischen Auseinandersetzungen erfolgen,welche gegenwärtig in der BRD und Westberlin um die Bestimmung der richtigen politischen Strategie stattfinden.Wesentlicher Inhalt muß dabei der Versuch zur Bestimmung der Bewegungsrichtung der spontanen Klassenkämpfe im Zusammenhang der Bewegungen des Kapitals und der Politik der gegenwärtig noch einzigen Massenorganisationen des Proletariats,der Gewrkschaften,sein.

Für ein Arbeitsprogramm sind folgende Schwerpunkte beschlossen worden:

1. Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.
2. Analyse der Gewerkschaften, Taktik kommunistischer und gewerkschaftlicher Betriebsarbeit, Auseinandersetzung mit der Bestimmung der Rolle der Gewerkschaften bei den Parteiaufbauorganisationen.
3. Gegenwärtige Phase des BRD-Kapitals (Wirtschaftskrise?). Spontanes Klassenbewußtsein des Proletariats unter den allgemeinen Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus und den besonderen Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus in der BRD.
4. Aufarbeitung der Studentenbewegung.
5. Theoretische und empirische Analyse der Übergahgsgesellschaften.
6. Entwicklung des Kapitals auf Weltmarktebene, Imperialismus und Unterentwicklung.

(Die Punkte 4.-6. sollen vor allem im nächsten Jahr Arbeitsschwerpunkte bilden.)

Es ist anzustreben, daß die Nachfolgezeitschrift der SOPO: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS, kollektiver Organisator marxistischer Forschungsarbeiten wird, indem sie Arbeitsaufgaben formuliert, Prioritäten der theoretischen Arbeit diskutiert und in diesem Zusammenhang Arbeiten initiiert. Dies soll in Zusammenarbeit mit im Proletariat und an der Hochschule arbeitenden Zirkeln der BRD und Westberlins erfolgen.

Ein Schwerpunktheft zur "Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" und eines zur Gewerkschaftsfrage sind in Arbeit. Zu diesen beiden Heften sollen Arbeitskonferenzen im Juni und im Juli dieses Jahres stattfinden.

Im Zusammenhang mit den politischen Diskussionen auf diesen Arbeitskonferenzen muß noch eine gründliche Klärung über Aufgaben und politische Funktion der Nachfolgezeitschrift der SOPO erfolgen, deren Ergebnisse als Editorial des im Oktober dieses Jahres erscheinenden ersten Heftes der Zeitschrift PROBLEME DES KLASSENKAMPFS vorliegen werden.

Westberlin, Mai 1971/Mehrheitsfraktion der Redaktionskonferenz der Zeitschrift 'Sozialistische Politik'

Elmar Altvater, Gerhard Armanski, Hans-Dieter Bahr, Bernhard Blanke, Klaus Busch, Helga Fassbinder, Dietrich Haensch, Hans-Dieter Heilmann, Eckard Hildebrandt, Jürgen Hoffmann, Ulrich Huttenlocher, Wolfgang Müller, Christel Neusüß, Susanne Piening, Benrd Rabehl, Martin Reimann, Lothar Riehn, Holger Rohrbach, Willi Semmler, Rudi Schmidt, Wolfgang Schöller, Frank Unger, Dieter Schütte.

Wolfgang Müller, Christel Neusüß

Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital

Die folgenden Überlegungen sind aus Diskussionen zur Vorbereitung einiger Aufsätze entstanden, in denen konkret sogenannte sozialstaatliche Eingriffe des bürgerlichen Staates in der BRD untersucht werden und die in loser Folge in der SOZIALISTISCHEN POLITIK erscheinen sollen. Bei der Arbeit am empirischen Material – Wohnungspolitik, Sozialgesetzgebung, Bildungspolitik –, aber auch bei der Untersuchung konjunktur- und wirtschaftspolitischer Eingriffe des Staates, ergab sich die Notwendigkeit, die Kategorien zur Bestimmung des Verhältnisses von Kapitalverwertungsprozeß und bürgerlichem Staat zu klären, wobei sich vor allem eine Auseinandersetzung mit den revisionistischen Theorien zu dieser Frage als notwendig erwies. Es handelt sich im folgenden also zunächst um eine Zusammenfassung verschiedener Spielarten der revisionistischen Staatsauffassung, sodann um ihre Charakterisierung und um die Entwicklung ihrer inneren Tendenzen. Weiter werden Ansätze der Kritik entwickelt, vor allem an der Verselbständigung der Sphäre der Einkommensdistribution von der Produktionssphäre und an der Darstellung der Durchsetzung einer spezifischen sozialstaatlichen Funktion, wie sie Marx am Beispiel der Fabrikgesetzgebung gegeben hat. Erst auf der Basis dieser Vorüberlegungen kann der Versuch unternommen werden, die konkreten Erscheinungsformen der sozial- und wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit in empirischen Untersuchungen auf den Kapitalverwertungsprozeß und seine widersprüchliche Entwicklung zu beziehen. An den Diskussionen waren außer den Verfassern u.a. Elmar Altvater, Bernhard Blanke, Kristina Blunck, Ulrich Huttenlocher und Alex Schubert beteiligt, ohne daß in allen Fragen Übereinstimmung erreicht wurde. In den Zusammenhang dieser Diskussion gehört auch die von Elmar Altvater verfaßte Konjunkturanalyse in SOPO 5/70; er war zudem an der Ausarbeitung des III. Teils direkt beteiligt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken wir noch folgendes: der vorliegende Aufsatz befaßt sich mit den revisionistischen T h e o r i e n vom Sozialstaat, gibt also keineswegs eine R e a l a n a l y s e des heutigen Sozialstaats – dies wird erst in der Untersuchung einzelner Bereiche geschehen. Daher wird auch nur am Rande behandelt, w i e sich die Sozialstaatsillusion entwickelt, wie sie notwendig in den materiellen Verhältnissen und ihrer historischen Entwicklung begründet ist; im ganzen erscheint die Geschichte der Theorie also abgelöst von der Geschichte des Kapitals. Als erster Schritt der Kritik und Vorstufe zur Untersuchung erschien uns jedoch die Auseinandersetzung mit der Verselbständigung des Staates bzw. der Einkommensverteilung in der revisionistischen Theorie unerläßlich.

I. Zur politischen Relevanz revisionistischer Staatstheorien

Die theoretische Einschätzung des Verhältnisses von Staat und kapitalistischer Gesellschaft war in der Geschichte der Arbeiterbewegung eines der wesentlichen Momente in der Auseinandersetzung um die richtige politische Strategie und Organisationsform der Arbeiterklasse. Revolutionäre und revisionistische Positionen lassen sich in diesen Auseinandersetzungen nach ihrer Einschätzung der Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft unterscheiden.

Die Auffassung des Staates als einer gegenüber den Widersprüchen in der Gesellschaft mehr oder weniger s e l b s t ä n d i g e n Institution war und ist die Voraussetzung für alle revisionistische Strategie und Praxis. Die revisionistische Strategie behauptet zunächst, daß sie den Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzen wolle, aber eben auf dem Wege gesetzlicher Reformen auf der Basis der bestehenden Gesellschaft, durch schrittweise Übernahme der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse (auf diese Begriffe aus der Klassenbewegung der Arbeiter verzichten die revisionistischen Theoretiker erst allmählich; sie sprechen dann z.B. nicht mehr von der Arbeiterklasse, sondern von den "demokratischen Kräften"). Aber diese Entscheidung für eine kontinuierliche "Revolution von oben" (1) (auch hier ist die revolutionäre Sprache als Phrase beibehalten) hat in der bisherigen Ge-

1 Vgl. P. Lapinski: "Der Sozialstaat. Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung", UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS, 1928, 2. Jg., S. 383, wieder abgedruckt in: GEGEN DEN STROM, I. Jg. - Nr. 1, Aug. 1969, S. 39.

schichte der Arbeiterbewegung noch immer damit geendet, den Sozialismus als politisches Ziel ganz ausdrücklich aufzugeben. "Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten." (2)

Eine Strategie, die den bürgerlichen Staat zum Subjekt gesellschaftlicher Änderung erhebt, kann nur dann als erfolgversprechend eingeschätzt werden, wenn der Staat als ein "geheiligtes Gefäß" verstanden wird, in das man je nach der historischen Situation einen kapitalistischen oder sozialistischen Inhalt einfüllen kann, und wenn der Staat die Formen produziert, in der die Gesellschaft die Reproduktion ihres Lebens vollzieht. Demgegenüber sagt Marx, daß die "Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staates" (3) erfolge, daß die "bestehende Gesellschaft ... als Grundlage des bestehenden Staates" (4) aufzufassen sei, daß also der bürgerliche Staat das Resultat der entwickelten warenproduzierenden, also der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer auf dieser Form der Produktion beruhenden Widersprüche sei, und daher auch eine durch diese Widersprüche geprägte Institution (5). Die Revision dieser Staatsauffassung in den revi-

2 Rosa Luxemburg: SOZIALREFORM ODER REVOLUTION, in: dies.: POLITISCHE SCHRIFTEN, Frankfurt 1966, Bd. I, S. 114. Vgl. dort insgesamt II. 3: Die Eroberung der politischen Macht.

3 Marx: GRUNDRISSE, Berlin (DDR) 1953, S. 29. Vgl. auch: DEUTSCHE IDEOLOGIE, in: Marx-Engels: WERKE (MEW) Berlin-DDR, Bd. 3, S. 62: "Da der Staat die Form ist, in welcher die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen und die ganze bürgerliche Gesellschaft eine Epoche in sich zusammenfaßt, so folgt, daß alle gemeinsamen Institutionen, die durch den Staat vermittelt werden, eine politische Form erhalten. Daher die Illusion, als ob das Gesetz auf dem Willen, und zwar auf dem von seiner realen Basis losgerissenen, dem freien Willen, beruhe." – Alle Zitate aus den Arbeiten von Marx und Engels werden nach der Ausgabe der MEW zitiert, soweit sie darin erschienen sind. Bei Zitaten aus dem KAPITAL wird vor dem Schrägstrich jeweils die Seitenzahl der braunen Volksausgabe (Berlin 1947, u.ö.) angegeben; Stellen aus dem ersten Band des KAPITAL werden mit den bloß in der Volksausgabe aufgenommenen Hervorhebungen von Marx' Hand zitiert, die den Sinn oft deutlicher werden lassen.

4 Marx: "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 28. Vgl. auch: Marx: "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Kritik des Hegelschen Staatsrechts", MEW Bd. 1, S. 304 f, 306: "... was ist der Inhalt ... des politischen Zweckes, was ist der Zweck dieses Zwekkes? ... Welche Macht übt der politische Staat über das Privateigentum ... aus? Daß er es isoliert von der Familie und der Sozietät, daß er es zu seiner abstrakten Verselbständigung bringt. Welches ist also die Macht des politischen Staates über das Privateigentum? Die eigne Macht des Privateigentums, sein zur Existenz gebrachtes Wesen. Was bleibt dem politischen Staat im Gegensatz zu diesem Wesen übrig? Die Illusion, daß er bestimmt, wo er bestimmt wird." "Die 'Unveräußerlichkeit' des Privateigentums ist in einem die 'Veräußerlichkeit' der allgemeinen Willensfreiheit und Sittlichkeit. Das Eigentum ist hier nicht mehr, insofern 'ich meinen Willen darin lege', sondern mein Wille ist, 'insofern er im Eigentum liegt'. Mein Wille besitzt hier nicht, sondern ist besessen." Vgl. ebda. S. 231 ff, 303 ff.
Marx zeigt also in seinen frühen Schriften, daß gerade der bürgerliche Staat den Schein seiner Selbständigkeit in besonderem Maße erzeugt, und daß die kapitalistische Produktionsweise die Grundlage der Staatsillusion ist. Er zeigt gleichzeitig, daß diese Illusion von der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit des Staates schon bei der Fiktion von der Willensfreiheit des Privateigentümers, des Kapitalisten, beginnt.

5 Daß die Widersprüche der Gesellschaft als Widersprüche des Staates selbst sich niederschlagen, stellt Marx schon sehr früh am Beispiel der Administration, der staatlichen Bürokratie dar, in: "Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen", MEW Bd. 1, S. 401 f. "Den Widerspruch zwischen der Bestimmung und dem guten Willen der Administration einerseits, und ihren Mitteln wie ihrem Vermögen andrerseits, kann der Staat nicht aufheben, ohne sich selbst aufzuheben, denn er beruht auf diesem Widerspruch. Er beruht auf dem Widerspruch zwischen dem öffentlichen und dem Privatleben, auf dem Widerspruch zwischen den allgemeinen Interessen und den Sonderinteressen. Die Administration muß sich daher auf eine formelle und negative Tätigkeit beschränken, denn wo das bürgerliche Leben und seine Arbeit beginnt, eben da hat ihre

sionistischen Theorien implizierte folgerichtig auch die Ablehnung der Auffassung, daß die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise nicht durch den Staatsapparat, sondern allein von der revolutionären Arbeiterklasse selbst vollzogen werden könne (6).

Die Bestimmung des bürgerlichen Staates als Produkt der entwickelten warenproduzierenden, der kapitalistischen Gesellschaft und die daraus folgende Bestimmung der Strategie der Arbeiterbewegung macht es notwendig, die Kritik des Revisionismus nicht als isolierte Kritik der Auffassung von den politischen Institutionen zu betreiben. Auf dieser Ebene jedoch bewegte sich mit Vorliebe die bisher politisch relevant gewordene Auseinandersetzung mit revisionistischen Staatstheorien seitens der Linken in der BRD und West-Berlin, die Parlamentarismuskritik. In der Diskussion über die Beteiligung an den Bundestagswahlen, in der sich der SDS vor allem mit der politischen Funktion einer sozialistischen Partei im bürgerlichen Parlament unter monopolkapitalistischen Bedingungen auseinanderzusetzen hatte, wurde die Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus von Marx, Engels, Pannekoek und anderen rezipiert; zusammen mit Agnolis TRANSFORMATION DER DEMOKRATIE (Berlin-West 1967) diente die so entwickelte Auffassung als Begründung dafür, daß das Parlament nicht zur 'Tribüne des Klassenkampfes' tauge, und schon gar nicht ein Instrument zur Einführung des Sozialismus sei, wie in der DKP noch angenommen (7). In der gegenwärtigen Unsicher-

---

Macht aufgehört. Ja, gegenüber den Konsequenzen, welche aus der unsozialen Natur dieses bürgerlichen Lebens, dieses Privateigentums, dieses Handels, dieser Industrie, dieser wechselseitigen Plünderung der verschiedenen bürgerlichen Kreise entspringen, diesen Konsequenzen gegenüber ist die O h n m a c h t das N a t u r g e s e t z der Administration. Denn diese Zerrissenheit ... d e r b ü r g e r l i c h e n G e s e l l s c h a f t, ist das Naturfundament, worauf der m o d e r n e Staat ruht ... Wollte der moderne Staat die O h n m a c h t seiner Administration aufheben, so müßte er das jetzige P r i v a t l e b e n aufheben. Wollte er das Privatleben aufheben, so müßte er sich selbst aufheben, denn er existiert n u r im Gegensatz zu demselben." Dagegen heute z.B. in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus: "Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die Monopole vermittels des Staates eines Instrumentes bedienen müssen, das unter Umständen gegen sie ausgenutzt werden kann." In: BÜRGERLICHE ÖKONOMIE IM MODERNEN KAPITALISMUS, hrsg. Herbert Meißner, Berlin (DDR) 1967, S. 422. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus vergißt, auch wenn sie an den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft verbal weiter festhält, daß sich diese Widersprüche auch im Staatsapparat und seinen politischen Aktionsmöglichkeiten niederschlagen und dieser daher auch kein einheitliches Instrument sein kann, das an sich neutral und deshalb von jeder Klasse in ihrem Interesse benutzbar ist.

6 Lenin: STAAT UND REVOLUTION. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution. (Geschrieben Aug./Sept. 1917) In: ders.: AUSGEWÄHLTE WERKE, Berlin (DDR) 1961, Bd. 2, S. 315-420. (Vgl. aber die unten gemachten Einschränkungen.) Marx selbst hat zum erstenmal in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in der Kritik also am Hegelschen Staatsmystizismus, in welchem der Staat als Inkarnation der Vernunft erschien, herausgestellt, daß nur das Proletariat als Widerspruch zur bürgerlichen Gesellschaft Subjekt der Aufhebung ihrer Widersprüche sein könne. Dazu Karl Polak: "Karl Marx über Staat, Eigentum und Recht", in: KARL MARX, BEGRÜNDER DER STAATS- UND RECHTSTHEORIE DER ARBEITERKLASSE, Berlin (DDR) 1968, S. 35 ff. In der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie hat Marx erkannt, "daß der Widerspruch, der Klassenkampf das beherrschende Prinzip der Wirklichkeit ist, daß die politische Macht, also der Staat, Ausdruck dieses Widerspruchs und Kampfes ist." (S. 51) Und: "Die Jakobinerdiktatur war der Versuch, durch politische Macht die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft zu meistern; er mißlang und mußte mißlingen." (S. 42) Vgl. ausführlich: A. Gurland: PRODUKTIONSWEISE – STAAT – KLASSENDIKTATUR, Diss. Leipzig 1928.

7 Vgl. dazu die Aufsätze von F. Deppe und J. Agnoli in der Neuen Kritik, VIII (1967) Nr. 44, S. 48-66, IX (1968) Nr. 47, S. 24-33, sowie Pannekoek/Lukacs/Friedländer/Rudas, PARLAMENTARISMUSDEBATTE, Berlin-West 1968.
Die FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl haben sich in ihrer Veröffentlichung: DKP – EINE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (Parlamentarismusdebatte 2, Berlin 1969) mit dieser Diskussion auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang auch die Tradition der revisionistischen Staatstheorie und ihre heutigen Erscheinungsformen, sowie deren politisch-strategische Konsequenzen dargelegt und kritisiert. Sie zeigen dabei Analogien auf zwischen dem Revisionismus der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich während der zwanziger Jahre (Otto Bauer, Karl Renner, Rudolf Hilferding, Eduard Bernstein, Karl Kautsky u.a.; These vom 'organisierten Kapitalismus' als neuer und potentiell krisenfreier

heit der Einschätzung des Handlungsspielraumes der SPD-Regierung und ihrer Möglichkeit zur 'Krisenmanipulation' innerhalb der Linken zeigt sich jedoch, daß die Parlamentarismuskritik, also die politische Kritik einer politischen Institution, nur e i n Moment der Revisionismuskritik sein kann und daß diese Kritik, nimmt sie sich selber ernst, zur Kritik der Entwicklung der verschiedenen Funktion des heutigen Staates – seines 'Instrumentariums' zur Steuerung der 'Wirtschaft' und zur 'Befriedigung' der Gesellschaft – und seiner konkreten Schranken und Widersprüche übergehen muß. Denn Darstellung und Kritik der staatlichen Institutionen als Manipulationsinstrumente der herrschenden Klasse lassen die Grenzen dieser Manipulation nicht sichtbar werden. Diese können erst durch eine Analyse aufgezeigt werden, die die Notwendigkeiten und Schranken staatlicher Eingriffe aus den Widersprüchen des kapitalistischen Produktionsprozesses, als Arbeits- und Verwertungsprozesses, im einzelnen aufweist. (Dafür ist dieser Aufsatz eine Vorbereitung; vgl.auch Elmar Altvaters Konjunkturanalyse in SOPO 5/70.)

In diesem Sinn ist z.B. Lenins Imperialismustheorie relevanter für die Einschätzung des bürgerlichen Staates und seiner Funktionen für den Prozeß der Kapitalverwertung als Lenins Darlegung der marxistischen Staatstheorie in STAAT UND REVOLUTION. Hier neigt Lenin nämlich dazu, vom Staat im allgemeinen, unabhängig von der besonderen Form, die er in verschiedenen historischen Entwicklungsphasen der Organisation der materiellen Reproduktion der Gesellschaft annimmt, zu sprechen. So verblassen in dieser aktuellen polemischen Auseinandersetzung mit den Menschewiki und der revisionistischen deutschen Sozialdemokratie kurz vor der Oktoberrevolution die Unterschiede zwischen feudalem und bürgerlichem Staat. Dies entspringt folgerichtig der von Lenin in STAAT UND REVOLUTION verfolgten Absicht, eine p o l i t i s c h e Kritik der p o l i t i s c h e n Institutionen mit dem Ziel durchzuführen, die Notwendigkeit des Sturzes und der Zerschlagung des Staatsapparates durch die revolutionäre Arbeiterklasse aufzuzeigen. Die Frage ist in STAAT UND REVOLUTION: Welche politische Strategie soll die Arbeiterklasse in einer revolutionären Situation gegenüber der politischen Institution Staatsapparat einschlagen? Geht es allerdings darum, den Handlungsspielraum und die Perspektive für Aktionsstrategien einer sich erst neu konstituierenden sozialistischen Bewegung zu bestimmen, so hilft eine marxistische Staatstheorie im Sinne von Lenins STAAT UND REVOLUTION wenig weiter, die ganz allgemein von der Notwendigkeit der Zerschlagung des Staatsapparates spricht, aber keine Handhaben zur Einschätzung der Effektivität und Reichweite staatlicher Eingriffe in den Kapitalverwertungsprozeß gibt. (Daher ist die Schrift auch nicht als Einführungsschrift in 'die' marxistische Staatstheorie geeignet, wozu sie vielfach bei der Schulung herhalten muß.) Zur Entwicklung von Strategien ist es heute aber vor allem notwendig, Kriterien zu erhalten, wieweit die manipulativen Möglichkeiten des Staatsapparates reichen, wo sie aufhören, wo sie neue Widersprüche hervorbringen, wo sie in kapitalistischer Form Elemente einer wirklichen Vergesellschaftung der Produktion enthalten (z.B. bei der Standardisierung der Produktionselemente) usw. Es geht also nicht um eine allgemeine marxistische Staatstheorie, sondern um die Frage nach den spezifischen Funktionen des Staates für die Sicherung des Kapitalverwertungsprozesses im entwickelten Kapitalismus und um die Schranken dieser staatlichen Funktionen.

Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise), der heutigen DKP-Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie der politischen Soziologie von Habermas und Offe, die sowohl die Tradition der sozialdemokratischen Staatstheorie der Weimarer Republik als auch der bürgerlichen Soziologie seit Max Weber fortführen. Auf Seite 65 bis 119 des Buches sind die verschiedenen Formen und Inhalte der hier zunächst nur in großen Zügen gekennzeichneten revisionistischen Staatstheorie genauer nachzulesen. Vgl. ebenso: den Einleitungsaufsatz zur Neuausgabe von P. Lapinski u.a. in: GEGEN DEN STROM, vgl. oben Anm. 1. Die dort ebenso wie im DKP-Buch immer wieder erhobene Forderung nach "historisch-genetischer" Analyse des kapitalistischen Staates wird in diesen Veröffentlichungen selbst noch nicht eingelöst (was wohl auch noch nicht beabsichtigt war). Beim Versuch, einen Gesamtüberblick der revisionistischen politischen Vorstellungen zu geben, setzt die Kritik immer wieder im einzelnen an, ist dort auch durchaus zutreffend, indem sie sich auf die Tradition der Revisionismuskritik in der Arbeiterbewegung stützt; dabei geht aber immer wieder der systematische Zusammenhang der revisionistischen Theorien verloren, ebenso wie der Zusammenhang der Kritik an ihnen. So kommt es auch, daß es schwer ist, aufgrund dieser Ausführungen theoretische Ansätze für eine wirklich materialistische Kapitalismus- und Klassenanalyse zu finden.

Der Revisionismus ist die Form, in der der Klassengegner sich innerhalb der Arbeiterbewegung selbst festsetzt, in der die Ideologie der herrschenden Klasse sich als herrschende Ideologie auch in der Arbeiterklasse verbreitet. Diese Verbreitung erfolgt natürlich nicht 'auf dem Rücken der bloßen Idee', sondern auf der Grundlage tatsächlicher Erfahrungen, die beidem: der revisionistischen Theorie und dem falschen Bewußtsein der Arbeiter, gemeinsamer Hintergrund ist. Wesentlich für die Herausbildung des Revisionismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Erfahrung von 'sozialpolitischen' Gesetzen des bürgerlichen Staates, die bestimmte Formen der Ausbeutung der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb einschränken und die materielle Existenz der Lohnabhängigen für Zeiten, in denen sie ihre Arbeitskraft nicht als Ware auf dem Markt verkaufen können (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit), auf der Basis eines Existenzminimums sichern (Arbeiterschutzgesetzgebung und Sozialversicherungssysteme). Diese Gesetze konnten leicht als Einschränkung der Herrschaft des Kapitals über die lebendige Arbeit erscheinen, zumal ihre Durchsetzung immer auch vermitteltes Ergebnis der Klassenkämpfe war. Der Staat konnte so in den Augen der Arbeiterklasse, insbesondere aber ihrer Organisation (8) als ein Instrument erscheinen, mit dessen Hilfe man sich auf dem Wege der 'Salamitaktik' stückweise die politische und gesellschaftliche Herrschaft aneignen könne. So schreibt Sering richtig: "Dem Entwicklungsgrad dieser Staatsfunktion (Verkehr, Bildung, Sozialpolitik) pflegt übrigens bis zu einem gewissen Grad die Stärke des Reformismus parallel zu gehen." (9) Zunehmende wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe des Staates, Konzentration des Kapitals und längere Prosperitätsphasen, vor allem vor dem 1. Weltkrieg und nach dem 2. Weltkrieg (10), bilden die hauptsächliche Erfahrungsbasis für die von der Möglichkeit der schrittweisen Überführung des Kapitalismus m i t t e l s des staatlichen Apparates. Sie erscheint im Gewande der Bernsteinschen Theorie vor dem 1. Weltkrieg, der Theorie vom organisierten Kapitalismus und der Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik (Hilferding, Naphtali usw.) und am Anfang der BRD (Münchner Programm des DGB 1949); auch in den Theorien, die die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Entwicklung als staatsmonopolistischen Kapitalismus bestimmen (z.B. "Imperialismus heute"); und schließlich in der Theorie vom Wohlfahrts- und Interventionsstaat im Sinne der Frankfurter Schule (Habermas, Offe u.a.).

Der Zusammenhang zwischen dem empirischen Bewußtsein der Arbeiter (und auch der Studenten) und der revisionistischen Theorie besteht darin, daß die Theorie die Erfahrungen noch begründet,

---

8 Entspricht nicht die revisionistische Theorie vor allem dem Bewußtsein jener Funktionäre der bereits bürokratisierten Arbeiterorganisationen, die nicht mehr den Konflikt mit dem Kapital am eigenen Leibe erfahren, sondern wesentlich durch ihre teilweise erfolgreiche Vermittlungstätigkeit zu "Spitzenverbänden" und staatlicher Verwaltung geprägt sind? Hat dagegen die Masse der Arbeiter nicht vielmehr jenes 'dichotomische Bewußtsein' ('die da oben'), das nach zahlreichen Untersuchungen bis heute vorherrscht? Ist im vorliegenden Text nicht das Bewußtsein der Organisierten und das des organisierenden Apparats allzu umstandslos gleichgesetzt? Kann man überhaupt die Ausbildung eines revisionistischen Bewußtseins erklären, ohne darzustellen, durch welche Organisationsform vermittelt der Klassenkampf tatsächlich abläuft? Kann man von 'tatsächlichen Erfahrungen' ohne Berücksichtigung der organisatorischen Ebene und des genauen gesellschaftlichen Ortes, wo solche Erfahrungen gemacht werden, sprechen? Wir formulieren diese Fragen, um anzudeuten, was wir hier offen lassen. Vgl. dazu auch unten II. 4.

9 P.Sering: "Wandlungen des Kapitalismus", in: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISMUS, Prag 1935, Nr. 22/23, S. 717.

10 Für den gewerkschaftlichen Apparat war sicher das Erlebnis der Unentbehrlichkeit, der 'erfolgreichen' Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat im 1. Weltkrieg (bis zur Denunziation unbotmäßiger Arbeiter) und danach von entscheidender Bedeutung. Wichtig für die Illusionen vom "organisierten Kapitalismus" war die Erinnerung an den sogenannten Kriegssozialismus, der staatlich (d.h. wesentlich von den Interessevertretern der großen Rüstungskonzerne) organisierten Kriegswirtschaft; das gilt z.B. für Wissel und Hilferding. Vgl. dazu den schon angeführten Aufsatz von Lapinski, der sich ausführlich mit der Entstehung institutionalisierter Zusammenarbeit der Klassen während des 1. Weltkriegs beschäftigt und ihre Fortführung in der Weimarer Republik zeigt. Die Bildung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im November 1918 zum Zweck der (aus verschiedenen Motiven) gemeinsamen Abwiegelung der Revolution ist hier nur ein Höhepunkt. Vgl. auch Deppe/Freyberg/Kievenheim/Meyer/Werkmeister: KRITIK DER MITBESTIMMUNG, Frankfurt/Main 1969, sowie FU-Projektgruppe DKP/Rabehl, a.a.O. S. 74.

rechtfertigt und ihnen damit noch den Schein der Notwendigkeit anheftet. (11) Das bedeutet zweierlei: E r s t e n s kann politische Agitation in der Arbeiterklasse nicht ohne Berücksichtigung einer langen reformistischen Tradition stattfinden. Für die Agitation der Studenten an der Universität ist die Kritik der reformistischen Vorstellungen womöglich noch wichtiger, da ihre Situation enger als die der Lohnabhängigen an den Staat gebunden ist. Diese Auseinandersetzung kann nur geführt werden, wenn die Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Verhältnissen und den politischen Formen, zwischen ökonomischem und politischem Kampf jeweils im einzelnen aufgezeigt werden. Z w e i t e n s muß daraus die Schlußfolgerung gezogen werden, daß Revisionismus und falsches Bewußtsein endgültig nicht bloß theoretisch destruiert werden können, sondern hierzu soziale Kämpfe und Klassenkämpfe notwendig sind.

II. Zur Theorie vom Sozialstaat

1. Die Souveränität des Staates bei der Verteilung des Sozialprodukts

Eines ist den meisten revisionistischen mit den politologischen sowie vielen nationalökonomischen Theorien gemeinsam: sie gehen davon aus, daß der Staat im Kapitalismus die Möglichkeit zu umfassender und bewußter Regulierung ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Prozesse hat. Dabei ist das eigentliche Terrain, auf dem der Staat als 'Sozialstaat' sich als selbständig gegenüber der kapitalistischen Produktion erweisen soll, die Sphäre der 'Verteilung des Sozialprodukts'. Hier soll er seine Hebel zur Verbesserung oder gar schrittweisen Überführung der kapitalistischen Gesellschaft in Richtung auf den Sozialismus ansetzen können. Eine solche Vorstellung schließt also die Annahme ein, "daß die Distribution als selbständige, unabhängige Sphäre neben der Produktion haust"(12). Die Produktion und die sie beherrschenden Gesetze sollen also der 'Verteilung' (13) keine grundsätzlich nicht manipulierbaren Schranken setzen. Eine derartige Auffassung läßt sich in den revisionistischen ebenso wie in zahlreichen bürgerlichen (vor allem politologischen) Theorien ausmachen, wie an einigen Beispielen gezeigt werden soll.

---

11 Vgl. aber das oben (Anm. 8) bezeichnete Problem.

12 Marx: GRUNDRISSE, S. 11.

13 Bereits der Begriff der 'Verteilung' bzw. 'Distribution' ist in der bürgerlichen Wissenschaft von vornherein auf die Ebene des Nettosozialprodukts bzw. des 'Volkseinkommens' beschränkt; die Möglichkeit der Verteilung auf anderer Ebene, z.B. auf der der Produktionsagenzien – Arbeitskraft/Produktionsmittel –, ist so bereits erledigt. Vgl. dazu Teil III. – Es fällt in diesem Zusammenhang regelmäßig der Hinweis, daß der vom Staat verteilte Teil des Sozialprodukts immer weiter anwachse. Dazu zunächst einige Angaben: der vom Staat in Gestalt von Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung beanspruchte Teil des Bruttosozialprodukts betrug 1913 11,8 % (8,9 + 2,9 %), 1929 23,1 % (16,7 + 5,6 %), 1963 34,4 % (25,1 + 9,3 %), Deutsches Reich bzw. Bundesrepublik und West-Berlin (nach: K. Elsholz: "Strukturänderung der Sozialpolitik", KLEINE SCHRIFTEN ZUR SOZIALPOLITIK UND ZUM ARBEITSRECHT, 4. Folge, Heft 10, München o.J. (1963), S. 36. Abgesehen davon, daß in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Verlangsamung des Wachstums des Staatshaushalts in seinem Anteil am BSP zu beobachten ist, ändert auch der gestiegene Anteil nichts an der Tatsache, daß vor dem staatlichen Steuer- und Sozialabgabeneinzug die 'Verteilung' des Sozialprodukts im direkten Gegenüber der beiden Klassen erfolgt, konkret in Tarifverhandlungen, bzw. den dahinter stehenden latenten oder offenen Klassenkämpfen. Bei den Abgaben zur Sozialversicherung (1963 9,3 %) kann schon auf den ersten Blick von einer staatlichen Umverteilung kaum gesprochen werden, da es sich hier um nichts anderes, als um eine staatlich garantierte V e r s i c h e r u n g handelt, und niemand auf die Idee käme, etwa eine Privatversicherung als Eingriff in die kapitalistische Verteilung zu betrachten. Es handelt sich bei der Sozialversicherung bloß um eine Umverteilung innerhalb der Lohnquote, und im ganzen gesehen, gehören sowohl die sofort ausgezahlten wie die erst nach der Verwertung der Arbeitskraft als Rente ausgezahlten Summen zum Wert der Arbeitskraft. Da zu diesem Wert auch ihre 'Bildungskosten' gehören (z.B. die Kosten für Volksschulen), so ist auch der entsprechende Teil der staatlichen Ausgaben letzten Endes ein Teil des vom Gesamtkapital vorgeschossenen variablen Kapitals, der freilich nicht als individueller Lohn zirkuliert. Ein sehr beträchtlicher Teil der Staatsausgaben fällt so unter die Kategorie des variablen Kapitals bzw., ungefähr gesprochen, der Lohnquote. Ebenso müßte man einen Teil des gesamtgesellschaftli-

So unterscheidet z.B. der von der Linken in der BRD in den letzten Jahren gern zitierte Otto Kirchheimer (1930) zwischen der "Direktionssphäre" und der "Verteilungssphäre", wobei die Direktionssphäre "der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung" unterliegt, während die Verteilungssphäre "dem freien Spiel der politischen Kräfte vorbehalten ist" (14). Der autonom durch staatliche Manipulationen regulierbaren Verteilungssphäre wird eine "Direktionssphäre" gegenübergestellt, die für Kirchheimer identisch ist mit der kapitalistischen Produktion. Bei Paul Sering, an dessen Schrift JENSEITS DES KAPITALISMUS (1946) sich eine ganze Generation von Linksgewerkschaftlern und Linkssozialdemokraten in der BRD geschult hat, tritt die Loslösung der Distribution von der Produktion deutlich zutage: es werde "immer sichtbarer, daß die tatsächliche Einkommensverteilung nicht durch unveränderliche ökonomische Gesetze entschieden wird, sondern durch den politischen Kampf um den Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Regierung geändert werden kann" (15). Wie es für den von Lenin gegeißelten Ö k o n o m i s m u s typisch ist, ökonomische Prozesse als letztlich die politische Sphäre determinierend anzusehen, so erscheint die konträre Spielart des Revisionismus als "P o l i t i z i s m u s", der die politischen Möglichkeiten des Staates gegenüber den ökonomischen Gesetzen v e r a b s o l u t i e r t, indem er die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft säuberlich in Sphären trennt, unter denen die politische hervorragt als diejenige, in der wesentliche gesellschaftliche Veränderungen möglich seien, ohne daß an der ökonomischen Sphäre etwas Wesentliches geändert würde. Dies versucht man gerade am Beispiel sozialpolitischer Maßnahmen des kapitalistischen Staates zu zeigen; so etwa Bernstein, nach dessen Auffassung sich "der klassische Begriff des Kapitalismus gewöhnlich auf drei g e t r e n n t e Gebiete (bezieht): die Produktionsform, die Verteilungsform und die gesetzlichen Beziehungen. Nur die erste sei in der vorangegangenen Zeit nicht wesentlich verändert worden; die beiden anderen seien großen Veränderungen unterworfen gewesen" (16).

Diese absolute Trennung der beiden Sphären, in der die Verselbständigung des Staatsapparates unvermittelt zur Autonomie des Staats gegenüber der kapitalistischen Produktionsform führt, kommt auch in der Theorie vom 'politischen Lohn' zum Ausdruck, wie sie von Rudolf Hilferding (1927) formuliert worden ist. Danach wird der Lohn nicht mehr durch ökonomische Gesetze, sondern

---

chen Mehrwerts einzelnen Sparten des Staatshaushalts zuordnen können, wo er teils bloß auf bestimmte Kapitalzweige umverteilt wird (Subventionen, Steuervergünstigungen), teils zur ideologischen, militärischen usw. Sicherung des Kapitalverhältnisses ausgegeben wird. Die Vorstellung von der Umverteilung würde sich sehr reduzieren. Dies als Hinweis auf eine der Aufgaben der Realanalyse des Sozial- und Interventionsstaates.

14 O. Kirchheimer: "Weimar und was dann? " (1930) In: ders.: POLITIK UND VERFASSUNG, Frankfurt 1964, S. 42 f. Schon Tugan-Baranowski erschien die Verteilung als reines Machtproblem, während er die Produktion durch ökonomische und technische Gesetze bestimmt sah (vgl. E. Preiser in: HANDWÖRTERBUCH DER SOZIALWISSENSCHAFTEN, Stichwort: Distributionstheorie, (Band VIII), S. 623.

15 Sering: JENSEITS DES KAPITALISMUS. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung. Nürnberg 1946[1], 1948[3], S. 59. Eine Auflage von mehreren tausend Exemplaren wurde von der IG-Metall aufgekauft; Fritz Vilmar (RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG, Frankfurt/Main 1965) z.B. stützt sich stark auf Sering. Rudi Dutschke zitierte gern aus Sering, vorzugsweise allerdings aus den Aufsätzen der dreißiger Jahre.

16 Peter Gay: DAS DILEMMA DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS, Nürnberg 1954, referiert hier das Konzept einer Rede Bernsteins aus dem Jahre 1925, S. 270 (keine Hervorhebung im Original) Vgl. schon Marx' Kritik an John Stuart Mill, KAPITAL Bd. 3, S. 884 f. Demgemäß schon Rosa Luxemburgs Kritik an Bernstein in "Sozialreform oder Revolution" a.a.O. S. 105: "Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer 'gerechten', 'gerechteren', ja einer 'noch gerechteren' Verteilung... Die Sozialdemokratie will die sozialistische Verteilung durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft auf diesem Wege allmählich die sozialistische Produktionsweise herbeizuführen."

durch die Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments bestimmt (17). Die Regulierbarkeit des ökonomischen Antagonismus im 'Generalkartell' findet ihre Entsprechung in der politischen Regulierung der Masseneinkommen, nun aber unabhängig von den ökonomischen Gesetzen. Ganz in diese Tradition revisionistischer Verklärungsversuche gehört denn auch die These von Claus Offe (1969), das Individualeinkommen unterliege heutzutage "politischen Regulationen" und lasse sich nicht mehr aus der kapitalistischen Produktionsweise, sondern aus den soziologisch-politischen Konstellationen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen erklären (18).

Die Verteilung erscheint also nicht mehr als notwendiges Moment des Produktions- und Zirkulationsprozesses des Kapitals, sondern als Feld für politisch bestimmte Staatsakte. In welche Portionen die produzierte Warenfülle, der "Kuchen des Sozialprodukts" (Erhard) vom Staat verteilt wird, das ist abhängig von der Intensität und Vehemenz, in der die verschiedenen sozialen Gruppen ihre 'Interessen' gegenüber dem Staat vertreten, von der Kampfstärke der Arbeiterklasse, vom Stand des politischen Bewußtseins der 'Bürger', von der Sorge des Staates ums 'Systemgleichgewicht', davon, ob der politische Willensbildungsprozeß demokratisch oder autoritär erfolgt, von der Effizienz der Verwaltung, vom Sieg der einen oder anderen Partei bei den Wahlen, vom Grad der politischen Beteiligung usw. (19), also von politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen, die, da von ökonomischen

---

17 PROTOKOLL DES SPD-PARTEITAGES IN KIEL 1927, S. 170. Hilferding, der in der Weimarer Republik zum Revisionismus überwechselt, ging schon im Finanzkapital, wo er unter weitgehender Absehung vom Produktionsprozeß primär die Zirkulationssphäre behandelt, davon aus, daß der Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Produktion auf die Bildung eines Generalkartells hinauslaufe, und damit auf die Beseitigung der Anarchie der Produktion. Für die sozialistische Revolution galt es dann vor allem noch, die Ungleichheiten in der Verteilung zu beseitigen. Er schränkte damals ein, eine solche Entwicklung sei zwar ökonomisch möglich, jedoch nicht politisch und sozial. (Vgl. FINANZKAPITAL, 1910, Neudruck Frankfurt/Main 1968, S. 322 und 403). Auf der Basis dieser Vorstellungen entwickelte er in der Weimarer Republik seine Theorie vom 'organisierten Kapitalismus' und im Zusammenhang damit seine Vorstellung vom 'politischen Lohn'. Zur Kritik dieser Theorie: M. Kriwizki: "Die Lohntheorie der deutschen Sozialdemokratie", in: UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS, III (1928/29, S. 381 ff), neu abgedruckt in: GEGEN DEN STROM, a.a.O. S. 75 ff; vgl. auch W. Gottschalch: STRUKTURVERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHES HANDELN IN DER LEHRE VON RUDOLF HILFERDING, Berlin-West 1962.

18 Vgl. Claus Offe: "Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: Kress/Senghaas: POLITIKWISSENSCHAFT, Frankfurt/Main 1969, S. 176 f. Habermas spricht (in: Habermas/Friedeburg/Oehler/Weltz: STUDENT UND POLITIK, Neuwied 1961) von tiefen Eingriffen des Staates ins "System der Güterherstellung und -verteilung" (S. 22), muß dann aber doch zugestehen, daß "weiterhin die private Verfügung über Produktionsmittel Grundlage... des Wirtschaftsprozesses sei" (S. 23), und hält sich bei seiner Sozialstaatstheorie vor allem an die Explikation der Souveränität der Staatsgewalt als verteilender gegenüber dem kapitalistischen Produktionsprozeß, was vor allem bei seinen Thesen über die Determinanten politischen Handelns der Staatsgewalt sichtbar wird. (Vgl. unten II, 4.: Sozialstaat und pluralistische Demokratie.)

19 Dies ist ein kurzer Überblick über die Momente, die in den Sozialstaatstheorien von Hilferding, Sering, Offe, Habermas, Hennis u.a. entscheidend sind für den Verteilungsschlüssel, nach dem das Sozialprodukt auf die verschiedenen 'sozialen Gruppen' aufgeteilt wird, und für die Inhalte der Verteilungstätigkeit des Staates (Sozialkonsum/Sozialinvestitionen/Rüstung). Was den Begriff des Sozialstaats angeht, so sei hier noch folgendes angemerkt: Der Unterschied zwischen solchen Staatstheorien, die den gegenwärtigen kapitalistischen Staat schon als Sozialstaat bezeichnen (Habermas, Offe), und solchen, die davon ausgehen, daß durch langsame Zurückdrängung der Macht der Monopole, durch Mitbestimmung und demokratische Kräfte im Parlament, der Sozialstaat allmählich Boden gewinnen könne, liegt vor allem darin, daß die letzteren von einem unmittelbaren Einfluß der Monopole auf den Staat ausgehen, ihn als Instrument der Monopole betrachten, während die ersteren davon ausgehen, daß es heutzutage "problematisch" sei, "die Abhängigkeit der politischen Aktionen von den ökonomischen Interessen" zu unterstellen. (Habermas: THEORIE UND PRAXIS, Neuwied/Berlin 1963, S. 200. Ebenda S. 163 ausdrücklich vom "Stadium des organisierten Kapitalismus", wo der "Bereich des Warenverkehrs" bereits weitgehend "politisch vermittelt" werde.)

Gesetzmäßigkeiten unabhängig, dem "gesellschaftlichen Zufall" unterworfen sind (20). Wenn auch die "ökonomische Tendenz zur Ungleichheit" nicht einfach geleugnet wird, so wird doch gerade aufgrund der "Verselbständigung" der politischen Sphäre dem Staat die Möglichkeit zur "politischen Kompensation" der naturwüchsig dem Produktionsprozeß entspringenden Ungleichheit eingeräumt. Dem Staat stehen aufgrund dieser behaupteten Selbständigkeit der "politischen gegenüber der ökonomischen Macht" die Schlüssel zur Verteilung des 'Sozialprodukts' zur Disposition (21).

Kapitalistische Produktion und Verteilung, sowohl der für die Erweiterung der Produktion als auch der für den individuellen Konsum bestimmten Waren, haben sich durch das Dazwischentreten der Staatsgewalt voneinander gelöst. Der Staat erscheint als gegenüber den Produktionsverhältnissen autonomes Subjekt. So erhält er in der bürgerlichen Theorie konsequent die Bezeichnungen "Verteilerstaat", "Wohlfahrtsstaat", "Interventionsstaat", "Dienstleistungsstaat", "Gefälligkeitsstaat", kurzum "Sozialstaat" (22). Denn der Sozialstaat zeichnet sich ja nach dieser Auffassung dadurch aus, daß er über einen wachsenden Anteil am Sozialprodukt verfügt und diesen nach politischen und sozialen Gesichtspunkten in Form von Sozialleistungen, Subventionen und öffentlichen Aufträgen zur Produktion von Schulen, Krankenhäusern, Straßen oder von Raketen, Bomben und Granaten verwenden und verteilen kann. Die Entstehung des zu Verteilenden, des "Sozialprodukts", also der Produktionsprozeß, existiert nicht als Problem der Verteilung. Daher können die

---

Da aber auch die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem hierin auf der Ebene politischer Einflußnahmen argumentiert, wird kein deutlicher Zusammenhang zwischen Staat und Kapitalverwertungsprozeß sichtbar (eben im Unterschied zur bloßen 'Abhängigkeit' von 'ökonomischen Interessen').

20 Marx: GRUNDRISSE, S. 8: "Die Produktion soll... im Unterschied von der Distribution etc. eingefaßt in von der Geschichte unabhängige ewige Naturgesetze dargestellt werden, bei welcher Gelegenheit dann ganz unter der Hand bürgerliche Verhältnisse als unumstößliche Naturgesetze der Gesellschaft in abstracto unterschoben werden... Bei der Distribution dagegen sollen die Menschen in der Tat allerlei Willkür sich erlaubt haben." Marx deutet hier und im folgenden an, wie durch die "rohe Auseinanderreißung" von Produktion und Distribution der Produktionsprozeß als Naturprozeß erscheint, und der Distributionsprozeß damit zu einem Vorgang wird, der allein durch "gesellschaftliche Gesetze" (S. 10) (was in diesem Zusammenhang synonym ist mit "gesellschaftlichem Zufall", S. 11) bestimmt wird. Die Unfähigkeit, die kapitalistische Produktion als Kreislaufprozeß des Kapitals zu begreifen, resultiert in der Loslösung der Distribution aus diesem Zusammenhang; daher dann die Illusion von der staatlichen Umverteilung auf der Ebene der 'Einkommen'. Der Revisionismus knüpft von Anfang an an grundsätzliche Denkmuster der bürgerlichen Ökonomie an (was nicht verhindert, daß er weit größeren Illusionen verfällt). Dies kritisiert Marx hier. Vgl. dazu auch: Marx: "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 25 f: "Der Vulgärsozialismus hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen." Die eigentliche Entwicklung dieser Kritik ist natürlich im 'Kapital' enthalten.

21 Vgl. dazu Habermas: STUDENT..., a.a.O. S. 42 und 50, desgleichen schon Bernstein, Kautsky, Cunow, Renner u.a., nachzulesen bei: I. Fetscher, Hrsg.: DER MARXISMUS, SEINE GESCHICHTE IN DOKUMENTEN, Bd. III, München 1965, S. 41-56.
Im GODESBERGER PROGRAMM der SPD, Bonn 1959, ist nachzulesen: "Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung: dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik." (S. 16)
Vgl. auch Otto Brenner: "Technischer Fortschritt und Gewerkschaften", in: AUTOMATION UND TECHNISCHER FORTSCHRITT IN DEUTSCHLAND UND DEN USA, Frankfurt/Main 1963, S. 308 ff: "Automation und technischer Fortschritt ermöglichen mehr Wohlstand für alle' Inwieweit die Arbeitnehmer jedoch an diesem Wohlstand teilhaben, hängt davon ab, wie das erhöhte Volkseinkommen verteilt wird... Das erklärte Ziel der Gewerkschaften war es und wird es bleiben, den Arbeitnehmeranteil am Volkseinkommen zu erhöhen." (S. 312)

22 Ebenso wie der eigentliche Revisionismus sehen heutzutage politologische, staatsrechtliche usw. Apologeten des Kapitals in den verteilenden Tätigkeiten der Staatsgewalt ihre neue und sie bestimmende Qualität, nur mit dem Unterschied, daß sie diese Funktionen der Staatsgewalt, weil gegen das Leistungsprinzip und Markteinkommen verstoßend, mit Begriffen wie

staatlichen Maßnahmen als bloß politische, als von den politischen Machtverhältnissen und nicht von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft abhängig aufgefaßt werden.

Die nationalökonomischen Theorien haben demgegenüber im ganzen eine realistischere Vorstellung von diesen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und daher den Schranken der Staatstätigkeit. Das kommt schon in der terminologischen Unterscheidung der "primären", "spontanen" von der "sekundären", "politischen" Verteilung zum Ausdruck. Vielfach (und das gilt besonders für die konservativen Varianten) werden daher die in den "Erfordernissen eines gesunden Wirtschaftsablaufs" liegenden Schranken der staatlichen Redistribution deutlicher gesehen (regelmäßig z.B. in den sachverständigen Warnungen vor einer "überschäumenden Sozialpolitik" und der Empfehlung, die beste Sozialpolitik liege in einer guten Wirtschaftspolitik). Doch ist auch hier der wirkliche Zusammenhang von Produktion und Distribution nicht erfaßt, und es kann auch nicht anders sein. Vom bürgerlichen Standpunkt aus kann die Distribution der Produkte bzw. der Einkommen nicht als bloßes Moment des Kapitalkreislaufs und der in ihm enthaltenen Distribution der Produktionsagentien begriffen werden, weil mit dem Begriff des kreislaufenden und sich verwertenden Kapitals zugleich die Produktionssphäre als Ort der Produktion von Mehrwert begriffen wär. Auf die Differenzen in der Einschätzung der staatlichen Umverteilung, wie sie z.B. im Rahmen der Distributionstheorie zum Ausdruck kommen, werden wir noch genauer eingehen (vgl. unten Teil III).

Auch wenn in den revisionistischen Theorien im Anschluß an Marx noch von 'kapitalistischer' Organisation der Produktion gesprochen wird, wie bei Habermas und Offe zum Beispiel – von den vorfaschistischen Vertretern des Revisionismus ganz zu schweigen; sie konnten noch unschuldig mit dem Begriff 'Kapitalismus' operieren – entgeht ihnen gerade das Spezifikum kapitalistischer Produktionsweise: daß die Basis der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft der Kreislauf des Kapitals ist und die Sphäre der Verteilung der Einkommen lediglich ein Moment im Kapitalkreislauf darstellt. So ist der 'politische Lohn' vom Standpunkt des Kapitals aus betrachtet eben variables Kapital, das vorgeschossen werden muß und mit seiner Größe die Profitrate beeinflußt. Schon von diesem – noch genauer auszuführenden – Aspekt her erweist sich die Betrachtung der kapitalistischen Form der Produktion und der verteilenden Tätigkeit des Staates als voneinander gelöster Momente der kapitalistischen Gesellschaft als unrichtig.

2. Unfähigkeit, den Produktionsprozeß in seinem Doppelcharakter zu begreifen

Selbstverständlich tritt die Überschätzung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten in den Verteilungsmechanismus, wie bereits angedeutet, in jeweils modifizierten Formen in den verschiedenen Theorien auf. Sie reichen von der völligen Aussparung der Produktionssphäre bis zu ihrer beschränkten Berücksichtigung, nämlich im Rahmen der innerhalb der bürgerlichen Wissenschaften vorgegebenen Arbeitsteilung. Die neueren Sozialstaatstheorien, die nicht mehr an einer politischen Praxis der Arbeiterbewegung orientiert (und insofern nicht mehr im eigentlichen Sinn revisionistisch) sind, begreifen sich vorwiegend als politisch-soziologische Theorien und überlassen die Analyse der 'Wirtschaft' der ökonomischen Theorie, aus der sie dann auch die Sätze übernehmen, die am ehesten in ihr Konzept hineinpassen: Habermas stützt sich auf Joan Robinson zur 'Widerlegung' der Marx-

---

"Gefälligkeitsstaat", Staat als "ungeheure Ausgleichskasse" etc. denunzieren. Vgl. dazu: Ernst Forsthoff: "Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats", Veröffentlichungen der Vereinigung der Staatsrechtslehrer, Heft 12, Berlin-West 1954, S. 8 ff; Werner Weber: SPANNUNGEN UND KRÄFTE IM WESTDEUTSCHEN VERFASSUNGSSYSTEM, Stuttgart 1951. Wenn im folgenden wiederholt auf die Analogien in der Analyse der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zwischen Revisionisten und bürgerlich-reaktionären Wissenschaftlern hingewiesen wird, so deshalb, um zu zeigen, daß eben kein dritter Weg zwischen marxistischer und bürgerlicher Gesellschaftsanalyse möglich ist, sondern daß revisionistische Theorien notwendig auf bürgerliche hinauslaufen. Man kann nicht einfach, wie Habermas z.B. dies immer wieder tut, auf der Basis der 'wissenschaftlichen' Ergebnisse von Forsthoff bis Hennis eine völlig andere gesellschaftskritische Konsequenz herleiten. Dies bleibt dann in der Tat (moralisierende) Kritik.

schen Werttheorie (23), Offe auf Shonfield (24) und alle insgesamt auf die Keynesianischen Spielarten innerhalb der bürgerlichen Ökonomie. Sie begreifen daher nicht mehr, daß bereits in der Arbeitsteilung der einzelwissenschaftlichen Theoriebildung die Verabsolutierung einzelner Segmente der Totalität kapitalistischer Produktionsweise impliziert ist und daß auch die Zusammenfassung von Aussagen über die einzelnen Segmente keinen Begriff des Ganzen ergeben kann. Eines ist jedoch dem Revisionismus seit Bernstein gemeinsam, daß der Produktionsprozeß selbst dort, wo er explizit Berücksichtigung findet, nicht als widersprüchliche Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß begriffen werden kann, sondern als bloßer Arbeitsprozeß erscheint, der sich allein durch seine besonderen juristischen und organisatorischen Formen noch als kapitalistischer ausweist.

Rosa Luxemburg kritisiert schon an Bernstein zu Recht, er verstehe "unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion, sondern des Eigentumsrechts, nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit. ... Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen in die Eigentumsverhältnisse überträgt ... überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von Kapital und Arbeit in das Verhältnis von reich und arm." (25) Hier wird deutlich, wie die Reduktion der Kapitalismuskritik auf die Frage der 'gerechten Verteilung' bei Bernstein, die wiederum die Basis seiner reformistischen Strategie ist – der Staat als Subjekt der gesellschaftlichen Umwandlung – seiner bloß soziologisch-juristischen Bestimmung des Kapitalverhältnisses entspringt. Diese aber ist nur möglich, wenn der Produktionsprozeß nicht in seinem Doppelcharakter begriffen wird, sondern als bloßer Arbeitsprozeß, dem die kapitalistischen Bestimmungen nur als zufällige anhaften, die daher bei gutem Willen des Kapitalisten und unter entsprechendem Druck der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus beseitigt werden können.

Jeder Begriff davon geht verloren, daß der Produktionsprozeß als Verwertungsprozeß des Kapitals bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliegt, die sich hinter dem Rücken der Individuen durchsetzen und den einzelnen Kapitalisten zu ihrem Vollzugsorgan machen. Zwar wird das Wort 'kapitalistische Produktion' im Munde geführt, wobei man im Sinne von Marx zu sprechen glaubt, doch der *spezifische* Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses wird dabei unterschlagen. Jeder Produktionsprozeß ist Arbeitsprozeß, unabhängig von den Produktionsverhältnissen; es wird in ihm nützliche Arbeit geleistet, deren Zweck die Herstellung von Gebrauchsgütern ist. "Im *Arbeitsprozeß* bewirkt also die Tätigkeit des Menschen durch das Arbeitsmittel eine von vornherein bezweckte Veränderung des Arbeitsgegenstandes. Der Prozeß erlischt im *Produkt*. Sein Produkt ist ein *Gebrauchswert*, ein durch Formveränderungen menschlichen Bedürfnissen angeeigneter Naturstoff." (26 a) Demgegenüber ist der Verwertungsprozeß dadurch gekennzeichnet, daß er nicht die Gebrauchswerte um ihrer selbst willen, sondern als Träger von Tauschwert herstellt. Der Kapitalist "will nicht nur einen *Gebrauchswert* produzieren, sondern eine *Ware*, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur *Wert*, sondern *Mehrwert*." (26 b) Der kapitalistische Produktionsprozeß findet nur statt, wenn zum einen in ihm mehr Wert erzeugt wird, als der Kapitalist beim Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft in ihn hineingesteckt hat, und wenn zum anderen die erzeugten Produkte als Waren auf dem Markt verkauft werden können, ihre Umwandlung in Geldform zu gelingen verspricht.

---

23 Vgl. hierzu W. Müller: "Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie", SOPO 1/69, S. 40-44. Die beliebige Verwendung der Begriffe 'Sozialprodukt', 'gesellschaftlicher Reichtum', auch einmal 'Warenfülle', dann wieder 'Produkte' bei den Revisionisten zeigt schon, daß hier das Problem nicht mehr gesehen wird, das Marx gleich zu Anfang des 'Kapitals' ausspricht, daß nämlich der gesellschaftliche Reichtum im Kapitalismus als ungeheure Warenfülle erscheint. Schon durch die beliebige Verwendung der Begrifflichkeit gibt man zu erkennen, daß man die spezifische Problematik der Form der gesellschaftlichen Produktion übersieht, wie sie sich darstellt im Doppelcharakter der Ware als Tauschwert und Gebrauchswert, und dementsprechend der Doppelcharakter der Arbeit und des Produktionsprozesses.

24 A. Shonfield: MODERN CAPITALISM. The Changing Balance of Public and Private Power. Royal Institute of International Affairs. London 1965. Deutsche Ausgabe: GEPLANTER KAPITALISMUS – WIRTSCHAFTSPOLITIK IN WESTEUROPA UND USA. Mit einem Vorwort von Karl Schiller. Köln usw. 1968.

25 R. Luxemburg: SOZIALREFORM..., a.a.O. S. 93 f.

26a Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 189-195.

26b Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 194-201.

Sämtliche Methoden und Organisationsformen der Ausbeutung, die in der Geschichte des Kapitalismus praktiziert worden sind, zusammen mit den Krisen und dem mit ihnen verbundenen Elend der Gesamtbevölkerung, entspringen dem Zwang, unter dem jeder einzelne Kapitalist steht, sein Kapital verwerten zu müssen als Bedingung seiner Existenz. Der gesamte Produktionsprozeß ist vom Verwertungszwang des Einzelkapitals geprägt, von der hierarchischen Organisation des Betriebes über die technische Gestaltung der Maschinen und die Gestaltung der Fabrikräume bis hin zu den Antreibermethoden aller Art, die die für den Kapitalisten allergünstigste, d.h. bestmögliche Ausnutzung und Auffüllung aller Poren des Arbeitstages, der gekauften Arbeitszeit des Arbeiters ermöglichen sollen. Die Arbeitskraft muß, darüber wacht der Kapitalist, in dem gewöhnlichen Durchschnittsmaß der Anstrengung, mit dem gesellschaftlich üblichen Grad an Intensität verausgabt werden." (26 c)

Die besonderen juristischen und organisatorischen Formen des kapitalistischen Produktionsprozesses sind nichts anderes als der notwendige Ausdruck für den Doppelcharakter des Produktionsprozesses im Kapitalismus als Arbeits- und Verwertungsprozeß. Von den Revisionisten dagegen werden sie nahezu durchgehend als bloß zufällige Akzidenzien angesehen. Dies zeigt sich vor allem an der Bestimmung der Rolle des Kapitalisten gegenüber dem Arbeiter. Dieses Verhältnis wird in der revisionistischen Theorie nicht aus dem ökonomischen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, also aus ihrer Beziehung innerhalb des Verwertungsprozesses des Kapitals, im unmittelbaren Produktionsprozeß, erklärt. Es wird nicht mehr gesehen, daß der einzelne Kapitalist und der einzelne Lohnarbeiter ökonomische Charaktermasken des Kapitalverhältnisses sind. In dieser Blindheit haben auch die Ideologien von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung ihre Wurzeln. So heißt es bei Fritz Naphtali (1929) (26 d): "Im Betrieb stehen Unternehmer oder überhaupt Leiter des Betriebes und Arbeiter einander gegenüber; hier bedeutet die Überwindung der unternehmerischen Despotie das Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter, die nicht mehr als rechtlose Objekte behandelt werden sollen." Die Despotie des Kapitalisten entspringt demnach bloß seiner Willkür und ist auf der organisatorischen Ebene – Schaffung von Mitbestimmungsgremien innerhalb des kapitalistischen Betriebes – zu beseitigen. Der Sozialismus wird zur ethischen Forderung, der Kapitalismus zu einer Frage der Unternehmermoral. (Zur genaueren Kritik dieser Auffassung vgl. den Abschnitt über die Fabrikgesetzgebung in diesem Aufsatz.)

Eine andere Variante der Negation des Doppelcharakters des kapitalistischen Produktionsprozesses finden wir in Paul Serings Theorie von der Produktionshierarchie. Der kapitalistische Betrieb erscheint ihm als rationale Organisation, in der die "Produktionsintelligenz" (Techniker, Marktexperten) "unermüdlich für weiteren Fortschritt und für die Schaffung kooperativer Formen technischer und wirtschaftlicher Organisation" arbeitet und in der die Manager "in erster Linie Menschen" sind, "die die Fähigkeit erworben und erwiesen haben, Entscheidungen über das Inganghalten einer komplizierten Organisation zu treffen und durchzusetzen." "... der einzige Punkt, wo die alte Einheit der Unternehmerfunktion erhalten bleibt, wo die Leitung der Produktion tatsächlich vom persönlichen Profitinteresse des Eigentümers abhängt, ist die Spitze der Pyramide – die monopolistische und finanzielle Oligarchie. Und diese Oligarchie verwächst, wie wir gesehen haben, zunehmend mit den Organen der staatlichen Wirtschaftspolitik." (27)

Es wird hier also vom Doppelcharakter des (kapitalistischen) Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß abgesehen. Im kapitalistischen Betrieb ist aber der Leiter der Produktion immer auch Mehrwerterpresser. (28) Damit ist die Unterwerfung der lebendigen unter die tote Arbeit, die Mehrwertauspressung und die Ökonomie (d.h. Sparsamkeit) des Kapitals, die darin besteht, daß sie "bei aller Knauserei durchaus verschwenderisch mit dem Menschenmaterial umgeht", (29) aus der Organisation der Produktion im kapitalistischen Betrieb verschwunden. Dieser wird als

---

26c Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 204-210.

26d Fritz Naphtali: WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, 1928, Neudruck mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Frankfurt/Main 1966, S. 23.

27 Vgl. Sering: JENSEITS..., a.a.O. S. 47-49.

28 Vgl. dazu besonders Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 346-48/350-52.

29 KAPITAL, Bd. III, S. 107-197.

eine technisch-rationale Anstalt aufgefaßt; kapitalistisch ist nur noch die oberste organisatorische Spitze. Zur Einführung des Sozialismus bedarf es dann nur noch der Auswechslung des Personals an der Spitze, der Zurückdrängung des Einflusses der kapitalistischen Oligarchie auf die Wirtschaftspolitik durch eine starke sozial-demokratische Regierung und die allmähliche Absetzung der Spitzen und ihr Ersatz durch Planungsfachleute. Die gegenwärtig von der DKP im Anschluß an die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus vertretene Strategie zur friedlichen Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus beruht auf ebensolchen Vorstellungen. Von zwei Seiten soll die Macht des Monopolkapitals eingeschränkt werden: durch Mitbestimmung im Betrieb und durch die Entfaltung eines demokratischen Programms der Wirtschaftspolitik im Kampf gegen die Monopole. Es geht um die allmähliche Übernahme des "Apparates zur Lenkung und Leitung der Wirtschaft" und seine "Unterordnung unter die Interessen des Volkes"

"Zwischen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Übergang zum Sozialismus liegt die Etappe der Erkämpfung, Errichtung und Entfaltung der gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichteten Demokratie..." (30)

3. Erfolgreiche Konjunkturpolitik als Voraussetzung der Sozialpolitik

Die Annahme von der Autonomie staatlicher Verteilungspolitik gegenüber den Verwertungsgesetzen kapitalistischer Produktion kann auf eine Voraussetzung nicht verzichten: die 'Wirtschaft' muß weitgehend k r i s e n f r e i funktionieren, die ökonomische Reproduktion der Gesellschaft muß in kontinuierlichem W a c h s t u m ablaufen. Ohne diese Voraussetzung ist die Annahme von der Autonomie der Verteilungspolitik unhaltbar. Denn alle Kategorien der 'Verteilung' (immer: der Einkommen) und damit auch der an ihnen ansetzenden Politik sind – wie für den 'politischen Lohn' schon angedeutet wurde – zugleich und vor allem Kategorien des Kapitalkreislaufs und werden folglich auch durch jede Stockung des Kapitalkreislaufs beeinflußt. Arbeitslosigkeit und ein stagnierendes oder gar sinkendes Sozialprodukt machen schließlich jede Verteilungspolitik unter sozialstaatlichen Gesichtspunkten illusorisch. Folgerichtig gehen auch alle sozialpolitischen Pläne und Prognosen der Bundesregierungen von einem mehr oder weniger kontinuierlichen Zuwachs des Sozialproduktes aus. (31) Die Voraussetzung der Krisenfreiheit muß allerdings begründet werden; und in den Begründungen unterscheiden sich die Sozialstaatstheorien.

Für Bernstein ebenso wie für die Theorien des 'organisierten Kapitalismus' in den 20er Jahren (32) waren es Kapitalkonzentration und Ausbildung des Finanzkapitals, die die Krisen zum Verschwinden bringen sollten; sie sollten – im Gegensatz zum 'Konkurrenzkapitalismus' und der 'Anarchie des Marktes' – dem Kapital unter Hilfestellung des demokratischen Staates, die Planung der Produktion ermöglichen. Die revisionistischen Theorien nach der Weltwirtschaftskrise mußten andere Erklärungsmodelle entwickeln. Denn durch die Weltwirtschaftskrise war die Annahme der Krisenfreiheit als Folge einer ungesteuerten Entfaltung der Gesetze kapitalistischer Akkumulation selbst ad absurbum geführt worden. Seit dieser Zeit gehen beinahe alle bürgerlichen und revisionistischen Theoretiker – von den Wohlfahrtsstaatstheorien über den Neoliberalismus bis zu den rechts- und linkskeynesianischen Ablegern in der heutigen Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften – da-

30 IMPERIALISMUS HEUTE, Berlin 1968[5], S. 239 und 727, hier besonders wichtig das Kapitel "Die demokratische Alternative gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus", S. 724-751; vgl. auch Kritik dazu: Projektgruppe DKP-Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 67 ff.

31 So ist für den Staatssekretär Auerbach beim Bundesarbeitsministerium die wirtschaftliche Deckungsmöglichkeit der Renten- und Krankenversicherung nur dann gewährleistet, wenn bis 1985 eine jährliche Steigerung der Bruttolohn- und Gehaltssumme um 5,8 % erfolgt. Nach DER TAGESSPIEGEL, 23.12.69. Vgl. auch: SOZIALENQUETE, Soziale Sicherung in der BRD, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, o.J. (1966), S. 143 ff; besonders S. 153, wo gezeigt wird, daß jedes Sozialversicherungssystem, vor allem aber die Arbeitslosenversicherung angesichts einer Massenarbeitslosigkeit total versagen würde.

32 Vgl. dazu die Kritik im Aufsatz von Eugen Varga: "Probleme der Monopolbildung und die Theorie vom 'organisierten Kapitalismus', in: ders.: DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN, Frankfurt/Main 1969, S. 11-41. Vgl. auch: Projektgruppe DKP/Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 97 ff.

von aus, daß durch staatliche Eingriffe die ökonomische Basis gefestigt werden kann, über die der Staat sich als Sozialstaat dann frei zu erheben vermag. Es ist heute nicht mehr möglich, in ökonomischer Unschuld das Verschwinden der Krisen den naturwüchsigen Mechanismen kapitalistischer Akkumulation selbst anzurechnen. Vielmehr soll heute versucht werden, die Krisenfreiheit der gesamten Produktion durch bewußte Eingriffe des Staates herzustellen, und das heißt: durch ein Subjekt, das in die zu regulierenden Abläufe nicht verwickelt ist. So bedingen sich Politik des Krisenmanagements und Verteilungspolitik des Staates wechselseitig: die krisenverhindernden Interventionen des Staates sind Voraussetzung für seine sozialpolitischen Maßnahmen; die Autonomie des Staates in der Sphäre der Einkommens-Verteilung wiederum ist Voraussetzung für seine 'Krisenvermeidungsstrategien'.

Das läßt sich an folgendem Beispiel sehr leicht zeigen: Die in der Vorstellung vom 'politischen Lohn' implizierte Annahme, der Lohn könne politisch geregelt werden, wird den bürgerlich-technokratischen Vorstellungen von der Möglichkeit der Regulierung der Volkswirtschaft mittels 'Einkommenspolitik', 'konzertierter Aktion' bzw. 'Lohnleitlinien' zugrundegelegt. Der 'politische Lohn' als Ausdruck staatlicher Autonomie in der V e r t e i l u n g s s p h ä r e soll nun unvermittelt als ökonomisches Manipulierungsinstrument dienen, um die P r o d u k t i o n antizyklisch zu stabilisieren. Der Staat setzt also in der Sphäre der Verteilung an, um hier in der Weise in den Kapitalkreislauf einzugreifen, daß ökonomische Krisen 'entschärft' werden. Die Voraussetzung für die Regulierungstätigkeit des Staates von der Verteilungssphäre aus ist demnach, daß die angenommene Autonomie in dieser Sphäre doch nicht so weit geht, daß sich die hier vorgenommenen Eingriffe nicht auf den Produktionsprozeß auswirkten (33). Somit erweist sich die Trennung von Produktion und Verteilung unter diesem Gesichtspunkt nicht mehr als totale, sondern als e i n s e i t i g e : Es wird zwar angenommen, daß die Verteilungs p o l i t i k von den Gesetzmäßigkeiten und Grenzen des Kapitalverwertungsprozesses unabhängig sei. Aber es wird zugleich angenommen, daß der Akkumulationsprozeß — jetzt neutral mit der Phrase vom 'stetigen Wirtschaftswachstum' belegt — sehr wohl durch Verteilungspolitik als Krisenvermeidungspolitik beeinflußt werden könne. Damit werden gleichzeitig die relative Autonomie des Staates in der Verteilungssphäre und damit in der Verteilungspolitik und zugleich seine Möglichkeit zur "Krisenvermeidungsstrategie" (34) begründet; das eine wird zur Voraussetzung des anderen und beides läßt sich durch das gleiche Subjekt gewährleisten. Der Akkumulationsprozeß und seine Eigengesetzlichkeit ist somit erst recht als Problem beseitigt bzw. obsolet, insbesondere da in den vergangenen 20 Jahren in der BRD scheinbar die Wirksamkeit staatlicher Politik und die Richtigkeit der auf diesen Annahmen beruhenden Theorien erwiesen worden ist.

Auf diese Weise werden die Widersprüche zwischen kapitalistischer Produktion und Sozialpolitik weitgehend eliminiert. Am deutlichsten wird dies in den linkskeynesianischen bzw. gewerkschaftlichen Vorstellungen von der Möglichkeit des erfolgreichen 'Krisenmanagements' durch Lohnsteigerungen, da diese ja als Kaufkraftsteigerungen die effektive Nachfrage ankurbeln sollen. So sagte schon 1928 Fritz Tarnow: "In diesem Zusammenhang handelt es sich nicht um das Soziale, sondern um die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, einen stärkeren Gebrauch an Konsumgütern zu erzwingen, um den Weg zu vergrößertem Verbrauch und vergrößerter Produktion freizulegen."

---

33 Hier liegt eines der Probleme, über die wir in den Diskussionen keine volle Übereinstimmung erreichen konnten. Welche praktische Bedeutung hat die Illusion von der Autonomie der Distributionssphäre bzw. vom politischen Lohn heute, z.B. in der antizyklischen Konjunkturpolitik? Inwieweit wird hier nicht die Abhängigkeit der Verteilung von der Produktion und der in ihr gesetzten Verteilung de facto anerkannt? Haben etwa die Ökonomen (auch innerhalb der SPD oder der gewerkschaftlichen Wirtschaftsinstitute) hier einen größeren Realismus als die Politologen revisionistischen Erbes? Wie weit geht dieser Realismus? Vgl. dazu auch unten Teil III.

34 J.M. Gillman (PROSPERITÄT IN DER KRISE, dt. Frankfurt/M. 1968) zeigt, wie in den Welfare-State Theorien der New-Deal Epoche Sozialversicherung als Krisenregulierungsmechanismus angesehen wurde (S. 132). Im folgenden unterzieht Gillman diese These einer Überprüfung anhand der zyklischen Bewegungen des Kapitals in den USA und zeigt, daß es sich hierbei nur um zweitrangige, nicht entscheidende Faktoren wirtschaftlicher Stabilisierung handeln kann.

(35) Und im Gefolge dieser bequemen Tradition des bloßen Appells an den Staat und an die 'Vernunft' der Kapitalistenklasse anstatt der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf revolutionäre Praxis empfiehlt z.B. die IG Metall 1967 dem Staat, den Arbeitern mit "Investitionskrediten die Anschaffung eines PKW zu erleichtern und so gleichzeitig die Automobilindustrie anzukurbeln"; zugleich beklagte sie die mangelnde Moral der Unternehmer, die aus lauter Böswilligkeit und gegen ihre bessere Einsicht, daß doch erst der Massenkonsum den Absatz ihrer Waren gewährleiste, Sozialausgaben und Löhne in der Krise kürzen (36). Tarnow sah immerhin noch das hier bestehende Problem, wenn er schreibt: "Der e i n z e l n e Unternehmer kann zwar nach wie vor so rechnen, daß er von einer Herabsetzung der Löhne nichts anderes als Vorteil hat. Für die Unternehmer im g a n z e n aber könnte diese Manipulation nicht mehr vorgenommen werden, ohne die Kapitals- und Profitinteressen des Unternehmertums selbst schwer zu verletzen." (37) Daher plädiert er für die Verteilung der Gesamtkaufkraft in einem richtigen Verhältnis zwischen Konsumtion und Akkumulation, die die Basis eines prosperierenden Kapitalismus darstellen solle, in dem die Gesamtinteressen des Kapitals und der Arbeiterklasse harmonisch zusammenfallen. Als Garant solcher Harmonie kann natürlich nur der Staat fungieren. Aber zu solchen Vorstellungen schreibt bereits Marx: "Mit Ausnahme seiner eigenen Arbeiter, erscheint jedem Kapitalisten gegenüber die Gesamtmasse aller andren Arbeiter nicht als Arbeiter, sondern als Konsumenten. ... Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der a n d r e n Kapitalisten als möglichst große Konsumenten s e i n e r Ware. Aber das Verhältnis j e d e s Kapitalisten zu s e i n e n Arbeitern ist das V e r h ä l t n i s ü b e r h a u p t v o n K a p i t a l u n d A r b e i t, das wesentliche Verhältnis." (38) Die Praxis der staatlichen Krisenmanipulation im Jahre 1967 hat gezeigt, daß es auch dem 'Sozialstaat' geboten ist, dieses "wesentliche Verhältnis" zu berücksichtigen: er kürzte die Sozialleistungen und mußte es zulassen, daß die Löhne stagnierten und zum Teil sogar gesenkt wurden.

---

35 Fritz Tarnow: WARUM ARM SEIN? Berlin 1928, S. 71 und 49. Vgl. zur Kritik auch neben Kriwizki ("Die Lohntheorie...", UNTER DEM BANNER..., a.a.O.): Erika König: VOM REVISIONISMUS ZUM DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS, Berlin-DDR 1964, S. 158ff.

36 METALL, Nr. 16, 1967, und: WEISSBUCH DER IG METALL, 1968. In der Zeitschrift METALL ist auch nachzulesen, wie Brenner 1967 und 1968 die Theorie von der Regulierung der Krise durch Erhöhung der Masseneinkommen vertritt.

37 Tarnow: WARUM ARM SEIN ? A.a.O. S. 53.

38 Marx: GRUNDRISSE, S. 322. Vgl. S. 323: "... Das Kapital selbst betrachtet dann die N a c h f r a g e d u r c h d e n A r b e i t e r – i.e. das Zahlen des Salärs, worauf diese Nachfrage beruht – nicht als Gewinn, sondern als Verlust. D.h. das i m m a n e n t e V e r h ä l t n i s z w i s c h e n K a p i t a l u n d A r b e i t macht sich geltend. E s i s t h i e r w i e d e r d i e K o n k u r r e n z d e r K a p i t a l i e n, ihre Gleichgültigkeit gegeneinander und Selbständigkeit voneinander, die dazu führt, daß das einzelne Kapital sich zu den Arbeitern des totalen übrigen Kapitals n i c h t a l s A r b e i t e r n verhält: Hinc über die richtige Proportion hinausgetrieben wird." Und im 2. Band des KAPITAL (S. 414/409 f): "Will man aber dieser Tautologie" (Krisen entstehen aus Mangel an zahlungskräftiger Nachfrage) "einen Schein tiefrer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größern Anteil davon empfängt, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müßte – von dem Gesichtspunkt jener Ritter vom gesunden und 'einfachen' (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise." Vgl. auch M. Kriwizki (LOHNTHEORIE..., a.a.O.), der zeigt, daß die Theorie vom politischen Lohn auf der Annahme beruht, der Kapitalist könne beim konstanten Kapital Einsparungen vornehmen, und diese dem Arbeiter zuschanzen. "Während wir also bei Marx auf die Gegenüberstellung des variablen Kapitals oder des Arbeitslohns mit dem Mehrwert stoßen, wird in allen von uns angeführten Fällen der Arbeitslohn dem konstanten Kapital gegenübergestellt und seine Änderungen mit den Änderungen des konstanten Kapitals verbunden. Es folgt also eine Aufhebung der Spaltung des neugeschaffenen Werts in Wert der Arbeitskraft und Mehrwert. Dadurch wird jenes Kampffeld beseitigt, auf dem der Zusammenstoß der zwei Klassen stattfindet... Es ist die gleiche Verlegung der Analyse von den grundlegenden Produktionsverhältnissen weg zur Technik, die als außerhalb des sozialen Verhältnisses stehend betrachtet wird." (S. 97 f)

Daß das Kapital nur als einzelnes existiert, der Staat als Vertretung der gesamten Kapitalistenklasse demnach ein Interesse des Gesamtkapitals nur insoweit vertreten kann, als es auch das Interesse der Kapitale als Einzelkapitale – zumindest aber ihrer mächtigeren Fraktion – ist, wird dabei unterschlagen. Das im Kapitalverhältnis gesetzte widersprüchliche Interesse jedes Einzelkapitalisten an größter Konsumtionskraft aller Arbeiter mit Ausnahme der von ihm angewendeten und an möglichst niedrigem Lohn seiner eigenen Arbeiter, kann auch der Staat nicht überspringen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß die 'spontane' Verteilung zwischen Lohn und Profit gar nicht vom Staat geregelt wird, sondern in direkter Konfrontation der 'Tarifpartner'. (Seine Tätigkeit beschränkt sich, knapp zusammengefaßt, auf die Umverteilung innerhalb der Lohneinkommen ('Sozialleistungen', Ausbildungskosten der Arbeitskraft) und auf eine gewisse Umverteilung des Profits zwischen verschiedenen Kapitalgruppen (Subventionen, Investitionsanreize usw.) Vgl. auch oben Anm. 13.) Die Annahme von der gegenseitigen Ergänzung der krisenmanipulierenden und der sozial-politischen Funktion des Staates läßt sich also nicht halten. Es bleibt eine Unmöglichkeit für den Staat im Kapitalismus, die krisenfreie ökonomische Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse, d.h. des Kapitalverhältnisses, auch nur zu versuchen und gleichzeitig die politische Aufhebung dieses Verhältnisses zu betreiben. Eine Milderung dieses allgemeinen Widerspruchs wird nur insofern versucht, als zur Reproduktion des Kapitalverhältnisses auch ein bestimmtes Minimum an sozialer "Stabilität" als Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf des Kapitalverwertungsprozesses jeweils gesichert sein muß. Diesem Zweck dient die Sozialpolitik als Befriedungspolitik; sie bleibt auch dabei Moment der Sicherung der stetigen Reproduktion des Kapitalverhältnisses, stellt also das gerade Gegenteil von politischer Autonomie des Staates dar, wie noch ausführlicher zu zeigen sein wird.

Die bürgerliche Wissenschaft ist auch in dieser, aber auch nur in dieser Hinsicht weniger illusionär als die revisionistischen Gewerkschaftstheoretiker seit der Weimarer Republik. Die sozialstaatlichen Aufgaben sind demnach der primären Aufgabe der Wachstums- und Wohlstandssicherung unterzuordnen. Dabei wird auch durchaus der Konflikt zwischen diesen beiden Staatsfunktionen gesehen, aber die Übereinstimmung wird dann doch wieder mit der Behauptung hergestellt, daß die beste Sozialpolitik eine gute Wirtschaftspolitik sei, die durch Sicherung des Wachstums erst dem Staat die Mittel zur sozialen Verteilertätigkeit zur Verfügung stelle und zudem 'Erwerbslosigkeit' verhindere. In diesem Sinne geht z.B. die im Auftrag der Bundesregierung (von zumeist den damaligen Regierungsparteien nahestehenden Professoren) ausgearbeitete SOZIALENQUETE (1966) davon aus, 'daß im Hinblick auf die Aufgabe der Sozialpolitik, nämlich die Erfüllung des Sicherungs- und Versorgungsbedürfnisses der Bevölkerung, im ganzen eine Identität mit den Zielen der Wirtschaftspolitik bestehe. (39) Eine Wirtschaftspolitik, welcher die Sozialpolitik nicht durch Ausgabenerhöhungen zur unrechten Zeit (und die Zeit ist schließlich immer unrecht (40)) in die Quere kommt, soll danach in der Lage sein, wirtschaftliches Wachstum und 'Vollbeschäftigung' (41) zu

---

39 Vgl. SOZIALENQUETE, a.a.O. S. 140 f.

40 Vgl. ebda., S. 153 f, wonach in der Hochkonjunktur Erhöhungen der Sozialleistungen inflationär wirken, in der Krise dagegen zwar ökonomisch möglich und vielleicht auch sinnvoll seien (hier die gleiche Illusion wie bei den Gewerkschaften), aber aufgrund politischer Tatbestände nicht zu empfehlen, da solche Maßnahmen später schwer rückgängig zu machen seien, ohne die Gefahr sozialen Unfriedens' heraufzubeschwören.

41 Immer wieder wäre es notwendig, die die Wirklichkeit oft ganz offensichtlich verhüllenden Begriffe der bürgerlichen Wissenschaft zu umgehen oder wenigstens durch Anführungszeichen zu kennzeichnen. So ist nach der herrschenden Auffassung in der 'Vollbeschäftigung' eine amtliche Arbeitslosenquote von 'bloß' 3 bis 5 % eingeschlossen. Die Zahlen der amtlichen Statistik zur 'Erwerbslosigkeit' sind ihrerseits verhüllend (besonders in der 'Rezession' oder 'Talsohle'), denn sie erfassen nicht die infolge Arbeitslosigkeit vorzeitig 'verrenteten' Arbeiter (besonders Arbeiterinnen), heimgereiste 'Gastarbeiter' usw.; hinter diesen Zahlen versteckt sich also eine viel größere industrielle Reservearmee, wie der kapitalistischen Wirklichkeit adäquate Begriff lautet. Mit dieser Bemerkung soll erneut darauf hingewiesen werden, daß man sich innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft ständig zwischen Attrappen bewegt, die aber vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Wissenschaft notwendig die einzige Wirklichkeit sind und das Handeln der Kapitalagenten und der Staatsfunktionäre tatsächlich bestimmen. Vgl. dazu auch Teil III.

garantieren. "Sozialpolitik im Ganzen ist ihrer Natur nach längerfristig orientiert und ist rational nur durchführbar, wenn es der Wirtschaftspolitik gelingt, übermäßige Konjunkturschwankungen zu verhindern". (42) Daraus ergibt sich dann die Notwendigkeit der Ausrichtung und Unterordnung der Sozialpolitik unter die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, soweit dies ohne Gefährdung des "sozialen Friedens" möglich sei. Die Erhaltung des "sozialen Friedens" ist somit ein Bestimmungsfaktor für die untere Grenze der Sozialleistungen (neben der Erhaltung der "Arbeits- und Leistungsfähigkeit, Berufserziehung und Mobilität"). "Preisstabilität" und "Investitionsbereitschaft der Unternehmer" definieren die obere Grenze (43). Dies ist der Spielraum, in dem sich nach der Einschätzung der Verfasser der SOZIALENQUETE die redistributiven sozialpolitischen Maßnahmen des Staates bewegen dürfen.

4. Sozialstaat und pluralistische Demokratie

Die theoretische Trennung der ökonomischen Bedingungen von Produktion und Distribution hat politische Konsequenzen. Historisch ist natürlich die Theorie Konsequenz revisionistischer Praxis, nicht ohne diese weiter zu bestätigen: der Versuch der Sozialdemokratie zur wissenschaftlichen Begründung ihrer nicht-revolutionären Politik, ihrer Zusammenarbeit mit Kapital und bürgerlichem Staat, führte zu immer erneuten Anläufen, einen gegenüber Marx' Zeiten grundsätzlich veränderten Kapitalismus und vor allem ein qualitativ verändertes Verhältnis zwischen kapitalistischem Produktionsprozeß und Staat nachzuweisen. Dieser Nachweis sollte dazu dienen, die tatsächlich verfolgte politische Strategie der Zusammenarbeit der Klassen im bürgerlichen Staat zu legitimieren. Dabei bilden die Souveränität des Staates bei der Verteilung des Sozialprodukts und das Verschwinden der kapitalistischen Krisen, sei es als Ergebnis naturwüchsiger Prozesse der kapitalistischen Entwicklung, sei es als Folge staatlichen Krisenmanagements, für die revisionistischen Staatstheorien wesentliche Voraussetzung einer allmählichen Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus, des bürgerlichen Staates in einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Nachdem die sozialdemokratischen Theoretiker von Bernstein bis Habermas den Sozialstaat auf den festen Grund einer dauerhaft wachsenden 'Güterfülle' gestellt haben, stehen der Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft auch keine unüberwindlichen Hindernisse mehr entgegen: "Der Konflikt der Klassen verliert in dieser Perspektive seine revolutionäre Gestalt; eine fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft ist auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht von vornherein ausgeschlossen." (44)

Bernstein wollte eine nicht-revolutionäre Strategie für die Arbeiterklasse fomulieren: Sozialreformen statt Revolution. Die Behauptung, ein revolutionärer Kampf der Arbeiterklasse habe sich historisch erübrigt, über den Staat lasse sich der Sozialismus schon durch die Arbeiterparteien und unter kräftiger Mitwirkung der Gewerkschaften einführen, führte zur Herausarbeitung der Vorstellung, der Staat stehe den Bedingungen der kapitalistischen Produktion unabhängig gegenüber. Da der Staat im weiteren Verlauf der Entwicklung (Weimarer Republik) seine Eingriffe in die Gesellschaft vor allem auf dem Verteilungssektor entwickelt (wachsender Anteil des Sozialprodukts, der vom Staat verteilt wird) (45), und zwar vermittelt über die parlamentarischen Auseinandersetzungen, kommt es dazu, daß die staatliche Verteilungstätigkeit als die Sphäre der Unabhängigkeit der Staatsgewalt gegenüber der Kapitalakkumulation aufgefaßt wird. Das ist der Ursprung der Theorie

---

42 SOZIALENQUETE, a.a.O. S. 153.

43 Ebda., S. 144. Auf die hier im ganzen richtig angedeuteten Grenzen der Sozialpolitik wird weiter unten noch näher eingegangen. Allerdings kann der Staat, siehe gegenwärtig USA, auf die untere Grenze weitaus weniger Rücksicht nehmen. Sie gilt nur für Prosperitätsphasen des Kapitals. Vgl. auch S. 145. Es heißt dort weiter: "... die Investitionsbereitschaft der Unternehmer ist sowohl im Interesse des Wachstums der Gesamtversorgung als auch im Interesse der Vollbeschäftigung erforderlich" ... "Das Exportvolumen kann im Interesse der dauernden internationalen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht gekürzt werden" ... "Eine Ausweitung des Sozialbudgets konkurriert also in erster Linie mit einer Steigerung der realen Lohneinkommen." (Hervorhebung: M./N.)

44 J. Habermas: THEORIE UND PRAXIS, Neuwied-Berlin 1963, S. 196 f (Hervorhebungen v. Verfasser).

45 Vgl. oben Anm. 13.

vom politischen Lohn bei Hilferding und der entsprechenden Auffassungen bei Kirchheimer, Sering und anderen sozialdemokratischen Theoretikern.

Nach Hilferding werden die politischen Stärkeverhältnisse der Klassen im demokratischen Staat durch die Wahlen dauernd gemessen. Diese Kräfte werden unmittelbar über das Parlament in die Bildung des Staatswillens umgesetzt, der in der Demokratie Resultat des Willens der Staatsbürger sei. So ergebe sich eine "Anschmiegsamkeit der Staatsmacht an die wechselnden Stärkeverhältnisse", aus der sich folgerichtig ein Steigen des bestimmenden Einflusses der Arbeiterpartei ergeben müsse – der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung wächst (46). Dem müsse ein Ansteigen des Lohnes nachfolgen, da der Lohn politisch und nicht ökonomisch bestimmt sei. "Die Arbeiterschaft betrachtet nunmehr den Staat als das politische Instrument zum Aufbau des Sozialismus." (47) Wahlen und Parlament sollen als Mittel für die friedliche Austragung der Kämpfe von Lohnarbeit und Kapital dienen.

Als die SPD im Jahre 1949 dem Grundgesetz für die BRD im Parlamentarischen Rat zustimmte, war sie von der Vorstellung bestimmt, der provisorische Charakter des neuen Staatswesens, die Offenheit der Verfassung in Richtung auf Sozialisierung der großen Industrie (Art. 15), die starke Stellung der Regierungspartei und des Kanzlers nach dem Grundgesetz, die Kompetenzen des Bundesgesetzgebers und die grundgesetzlich fixierte Sozialstaatsklausel (Art. 20) – also sämtlich Sicherungen im Bereich s t a a t l i c h e r Machtausübung – genügten, um die Umwandlung der zu dieser Zeit bereits restaurierten kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische zu ermöglichen.

Mit parlamentarischer Mehrheit – die SPD rechnete damals fest mit einem Wahlsieg – gedachte sie, durch die Übernahme der Staatsmacht ihre gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen zu realisieren. Revolutionäre Massenaktionen und Kämpfe der Arbeiterschaft waren in diesem Konzept nicht vorgesehen, wie die ambivalente bis ablehnende Haltung der SPD in den Verfassungsverhandlungen zum politischen Streikrecht, wie auch das Fehlen jeglicher Absicherung plebiszitärer Aktionen in der Verfassung selbst deutlich machen.

Aber auch die Inhalte ihrer politischen Vorstellungen handeln weniger von der Arbeiterklasse als historischem Subjekt gesellschaftlicher Prozesse als vielmehr vom Staat. Der Gegensatz zwischen CDU/CSU und SPD hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kulminierte darin, daß die CDU/CSU dem Staat nur eine subsidiäre, nachträglich korrigierende Rolle gegenüber der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung zusprach, Sozialpolitik also als problemlos sich ergebendes Abfallprodukt eines auf kapitalistischer Basis sich ungehemmt entfaltenden ökonomischen Wachstums sah, während demgegenüber die SPD die staatliche Verantwortlichkeit gegenüber den gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen, die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit durch Eingriffe des Staates in die Ökonomie, durch Planung und Sozialisierung auf dem Gesetzeswege hervorhob. Angelpunkt der politischen Konzeption der SPD für das Deutschland nach dem Faschismus war der S o z i a l e S t a a t ; gesellschaftliches Ziel, "daß man den Menschen herausnimmt aus der großen Objektsituation" (Carlo Schmid) historischer Akteur die SPD als Partei im Parlament und Schumacher als Bundeskanzler mit Richtlinienkompetenz, Einführung des Sozialismus also durch eine "gewisse Revolution von oben" (48).

Die Aufgabe des Sozialismus als Ziel im Godesberger Programm und das praktische Einschwenken auf die sozialpolitischen Vorstellungen der CDU seit der Großen Koalition ist also nichts anderes als die Entfaltung dessen, was in der politischen Konzeption der SPD unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Faschismus schon enthalten war: diese Konzeption wiederum ist wesentlich eine Erneuerung des revisionistischen Traditionsbestandes der Weimarer Republik.

---

46 Vgl. R. Hilferding: "Probleme der Zeit", in: DIE GESELLSCHAFT, 1. Jg. 1924, Bd. 1, S. 13.

47 Ders.: "Realistischer Pazifismus", in: DIE GESELLSCHAFT, 1. Jg. 1924, Bd. 2, S. 111. Vgl. dazu auch: W. Gottschalch: STRUKTURVERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHES HANDELN IN DER LEHRE VON RUDOLF HILFERDING, Berlin-West 1962, S. 198-218:

48 Vgl. zu diesem ganzen Komplex: H.-H. Hartwich: SOZIALSTAATSPOSTULAT UND GESELLSCHAFTLICHER STATUS QUO, Berlin 1969, (bisher als Manuskript vorliegend), S. 1-66.

Immerhin wird in der revisionistischen Theorie nach dem Kriege noch ein weiterer Schritt vollzogen, der die immanente Logik ihrer Ansätze vor dem Faschismus voll entwickelt – dies aber eben aufgrund besonderer historischer Entwicklungen: dem Zurücktreten der SPD als erklärter Vertretung der Arbeiterklasse, ihre Neugeburt als Volkspartei. Im Zuge dieser Entwicklung wird nun nicht mehr allein der Staat als unabhängig vom Kapitalverwertungsprozeß aufgefaßt, sondern die Gesellschaft selbst als eine in eine Vielzahl von Interessengegensätzen sich auseinandersetzende, als pluralistische Gesellschaft verstanden.

Der Logik einer Theorie folgend, der der antagonistische Konflikt zwischen Kapital und Arbeit lediglich als Konflikt um die Verteilung knapper Mittel erscheint, verschwindet für den modernen Revisionismus der Klassengegensatz überhaupt: mit abnehmender Knappheit aufgrund eines wachsenden Sozialprodukts wird der Klassengegensatz zur pluralistischen Auseinandersetzung um einen immer größer werdenden Kuchen: "Die industriell-fortgeschrittenen Gesellschaften haben, auf einem hohen und immer erhöhten Stand der Produktivkräfte, eine Expansion des gesellschaftlichen Reichtums erreicht, angesichts derer die Erwägung nicht unrealistisch ist, daß ein fortbestehender, wenn nicht vervielfältigter Pluralismus der Interessen die antagonistische Schärfe konkurrierender Bedürfnisse im Maße der absehbaren Möglichkeit ihrer Befriedigung verlieren kann." Eine 'Gesellschaft im Überfluß' erübrigt "einen von knappen Mitteln diktierten Ausgleich." (49) Die Klassentheorie hat sich damit zur Pluralismustheorie gewandelt. Der vom Revisionismus in der Weimarer Republik verbal noch aufrechterhaltene 'Kampf der Klassen' ist zum Ausgleich der pluralistischen Interessen über konkurrierende Verbände und Volksparteien geworden. (50) Ging die Sozialdemokratie der Weimarer Republik noch davon aus, daß die für die politische Willensbildung relevanten gesellschaftlichen Interessen nach wie vor durch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sich konstituieren, dieser Gegensatz aufgrund von Entwicklungen der Ökonomie im Abnehmen begriffen sei und demzufolge auch der Staatsapparat, insbesondere das Parlament, zum Instrument einer allmählichen Einführung des Sozialismus tauge, so vollzieht der Revisionismus nach dem 2. Weltkrieg einen weiteren Schritt fort von der Marxschen Theorie. Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ist danach das Ergebnis von Interessenauseinandersetzungen pluralistischer gesellschaftlicher Gruppen. Wenn die Sozialstaatstheorie die Souveränität des krisenregulierenden und verteilenden Staates gegenüber der (kapitalistischen) Produktionssphäre behauptet, so kennt sie eine entsprechende Souveränität nicht gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen. Im Gegenteil: der Staat wird in dieser Theorie als ausführendes oder bloß vermittelndes Instrument gesellschaftlicher Interessen und Interessengruppen begriffen, die demzufolge auch die Inhalte staat-

---

49 J. Habermas: STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT, Neuwied 1962, S. 254 f. Parallelen ergeben sich hier zu folgendem Erhard-Wort: "Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus der Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen." in: Erhard: WOHLSTAND FÜR ALLE, Düsseldorf 1957, S. 10. Rabehl hat darauf hingewiesen, daß in der "Soziologie des Staates" "nicht Klassenkämpfe diese monopolistische Gesellschaft bestimmen, sondern daß der demokratische Kampf der 'Unterprivilegierten' um staatliche Anerkennung und Unterstützung diese Epoche trägt." (FU-Projektgruppe-Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 93). Diese politische Vorstellung beruht eben auf der Reduktion der kapitalistischen Widersprüche aufs Verteilungsproblem. Unterprivilegierte sind die sozialen Gruppen, denen vom Staat kein genügend großer Happen in den Mund geschoben wird. Ihre Unterprivilegierung endet mit der Vergrößerung des Happens. Folgerichtig Offe: "Generell bemißt sich der r e p r e s s i v e, d.h. Herrschaftsverhältnisse befestigende Charakter eines politisches Systems daran, ob ... a) ... b) die verschiedenen Kategorien der miteinander in Widerspruch stehenden gesellschaftlichen I n t e r e s s e n, Bedürfnisse und Ansprüche in gleicher oder nur in verzerrter, spezifisch gewichtiger Weise die C h a n c e p o l i t i s c h e r B e r ü c k s i c h t i g u n g g e n i e ß e n." (A.a.O. S. 162). Hier haben sich die unterprivilegierten Gruppen zu unterprivilegierten Bedürfnissen verfeinert.

50 E. Fraenkel: "Strukturanalyse der modernen Demokratie", in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, Beilage zur Wochenzeitung: DAS PARLAMENT, 6.12.69, S. 23: "Der Pluralismus ist die Staatstheorie des Reformismus. Er lehnt implicite die These ab, daß der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, dessen Existenz er nicht in Zweifel zieht, mit geschichtlicher Notwendigkeit dazu führen muß, daß er in der klassenlosen Gesellschaft 'aufgehoben' wird." Vgl. auch: ders.: DEUTSCHLAND UND DIE WESTLICHEN DEMOKRATIEN, Stuttgart 1964, sowie unten Teil IV.

licher Politik bestimmen können. Eine solche Auffassung, die den Staat einerseits als abhängig von den gesellschaftlichen Interessengruppen (zunächst mit Vorrang von Lohnarbeit und Kapital), andererseits aber als souverän gegenüber dem 'wirtschaftlichen Prozeß' begreift, führt notwendig auch zu einer Auseinanderreißung des Zusammenhangs zwischen dem Produktionsprozeß und der Konstituierung gesellschaftlicher Interessengegensätze. Wo der Staat real oder zumindest der Möglichkeit nach als Subjekt der Verteilung des 'Sozialprodukts' und der Regulierung des Wirtschaftsprozesses begriffen wird, wo ihm die Gesetze der Verteilung und Regulierung nicht als Gesetze des Kapitalverwertungsprozesses prinzipiell vorgegeben sind, muß auch der Zusammenhang zwischen den bloß noch als 'gesellschaftlich' erscheinenden Interessengegensätzen und der kapitalistischen Produktionsweise abgestritten werden. Kann nämlich der Staat die Verteilung des 'gesellschaftlichen Reichtums' ändern, ohne das Kapitalverhältnis aufzuheben, so können auch gesellschaftliche Interessenwidersprüche beim Kampf um die Verteilung nicht mehr als bloße Resultate des Kapitalverhältnisses begriffen werden. Die Sphäre der Gesellschaft verselbständigt sich zum Kampfplatz von Interessen, dessen Börse der Staat ist (51).

Bedarf der Staat lediglich "positiv einer Anweisung, wie Gerechtigkeit im sozialstaatlichen Eingriff zu verwirklichen ist", so können es nicht prinzipiell die Gesetze der Kapitalverwertung sein, die diese positive Anweisung im gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Gesellschaften und Staaten verhindern, sondern hier müssen Hindernisse am Werk sein, die sich auf einer von der materiellen Reproduktion losgelösten gesellschaftlichen Ebene konstituieren. So wird für den zeitgenössischen Revisionismus die Frage nach dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat zur Frage nach seinem demokratischen Potential, zur Frage nach der "politischen Mündigkeit des Volkes" (52), zur Frage nach den demokratischen und friedliebenden Kräften, deren Stellung im Produktionsprozeß man nur noch durch das Beiwörtchen "antimonopolitisch" zu definieren versucht. Mit der Erweiterung des demokratischen Potentials, mit dem Entstehen politischen Bewußtseins müssen sich automatisch auch die Handlungsspielräume der Staatsgewalt in Richtung auf die Realisierung sozialer Gerechtigkeit erweitern. Ein kontinuierlicher Übergang in eine Gesellschaft, die die Regulierung ihres Lebens selbst in die Hand nimmt, ist also in dem Maße möglich, in dem ein wachsendes demokratisches Potential auf den Staatsapparat eindringt und ihn als Instrument der Herstellung einer gerechten und vernünftigen Sozialordnung benutzt. Denn da der Staat zum "Träger der Sozialordnung avanciert" (53) ist, hängt es vom Bewußtsein derer, die ihn benutzen ab, welche Sozialordnung er realisiert. Mit dieser Begründung untersuchten Soziologen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung gegen Ende der 50er Jahre die Studenten: sie sind für diese Theorie als demokratisches (!) Potential deshalb besonders relevant, weil sie später die leitenden Positionen in "den großen Apparaten der Industrie" und die höheren Beamten stellen (54). Das politische und gesellschaftliche Bewußtsein der Manager und hohen Staatsbeamten ist danach ein wesentlicher Bestimmungsgrund für Vernunft oder Unvernunft des 'ökonomischen und politischen Prozesses' und der Formen und Inhalte der Bedürfnisbefriedigung. Die gesellschaftlichen Widersprüche reduzieren sich letztlich auf das Bewußtsein der Individuen, auf den guten oder bösen Willen der Kapitalisten bzw. ihrer Manager, auf das reaktionäre oder fortschrittliche Bewußtsein der Staatsbeamten, auf die Frage zum Beispiel, aus welchen gesellschaftlichen Schichten sich die Elite regeneriert, womit man bereits bei Dahrendorf angelangt ist (55).

---

51 P. Sering: "Der Faschismus", in: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISMUS, Nr. 24/25, 26/27 (1935) S. 775.

52 Habermas...: STUDENT..., a.a.O. S. 35 und 45.

53 Ebda., S. 35.

54 Ebda., S. 52 f.

55 In dieser Richtung läuft auch die kritische Eliteforschung, wie sie z.B. in den Analysen von Helge Pross (MANAGER UND AKTIONÄRE IN DEUTSCHLAND, Frankfurt/M. 1965) und W. Zapf (WANDLUNGEN DER DEUTSCHEN ELITE, München 1965) vorliegt. Vgl. dazu auch die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (sowie die entsprechenden zahlreichen zeitgeschichtlichen Untersuchungen in der DDR-Geschichtswissenschaft), die aus personellen Identitäten zwischen der faschistischen und der bundesrepublikanischen Oberschicht den besonders reaktionären und aggressiven Charakter der Monopole und des Staates in der BRD nachzuweisen versucht. Das wichtigste Argument für die These, daß der Bonner Staat ein Staat der Monopole sei, ist nach dieser Auffassung die personelle Identität in der ökonomischen und politischen Führungsschicht.

Die Frage nach Vernunft oder Unvernunft der Organisation der Produktion und der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung wird, ebenso wie die Frage nach der Vernunft politischer Entscheidungen,zur Frage des Inhalts in den Köpfen (und vor allem den Köpfen der Eliten). Demokratie wird zur Frage nach der iedologischen und politischen Orientierung der herrschenden Eliten: Demokratietheorie verkümmert zur Elitetheorie. Mag auch die historische Herleitung des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes und der gegenwärtigen Formen der politischen Willensbildung in differenzierteren soziologischen Kategorien erfolgen, so endet die Analyse doch dabei, sich von einer personellen Neubesetzung des Herrschaftsapparates durch Individuen kritischen Bewußtseins den Beginn des 'Abbaus von Herrschaft' zu versprechen.

Eine illusionslose, nicht mehr am Begriff gesellschaftlicher Emanzipation orientierte Konsequenz der Habermasschen Sozialstaatstheorie ist Offes Konstruktion des Wohlfahrts- und Interventionsstaates, die den Klassengegensatz als bewegende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung ausschaltet und die Kritik der politischen Ökonomie ausdrücklich als theoretischen Ansatz zur Aufschlüsselung der Bewegungsformen und Gesetze der monopolkapitalistischen Gesellschaft ablehnt. "Unter den Bedingungen des wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus (ist) die Herrschaft von Menschen über Menschen weithin abgelöst worden durch die Dominanz weniger gesellschaftlicher F u n k t i o n s b e r e i c h e gegenüber den anderen. Der Bruch, der in den früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung z w i s c h e n den großen Positionsgruppen" (gemeint sind Klassen) "verlief, verlagert sich gleichsam in die Individuen hinein" (56).

Gleichsam illusionsloser ist Offes Konstruktion deshalb, weil für sie die Barrieren, die den "Aktionsspielraum des politisch-administrativen Zentrums" (57) umgrenzen, und die die Staatsgewalt auf gesellschaftlich-irrationales Handeln festlegen, nahezu unüberwindbar erscheinen. Der in sich festgefahrene und erstarrte Prozeß, die Formen, in denen politische Willensbildung stattfindet, die gesellschaftlichen Mechanismen der Bedürfnisartikulation und die Selbstdefinition der Staatsgewalt als Garant des Systemgleichgewichts hindern ein praktisches, d.h. vernünftiges Tätigwerden der Staatsgewalt. Die Barrieren, die zu überwinden sind, liegen in den erstarrten Formen, in denen die Gesellschaft ihre Bedürfnisse formuliert.

Ändern sich diese Formen, so allerdings auch die Handlungen der Staatsgewalt. Der Weg zur Änderung ist eine Revolution der individuellen Bedürfnisse, denn nur eine solche ermöglicht eine Änderung der Gestalten und Organisationsformen, die bisher den Prozeß politischer Willensbildung bestimmen. Dies wenigstens wäre die Konsequenz aus Offes Ansatz. Sie wird allerdings zu Recht nicht formuliert. Denn woher sollte auch den Individuen ein Anlaß dazu gegeben sein, ihr Bewußtsein und ihre Bedürfnisse zu revolutionieren, wenn der Staat bei seiner "Krisenvermeidungsstrategie" Erfolg hat und scharfe gesellschaftliche Widersprüche von vornherein mit der Aussicht auf 'Erfolg' ausgeschaltet werden können? (Offes Terminologie bringt seine theoretischen Ausgangspunkte auf den Begriff).

Auch für Offe gilt ebenso wie für Habermas: Zu einer grundsätzlichen Änderung der Inhalte und Formen der Verteilungstätigkeit der Staatsgewalt – die einem Vernünftigwerden der gesamten Prozesse der gesellschaftlichen Reproduktion gleichgesetzt wird – ist keine grundlegende Umwälzung der Produktionsverhältnisse nötig, sondern allein Änderungen im Prozeß politischer Willensbildung, Abbau der 'Herrschaftsmechanismen', die ihn gegenwärtig determinieren. Dazu gehören nach Offe vor allem die Prozesse, die politische Willensbildung innerhalb der Parteien bestimmen (Zwang zum Ausgleich von partialen Gruppeninteressen) (58) sowie das "pluralistische" Verbandssystem. Denn dieses bewirkt, daß nur Partialinteressen an den Staat herangetragen werden, da nur diese organisierbar und konfliktfähig seien. Nur sie können den Staat, dessen Funktion die Erhaltung des Systemsgleichgewichts durch Konfliktvermeidungsstrategie ist, zum Handeln bewegen. Sie bestimmen, in welcher Form und zu welchem Zweck das Sozialprodukt vom Staat verteilt wird. Aufträge zum Bau von Schulen und Krankenhäusern und zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrssystems werden danach also deshalb vom Staat nicht in genügendem Maße vergeben, weil sie nur allgemein-gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, die durch organisierbare und konfliktfähige Partialinteressen nicht formuliert werden. (59) Es ist die Organisation der Gesellschaft in

---

56 Claus Offe: "POLITISCHE HERRSCHAFT...", a.a.O. S. 178.
57 Ebda., S. 186. 58 Ebda., S. 165 f. 59 Ebda., S. 168.

einem pluralistischen Verbandssystem und dessen spezifische Einwirkung auf die staatliche Willensbildung, die ein rationales Handeln der Staatsgewalt mit dem Ziel der Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse verhindern.

Was die Analyse der Situation angeht, so treffen sich hier schließlich, trotz aller Vorbehalte gegen den autoritären Staat, die 'linken' mit den rechten Sozialstaatstheoretikern. Der konservative Sozialstaatstheoretiker — als Beispiel sei hier Hennis genommen (60), der sich heutzutage zur SPD hingezogen fühlt — geht davon aus, daß der Staat, gerade weil er heute wesentlich verwaltet, versorgt und verteilt, sich von den 'Zufälligkeiten' demokratischer Willensbildung befreien müsse, um sein Geschäft effizient und im Sinne einer allseitig befriedigenden Versorgung der Staatsbürger wahrnehmen zu können. In seinem Staatszweck, der Wohlstandssicherung und Versorgung, liege seine demokratische Legitimation; dazu sei eine Organisation seines institutionellen Apparates auf 'sachgesetzliche Forderungen' hin erforderlich. Um also demokratisch im Sinne seiner Legitimation sein zu können, müsse er sich von allen Formen vorstaatlicher Willensbildung emanzipieren, um bei der Erfüllung seiner demokratischen Aufgaben nicht durch gesellschaftliche Interessenauseinandersetzungen gestört zu werden. Dabei spielen die von Erhard empfohlenen 'Spezialisten fürs Gemeinwohl' eine zunehmende Rolle, wenn auch unter wechselnden Namen: Hennis z.B. spricht von "institutionalisierten Augen und Ohren", die den Staat gegenüber dem Druck der Gruppeninteressen an seine allgemeinen Aufgaben zu erinnern haben. Politologen sollen hier endlich eine würdige Aufgabe finden. Der Umgestaltung des Staatsapparates in Richtung auf autoritäre Formen politischer Willensbildung entspreche die Notwendigkeit, das Volk "regierungsfähig" (Hennis) zu machen, deutlicher ausgedrückt: "Die Reife einer Gesellschaft entspricht heute dem Grad ihrer Manipulierbarkeit". "Und von der wissenschaftlichen Forschung her, die hier bestens im Fortschritt ist, gibt es für diese Manipulierbarkeit weder faktische noch normative Grenzen." (Rüdiger Altmann, Ideologe der sog. Formierten Gesellschaft) (61) Formierte und informierte Gesellschaft gehören nach der Regierungserklärung von Erhard im Jahre 1965 zusammen. Autoritärer Sozialstaat und Manipulation der versorgten 'Bürger' sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Die Argumentation kann also folgendermaßen zusammengefaßt werden: Will der Staat demokratisch sein, d.h. will er den Wünschen der 'Staatsbürger' entgegenkommen, für ihr Wohl sorgen, so muß er seine Arbeit möglichst auf der organisatorischen Ebene 'effektivieren', er muß sich zum autoritären Staat transformieren. Da der gesellschaftliche Interessenpluralismus, also die Ebene 'gesellschaftlicher Interessenformulierung', den Staat bei einer effektiven Organisation der Verteilung behindert (z.B. bei der Schwergewichtsverlagerung von 'Sozialkonsum auf Sozialinvestitioneu', (62) also Bildung, Straßen usw. notwendig zur weiteren Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums'), ist er zu beseitigen, einzuschränken oder korporativistisch zu organisieren. Eine Folgerung, die auch aus Offes Analyse der Hindernisse für eine rational handelnde Staatsgewalt gezogen werden könnte. Denn warum sollten nach dieser Analyse nicht auch aufgeklärte Staatsmänner, denen es gelingt, ihren Handlungsspielraum durch Liquidierung des den Staat bestimmenden und beschränkenden Interessenpluralismus zu erweitern und die ihr aufgeklärtes Ohr einer die Politik beratenden Wissenschaft leihen, zur Einrichtung einer besseren Gesellschaft beitragen, also zur Berücksichtigung jener Bedürfnisse nach "Wohnung, Gesundheit, Verkehr, Bildung, bürgerlicher Rechtsordnung, Freizeit", die durch die gegenwärtige Organisation der Bedürfnisformulierung in Verbänden und in den durch Wahlen immer wieder auf die Vertretung von Parteiinteressen festgelegten Parteien unberücksichtigt bleiben müssen.

Demgemäß sieht auch Habermas in den Wissenschaftlern, die als Politikberater auftreten und die sich durch Veröffentlichung ihrer Ergebnisse aufgeklärte Massen verschaffen, um so ihrer aufgeklärten Beratung einen entsprechenden politischen Druck verliehen, eine Möglichkeit zur 'Rationalisierung' der politischen Entscheidungen (63). Die 'Staatsbürger' bilden dabei Objekte 'massen-

---

60 Vgl. zum folgenden: W. Hennis: "Aufgaben einer modernen Regierungslehre", in: POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT, VI. Jg. (1965) S. 422-441.

61 R. Altmann: SPÄTE NACHRICHT VOM STAAT, Stuttgart o.J. (1969) S. 51.

62 Der Ausdruck wurde zuerst in Unternehmerpublikationen und in der Regierungserklärung Erhards 1965 verwendet.

63 Vgl. J. Habermas: "Wissenschaft und Politik", in: OFFENE WELT, Nr. 86, 1964, S. 413-423.

hafter Aufklärung' durch die wissenschaftlichen Eliten. Der technokratische Bildungsökonom und -planer Widmayer stützt sich folgerichtig auf Habermas und Offe, wenn er wissenschaftliche Beratung der Politik und Zurückdrängung des Einflusses der Verbände und der durch Wahlen korrumpierten Parteien auf den Staat als Heilmittel aller Schäden dieser Gesellschaft anempfiehlt (64).

Für die rechten Sozialstaatstheoretiker liegt das Problem klar auf der Hand. Sozialstaat heißt Vorsorge im Doppelsinn der Sicherung des Lebens und der Entmündigung der Versorgten. Wachsender Wohlstand läßt sich nur auf der Basis einer zunehmenden Manipulation der Versorgten sichern. So ist es konsequent, daß die konservative Sozialstaatsauffassung ihr Modell des Verteilerstaats an die Organisationsprinzipien des kapitalistischen Industriebetriebs anlehnt. Als 'Gesamtunternehmer' im hochorganisierten kapitalistischen 'Gesamtbetrieb' ist er auf Effektivität hin orientiert, wobei sich das Ausmaß seiner Wirksamkeit "nach dem Grade seiner organisatorisch-instrumentalen Adaption an die neue Lage" bestimmt (65). Für den Industriebetrieb gilt in der bürgerlichen Wissenschaft und natürlich bei den Kapitalisten, daß das Bedürfnis der Bürger als Konsumenten nach wachsender Warenmasse bei freier Konsumwahl die Diktatur des Kapitalisten über die Lohnabhängigen im Betrieb zur Voraussetzung hat. Die Bedürfnisse der Produzenten nach verbesserten Arbeitsbedingungen lassen sich nur insoweit berücksichtigen, als sie der Wirtschaftlichkeit des Betriebes keinen Abbruch tun: "Wenn der Mensch sich in die Produktionsstätten eingliedert, unterstellt er sich damit zwangsläufig den dort herrschenden Gesetzen der Wirtschaftlichkeit. Wirtschaft ist nicht Selbstzweck und der Mensch ist nicht etwa Mittel zum Zweck. Sinn der Wirtschaft ist die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Menschen, damit er auf diese Weise frei wird für seine höheren geistigen und sittlichen Ziele. Das ist aber nur möglich, wenn der Mensch sich in den Produktionsprozeß eingliedert, wobei er sich den Betriebszielen unterordnen muß und insofern Mittel zum Zweck wird. Das ist gewiß ein innerer Widerspruch, der aber in der Natur der Sache liegt." (66) Im Jargon der wissenschaftlichen Apologeten des Kapitals besteht ein unauflöslicher Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des Lohnarbeiters als konsumierendem und geistig-sittlichem Wesen und seinem Bedürfnis nach Aufhebung seiner Existenz im Betrieb als bloßes 'Mittel zum Zweck'. Grundsätzlich stehen sich diese Bedürfnisse entgegen, was Mitbestimmung im Industriebetrieb auch nur soweit zuläßt, als sie "die Beziehungen zwischen dem menschlichen Leistungsfaktor und der Unternehmung so gestaltet, daß die Ziele der Unternehmung in möglichst vollkommener Weise erreicht werden. ... Der einzelne Arbeiter und Angestellte soll den Eindruck gewinnen, daß er nicht bloßes Objekt, sondern daß er irgendwie an der Gestaltung seines eigenen

---

64 H.P. Widmayer: "Aspekte einer aktiven Sozialpolitik. Zur politischen Ökonomie der Sozialinvestitionen", Vortrag vor der Gesellschaft für Wirtschafts- und Socialwissenschaften, Verein für Socialpolitik (Manuskript 1969).

65 Hennis: a.a.O. S. 429; vgl. S. 427: "Wenn es erlaubt ist, in der Regierungslehre so etwas wie eine Betriebswirtschaftslehre des modernen Staates zu sehen, so erweckt unser Fach (die politische Wissenschaft) den Eindruck einer Betriebswirtschaftslehre, deren einziges Thema die Mitbestimmung ist." Das Ganze wurde zum erstenmal werbewirksam in der Ideologie von der formierten Gesellschaft (Voegelin usw.) formuliert, worauf auch einige kritische Linke hereingefallen sind.

66 Karl Hax: PERSONALPOLITIK UND MITBESTIMMUNG, Köln-Opladen 1969, S. 16. Vgl. dazu Marx: KAPITAL I, S. 374/377: "Es ist sehr charakteristisch, daß die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgres gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde." Die frühbürgerlichen Ökonomen waren nicht so kühn, vom Lohnarbeiter totale Unterwerfung in der Arbeitszeit zu fordern, damit er für "seine höheren geistigen und sittlichen Ziele" frei werde; sie verteilten vielmehr diesen "inneren Widerspruch" weise auf verschiedene Klassen. So pries H.F. von Storch (1815) die Vorzüge der kapitalistischen Gesellschaft: "Der Fortschritt des gesellschaftlichen Reichtums erzeugt jene nützliche Klasse der Gesellschaft ... welche die langweiligsten, gemeinsten und ekelhaftesten Beschäftigungen ausübt, in einem Wort alles, was das Leben Unangenehmes und Knechtendes hat, auf ihre Schultern nimmt und ebendadurch den andren Klassen die Zeit, die Heiterkeit des Geistes und die konventionelle Charakterwürde verschafft ..." (Zitiert nach Marx: KAPITAL Bd. I, S. 682 f/ 677.)

betrieblichen Schicksals mitwirken kann." (67) Allerdings setzen die Kapitalisten diesen forschen Empfehlungen ihrer wissenschaftlichen Apologeten, Mitbestimmung als Manipulationsinstrument zur Effektivitätssteigerung zu benutzen (von denen sich die Versuche der Gewerkschaften, dem Kapital die Mitbestimmung schmackhaft zu machen, heute kaum noch unterscheiden), nach wie vor ihr Argument von der effektivitätsmindernden Wirkung der Mitbestimmung entgegen. Die Diktatur im Industriebetrieb scheint ihnen ein zuverlässigeres Mittel zur Auspressung des Mehrwerts als die Manipulation (68).

Um was es hier aber geht: der entscheidende Widerspruch besteht danach nicht zwischen Kapital und Lohnarbeit, sondern zwischen dem Bürger als Konsumenten und als Arbeitnehmer. Seine Freiheit und gute Versorgung als Konsument erfordert seine Versklavung als Produzent. Produktion und Konsumtion stehen sich danach in der Person j e d e s e i n z e l n e n Arbeiters – für den Kapitalisten besteht das Problem natürlich nicht – als unversöhnliche Widersprüche gegenüber. Auch die Sozialstaatstheorie, sei sie nun revisionistisch oder konservativ, kommt am Ende dazu, die Widersprüche, an denen die rationale Organisation der Gesellschaft scheitert, 'gewissermaßen' in die Individuen selbst hineinzuverlagern. 'Linke' Sozialstaatstheoretiker beschreiben den Interessenwiderspruch im Individuum als Ergebnis historischer Prozesse und als vermittelt über die Ebene gesellschaftlicher Interessenformulierung. Rechte Sozialstaatstheoretiker begreifen ihn als Naturkonstante. Daraus ergibt sich der Unterschied in der politischen Strategie. Massenhafte Aufklärung, verabfolgt von einer aufgeklärten Elite, oder Manipulation. In beiden Fällen sind die Massen Objekte der Behandlung durch die Eliten.

Daraus ergibt sich dann auch die Verschiedenheit des politischen Ziels. Ist für den Konservativen der autoritäre Staat eine unumgängliche Notwendigkeit, so für den Revisionisten (69) ein historisch entstandenes und damit auch veränderbares Institut. Daß aber auch für die Revisionisten gesellschaftliche Veränderungen nur als 'Revolution von oben' infrage kommen, wobei ihr Postulat – Abschaffung von Herrschaft – leere Formel bleibt, das läßt sich daraus herleiten, w i e sie die historischen Bedingungen, unter denen sich das gegenwärtige politische Bewußtsein der 'Staatsbürger' gebildet hat, darstellen, und wie sie den Prozeß der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft fassen. Da der kapitalistische Wohlfahrtsstaat in Zukunft keine Krisen mehr zulassen wird, da er ökonomische Krisen manipulieren kann, wird es für die Lohnabhängigen in Zukunft nicht mehr möglich sein, aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen zum Bewußtsein der Widersprüche der Gesellschaft zu kommen. "Das Verhältnis der Leistungsempfänger zum Staat ist... nicht politische Beteiligung, sondern eine allgemeine Forderungshaltung, die Versorgung erwartet, aber nicht eigentlich Entscheidungen durchsetzen will." (70) Wie sollen also die Individuen von selbst zu einer Änderung ihres Bewußtseins kommen, wenn der Staat ihnen die Versorgung gewährt, wenn sich also am gegebenen Zustand nichts ändert, bzw. der gegebene Zustand sich sogar noch verbessert, indem quantitative Steigerung der staatlichen Versorgungsleistungen in Aussicht steht, wenn der Kapitalismus seine Krisen durch seinen Staat regulieren kann, wenn sich also die kapitalistischen Widersprüche abstumpfen? "Was wir auf diesem Wege erhalten, ist eine Begründung des sozialistischen Programms durch 'reine Erkenntnis', das heißt, einfach gesagt, eine idealistische Begründung, während die objektive Notwendigkeit durch den Gang der materiellen Entwicklung da-

---

67 Dazu als Beleg das allbekannte und nach wie vor schlagende Zitat "Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie die Demokratisierung von Schulen, Kasernen und Zuchthäusern" aus dem INDUSTRIEKURIER im Jahre 1965.

68 Hax, a.a.O. S. 24 und S. 16.

69 Wenn wir in diesem Aufsatz auch neuere Autoren aus der BRD unter dem Begriff des Revisionismus zusammenfassen, so liegt hier ein Problem, das hier wenigstens angedeutet werden soll, nämlich die Frage nach dem Zusammenhang einer von ihren eigenen Organisationen auf den Staat orientierten Arbeiterbewegung mit den d a z u g e h ö r i g e n Theoretikern. Während dieser Zusammenhang z.B. bei Hilferding und Tarnow auf der Hand liegt, ist er bei Habermas und Offe nicht ohne weiteres ersichtlich; bei anderen Frankfurter Soziologen im Umkreis einiger Gewerkschaftszentralen ist er allerdings unbestreitbar. Andrerseits ist zu klären, inwieweit es richtig ist, bei der gegenwärtigen Rolle der Gewerkschaften und der SPD noch von Reformismus zu sprechen, auf den sich eine gegenüber dem revolutionären Marxismus revisionistische Theorie beziehen würde.

70 Habermas: STUDENT..., a.a.O. S. 32.

hinfällt" (71). Die Einführung des Sozialismus aber durch "reine Erkenntnis", durch Aufklärung der Massen ist bei Habermas folgerichtig eine Sache der aufgeklärten Eliten (72).

Da zudem bei den zeitgenössischen Revisionisten der Produktionsprozeß aus der gesellschaftlichen Analyse entweder vollends herausfällt, oder aber als Ort der Ausbeutung, der Produktion von Mehrwert (z.B. durch die 'wertschaffende Potenz der Wissenschaft') in Fortfall gekommen ist, kann sich das Bewußtsein der Individuen nur an der Verteilungssphäre orientieren. Politisches Bewußtsein bezieht sich in dieser Begrifflichkeit vor allem auf den Staat, auf die Politik; seine Kritik als 'kritisches Bewußtsein' beschränkt sich auf die Normen der Verteilung von 'Einkommen' und 'Lebenschancen': gerecht oder ungerecht, ausreichend oder unzureichend.

Eine wissenschaftliche Methode, die beim Staat als Untersuchungsobjekt ansetzt, aus seinen Erscheinungsformen seine Souveränität gegenüber dem Produktionsprozeß ableitet, ihn zum Träger der Sozialordnung werden läßt, und dann auch die gesellschaftlichen Konflikte nicht mehr durch die besondere Weise der gesellschaftlichen Produktion konstituiert sieht, löst schließlich den gesamten gesellschaftlichen Prozeß in verschiedene Sphären auf und kommt dabei zu dem Ergebnis, auch das Individuum selbst in verschiedene Sphären aufzuteilen. Dies zeigt sich in der zeitgenössischen revisionistischen Theorie am Begriff des politischen Bewußtseins, der allein auf das Verhältnis des 'Staatsbürgers' zum Staat bezogen wird. Auf dieser Basis kann dann auch schnell vom unpolitischen Bewußtsein des deutschen Proletariats gesprochen werden, nachdem dieses sich nicht wie ein Mann in den Kampf gegen die Notstandsgesetze – eine hochpolitische Angelegenheit – führen ließ, um den 'demokratischen Staat' zu verteidigen. Kämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital im Betrieb werden dann als 'bloß ökonomisch' und an falschen Konsumbedürfnissen orientiert abgetan. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital kommt dann überhaupt nicht mehr als Erfahrungsbasis für die Ausbildung politischen Bewußtseins in Frage. Die Klagen über das mangelnde politische Bewußtsein des Proletariats machen es den Klagenden leicht zu vergessen, daß sie selbst es sind, die an der Legitimierungsideologie des kapitalistischen Staates eifrig mitarbeiten.

Die Geschichte der 'Industriegesellschaft' erscheint ihnen vor allem als Geschichte des Kapitals und seines Staates, nicht aber als Geschichte der Arbeiterklasse, ihrer Kämpfe und Niederlagen (73). Sie zeigen diese Geschichte in der bürgerlichen Verkehrung, wo die tote über die lebendige Arbeit herrscht, und in dieser Verkehrung ist ihr Bewußtsein befangen. Die Arbeiterklasse erscheint schon immer als bloßes Objekt der Entwicklung. Mit der praktischen und theoretischen Liquidierung des revolutionären Kampfes des Proletariats durch die sozialdemokratischen Organisationen werden die tatsächlichen Kämpfe des Proletariats aus dem Geschichtsbewußtsein verdrängt (74). Wenn diese intellektuellen Kritiker heute beklagen, daß der Sozialstaat aufgrund der 'Passivität des Proletariats' sich zum autoritären Staat zu entwickeln drohe, so sollten sie nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft spätestens seit der Novemberrevolution von der SPD (und seit ihrer Legalisierung zunehmend auch von einer Partei, die sich selbst als kommunistische versteht) auf den bürgerlichen

---

71 Luxemburg: SOZIALREFORM..., a.a.O.

72 Hier ist wieder auf die schon von Rosa Luxemburg gekennzeichnete Folgerichtigkeit von nichtrevolutionären Rezepten gegen den Kapitalismus hinzuweisen; sie zeigt, wie schon gesagt, am Beispiel Bernsteins, daß der nichtrevolutionäre Weg auch zu einem anderen Ziel, nämlich der Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung mit einigen Verbesserungen führt, wobei man sagen muß, daß diese innere Logik von Habermas sehr flott in die äußere Erscheinung umgesetzt worden ist.

73 Vgl. dagegen z.B. die ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REVOLUTION (Berlin 1929, Nachdruck Frankfurt/Main 1968), in der häufig die eigene Erinnerung der Kämpfenden zu Wort kommt.

74 FU-Projektgruppe DKP/Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 154: "Da er (der Reformismus) den monopolkapitalistischen Staat als Garantie der Einführung des Sozialismus in die Gesellschaft verstand, fixierte er die Arbeiter an die demokratische Verfassung, d.h. er erzog sie in der Phase der Krise zur Passivität." In dieser ganzen Schrift wird allerdings nicht recht deutlich, warum der an ihren Folgen richtig kritisierten positiven Fixierung auf den Staat in der Geschichte der Sozialdemokratie eine negative Fixierung auf denselben Staat als einziges politisches Heilmittel entgegenzusetzen sei. So schreibt Rabehl auf Seite 106: "Die revolutionäre Theorie wird zur Aktionsstrategie, die zwar der Widerspruchsebene der kapitalistischen und monopolkapitalistischen Produktion folgt, der Disproportionalität zwischen den industriellen Abteilungen, den Stagnations- und Teilkrisen, dem Prozeß der Auflösung und Bildung der Klassen ...diese latenten oder offenen Gegensätze und Widersprüche aber durch die Aktionen der Klasse zum Ausbruch bringt oder verstärkt. D a s v e r l a n g t d e n a n d a u-

Staat als den Hauptadressaten ihrer Forderungen gelenkt worden ist, daß ihre Selbsttätigkeit von der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie, oft in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, immer wieder unterdrückt worden ist, und nicht zuletzt: daß solches Bewußtsein der Arbeiterschaft (träfe die Beschreibung wirklich zu) auch das Resultat dieser historischen Erfahrung u n d ihrer theoretischen Bestätigung durch die Arbeit der sozialdemokratischen Theoretiker seit Bernstein ist. Sie fühlen sich von der Arbeiterklasse verlassen und weben doch eifrig an der Legitimierung und Ideologie des bürgerlichen Staates. Die Ideologie vom Sozialstaat und die Unterdrückung der Arbeiterklasse als handelndes Subjekt der Geschichte durch ihre Organisationen hängen in der Geschichte der Arbeiterbewegung eng miteinander zusammen.

Indem der 'Wohlstand für alle' zur Legitimationsbasis der Staatsgewalt und ihrer Institutionen wird, erscheint er als etwas, über das die Staatsgewalt im Verein mit der ökonomisch herrschenden Klasse, der 'Wirtschaft', verfügen kann, das den Massen zu gewähren ist und das umgekehrt die Massen von der Staatsgewalt erwarten und fordern. Die Massen erscheinen hier als fordernde, mit Rechtsansprüchen ausgestattete Objekte staatlicher Daseinsvorsorge, der Staat als gewährendes Subjekt – die 'Güter' fallen sozusagen vom Himmel. Doch eine Gesellschaftstheorie, die wissenschaftlich vorgeht, muß davon ausgehen, daß die Masse der Produkte, bevor sie verteilt werden kann, von denen, an die sie (und zwar nur zum Teil) verteilt wird, von den Massen insgesamt produziert worden sind. Die Massen sind also nicht erst als Behandelte, allenfalls Fordernde in die Theorie einzuführen, sondern bereits als unter bestimmter Form der Produktion arbeitende und produzierende, und das heißt, konkret: vom Kapital angewendete Subjekte, also, oder vielmehr, Objekte des Subjekts Kapital. Und der Staat kann nicht erst als 'Verteiler' –, 'Wohlfahrts' – und 'Sozialstaat' untersucht werden, sondern seine Funktionen müssen unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß die Waren, bevor sie verteilt werden, zunächst einmal produziert werden müssen, daß also der Staat gerade auch als 'Sozialstaat' für den Reproduktionsprozeß des Kapitals aufgrund seiner widersprüchlichen geschichtlichen Entwicklung in bestimmten historischen Entwicklungsstufen jeweils besondere Funktionen übernimmt. Eine marxistische Analyse muß daher die 'Verteilung des Volkseinkommens' als in den Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals eingeschlossenes Moment betrachten und die Funktionen des Staates von da aus zu begreifen suchen.

III. Einkommensverteilung und Kapitalkreislauf

Wir haben gesehen, daß die Verselbständigung der Verteilung der Einkommen als eigenständige Sphäre neben der Produktion, d.h. neben der in dieser vorausgesetzten Verteilung der Produktionsmittel, eine entscheidende theoretische Annahme ist, die in den revisionistischen Staatsauffassungen gemacht werden muß, um grundlegende Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Verteilung der Einkommen begründen zu können. Die Vorstellung vom 'Kuchen des Sozialprodukts' (75),

---

ernden Angriff auf die einzelnen staatlichen Organe, die die Aufgabe der Lenkung von gesellschaftlichen Teilbereichen haben (Ausbildung, Erziehung, Gesundheitswesen, Justiz, Polizei, Armee etc.), um die Funktion des Staates zu entlarven und zu verhindern, daß er sich als konterrevolutionäres Machtmittel konsolidiert." (S. 106; Hervorhebung: M/N) Wenn die Widerspruchsebene auf der Ebene der kapitalistischen Produktion zu orten ist, d.h. in bezug auf die Beteiligten: auf der Ebene des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, wird nicht einsichtig, warum die Betroffenen vor allem gegen den kapitalistischen Staat und nicht gegen das Kapital selbst ihre Aktionsstrategie entfalten sollen. Diese negative Fixierung auf den Staat (statt auf das Kapital und erst dadurch vermittelt auf den Staat, der ihm zu helfen v e r s u c h t) trägt die Gefahr in sich, den richtigen Gegner aus dem Auge zu verlieren. Das zeigt sich z.B. daran, daß die Illusion einer grundsätzlichen Veränderung entsteht, sobald die staatliche Gewaltausübung oberflächlich gemildert wird (Amnestie, Verminderung von Polizei- und Justizterror; überhaupt die Illusionen über die SPD-Regierung). Das zeigt sich auch in den rein politischen Organisationsvorstellungen, die von dieser Staatsvorstellung bestimmt sind und die Notwendigkeit einer Fundierung in 'ökonomischen' Klassenkämpfen höchstens verbal zugestehen. Vgl. dazu auch Teil V.

75 Es handelt sich bei der Kuchenvorstellung um eine äußerst beliebte und populäre Betrachtungsweise, der sich auch die 'Großen' der bürgerlichen Ökonomie gern hingaben. So z.B. Keynes: DIE WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN DES FRIEDENSVERTRAGES, München und Leipzig 1921, S. 14: "... Einerseits begnügten sich die arbeitenden Klassen aus Ungewiß-

der nach dem Ergebnis der Kämpfe der Interessenten stückweise und losgelöst von den Produktionsbedingungen verteilt wird, setzt voraus, daß das Kapital, nachdem es die Waren produziert hat, diese der Gesellschaft 'zur freien Verfügung' überläßt, daß es in interesselosem Wohlgefallen dem Kampf der Interessenten um die Kuchenstücke zuschaut und sich damit zufrieden gibt, was ihm seine eigenen Interessenvertreter, also die Kapitalistenverbände (BDI, BdA, DIHT usw.) erkämpfen. Danach besteht keine ökonomische, sondern nur eine politische Verbindung zwischen der kapitalistischen Produktion als Produktion von Waren und Kapital einerseits und der Verteilung der daraus 'entspringenden' Einkommen andererseits.

1. Primärverteilung und staatliche Umverteilung

So einfach allerdings machen es sich die bürgerlichen ökonomischen Verteilungstheorien doch nicht. Nach ihnen ist der Zusammenhang zwischen Verteilung und Umverteilung durchaus ökonomisch bestimmt und nicht nur durch politische Gesetzmäßigkeiten geregelt. Die staatliche Umverteilungspolitik erscheint dabei als *sekundäre* Korrektur der *primär* sich ergebenden Verteilung aufgrund von 'Faktorentlohnungen'. Die nachträgliche Korrektur der primären Verteilung kann nicht mehr willkürlich oder nach den politischen Gesetzen des Machtausgleichs, sondern nur auf der Basis der primär erfolgten Verteilung durchgeführt werden. Die Macht könne, wie Preiser schreibt (76), innerhalb der Primärverteilung nur noch als Bestandteil des 'Datenkranzes' des ökonomischen Systems einwirken, da in den die Verteilung bestimmenden ökonomischen Gesetzen der Einfluß der Macht enthalten sei. Diese Bedeutung der ökonomischen Gesetze bei der Verteilung der Einkommen erscheint in dezidierter Form in den Kreislauftheorien der Verteilung, in denen "die Lohnzahlungen und die Gewinne... die einkommensmäßige Grundlage der Konsum- und Investitionsausgaben (bilden), die wiederum die Erlöse darstellen, aus denen in der nächsten Runde die Löhne gezahlt werden und die Gewinne entstehen." (77) Damit wird die Verteilung tatsächlich als ein Moment in den allgemeinen Kreislaufzusammenhang der Reproduktion gestellt; sie verliert also ihren Charakter als selbständiger und politisch zu manipulierender Vorgang. (78)

---

heit oder Machtlosigkeit mit einer Lage, in der sie nur ein ganz kleines Stück des Kuchens ihr eigen nennen konnten, den sie, die Natur und die Kapitalisten zusammen herstellten (!) ...Auf der anderen Seite durfte die Kapitalistenklasse den besten Teil des Kuchens ihr eigen nennen..." Und auch heute, in der "modernen Industriegesellschaft", werden von einem Volk von Konditoren Kuchen gebacken: "Dieses Volkseinkommen ist die tatsächliche Wertschöpfung der westdeutschen Volkswirtschaft. Das ist der 'große Kuchen', die Summe, die für Arbeits- und Kapitaleinkommen, für Grundrenten und Staatsausgaben zur Verfügung steht. – Jeder versucht von diesem Kuchen ein möglichst großes Stück zu ergattern..." (Kurt Walter und Arnold Leistico: ANATOMIE DER WIRTSCHAFT – EINE EINFÜHRUNG IN DIE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Reinbeck bei Hamburg 1969, S. 42. An diesem Buch ist bemerkenswert, daß es (1) im dritten Fernsehprogramm gesendet worden, also doch immerhin breitgetreten worden ist, (2) von dem 'fortschrittlichen' Dr. Gerhard Szcesny herausgegeben wurde, (3) von dem Leiter der Kammergemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern und dem wissenschaftlichen Berater des Generals für das Erziehungs- und Bildungswesen im Heer geschrieben worden ist und (4) im 'linken' Rowohlt-Verlag seinen Verbreiter fand). Um diese Kuchenvorstellung auf die dritte Welt zu übertragen, müßte man zu Grimms Märchen greifen: "Knusper knusperknäuschen, wer knuspert an meim Häuschen? " – "Der Wind, der Wind – das Imperialistengesind'!"

76 Erich Preiser: "Distribution: (I) Theorie", in: HANDWÖRTERBUCH DER SOZIALWISSENSCHAFTEN, Band 2, S. 624. Damit wird von Preiser die Auffassung zu bezeichnen versucht, daß 'Macht' zwar eine politische und soziale Kategorie aber auch ökonomisch relevant sei, da ja die ökonomischen Kategorien und 'reinen' Gesetze die politische und soziale Macht notwendig auch reflektierten. Auf diese formale Weise wird auszudrücken versucht, daß Macht eine 'ökonomische Potenz' ist. Vgl. Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 791/799.

77 Wilhelm Krelle: VERTEILUNGSTHEORIE, Tübingen 1962, S. 110.

78 Es wird hier darauf verzichtet, die verschiedenen Verteilungstypen (personelle, funktionelle, sektorale Verteilung) zu diskutieren (wenn einfach von 'Verteilung' die Rede ist, ist stets 'Verteilung von Einkommen' zu verstehen). Vgl. dazu Erich Preiser, a.a.O., und Leo Kowalski: EINKOMMENSVERWENDUNG, EINKOMMENSVERTEILUNG UND VERMÖGENSVERTEILUNG, Tübingen 1967, wo die neueren Ansätze der bürgerlichen Ökonomie referiert werden. Im vorliegenden Aufsatz geht es nicht um Verteilung an sich, sondern um den Zusammenhang von Verteilung und Kapitalverwertungsprozeß.

Oder anders ausgedrückt: Politische Umverteilungsmaßnahmen haben mit bestimmten angebbaren Gegenwirkungen zu rechnen. Dies drückt sich wiederum politisch als Zielkonflikt aus, da nun die ökonomischen Gegenwirkungen die Verwirklichung anderer politischer Ziele gefährden.

Ein solcher 'Zielkonflikt' zwischen Wachstum und Verteilung stellt sich folgendermaßen dar: Man kann "von einer Untergrenze der Kapitalverzinsung (ausgehen), bis zu der Investition und Beschäftigung gerade noch erhalten bleiben, bei deren Überschreiten jedoch der marktwirtschaftliche Wachstumsprozeß nicht mehr funktioniert. Diese Untergrenze der Kapitalverzinsung ist gleichzeitig die Obergrenze für den Reallohn. Wird die Obergrenze der Kapitalverzinsung, die mit der Untergrenze des Reallohns identisch ist, überschritten, so wird eine 'soziale Revolution' ausgelöst, und das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem bricht zusammen." (79) In solchen politischen Zielkonflikten drücken sich an der Oberfläche die zugrundeliegenden ökonomischen Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital aus, die nun allerdings als die bewegenden Momente dieser Konflikte von der bürgerlichen Ökonomie nicht begriffen werden. So zeigt sich auf der einen Seite ein typischer Unterschied zwischen ökonomischer und politischer Einschätzung staatlicher Einkommensumverteilung. Während die revisionistischen und politologischen Theoretiker eine sehr große staatliche Manipulationsfähigkeit annehmen, sind die nationalökonomischen Theorien grundsätzlich sehr viel skeptischer. Auf der anderen Seite bleiben aber auch die ökonomischen Verteilungstheorien im Anschein staatlicher Manipulierungsfähigkeiten verhaftet. Sie sind deshalb auch lediglich in der Lage, mögliche Zielkonflikte zu beschreiben und Methoden anzugeben, wie bei widersprüchlichen Zielen optimale Verwirklichungskomplexe in der 'rationalen' Wirtschaftspolitik zu gestalten seien. Information über solche Konflikte und Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen widersprüchlichen Zielen erscheinen der bürgerlichen Ökonomie als Methoden, mit Konflikten fertigzuwerden. Voraussetzung für eine solche idealistische Annahme bleibt natürlich, genau wie in den revisionistischen und politologischen Theorien, ein Staat, der sich als übergreifendes Subjekt ökonomischen Bezugssystem konstituiert und wirklich nur der immer weiter verbesserten Informationen (gerade über Konfliktsituationen) und Manipulationsinstrumente bedarf, um der Anforderung an eine rationale Wirtschaftspolitik gerecht werden zu können: "Rationale Politik muß zielbewußt und sachgerecht sein." (80)

Aus der Beobachtung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten ergibt sich folglich der Realismus ökonomischer Verteilungstheorien in bezug auf politische Umverteilungsmöglichkeiten. Krelle kommt in seiner "Verteilungstheorie" zu dem desillusionierenden Ergebnis, daß kurzfristige Umverteilungsmaßnahmen innerhalb einer "Marktwirtschaft" aufgrund langfristiger Gegenwirkungen "korrigiert" werden (81). Auch im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Gesundpredigern der kapitalistischen Vermögensverteilung mit Placebos wie der 'Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand' kommt die bürgerliche Ökonomie zu dem konkreten Ergebnis, daß eine Umverteilung durch Vermögensbildung gar nicht möglich ist. Wie Föhl und Hennies das Blatt auch drehen und wenden: als Ergebnis ihrer Abhandlung finden sie wieder das, was bisher durch alle Gutachten bestätigt worden ist: daß eine "echte Umverteilung" des Vermögens nicht zu erreichen ist. (82) Entweder sinken als Folge von Umverteilungsmaßnahmen Einkommen, Beschäftigung und Wachstumsrate, oder es findet Kapitalflucht statt, oder es erfolgt nur eine Umverteilung zwischen "staatlichem Sektor" und "Privatwirtschaft", nicht aber zwischen Kapital und Arbeit, wenn versucht wird, die Vermögens- und Einkommensverteilung zugunsten der Lohnarbeit zu verändern. Kurz gesagt: "Wer hat, dem wird gegeben!" (83) Im Akkumulationsprozeß des Kapitals, und daran kann die bürgerliche Ökono-

79 Georg H. Küster: UNTERSUCHUNGEN ZUR EINKOMMENSVERTEILUNG IM WIRTSCHAFTSWACHSTUM, Berlin 1969, S. 15. Hierbei beruft sich Küster auf Wilhelm Krelle: "Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft", in: W.G. Hoffmann (Hrsg.): EINKOMMENSBILDUNG UND EINKOMMENSVERTEILUNG, Berlin 1957.

80 H. Giersch: ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK, Grundlagen, Wiesbaden 1960, S. 23.

81 "Überblicken wir das Ergebnis (der Verteilungstheorie – Verf.) als Ganzes, so zeigt sich eine ganz unerwartete Stabilität eines marktwirtschaftlichen Systems. Fast alle Änderungen kurzfristiger Art rufen langfristige Gegenwirkungen hervor, die sie wieder rückgängig machen..." (Wilhelm Krelle: VERTEILUNGSTHEORIE... a.a.O., S. 257).

82 Carl Föhl und Manfred Hennies: VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND, Pfullingen 1966.

83 Carl Föhl: KREISLAUFANALYTISCHE UNTERSUCHUNGEN DER VERMÖGENSBILDUNG IN DER BUNDESREPUBLIK UND DER BEEINFLUSSBARKEIT IHRER VERTEI-

mie nicht vorbei, polarisiert sich auf der einen Seite der gesellschaftlich produzierte Reichtum als privater in Kapitalform und auf der anderen Seite die Armut des Lohnarbeiters, der auch in der 'modernen Industriegesellschaft' immer noch nicht mehr auf den Markt zu tragen hat als seine Arbeitskraft. Wer hat, dem wird gegeben und wer nichts hat, der muß arbeiten, um zu leben, mit der Folge, daß denen, die haben, noch mehr gegeben wird.

Der Realismus allerdings, der in einem solchen Ergebnis liegt, ist nichts anderes als der Realismus des 'gesunden Menschenverstandes', der auch ohne Rückgriff auf ökonomische Zusammenhänge einfach festzustellen in der Lage ist, daß denen, die haben, und nicht denen, die nicht haben, gegeben wird. Daher hört der Realismus der ökonomischen Theorien sofort auf, wenn sie in Empfehlungen für die staatliche Politik ausmünden. Denn wird nicht gerade Vermögensbildung von dem ökonomischen 'Sachverstand' seit Jahren empfohlen (84)? Dies kann man doch schließlich nur, wenn man mit der Möglichkeit einer solchen Umverteilung rechnet. Die Konsequenz aus den ökonomischen Kreislaufbetrachtungen, daß Umverteilung im Kapitalismus längerfristig oder gar dauerhaft eine pure Illusion ist, und die Erkenntnis, daß der im Kapitalismus auf immer erweiterter Stufenleiter wiederhergestellte Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital den für die störungsfreie Erneuerung des Kapitals absolut notwendigen Klassenfrieden gefährdet, geraten in Widerspruch zueinander. Auf zwei Weisen kann sich der bürgerliche Wissenschaftler nun aus der Affäre ziehen: Erstens kann er sich aus dem Entscheidungsprozeß auf staatlicher Ebene zurückziehen und dem politischen Dezisionismus das Feld überlassen, und zweitens kann er Umverteilung von Einkommen und Vermögen vorschlagen, wenn sie "behutsam" (das heißt im Klartext: im Ganzen wirkungslos) vorgehe, und zwar mit dem Ziel, die Lohnarbeiter über ihre wirkliche Lage hinwegzutäuschen. (85)

LUNG, Tübingen 1964, S. 40. Es handelt sich bei dieser Aussage um nichts anderes als eine Verballhornung des Akkumulationsgesetzes. Karl Marx: DAS KAPITAL, Band I, S. 680 f/ 674 f: "Aber alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß... Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert."

84 Vgl. dazu als Beispiel für viele die gesammelten Stellungnahmen der bürgerlichen Wissenschaft in: Georg Leber: VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND, Wissenschaftliche Beiträge, Dokumentation, Frankfurt/Main 1965, die alle auf das hinauslaufen, was Georg Leber im Vorwort von ihnen erwartet: "Schritte zur Veränderung einer ungerechten und überholten Einkommensstruktur auch auf dem sicheren Boden wissenschaftlicher Erkenntnisse (unternehmen zu können)".

85 Die beiden Autoren, die im HANDWÖRTERBUCH SOZIALWISSENSCHAFTEN die beiden Teile des Artikels zur Distribution geschrieben haben, nämlich Erich Preiser und Gerhard Weisser, polarisieren sich auf den beiden Vorgehensweisen, nach denen sich bürgerliche Wissenschaftler aus der Affäre ziehen: Erich Preiser stellt die Konsequenz in einem Aufsatz gleich dreimal klar: "Wenn wir das Problem (der Vermögensbildung – Verf.) überhaupt diskutieren wollen, so müssen wir also annehmen, beide Parteien (die 'Tarifpartner' – Verf.) seien guten Willens, wobei für die Unternehmer zwar eine Gewinneinbuße, nicht aber eine Existenzgefährdung herauskommen dürfte..." Und: "Die Aussichten der Investivlohnpolitik (bzw. der Vermögenspolitik) sind umso besser (!), je behutsamer sie vorgeht." Erich Preiser: "Theoretische Grundlagen der Vermögenspolitik", abgedruckt in Georg Leber, a.a.O , S. 34, 38, 41. Wie sieht aber 'Behutsamkeit' praktisch aus? Gerhard Weisser: "Distribution: (II) Politik" (in: HdSW, Bd. 2, S. 645) hat eine Antwort: "...Aber die verteilungspolitischen Korrekturen stehen zum Teil in Spannung mit der Kompatibilitätsregel. Extreme Maße dürften zu groß sein, als daß dabei die Marktwirtschaft funktionsfähig bliebe. Wer sich um der optimalen Autonomie der Wirtschaftsteilnehmer willen für eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung entscheidet, muß also irgendwelche Grenzen für die Verteilungskorrekturen anerkennen. Selbstverständlich kann an dieser Stelle nicht versucht werden, diese Grenze generell oder für die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen. Die Wissenschaft dürfte auch in diesem Bereich nicht dahin kommen können, daß der

Der Zielkonflikt enthüllt sich auf diese Weise als innerer Widerspruch der Gesellschaft, der sich im Realismus ökonomischer Verteilungstheorien u n d in der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Umverteilung gleichermaßen darstellt. Dieser auf theoretischer Ebene reproduzierte gesellschaftliche Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital wird allerdings als bloße Folge von Verhüllungsabsichten nicht auf den Begriff gebracht, sondern seine Verhüllung ist in der Realität kapitalistischer Warenzirkulation selbst verankert. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist Warenproduktion, d. h. es werden Waren für die Zirkulation produziert. In der Zirkulation kann man es der einzelnen Ware nicht ansehen, aus welchen Wertbestandteilen sie sich zusammensetzt; und das heißt: welchen Verteilungsnotwendigkeiten der durch den Verkauf der Waren realisierte Wert unterliegt. Woher stammt aber das Geld, gegen das die Ware ausgetauscht und in dem der Warenpreis realisiert wird? Ein Teil dieses Geldes stammt aus den Händen der Arbeiter, die ihren Lohn im Austausch gegen Waren verausgaben. Hier, in der Zirkulation sind die Arbeiter nur Konsumenten, die mit Geld ausgestattet sind, um deren Kaufkraft die Warenverkäufer, die Unternehmer, konkurieren. Der Lohn erscheint bloß als nachfragewirksames Einkommen, das gegen Waren ausgetauscht wird, denen man ihre Herkunft aus kapitalistischer Produktion und damit ihre Wertzusammensetzung, nämlich daß in ihnen variables Kapital (für den Arbeiter sich darstellend als Lohn), Mehrwert und konstantes Kapital enthalten ist, nicht ansieht. In dieser Sphäre sind die Illusionen von den Verteilungsmöglichkeiten begründet; im Rahmen solcher Illusionen gibt es die Möglichkeit, der als Folge von Umverteilungsmaßnahmen sich ergebenden Kaufkraftumverteilung und deren negativen Auswirkungen staatlichen gegenzusteuern.

Diesen aus dem Zirkulationszusammenhang begründeten I l l u s i o n e n steht auf der anderen Seite durch die Hereinnahme der Produktionssphäre in die ökonomische Analyse von Verteilungsvorgängen die r e a l i s t i s c h e E i n s i c h t in die engen Grenzen staatlicher Umverteilungsmaßnahmen entgegen. So kommt aufgrund dieses ökonomischen Zusammenhangs von Produktion und Zirkulation der oben bezeichnete Widerspruch zustande. Seine Lösung kann nur in der genauen Analyse der doppelten Funktion jenes Wertteils liegen, der für den Kapitalisten variables K a p i t a l, für den Arbeiter E i n k o m m e n (Lohn) ist. (86) Wenn wir dies vereinfacht als 'Doppelcharakter des Lohns' ausdrücken, so können wir sagen: Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist schon in der Kategorie des Lohns enthalten und daher schon in der Verteilungstheorie impliziert, wenn sie die einzelnen Einkommenskategorien (Lohn, Gewinn, Rente) diskutiert, also schon bevor sie sich dem V e r h ä l t n i s von Löhnen und Gewinnen zuwendet. In den ökonomischen Verteilungstheorien kehren also die beiden Seiten bürgerlicher Kapitalismusanalyse wieder: einerseits wird die kapitalistische Produktion von Waren als einfache Produktion von Gütern aufgefaßt, die wesentlich den natürlichen Bedingungen des industriellen Arbeitsprozesses unterliegt und keine gesellschaftlichen Widersprüche einschließt ('moderne Industriegesellschaft'); andrerseits beruht

politischen Praxis das Wagnis abgenommen wird..." (Ähnliche Äußerungen finden sich übrigens auch in der SOZIALENQUETE, a.a.O.) Wie gehabt: Behutsam überläßt der bürgerliche Wissenschaftler das Feld dem Politiker, wohl wissend, daß nun die Funktionsfähigkeit der 'Marktwirtschaft' sicherlich erhalten bleibt.

Daß das eigentliche Ziel der Vermögenspolitik die Befriedung der Lohnarbeiter ist, wird von zahllosen Vertretern "unserer demokratischen Ordnung" unverhüllt ausgesprochen, vgl. z.B. Georg Leber, nach dem sie die Aufgabe hat, "Freiheit und Eigentum als tragende Elemente unserer demokratischen Ordnung zu sichern..." (Leber, "Die Gretchenfrage ist gestellt", in: DIE ZEIT, 2.10.1964, abgedruckt in ders., VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND, Dokumentation Bd. 2, Frankfurt/Main 1965, S. 63). Weitere Äußerungen dieser Art bei E. Altvater: "Gewerkschaften und Vermögenspolitik", in: HEIDELBERGER BLÄTTER Nr. 12/13, April-Oktober 1968, S. 61 ff, und bei W. Müller: "Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft", in: DER CDU-STAAT, hrsg. Nedelmann/Schäfer, Frankfurt 1969[2].

86 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. III, S. 940/890: "Die sogenannten Verteilungsverhältnisse entsprechen also, und entspringen aus historisch bestimmten, spezifisch gesellschaftlichen Formen des Produktionsprozesses und der Verhältnisse, welche die Menschen im Reproduktionsprozeß ihres menschlichen Lebens untereinander eingehn. Der historische Charakter dieser Verteilungsverhältnisse ist der historische Charakter der Produktionsverhältnisse, wovon sie nur eine Seite ausdrücken. Die kapitalistische Verteilung ist verschieden von den Verteilungsformen, die aus andren Produktionsweisen entspringen, und jede Verteilungsform verschwindet mit der bestimmten Form der Produktion, der sie entstammt und entspricht."

ihre Theorie wesentlich auf der Zirkulation der Waren und Geldeinkommen ('Güter- und Geldströme'); dadurch erhält sie einen Eindruck von den Rückwirkungen der Widersprüche innerhalb der Produktionssphäre, wie sie sich in den Zirkulationsbewegungen manifestieren. Nur in dieser verkehrten Form ist sie fähig, richtige Voraussagen über die Schranken von Umverteilungsmaßnahmen auf der Ebene von Einkommen zu machen. Soll die bürgerliche Wissenschaft aber sachverständige Empfehlungen erteilen, so wird sie sich auf Behutsamkeit oder auf politische Dezisionismus zurückziehen müssen. Der Widerspruch in den ökonomischen Verteilungstheorien ist in der kapitalistischen Wirklichkeit selbst verankert.

Der Schlüssel zur Aufdeckung der Verteilungsverhältnisse auf der Ebene der 'Einkommen' liegt in der Analyse der historisch gesellschaftlichen Bestimmtheit der Verteilungsverhältnisse auf der Ebene der Produktion, also in der Analyse des Kapitalverhältnisses, (87) wo die Produktionsmittel als Kapital der 'freien', nämlich von Produktionsmitteln freien Lohnarbeit gegenübertreten. Wir müssen also der Frage nachgehen: Wie sieht der Zusammenhang beider Verteilungsverhältnisse aus? Inwiefern ist das eine bloß ein Moment des anderen? Hier kann diese Frage nur in Umrissen beantwortet werden; in ihrer ausführlichen Gestalt wäre sie Kern der Analyse des Kapitals und der von ihm produzierten Fetische sowie der ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen in der ökonomischen Theorie.

2. Netto- und Bruttosozialprodukt: Volkseinkommen und Kapitalerhaltung

In der bürgerlichen Theorie stellt die Summe der verschiedenen Einkommensarten ('Einkommen aus unselbständiger Arbeit'; 'Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen') das 'Volkseinkommen' dar. (88) Danach entspricht das Volkseinkommen der Gesamtheit der Kosten für die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital, die im Verlauf eines Jahres von den Unternehmen aufgewendet worden sind. Daher wird auch das Volkseinkommen dem Nettosozialprodukt zu Faktorkosten gleichgesetzt. Was für die Unternehmer Kosten sind, stellt sich demnach in gleicher Höhe für die 'Besitzer der Produktionsfaktoren' als Einkommensstrom dar. (89) Der geleisteten Arbeit entspringt der Arbeitslohn, dem zur Verfügung gestellten Boden die Grundrente (Pacht und z.T. Mieten) und dem Kapital der Profit. Gegenstand der funktionellen Verteilungstheorie ist demzufolge auch "die Verteilung des Volkseinkommens auf die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden, Kapital, denen die Einkommensarten Lohn, Grundrente und Profit entsprechend ihrem produktiven Beitrag und ihrer wirtschaftlichen Macht zufließen." (90) Monsieur le Capital und Madame la Terre (91) treten also in den bürgerlichen Theorien immer noch, ungeachtet aller Modernisierungsversuche, in schöner Eintracht mit 'der' Arbeit als die Schöpfer des 'Reichtums der Nation' auf. Was als Volkseinkommen in der Hand der Besitzer dieser 'Faktoren' gezählt wird, erscheint in den Unternehmen als volkswirtschaftliche Wertschöpfung. Dem Volkseinkommen als der Summe aller Wertschöpfung entspricht das Nettosozialprodukt (zu Faktorkosten) als der Summe von Konsumtion und Nettoinvestitionen.

---

87 Vgl. im II. Band des KAPITAL insbes. S. 443 ff/437 ff.

88 Von der durch die spezifischen Formen staatlicher Verteilertätigkeit infolge der Erhebung indirekter Steuern und der Zahlung von Subventionen bedingten statistischen Unterscheidung von Nettosozialprodukt zu Marktpreisen und Volkseinkommen wird hier abgesehen, da dies für den Gang der Argumentation nicht von Bedeutung ist.

89 "Das Entgelt für die in Unternehmungen erbrachten Faktorleistungen stellt für die Empfänger ('Faktorhaushalte') Einkommen dar." A. Paulsen: VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Bd. III, Berlin 1965, S. 9.

90 Dr. Gablers WIRTSCHAFTSLEXIKON, Taschenbuchausgabe, Band 6, Frankfurt/Main 1969, Spalte 2955.

91 "Im Kapital – Profit oder noch besser Kapital – Zins, Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere, und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben." Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. III, S. 884/838.

Bis hierher haben wir es nur mit den Definitionen der bürgerlichen Ökonomie zu tun. In ihnen werden die Einkommen, da sie allesamt 'Leistungen' der drei 'Produktionsfaktoren' entspringen, gleichgesetzt. Bei näherem Hinsehen entdecken wir allerdings in dieser Gleichsetzung einen Zirkelschluß. Dieser Zirkelschluß resultiert aus der doppelten Betrachtung der Einkommen, nämlich einmal von ihrem 'Bezieher' her, und zum zweiten von ihrem 'Schöpfungsprozeß' her. Alle Einkommen werden ja in den Produktionsstätten der Volkswirtschaft geschöpft. Sie sind demnach in erster Instanz bloße Einkommen. Erst danach werden sie auf verschiedene 'Beziehergruppen' verteilt: Arbeiter – Lohn; Kapitalisten – Gewinn. Dies ist zunächst die offensichtliche Tatsache in der kapitalistischen Wirtsch-ft (von der Bodenrente wollen wir hier absehen). Was wird aber daraus gefolgert? Das Kapital ist produktiv, weil es ein Einkommen erhält und es erhält ein Einkommen, weil es produktiv ist. Alle weitere Begründung wird lediglich zur Vervollkommnung dieser Tautologie, sei es mit Hilfe der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung oder irgendeiner anderen theoretischen Variante. (92) Es bietet sich daher als Vorgehensweise die Betrachtung dieses Zirkels nach seinen beiden Seiten hin an; nach der Seite der 'Wertschöpfung' und nach der Seite des 'Bezugs von Einkommen'.

Wenden wir uns zunächst der Seite der Wertschöpfung zu, d.h. der Frage, in welchen Formen die Begründung der Annahme von der Produktivität des Kapitals liegt. Das Grundproblem besteht darin, daß die zu verteilenden Werte produziert werden müssen, bevor sie überhaupt irgendwelchen 'Faktoren' als Einkommen zugerechnet werden können; daher muß auch die Analyse der Verteilung beim Produktionsprozeß beginnen. Dieser Produktionsprozeß ist in seiner kapitalistischen Form von doppeltem Charakter, d.h. zugleich Arbeits- und Verwertungsprozeß. Die erzeugten Produkte sind für den kapitalistischen Leiter des Produktionsprozesses nur insoweit allerdings von Bedeutung, als sie als Gebrauchswerte auch Träger von Wert sind, d.h. auf dem Markt gegen Geld ausgetauscht werden können. Als zusätzliche Bestimmung muß nun aber noch hinzutreten, daß der Kapitalist das von ihm für den Produktionsprozeß vorgeschossene Kapital und einen Überschuß darüber hinaus zurückerhält. Da dieser Überschuß nicht aus dem Warenaustausch stammen kann – der Überschuß, den der Verkäufer erhält, ist ein Abzug beim Käufer; und da jeder sowohl als Käufer als auch als Verkäufer auftritt, saldieren sich Überschüsse und Abzüge zu null –, muß er im Produktionsprozeß selbst produziert worden sein. Die Frage ist nun, auf welche Weise. Die Antwort der bürgerlichen Ökonomie ist eindeutig: durch die produktiven Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden. Sie stützt sich dabei auf die Tatsache, die bei oberflächlichster Betrachtung irgendeines Betriebes zutagetritt: daß Grund und Boden, Maschinen, Arbeiter zur Produktion von Waren kombiniert sind. Die natürlichen Notwendigkeiten des Arbeitsprozesses, daß Arbeit nur in Kombination mit Produktionsmitteln, bei historisch gegebenem technischem Entwicklungsstand, produzieren kann, werden in die Theorie umgemünzt, daß infolgedessen den beteiligten Faktoren 'Einkommen' zufließen muß. Dabei wird von der bürgerlichen Ökonomie nicht beachtet, daß durch diese Art der Faktorenkombination zwar Produkte entstehen, aber noch lange nicht ein kapitalistischer Produktionsprozeß, dessen Ergebnis in W a r e n, und – wenn der Verkauf der Waren gelingt – in G e l d besteht. Zum zweiten fällt bei dieser Betrachtungsweise unter den Tisch, daß Maschinen und Rohstoffe sich nicht von selbst in neue Produkte verwandeln – und dies ist ja der Sinn des Produktionsprozesses –, sondern als unnütze Dinge liegenbleiben, werden sie nicht von der lebendigen Arbeit in Bewegung gesetzt und verwandelt. Demgegenüber hat die Betriebswirtschaftslehre, die sich intensiv mit dem Produktionsprozeß selbst befaßt, immerhin einen wenn auch verschwommenen Begriff vom Doppelcharakter des Produktionsprozesses, wenn sie zwischen Betrieb und Unternehmung, zwischen Produktivität (im technischen Sinne) und Rentabilität (im Sinne der Verwertung des eingesetzten Kapitals) unterscheidet. Dies alles fällt aber aus der Produktionsfaktorentheorie heraus (oder wird noch um einige Grade unschärfer reflektiert, wenn nämlich bei der Untersuchung 'optimaler Faktorkombinationen' deren technisches Verhältnis wie auch deren Preisrelation auf der gleichen Ebene behandelt werden).

Betrachten wir zuerst den vom Kapitalisten vorgeschossenen Kapitalteil. Er wird verausgabt zum Kauf von Produktionsmitteln (Maschinen, Rohstoffe usw.) und zum Kauf der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Wie alle Waren wird auch der Wert der Ware Arbeitskraft (im Durchschnitt, über einen Zyklus hinweg, jedenfalls) vom Arbeiter realisiert, also vom Kapitalisten bezahlt wer-

92 Vgl. zur Darstellung dieser Theorien Erich Preiser: "Distribution: (I) Theorie", a.a.O.

den müssen. Der Arbeiter "realisiert ihren Tauschwert und veräußert ihren Gebrauchswert". (93) Dieser Gebrauchswert der Arbeitskraft, die Arbeit selbst, aber gehört nun nicht mehr dem Arbeiter, sondern dem Kapitalisten, der ihn gekauft hat; folglich gehört dem Kapitalisten auch das Ergebnis der Anwendung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft des Arbeiters. Aufgrund der Tatsache, daß z.B. "ein halber Arbeitstag nötig, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten", ist die Bedingung erfüllt, die Mehrwertproduktion überhaupt erst möglich macht: "Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedne Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte. Ihre nützliche Eigenschaft, Garn oder Stiefel zu machen, war nur eine conditio sine qua non, weil Arbeit in nützlicher Form verausgabt werden muß, um Wert zu bilden. Was aber entschied, war der spezifische Gebrauchswert dieser Ware, Quelle von Wert zu sein und von mehr Wert als sie selbst hat..." (94) Nun erfolgt zwar die Wertbildung bei der Kombination von Produktionsmitteln mit der Arbeit, aber die "verschiednen Faktoren des Arbeitsprozesses nehmen verschiednen Anteil an der Bildung des Produktenwerts." (95) Während der Wert der Produktionsmittel im Arbeitsprozeß lediglich erhalten wird durch die bloße Übertragung des Werts auf den Wert des gerade produzierten Produkts,"bildet jedes Moment ihrer (der Arbeitskraft – Verf.) Bewegung zusätzlichen Wert, Neuwert." (96) Es ist also nicht so, daß in der Arbeit zuerst der Wert der Produktionsmittel übertragen, und dann erst der Neuwert gebildet wird, sondern dies geschieht zugleich, vermöge des Doppelcharakters der Arbeit als konkreter, nützlicher und abstrakter, wertbildender. Denn soll die Arbeit ihre wertbildende Kraft wirklich entfalten können, dann muß sie zugleich konkret, als Verausgabung konkreter Qualifikationen des Arbeiters und unter konkreter Verwendung der Produktionsmittel verrichtet werden. So wird notwendig im Wertbildungsprozeß durch den dabei erfolgenden Gebrauch der Produktionsmittel deren Wert auf das Produkt übertragen. "Der Arbeiter kann neue Arbeit nicht zusetzen, also nicht neuen Wert schaffen, ohne alte Werte zu erhalten, denn er muß die Arbeit immer in bestimmter nützlicher Form zusetzen, und er kann sie nicht in nützlicher Form zusetzen, ohne Produkte zu Produktionsmitteln eines neuen Produkts zu machen, und dadurch ihren Wert auf das neue Produkt zu übertragen. Es ist also eine Naturgabe der sich betätigenden Arbeitskraft, der lebendigen Arbeit, Wert zu erhalten, indem sie Wert zusetzt..." (97)

Der Kapitalist muß Kapital sowohl für den Ankauf der Arbeitskraft als auch der Produktionsmittel vorschießen. Der Teil des vorgeschossenen Kapitals, dessen Wert lediglich übertragen, nicht aber größenmäßig verändert wird, wird von Marx konstantes Kapital (c) genannt; im Gegensatz zu dem für Arbeitskraft verauslagten Kapital, das seinen Wert im Produktionsprozeß sehr wohl verändert und variables Kapital (v) genannt wird. Während der Kapitalist also c+v für den Produktionsprozeß vorschießt, kommt am Ende Ware heraus, deren Gesamtwert größer als c+v ist, nämlich c+v+m, wobei m den im Verwertungsprozeß vom Arbeiter produzierten Mehrwert vorstellt. Die im Produktionsprozeß geschaffenen Werte, und von dieser Problemstellung sind wir ausgegangen, sind Produkt der lebendigen Arbeit. Die 'produktive Funktion' des Kapitals besteht lediglich darin, Arbeitskraft und Produktionsmittel anzukaufen, um beide im Arbeitsprozeß zu kombinieren, damit Werte und vor allem Mehrwert, also ein Überschuß über den Kapitalvorschuß, produziert werde.

Wenn in der Produktionsfaktorentheorie dem toten Kapital und der lebendigen Arbeit gleichermaßen produktive Kraft zugesprochen wird, so eben auch deshalb, weil in der Tat der von allen Produktionsmitteln entblößte Arbeiter darauf angewiesen ist, daß der Kapitalist seine Ware Arbeitskraft kauft und sie mit dem toten Kapital, den Produktionsmitteln kombiniert, will er überhaupt produktiv tätig werden. Auf Grund der antagonistischen Verteilungsverhältnisse – dem Kapitali-

---

93 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1. S. 202/208.
94 Ebenda.
95 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 207/214.
96 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 216/223.
97 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 215/221.

sten gehören die Produktionsmittel, dem Arbeiter seine Arbeitskraft – (98) entsteht der Schein, als sei die Arbeit eine produktive Kraft neben anderen: neben Boden und Kapital. Zwar kann der Kapitalist keine Waren produzieren ohne den Arbeiter, aber auch der Arbeiter ist zu produktiver Tätigkeit unfähig, stellt ihn der Kapitalist nicht an seine Produktionsmittel. Und es ist auch deutlich geworden, daß der in Produktionsmitteln angelegte Kapitalwert durchaus nicht wertbildend ist, sondern nur im Arbeitsprozeß als Wert auf das Produkt übertragen wird. "Eine Maschine, die nicht im Arbeitsprozeß dient, ist nutzlos. Außerdem verfällt sie der zerstörenden Gewalt des natürlichen Stoffwechsels. Das Eisen verrostet, das Holz verfault. ... Die lebendige Arbeit muß diese Dinge ergreifen, sie von den Toten erwecken, sie aus nur möglichen in wirkliche und wirkende Gebrauchswerte verwandeln. Vom Feuer der Arbeit beleckt, als Leiber derselben angeeignet, zu ihren begriffs- und berufsmäßigen Funktionen im Prozeß begeistert, werden sie zwar auch verzehrt, aber zweckvoll, als Bildungselemente neuer Gebrauchswerte, neuer Produkte..." (99)"Diese Naturkraft der Arbeit erscheint als Selbsterhaltungskraft des Kapitals, dem sie einverleibt ist, ganz wie ihre gesellschaftlichen Produktivkräfte als seine Eigenschaften, und wie die beständige Aneignung der Mehrarbeit durch den Kapitalisten als beständige Selbstverwertung des Kapitals. Alle Kräfte der Arbeit projektieren sich als Kräfte des Kapitals..." (100)

Indem das Geheimnis der Wert- und Mehrwertbildung aufgedeckt wird, wird zugleich auch gezeigt, warum sich dies notwendig verkehrt darstellt, nämlich als 'produktiver Beitrag des Faktors Kapital' zum Wertschöpfungsprozeß. Die Bestandteile des jeweiligen Neuwerts – d.h. des Produktenwerts (c+v+m) abzüglich des bloß übertragenen Wertteils c – erscheinen demnach im bürgerlichen Bewußtsein als Beiträge der 'Faktoren' und werden in unbewußter Verhüllung als 'Volks'einkommen (101) bezeichnet. Daß die Wertschöpfung alleiniges Resultat der Arbeit ist, entgeht diesem Klassenbewußtsein, das eben nicht allein aufgrund 'ökonomischer Interessen' sich konstituiert, sondern durch die besondere Form der Produktion selbst.

Nachdem wir also den oben bezeichneten Zirkelschluß von der 'Wertschöpfungsseite' her betrachtet haben, wollen wir ihn jetzt von der 'Einkommenseite' her untersuchen. Wenn nämlich die Naturkraft der Arbeit im Produktionsprozeß als Selbsterhaltungskraft des Kapitals erscheint (und diesem zudem die Fähigkeit zur 'Einkommensschöpfung' zugesprochen wird), so wird zu analysieren sein, wie die Gratisgabe der lebendigen Arbeit auf der Ebene der Einkommen erscheint und wie die Erfahrung solcher Erscheinungen von der bürgerlichen Ökonomie verallgemeinert und 'wissenschaftlich' systematisiert wird.

Der Kapitalist zeichnet sich gegenüber dem Arbeiter dadurch aus, daß er über die Produktionsmittel verfügt, mit denen allein der Arbeiter unter den gegenwärtigen technologischen Bedingungen zu produzieren vermag. Sie sind innerhalb des Gesamtkapitals (102) also ein wichtiger Aktivposten,

---

98 "Allerdings kann gesagt werden, daß das Kapital... selbst schon eine Verteilung voraussetzt: die Expropriation der Arbeiter von den Arbeitsbedingungen, die Konzentration dieser Bedingungen in den Händen einer Minorität von Individuen..." Diese Verteilungsverhältnisse "bestimmen den ganzen Charakter und die ganze Bewegung der Produktion." Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. III, S. 935/886.

99 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 191/198.

100 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 637 f/633 f.

101 Um der Illusion vorzubeugen, v+m sei der marxistische Audruck für die bürgerliche Kategorie 'Volkseinkommen', sei darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Statistik und Theorie alles als Einkommen zählt, was irgendeiner natürlichen oder juristischen Person zufließt. In v+m ist jedoch nur der neu geschaffene Jahreswert bezeichnet, der statistisch schon dadurch aufgebläht werden kann, daß die Lohn- und Gewinneinkommen gezählt werden und diesen die Beamteneinkommen hinzugefügt werden, obwohl der Anteil des Staates aus v+m stammt. Zu diesem Problemkreis, der so schwierige Komplexe wie das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit enthält, wäre eine eigenständige Arbeit notwendig. An dieser Stelle sei daher lediglich darauf verwiesen, daß es nicht möglich ist, einfach für 'Volkseinkommen' v+m zu setzen.

102 Das Gesamtkapital des Kapitalisten schließt auch den für den Ankauf der Arbeitskraft verausgabten Teil ein. Auch die Käufe von Rohstoffen, Hilfsstoffen usw. stellen Verausgabung von Geldkapital und seinen Formwechsel in Produktivkapital dar. Der Unterschied zwischen dem länger als eine Produktionsperiode fungierenden Produktivkapital und dem anderen, nur

dessen kontinuierliche Erhaltung und Ausdehnung für den Kapitalisten lebenswichtig ist. Für die Produktionsmittel gilt genau wie für die anderen Teile des konstanten Kapitals (Rohstoffe, Hilfsstoffe usw.), daß ihr Wert im Arbeitsprozeß lediglich übertragen wird, daß sie zwar ganz in den Arbeitsprozeß eingehen (der Arbeiter arbeitet immer mit der ganzen Maschine), aber nur zum Teil in den Verwertungsprozeß eingehen, nämlich nur mit dem Teil, der anteilig im Arbeitsprozeß verschlissen wird durch den Gebrauch des Produktionsmittels. Dieser Teil wird nun aus Gründen der Kapitalerhaltung in Gestalt der Abschreibungen zuerst einmal in Abzug gebracht.

Vom Nettosozialprodukt bzw. dem größengleich gesetzten Volkseinkommen unterscheidet sich – innerhalb der bürgerlichen Kategorienbildung – das Bruttosozialprodukt in diesem entscheidenden Punkt. Es schließt auch die Summe der Abschreibungen ein, die den Wert des Verschleißes der dauerhaften (länger als eine Produktionsperiode, d.h. ein Jahr, gebrauchten) Produktionsmittel während eines Jahres ausdrücken. Die Abschreibungen sind daher auch gleich der Summe aller Ersatzinvestitionen in einem Jahr, die dazu dienen, das fixe Kapital, die kapitalistische Gestalt der dauerhaften Produktionsmittel, zu erhalten. Während also das Nettosozialprodukt nur den während eines Jahres neu geschaffenen Wert umschreibt, schließt das Bruttosozialprodukt auch die 'Kosten' ein, die im Verlauf des Jahres zur Erneuerung des im Produktionsprozeß verbrauchten Anlagekapitals entstehen. Anders ausgedrückt: Das Nettosozialprodukt, das schließlich als Volkseinkommen verteilt wird, enthält nicht die Aufwendungen zur Erneuerung des verbrauchten fixen Kapitalteils. Im bürgerlichen Begriff der jährlichen Wertschöpfung als Resultat der 'Leistung der drei Faktoren' ist der Wert der abgenutzten und ersetzten Produktionsmittel nicht enthalten, obwohl doch auch dieser Wert produziert werden muß. Und jeder Kapitalist, der Produktionsmittel produziert, weiß erstens gar nicht, ob diese für den Kapitalersatz oder für die Kapitalakkumulation verwendet werden, und zweitens würde er die Produktion sehr bald einstellen, wenn dabei nicht auch Werte 'geschaffen' würden. Während als Schöpfer des Nettosozialprodukts und des Volkseinkommens die drei Produktionsfaktoren erscheinen, wird die Erzeugung des Ersatzes der verbrauchten Produktionsmittel aber als quasi-naturbedingte Begleiterscheinung des Produktionsprozesses vorausgesetzt. Die Gratisgabe der Arbeit, 'Wert zu erhalten, indem sie Wert zusetzt', wird in der bürgerlichen Theorie reflektiert, indem diese Gratisgabe tatsächlich nicht im Volkseinkommen, im Nettosozialprodukt aufgeführt wird.

Seinen Ausdruck findet dies in den Definitionen des Kapitals, der Investitionen und des Einkommens innerhalb der bürgerlichen Ökonomie. Von A.C. Pigou, dessen Bedeutung als einer der Väter der Wohlfahrtsökonomie auch heute noch unbestritten ist, wird das Kapital einem See verglichen, "in den eine mannigfaltige Vielzahl von Dingen, die die Früchte von Ersparnis sind, kontinuierlich hineingeworfen werden. Wenn diese Dinge einmal in den See gelangt sind, überleben sie dort für verschiedene Perioden, ganz entsprechend ihrer jeweils verschiedenen Natur und dem jeweiligen Schicksal, das sie erleiden." (103) Aber alles, was in den See hineinfließt, verläßt ihn auch wieder. Um nun den 'Wasserspiegel' zu halten, müssen folglich die Zuflüsse zum Kapitalsee eine bestimmte Größe haben. Sie müssen mindestens so groß sein, wie die Abflüsse, wie der Verbrauch von Kapital. Was aber ist Kapitalverbrauch? Pigou rechnet dazu nur "die gewöhnliche Abnutzung, der Maschinen und Fabrikgebäude im Prozeß ihres Funktionierens unterliegen." (104) Die Notwendigkeit

---

kurzfristig vorzuschießenden Kapitalteil ist für den fungierenden Kapitalisten von großer praktischer Bedeutung und drängt daher zur begrifflichen Fixierung in den Kategorien des fixen und des zirkulierenden Kapitals. Diese Unterscheidung entspricht ungefähr der Unterscheidung von Anlage- und Umlaufvermögen in der Betriebswirtschaftslehre. Dagegen spielen die Kategorien des konstanten und variablen Kapitals keine solche praktische Rolle und tauchen folglich auch in der bürgerlichen Ökonomie nicht auf. Sie können es auch nicht, da sie den Klassencharakter der kapitalistischen Produktion aussprechen, nämlich die Produktion des Mehrwerts.

103 A.C. Pigou: THE ECONOMICS OF WELFARE, London 1932, repr. 1960, S. 43 (Übersetzung d. Verf.).

104 A.C. Pigou, a.a.O.; vgl. S. 46: "Maintenance of capital intact in our sense is thus equivalent to maintenance in an absolute sense save only that provision must not be made against destruction by 'act of God or the King's enemies." So etwas schrieb Pigou im Jahre 1932, als Kapitaldestruktion größten Ausmaßes im Verlauf der Weltwirtschaftskrise stattfand. Aber wahrscheinlich war die Wirtschaftskrise ein vom lieben Gott und dem Proletariat in unheiliger Allianz angezettelter 'Notstand'.

der Erhaltung des Kapitals wird mit der Überlegung begründet, daß im Falle der Nicht-Ersetzung des 'abfließenden' Kapitals nicht nur der Kapitalstrom selbst nach und nach versickern und der See austrocknen würde. "Vielmehr wird an diesem Ereignis die Menschheit kein Interesse mehr nehmen, da dem Abgang der letzten Kapitaleinheit ganz sicherlich der Abtritt des 'letzten Menschen' vorhergegangen sein wird." (105) Daher, so schlußfolgert Pigou, muß erst einmal der Wert zum Ersatz des 'abgeflossenen' Kapitals in Abzug gebracht werden, bevor die "national dividend" an die Produktionsfaktoren verteilt werden kann. Zur Verteilung steht also nur das Volkseinkommen, nicht aber das Bruttosozialprodukt. Das Bruttosozialprodukt wird verwendet, aber nicht verteilt. So kann es kommen, daß im Jahre 1968 in der BRD zwar 404,91 Mrd. DM verteilt werden konnten, aber 530,80 Mrd. DM verwendet worden sind.

Vor jeder Verteilung von 'Einkommen' aufgrund spezifischer 'Leistungen' der einzelnen Faktoren (106) findet die Reproduktion des verbrauchten, in Produktionsmitteln ausgelegten Kapitals statt. Das Kapital hat also das Recht, zumindest mit ungeschmälerter Substanz aus jeder Produktionsrunde hervorzugehen. (107) Nur das was darüber hinausgeht, kann daher als "Wohlfahrtssteigerung" bestimmt werden. "Das Sozialeinkommen (oder Sozialprodukt) ist definitionsgemäß der Nettoausstoß einer Wirtschaft. Aber 'netto' hat zwei unvermeidliche Implikationen. Die eine ist die, daß das Kapital funktionsfähig bleibt. Die zweite ist die, daß 'Kapital' klar von Endprodukten unterschieden werden kann, so daß die Konsumtion von Produkten im Verlauf eines Jahres in letzter Verwendung nicht mit Konsumtion innerhalb des Produktionsprozesses verwechselt werden kann. Definitionsgemäß ist dann das Sozialeinkommen ein Maß des Ausstoßes des gesamten Nettoausstoßes und nicht der letzten Verwendung oder irgendeiner anderen größeren oder kleineren Summe. ... Wir müssen in Begriffen der gegenwärtigen Wohlfahrt auch solche Teile bewerten, die einen Nettozuwachs zum Kapital des Landes repräsentieren..." (108) Nur das Nettoergebnis der Jahresarbeit dient der Wohlfahrt. Da jedoch auch die verbrauchten Produktionsmittel produziert werden müssen, wird auf diese Weise eine Zweiteilung der Jahresarbeit einer konkreten Gesellschaft vorgenommen. Der Teil der Arbeit, der dazu verwendet wird, das verbrauchte Kapital zu ersetzen, steigert die Wohlfahrt nicht. Der andere Teil der Jahresarbeit jedoch, der Konsumtionsmittel und Nettoinvestitionsmittel herstellt, dient gerade diesem Zweck. Das Kapital kann nach dieser Kategorienbildung also verlangen, erst einmal seinen Anspruch auf Ewigkeit befriedigt zu bekommen, seinen Anspruch, ewig wie die Natur (aus der daher Pigou und Samuelson ihre Analogien beziehen) nicht nur zu gelten, sondern auch zu sein. Die Erhaltung der Arbeit jedoch figuriert bereits unter der Konsumtion in der Kategorie des 'Sozialeinkommens'.

So erweist sich die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettosozialprodukt nicht nur als eine statistisch-technische, sondern als die Form, in der die Gratisproduktivkraft der Arbeit, im Prozeß der Neuwertbildung den Wert der Produktionsmittel durch Übertragung auf das Produkt zu erhalten, als Natureigenschaft des Kapitals zurückgespiegelt wird. Gleichzeitig bedingt diese Unterscheidung, daß der Verteilung des Nettosozialprodukts zuerst einmal die Kapitalerhaltung vorausgesetzt wird. So wird in jedem Produktionsprozeß zunächst einmal die einfache Reproduktion sichergestellt, die daher auch logisch der erweiterten Reproduktion vorangeht (weshalb von Marx am Ende des 2. Bandes des 'Kapital' auch die einfache und die erweiterte Reproduktion getrennt dargestellt

---

105 A.C. Pigou, a.a.O., S. 49.

106 "Die Unternehmerleistung besteht in der faktischen Leistung des Unternehmens (!) und – jedenfalls in einem Familienbetrieb (!) – in der Bereitstellung von Kapital, Grundstücken und Gebäuden..." Aus Walter und Leisticos Schatzkästlein, S. 44, vgl. oben Anm. 75.

107 Daß die gesellschaftliche und historische Bedingtheit dieser Prozesse absolut nicht in den mit bürgerlichen Vorstellungen gefüllten Kopf gehen kann und folglich als Naturnotwendigkeit ihm erscheinen muß, macht auch der große Paul A. Samuelson (VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Bd. I, Köln 1967, S. 242) deutlich: "Was würde man von einem Statistiker halten, der das Bevölkerungswachstum schätzt, ohne dabei die Todesfälle in Rechnung zu stellen? Sicherlich nicht allzu viel. Denn zählte er nur die Geburten zusammen, ohne die Sterbefälle abzuziehen, käme er zu übertriebenen Vorstellungen, was die Nettozunahme der Bevölkerung betrifft. Dasselbe gilt aber auch von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Auch ihre Nettoveränderung ergibt sich aus Kapitalgeburt (!) und -tod (!) (in diesem Falle Abschreibung)...".

108 Simon Kuznets: "On the Valuation of Social Income – Reflections on Professor Hicks Article", Part I, in: ECONOMICA, N.S., Vol. XV, 1948, S. 13. Kuznets gilt als einer der führenden Einkommenstheoretiker in der bürgerlichen Ökonomie. (Übersetzung d. Verf.)

werden). Erstes Resultat des Produktionsprozesses, wie es sich in dieser Unterscheidung herstellt, ist die Reproduktion des Kapitals; zweites Resultat ist das Nebeneinander von Lohn und Kapitaleinkommen; das eine dient der Reproduktion der lebendigen Arbeitskraft – womit die Reproduktion der beiden Seiten des Kapitalverhältnisses, des Kapitals und der Lohnarbeit vollendet ist –, das andere dient der ständigen Erweiterung der Kapitalproduktion, der Akkumulation. Dies alles erscheint nun aber als 'Selbstverständlichkeit', die nur noch technische Probleme der Abgrenzung zwischen 'brutto' und 'netto' aufwirft – womit denn auch die nationalökonomischen Lehrbücher vollgestopft werden. (109)

Die Gratisgabe der Arbeit, im Prozeß der Wertbildung auch den Wert des konstanten Kapitals zu erhalten, was auf der Ebene der Wertbildung als Selbsterhaltungskraft des Kapitals erscheint, drückt sich also auf der Ebene des Bezugs der Einkommen als aller Einkommensverteilung vorausgehender Ersatz des verbrauchten Kapitals aus.

Daß die Unterscheidung von Brutto- und Nettosozialprodukt nicht eine bloß technische, sondern von fundamentaler Bedeutung ist, wenn es um den Konjunkturzyklus geht, wird nun allerdings wieder in die bürgerliche Ökonomie hereingenommen. In der Keynes'schen Theorie spielt bekanntlich die Konsumneigung ("propensity to consume") eine entscheidende Rolle für die kurzfristige Höhe von Einkommen und Beschäftigung. Je mehr die Konsumenten aus ihrem Einkommen konsumieren, desto größer die effektive Nachfrage, desto besser die Auftragslage, desto größer auch die Beschäftigung und folglich das Gesamteinkommen – so lautet verkürzt die Argumentationskette. Wenn nun aber nur aus dem N e t t o sozialprodukt, dem 'Volks'einkommen konsumiert werden kann, dann gewinnt plötzlich die Größe der Ersatzinvestitionen zur Wiederherstellung der verbrauchten dauerhaften Produktionsmittel höchste Bedeutung. Denn nun hängt der tatsächliche Konsum bei gegebener Konsumneigung auch von der Größe der Abschreibungen ab. "...Es ist wichtig, die Größe des Abzugs zu betonen, der vom Einkommen einer Gesellschaft gemacht werden muß, die bereits einen großen Kapitalstock besitzt, bevor wir das Nettoeinkommen erhalten, das gewöhnlich für die Konsumtion verfügbar ist. Denn wenn wir dies übersehen, könnten wir den schweren Druck auf die Konsumneigung unterschätzen, der auch unter Bedingungen vorhanden ist, unter denen das Publikum einen sehr großen Teil seines Nettoeinkommens zu konsumieren bereit ist." (110) Und Keynes beklagt daher (ebenda, S. 100) die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, in der sich die Tendenz jedes Einzelkapitalisten zum Aufschub von Erneuerungsinvestitionen als krisenverschärfendes Moment für das Gesamtkapital auswirken mußte. Nicht nur, daß der Investitionsmultiplikator mangels Masse geringer wurde, auch die Tatsache, daß die Abschreibungsbeträge vom fungierenden Kapital in Gestalt von Geldkapital bis zur Erneuerung der Produktionsmittel zurückgehalten werden, wirkte als krisenverschärfendes Moment. "Sie verringern die laufende Effektivnachfrage und heben sie erst in dem Jahr an, in dem der Kapitalersatz tatsächlich vorgenommen wird. Wenn der diesbezügliche Effekt noch durch 'finanzielle Klugheit' verschlimmert wird, d.h. dadurch, daß es ratsam erscheint, die Anfangskosten schneller 'abzuschreiben' als die Ausrüstungen tatsächlich abgenutzt werden, dann wird das kumulierte Ergebnis wahrhaft sehr ernst sein." (111) So führt nach Keynes die "finanzielle Klugheit" der E i n z e l kapitalisten, indem sie höhere, vorsichtige Abschreibungsbeträge ansetzen, zur Krise der kapitalistischen Ökonomie insgesamt. Denn Abschreibungen ohne Ersatzinvestitionen verringern die Gesamtnachfrage, indem die Produktionskosten steigen (Abschreibungen sind schließlich Kosten, die der Kapitalist im Preis erstattet haben will), ohne daß neue Einkommen infolge der Investitionstätigkeit geschaffen würden. Je höher nun diese Abschreibungen, desto niedriger auch die für die Konsumtion 'zur Verfügung stehenden' Einkommen. So führt der Zwang zur Erhaltung jedes E i n z e l kapitals zur Verschärfung der Krise des G e s a m t kapitals.

Was der Verteilungstheoretiker nicht begreifen kann, wenn er sich auf die Nettogrößen bezieht, wird nun voll sichtbar. Seine Verteilungstheorie hängt in der Luft und wird durch das Abschreibungs- und Investitionsverhalten der Kapitalisten immer wieder auf den 'Boden der Tatsachen' gezogen. Die Verteilung wird tangiert, wenn die Kapitalverwertung es erfordert. Die Größe des 'zur

109 Vgl. dazu auch Erich Schneider: EINFÜHRUNG IN DIE WIRTSCHAFTSTHEORIE, Tübingen 1958, vor allem Band I: THEORIE DES WIRTSCHAFTSKREISLAUFS.

110 John Maynard Keynes: THE GENERAL THEORY OF EMPLOYMENT' INTEREST AND MONEY, London (repr.) 1964, S. 104.

111 John Maynard Keynes, a.a.O., S. 100.

Verfügung gestellten Kuchens' hängt davon ab, inwieweit die Voraussetzungen der Kapitalverwertung gewährleistet sind. Insofern übersehen alle Verteilungstheorien, die davon ausgehen, daß durch eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen die Konsumneigung steige (aus größeren Einkommen wird ja prozentual mehr gespart als aus kleineren Einkommen) und daher auch die effektive Nachfrage zunehme, gerade das Moment der Kapitalverwertung. Nicht die effektive Nachfrage ist entscheidend, sondern die Kapitalverwertung ausgedrückt in der Größe der Profitrate auf das vorgeschossene Kapital. Und daher konstatiert Keynes zu Recht das Absinken der effektiven Nachfrage als Konsequenz der "finanziellen Klugheit" der Kapitalisten; sie müssen sich eben klug, d.h. als Charaktermasken des Kapitals verhalten, gleichgültig, was aus der effektiven Nachfrage und der Verteilung wird.

Dies geht auch aus den betriebswirtschaftlichen, also den einzelkapitalistischen Abschreibungsregeln hervor, die vom 'ehrbaren Kaufmann' gerade die sich gesamtkapitalistisch so verheerend auswirkende "finanzielle Klugheit" verlangen. "Oberstes Prinzip bei der Bewertung in der Bilanz ist der Grundsatz kaufmännischer Vorsicht. Er soll verhindern, daß der Gewinn zu hoch ausgewiesen und durch Ausschüttung des Gewinns die betriebliche Substanz vermindert wird..." (112) Daher wird das Niederstwertprinzip aufgestellt, das besagt, daß von zwei möglichen Wertansätzen — dem Tageswert und dem Anschaffungswert — stets der niedrigere verwendet werden muß. Vor allem gilt es also, die betriebliche Substanz, das Kapital, zu erhalten. Solange keine tatsächlichen Verluste gemacht werden und ein Mindestkonsumtionsstandard der Kapitalistenklasse gehalten werden kann, sind vorsichtige, d.h. überhöhte Aufwendungen zur Kapitalerhaltung und als 'Residuum'ausgewiesene Gewinne zwar nicht in der Statistik, wohl aber für den Einzelkapitalisten verschiedene Summanden einer gleichbleibenden Summe. Ob die Gewinne ausgewiesen oder gleich als Rücklagen oder Rückstellungen verbucht werden, ist wirklich nur eine Frage der jeweiligen "finanziellen Klugheit". Abschreibungen richten sich auch nach der Preisentwicklung der Produktionsmittel. Steigen die Wiederbeschaffungskosten, so müssen die Abschreibungen höher, sinken sie, so können sie niedriger als die Anschaffungskosten sein, wenn eine tatsächliche Wiederbeschaffung mit Hilfe der durch Abschreibungen amortisierten Geldbeträge möglich sein soll (112). Und in der amtlichen Statistik wird diesem Prinzip Rechnung getragen, indem bei der Berechnung des Nettosozialprodukts die "zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen" vom Bruttosozialprodukt abgezogen werden (113). So wird vom Einzelkapitalisten in seiner Kalkulation bereits die Unterscheidung zwischen Kapitalerhaltung und Wertschöpfung, zwischen Kapitalersatz und Verteilung vollzogen, ohne daß damit irgendeine Bosheit beabsichtigt wäre. Er verhält sich lediglich als Kapitalist, "finanziell klug". Und als Kapitalist kümmert ihn die Verteilung der Einkommen *als Ergebnis* seines Handelns nicht, wohl aber *als Voraussetzung* seiner Dispositionen zur Kapitalverwertung.

Kapitalverwertung drückt sich nun aus in quantitativer Steigerung des vorgeschossenen Kapitals. Der Kapitalist will den Wert, den er in Geldform verauslagt hat, vergrößert zurückerhalten, und nur wenn dies der Fall ist, wird er den Produktionsprozeß aufrechterhalten. Die Höhe des Lohnes ist für den Kapitalisten entscheidend. Denn davon wird die Höhe des von ihm für den Ankauf der Arbeitskraft vorzuschießenden variablen Kapitalteils bestimmt. Die 'Produktionskosten' steigen mit steigenden Lohnkosten, und folglich sinkt bei sonst gleichbleibenden Umständen die Profitrate. Weil also die Verteilung der Einkommen für den *Einzel*kapitalisten als Voraussetzung seiner Kapitalverwertung höchst relevant ist, kann überhaupt erst der schon diskutierte Widerspruch von Umverteilung und Wirtschaftswachstum auftauchen. In diesem Schluß, der sich in der bürgerlichen Ökonomie zum Zielkonflikt kristallisiert, ist allerdings als vermittelndes Glied die Annahme impliziert, daß der Profit dazu da sei, um akkumuliert zu werden. Denn wie könnte ein Widerspruch zwischen Umverteilung der Einkommen und Wirtschaftswachstum formuliert werden, wenn nicht unter der Bedingung, daß das Wachstum gerade aus den Profiten getragen würde? Diese Annahme begründet sich aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis selbst. Das Kapital als ununterscheidbare Qualität kann sich nur in quantitativer Hinsicht verändern, durch Wachstum. Alle

112 Günter Wöhe: ALLGEMEINE BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE, Berlin und Frankfurt 1962, S. 389

112 Günter Wöhe, a.a.O., S. 403.

113 STATISTISCHES JAHRESBUCH für die Bundesrepublik Deutschland 1969, Vorbemerkung zu den Statistiken der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, S. 485.

Zwänge der Konkurrenz drängen dem Kapitalisten als Charaktermaske des Kapitals die Notwendigkeit auf, diesem Imperativ gerecht zu werden: "Akkumuliere! Das ist Moses und die Propheten." Akkumulation aber geht über die bloße Kapitalerhaltung hinaus; sie wird aus dem Wertprodukt, das wir zur Vereinfachung dem Nettosozialprodukt bzw. Volkseinkommen gleichsetzen (vgl. Anm. 101), getätigt, also aus dem Nettosozialprodukt, das als 'Volkseinkommen' angeblich der Verteilung offensteht. Der in der bürgerlichen Ökonomie als Zielkonflikt zwischen Verteilung und Wachstum formulierte Widerspruch ist also nichts anderes als unbegriffener Reflex der Widersprüche des Akkumulationsprozesses selbst. Für die sogenannte Verteilung ergibt sich allerdings daraus die Konsequenz, daß nicht nur der Zwang zur Kapitalerhaltung, der sich als jeder Verteilung schon immer vorausgegangener Abzug der Abschreibungen vom zu verteilenden Kuchen darstellt, sondern auch der Akkumulationszwang des Kapitals die Vorstellung von der Verteilung als einer Sphäre, in der ein Kuchen zu verteilen ist, geradezu lächerlich macht. Wenn also der Abzug der Abschreibungen überhaupt schon jeder Verteilung vorausgeht, wenn die Verteilung des Übriggebliebenen, nämlich des Lohns und des Profits, nicht nach Gesetzen der verselbständigten Verteilungssphäre, sondern nach den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals vollzogen wird – was bleibt dann von Vorstellungen über eine mögliche Umverteilung überhaupt noch übrig?

Der sogenannte Sozialstaat hat demnach gar nicht 'zur Verfügung', was er z w i s c h e n den Klassen umverteilen könnte. Seine Möglichkeiten und Maßnahmen bewegen sich – dies ist bereits ausgeführt worden, bedürfte aber sehr konkreter Analysen – in der Sphäre der Umverteilung i n n e r h a l b der Klassen. Nur in den Fällen, wo die Reproduktion der Arbeitskraft wirklich nicht mehr gesichert ist, wenn das Maß des Lohns den Akkumulationsgesetzen allein überlassen bleibt, wird der Staat, aus Gründen der Erhaltung der Arbeitskraft als Basis kapitalistischer Ausbeutung, auch eine Umverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital erzwingen können. (Vgl. dazu Teil IV). Das Prinzip, daß die Gesetze der Verteilung die Gesetze der Akkumulation und Zirkulation des Kapitals sind, wird dadurch nicht berührt. Wir sind damit aus der Konsequenz der Sache an dem Punkt angelangt, wo die Untersuchung der verteilenden Macht des Sozialstaats in die Analyse der erweiterten Reproduktion des Kapitals mündet. Im vorliegenden Zusammenhang, der Kritik der Illusionen der Sozialstaats- und Verteilungstheorien, müssen wir an diesem Punkt abbrechen.

Der illusorische Charakter der revisionistischen Sozialstaatstheorien wird also erst durch die Zurückführung der Verteilungsverhältnisse in der Einkommensebene auf die Verteilung in der kapitalistischen Produktion wirklich klar. Es wird damit auch klar, daß die revisionistische Staatstheorie direkt aus jenen verkehrten Formen abgeleitet ist, die der kapitalistische Produktionsprozeß selbst im Bewußtsein der Kapitalagenten und der darauf beruhenden ökonomischen Wissenschaft erzeugt. Sowohl die bürgerlichen wie die revisionistischen Auffassungen sind nicht einfach Verhüllungen oder Ideologien im landläufigen Sinn, sondern notwendige Produkte der Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses. Dieses w e s e n t l i c h e Grundverhältnis, das die gesellschaftliche P r o d u k t i o n (in ihrer kapitalistischen Form) bestimmt, e r s c h e i n t eben nicht als solches, sondern ganz verkehrt in der Sphäre der Z i r k u l a t i o n, von der die Verteilung der Einkommen ein Moment ist. Hier ist der Ursprung der bürgerlichen Freiheitsillusionen, angefangen von der Freiheit des Individuums als 'Einkommenbezieher' und 'Konsument' bis hin zur Fähigkeit der 'neuen Wirtschaftspolitik' zur 'Globalsteuarung der Wirtschaft' oder zur 'Umverteilung durch Vermögenspolitik'.

Das Ziel der Veränderung der bestehenden (wie verbal zugegeben wird, immer noch kapitalistischen Gesellschaft ist auch heute noch für die revisionistischen Organisationen eine 'humane' oder 'humanere' Gesellschaft, und mit diesem Ziel wird die Beteiligung am bestehenden bürgerlichen Staat begründet. Wie sehr dieser Staat überhaupt erst auf der Grundlage kapitalistischer Produktion entsteht und neue Funktionen übernimmt, wie sehr andrerseits diese Grundlage die Eingriffe dieses Staates in 'die Wirtschaft' bis ins einzelne bestimmt und begrenzt, wird in der revisionistischen Theorie aus den ausgeführten Gründen nicht begriffen. Die Beteiligung am bürgerlichen Staat, der mehr oder weniger starke Anschluß der historischen Organisationen der Arbeiterschaft bedeutet zunächst eine enorme Stärkung der Autorität dieses Staates (vgl. zuletzt die Illusionen vieler Linken über die SDP-FDP-Regierung). Andererseits ist der v o l l e Anschluß an die bürgerlichen Illusionen zugleich der erste Schritt zur Zerstörung dieser Illusionen. Ein wichtiger Schritt bei dieser Desillusionierung ist die theoretische Kritik dieser Illusionen, der Aufweis des inneren Zusammenhangs mit der Grundlage, auf der sie beruhen, mit der kapitalistischen Form der Produktion.

Diese Kritik kann dazu beitragen, die Beschränktheit jenes 'staatlichen Handelns', das auf der Grundlage jener notwendigen Illusionen einzig möglich ist und das die revisionistischen Hoffnungen und Versprechungen nicht erfüllen kann, nicht einfach bloß zu konstatieren, sondern zu begreifen und daraus praktische Folgerungen zu ziehen, die auf eine wirkliche, nicht scheinbare Veränderung hinzielen.

IV. Die Notwendigkeit von Staatseingriffen zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft

1. Die Durchsetzung der Arbeiterschutzgesetzgebung nach Marx

Wir haben gesehen, daß die revisionistischen Theorien eines gemeinsam haben: sie begreifen den Staat in seinen verschiedenen Funktionen, insbesondere aber der Sozialpolitik, als "selbständiges Wesen", losgelöst vom Produktionsprozeß als kapitalistischem Verwertungsprozeß. Dagegen ist nach der marxistischen Auffassung die "G r u n d l a g e des bestehenden S t a a t s" "die bestehende Gesellschaft", (114) ist aus dieser und ihrem widersprüchlichem Grundverhältnis ihre "Zusammenfassung... in der Form des Staates" (115) zu entwickeln, und zwar jeweils in ihren konkreten historischen Erscheinungsformen. Nur in einem solchen Sinn könnte man von einer marxistischen Staatslehre sprechen; im Sinne eines feststehenden Lehrgebäudes ist sie also nicht möglich. Es ist daher nicht zufällig, daß Marx in sämtlichen Planskizzen seiner Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt vom Grundverhältnis ausgeht, das die Sphäre der Produktion kennzeichnet, also vom Kapitalverhältnis, und daß erst für eine etwaige Fortsetzung der Analyse dieser Basis unter anderen auch ein Buch über den Staat vorgesehen war (das er allerdings für so wichtig hielt, daß er sich seine Ausführung im Unterschied zu anderen Büchern selbst vorbehielt). Jedoch überschreitet er schon im ersten Band des KAPITAL an verschiedenen Stellen die hier wie im zweiten Band beibehaltene Abstraktionsebene des 'Kapitals im allgemeinen' und entwickelt aus grundlegenden Widersprüchen des Arbeits- und Verwertungsprozesses bestimmte Formen, in denen der bürgerliche Staat tätig wird. Als eine solche Entwicklung einer bestimmten staatlichen Funktion soll Marx' Darstellung der Entstehung und Durchsetzung der Fabrikgesetzgebung im ersten Band des KAPITAL im folgenden resümiert und charakterisiert werden. Es soll also die Ableitung des "bestehenden Staats" aus der "bestehenden Gesellschaft" an einem konkreten Beispiel vorgeführt werden, um zu zeigen, was Marx unter "Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft" verstanden hat.

Es kann sich allerdings nicht darum handeln, die von Marx gegebene (teilweise sehr detaillierte) "historische Skizze" einfach als solche aus der Darstellung des KAPITAL herauszulösen und ohne Bezeichnung ihres systematischen Ortes zu referieren. Die bloße Übernahme der isolierten historischen Tatsachen und die brutale Desinteressiertheit für ihren Stellenwert (d.h. ihren Zusammenhang mit der Darstellung der Bewegung des 'Kapitals im allgemeinen') ist nämlich gerade charakteristisch für die revisionistische Marx-Rezeption – nicht zuletzt auch bei der Einschätzung der Fabrikgesetzgebung und des staatlich begrenzten Normalarbeitstags. Wenn Marx bei der Einführung des Zehnstundentags von einem "Sieg des Prinzips" sprach, so wurde dieser Satz in der Sozialdemokratie immer wieder so verstanden, daß damit eine schrittweise Durchsetzung sozialistischer Prinzipien innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eingeleitet worden sei. Nach Bernstein stellten die Fabrikgesetze ein Stück "gesellschaftlicher Kontrolle" und damit ein Stück Sozialismus dar (116), für Sering eine "Regulierung der Gesellschaft nach menschlichen Notwendigkeiten statt nach automatischen Marktgesetzen." (117) Zunächst muß also wenigstens angedeutet werden, an welcher Stelle der systematischen Entwicklung des Kapitalbegriffs Marx auf die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages zu sprechen kommt.

114 Marx, "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 28.
115 GRUNDRISSE, a.a.O. S. 29.
116 Vgl. R. Luxemburg, "Sozialreform oder Revolution?" A.a.O. S. 72.
117 P. Sering, JENSEITS DES KAPITALISMUS, a.a.O. S. 50 f. Vgl. KAPITAL Bd. I, S. 309/312, sowie weiter unten in diesem Abschnitt. Vgl. auch F. Naphtali, WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, a.a.O. S. 19, wo von einer bedeutenden Einschränkung der kapitalistischen Willkür (!) die Rede ist.

Marx beginnt die dialektische Darstellung des Kapitals von jener Grundkategorie aus, von der sich alle übrigen Kategorien (und damit alle Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsform) ableiten lassen, nämlich von der widersprüchlichen Form, die das Arbeitsprodukt beim Austausch erhält: der Ware. Er entwickelt, wie sich der in der Ware gesetzte Widerspruch von Gebrauchswert und Wert, und damit der Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, in der Form des Geldes darstellt. Noch im I. Abschnitt des I. Bandes entwickelt er auch die verschiedenen Funktionen des Geldes. Erst im II. Abschnitt wird der Übergang vom Geld zum Kapital vollzogen; es wird herausgearbeitet, daß die Zirkulation des Geldes als Kapital sich von der einfachen Zirkulation (Abschnitt I) grundsätzlich unterscheidet. Während die einfache Zirkulation in der Konsumtion der Waren endet, im Gebrauchswert der Waren also ihr Ziel findet, liegt der Zweck der Kapitalzirkulation in ihr selbst; ihr Zweck liegt in der Vermehrung des Kapitals, der Selbstverwertung des Werts, der Auspressung von mehr Wert aus der Arbeitskraft. Die Quelle des Mehrwerts kann nicht in der Zirkulation selbst liegen, wenn man den Austausch von ungleichen Werten ausschließt und sich jede Ware zu ihrem Wert ausgetauscht vorstellt. Sie kann nur in der Produktion selbst stattfinden. Dazu muß allerdings eine Voraussetzung erfüllt sein: der Geldbesitzer muß auf dem Markt die Ware Arbeitskraft und die übrigen Produktionsbedingungen kaufen können; vorausgesetzt ist also der von den Produktionsmitteln 'befreite', der freie Lohnarbeiter. (Dieses Verhältnis unterscheidet die kapitalistische von allen anderen Gesellschaftsformen; entweder sind die sachlichen Produktionsbedingungen in der Hand der Produzenten, oder diese Produzenten sind bloßes Zubehör zu diesen Produktionsbedingungen — 'an die Scholle gebundener Leibeigener' z.B. — und zusammen mit diesen in der Hand einer Herrenklasse.) Der Wert der Ware Arbeitskraft ist gleich dem aller andren Waren, nämlich gleich der Summe der in seine Produktion eingehenden Arbeitszeit (was die Erhaltung der "Arbeiterrasse" (118) insgesamt, ihre Ausbildung und für die Kulturstufe eines Landes normale Existenz einschließt). Ihr Gebrauchswert, ihre Anwendung im Produktionsprozeß selbst (dies der Gegenstand des ersten Bandes) gehört rechtmäßig dem Käufer, der als Werkzeug des Kapitals aus der Arbeitskraft möglichst viel Mehrwert herauszupressen versucht. Für den Kapitalisten ist der Sinn des Produktionsprozesses die Produktion von Mehrwert, nicht die Befriedigung von Bedürfnissen (obwohl die Ware nicht nur Wert, sondern auch Gebrauchswert im Hinblick auf bestimmte Bedürfnisse hat — ohne Gebrauchswert taugt sie nicht zum Träger von Wert). Für ihn ist der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, mehr Wert zu schaffen als in sie bei ihrer Produktion an Wert eingegangen ist. Dazu stehen dem Kapitalisten zwei Möglichkeiten zur Verfügung. Er kann die Arbeitskraft möglichst lange über die Zeit hinaus in der Produktion anwenden, die zur Ersetzung ihres von ihm vorgeschossenen Wertes notwendig ist. Diese Verlängerung des Arbeitstages über das notwendige Maß hinaus schafft den absoluten Mehrwert; er wird im III. Abschnitt des ersten Bands des KAPITAL behandelt. Die Produktion des relativen Mehrwerts andrerseits ist das Resultat der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, d.h. durch die Revolutionierung der technischen Prozesse der Arbeit und ihrer Organisation im Betrieb, außerdem auch das Resultat einer Steigerung der Intensität der Arbeit (z. B. Erhöhung der Bandgeschwindigkeit; MTM-System). Die relative Mehrwertproduktion wird im IV. Abschnitt des ersten Bandes des KAPITAL behandelt. Absolute und relative Mehrwertproduktion bilden natürlich im Verwertungsprozeß immer schon eine Einheit; sie werden getrennt behandelt, um ihre Besonderheit rein herausarbeiten zu können. Die Reihenfolge der Behandlung ist aber nicht willkürlich; bis zur gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages ist die absolute Mehrwertproduktion die Hauptform. Sie wird vom Kapital derart extrem betrieben, daß das Eingreifen des Staates unvermeidlich wird, worauf sich dann das Kapital mit umso größerem Heißhunger auf die relative Mehrwertproduktion wirft, die nun zu seiner eigentlichen, aber nicht einzigen Form wird. (Immer wieder und vor allem in den Phasen der Hochkonjunktur sucht das Kapital den Arbeitstag nach seinem Bedürfnis zu verlängern.)

Die maximale Verlängerung des Arbeitstages ist natürlicher Trieb des Kapitals und daher auch des Kapitalisten als des personifizierten Kapitals; sie ist sein natürliches Recht, da er ja die Arbeitskraft für den Gebrauch während eines Tages nach den Gesetzen des Äquivalententauschs zu ihrem Wert gekauft hat und daher über ihren Gebrauchswert wie über den jeder andren Ware verfügen darf. Die Verkürzung des Arbeitstags, z.B. durch Ausruhen, ist Diebstahl am Eigentum des Kapitalisten. Der

118 Dieser von Marx häufig gebrauchte Begriff meint im Unterschied zu Arbeiterklasse die Gesamtheit der Arbeiter als einzelner Verkäufer der Ware Arbeitskraft.

Arbeiter als Verkäufer seiner Ware, der Arbeitskraft, erkennt das Gesetz des Warenaustauschs an, jedoch hat es für ihn einen andren Inhalt: die übermäßige Verlängerung des Arbeitstages über ihr normales Maß hinaus verhindert die normale Regeneration seiner Arbeitskraft, hat also die vorzeitige Abnutzung des einzigen Vermögens des Arbeiters zur Folge. Für den Arbeiter ist daher die über den Normalarbeitstag hinaus verlängerte Arbeitszeit Diebstahl. Das Recht des Verkäufers steht gegen das Recht des Käufers. "... von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andrerseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse." (119)

Der Kampf zwischen den beiden Klassen ist in der Natur des Verhältnisses selbst angelegt, das diese Klassen konstituiert (einerseits die Eigentümer des bloßen Arbeitsvermögens, andrerseits die Eigentümer der gegenständlichen Produktionsbedingungen). In diesem Verhältnis gibt es keine "rationale Lösung", sondern nur vorläufige Entscheidungen nach gewaltsamer Auseinandersetzung. Dieser Widerspruch erzwingt den Klassenkampf (unabhängig von den politischen Formen, in denen er etwa ausgetragen oder in denen seine Formierung versucht wird; Marx charakterisiert an keiner Stelle diesen Klassenkampf als bloß "ökonomisch"; vgl. dazu den letzten Abschnitt dieses Aufsatzes). Das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital erweist sich also als ein Verhältnis innerhalb der warenaustauschenden Gesellschaft, das der normalen Form der Regulierung in dieser Gesellschaft nicht unterliegt, nämlich der den Austausch der Waren, des Privateigentums regelnden allgemeinen Gesetze. Die Arbeiterklasse, gerade indem sie auf dem Gesetz des Warenaustauschs besteht, fällt aus dem durch Gesetze regulierbaren gesellschaftlichen Zusammenhang heraus.

Wie diese Antinomie sich historisch geltend macht, wird von Marx dann ausführlich an der Geschichte des Kapitals in England belegt. Zwei Bewegungen sind dabei zu unterscheiden. (120) Der maßlose Trieb des Kapitals zur Verlängerung des Arbeitstags setzt sich gegen vielfache hergebrachte Schranken und vor allem gegen den Widerstand der Arbeiter selbst durch. Eine wesentliche Unterstützung sind dem Kapital dabei von ihm durchgesetzte Zwangsgesetze des Staates zur Verlängerung des Arbeitstages, wie sie die Epoche seiner Entstehung und Durchsetzung seit dem späten Mittelalter begleiten (ursprüngliche Akkumulation); hier wird der Staat von der Kapitalistenklasse unmittelbar als Instrument gebraucht. "Aber in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags." (121) Die kapitalistische Produktion produziert also "die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst" (122), und damit beseitigt sie auch tendenziell die Quelle der Verwertung. Sie gerät also zu sich selbst in Widerspruch. Das Kapital und der Kapitalist verhalten sich nach dem Prinzip 'Nach mir die Sintflut'. Aber andrerseits ruft diese Bewegung der Selbstzerstörung eine Gegenbewegung zur Erhaltung der Bedingungen weiterer Kapitalverwertung hervor, und zwar wesentlich durch den Widerstand der in ihrer Existenz als besondre Sorte von Warenbesitzern bedrohten Arbeiter. Über komplizierte Vermittlungen allmählich und immer wieder von Rückschlägen bedroht, setzt sich eine "bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses" (123) durch. Als negativer Ausdruck des Heißhungers nach Mehrarbeit werden die Fabrikge-

---

119 KAPITAL Bd. 1, S. 243/249.
120 KAPITAL Bd. 1, S. 282 ff/286 ff.
121 KAPITAL Bd. 1, S. 276/280.
122 KAPITAL Bd. 1, S. 277/281.
123 KAPITAL Bd. 1, S. 505/504. Selbstverständlich ist hier nicht die Gesellschaft an sich, sondern die kapitalistische gemeint. Vgl. das folgende Zitat.

setze eingeführt; sie "zügeln den Drang des Kapitals nach maßloser Aussaugung der Arbeitskraft durch gewaltsame Beschränkung des Arbeitstags von Staats wegen, und zwar von seiten eines Staats, den Kapitalist und Landlord beherrschen." (124)

Marx vergleicht diese Gegenbewegung mit der Notwendigkeit, die die englischen kapitalistischen Pächter zwang, die durch blinden Raubbau erschöpfte natürliche Produktivkraft des Bodens durch künstliche Düngung zu erneuern. Die Fabrikgesetzgebung ist nach ihm "ebensosehr ein notwendiges Produkt der großen Industrie, als Baumwollgarn, Selfactors und der elektrische Telegraph." (125) Aber diese Notwendigkeit setzt sich deshalb keineswegs automatisch durch, sondern die Fabrikgesetze sind das Resultat eines langwierigen, mehr oder weniger offenen Klassenkampfes zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse, vermittelt durch eine Vielzahl von politischen Auseinandersetzungen auch unter einzelnen Fraktionen der herrschenden Klassen selbst und unter Beteiligung relativ entfernter Gruppen. Erst die gewissermaßen politologische Darstellung (126), wie sich diese vom Interesse der Erhaltung der Kapitalverwertung selbst diktierte Notwendigkeit im einzelnen mehr oder weniger unbewußt auf der Ebene der Interessenkämpfe schließlich, und niemals wirklich endgültig durchsetzt, kann diese zunächst bloß abstrakt entwickelte Notwendigkeit konkret belegen. Andrerseits ist die dazu notwendige empirische Analyse erst dann marxistisch zu nennen, wenn sie sich bewußt und methodisch klar auf die widersprüchliche Bewegung des Kapitals selbst bezieht; andernfalls wäre sie eine politologische, soziologische usw. Untersuchung, wie sie gang und gäbe sind. (127) Im folgenden ist daher die auf diesem Hintergrund von Marx entworfene "historische Skizze" nachzuzeichnen. (Dem Leser wird die Lektüre im KAPITAL selbst empfohlen.) Sodann ist der Prozeß dieser Durchsetzung einer staatlichen Funktion aus dem Kapitalprozeß zusammenfassend zu charakterisieren.

Seit der Entstehung der großen Industrie war der Arbeitstag mit größter Gewaltsamkeit immer weiter verlängert worden, nachdem er in den Jahrhunderten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bereits auf 12 Stunden und mehr ausgedehnt worden war. "Das Kapital feierte seine Orgien. – Sobald die vom Produktionslärm übertölpelte Arbeiterklasse wieder einigermaßen zur Besinnung kam, begann ihr Widerstand, zunächst im Geburtsland der großen Industrie, in England. Während drei Dezennien jedoch blieben die von ihr ertrotzten Konzessionen rein nominell. Das Parlament erließ fünf Arbeits-Akte von 1802 bis 1833, war aber so schlau, keinen Pfennig für ihre zwangsmäßige Ausfüh-

124 KAPITAL Bd. 1, S. 247/253.

125 KAPITAL Bd. 1, S. 505 f/504 f. Vgl. S. 247/253, 295 f/299. Ist der Vergleich der Arbeiter mit dem Boden nicht eigentlich falsch, da Erschöpfung seines Bodens jedenfalls den langfristiger kalkulierenden kapitalistischen Pächter zur Einsicht zwingt (wie die Zugrunderichtung seiner Sklaven den Sklavenhalter, sofern nicht billiger Nachschub auf dem Sklavenmarkt dies erlaubte oder gebot)? Der Boden kann nicht selbst als handelndes Subjekt auftreten, auch gibt es keinen Bodennachschub wie bei der Arbeiterbevölkerung. Steht Marx hier nicht in Widerspruch zu seiner sonstigen Darstellung, in der er zeigt, wie diese Notwendigkeit sich eben gerade durch Klassenkämpfe vermittelt durchsetzt?

126 Marx selbst bezeichnet seine Darstellung als "historische Skizze" (KAPITAL Bd. 1, S. 312/315).

127 Vgl. Abschnitt III.4, sowie E. Altvater über die Probleme einer marxistischen Konjunkturanalyse, in: SOZIALISTISCHE POLITIK 5/70. Die politologische Lehre vom Pluralismus ist in Deutschland nicht zufällig von einigen jener revisionistischen Theoretiker begründet und formuliert worden, die solche Interessenkämpfe innerhalb von Gewerkschaft und Partei miterlebt und mitvollzogen hatten. Von ihnen wurde zuerst die mehr oder weniger verselbständigte Untersuchung solcher 'Konflikte' zu einer Disziplin erhoben und theoretisch begründet. Sie zogen damit die ideologische Konsequenz aus dem praktischen Selbstverständnis ihrer 'Interessenverbände' spätestens seit dem ersten Weltkrieg, freilich oft noch in marxistischer Terminologie. Sehr deutlich sagt Ernst Fraenkel: "Der Pluralismus ist die Staatstheorie des Reformismus." (Fraenkel, "Strukturanalyse der modernen Demokratie", in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, a.a.O. S. 23) Fraenkel hatte bereits 1928 die wesentlichen Elemente der pluralistischen Auffassung unter dem Titel "Kollektive Demokratie" dargestellt (abgedruckt in: ARBEITSRECHT UND POLITIK, Quellentexte 1918-1933, hg. Th. Ramm, Neuwied u. Berlin 1966, S. 79-95). Vgl. auch etwa F.L. Neumann: BEHEMOTH. The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944, Oxford 1944[2], S. 8 ff, 13 ff, 403 ff; sowie auch den bereits erwähnten Otto Kirchheimer, und insgesamt oben Teil I und II.

rung, das nötige Beamtenpersonal usw. zu votieren. Sie blieben ein toter Buchstabe." (128) Erst das Fabrikgesetz von 1833 setzt einen Normalarbeitstag von 12 Stunden fest, freilich nur für Jugendliche. Für Kinder von 9 bis 13 Jahren wurde er auf 8 Stunden beschränkt; gegen die tatsächliche Durchsetzung dieser Bestimmung "eröffnete das Kapital ... eine mehrjährige und geräuschvolle Agitation" (129), mit dem Ziel, die Grenze zwischen Jugendlichen und Kindern zu seinen Gunsten zu verschieben. Jedoch unter dem drohenden außerparlamentarischen Druck verweigerte das Unterhaus eine Abänderung des Gesetzes. Das Kapital fand zahlreiche andere Möglichkeiten zu seiner Umgehung; "... die offiziellen Berichte der Fabrikinspektoren strotzten von Klagen über die Unmöglichkeit seiner Ausführung." (130) "Unterdes hatten sich aber die Umstände sehr geändert. Die Fabrikarbeiter, namentlich seit 1838, hatten die Zehnstundenbill zu ihrem ökonomischen, wie die Charter zu ihrem politischen Wahlaufruf gemacht. Ein Teil der Fabrikanten selbst, der den Fabrikbetrieb dem Akt von 1833 gemäß geregelt hatte, überwarf das Parlament mit Denkschriften über die unsittliche "Konkurrenz" der "falschen Brüder" (131), denen größere Frechheit oder glücklichere Lokalumstände den Gesetzesbruch erlaubten. Zudem, wie sehr immerhin der einzelne Fabrikant der alten Raubgier den Zügel frei schießen lassen mochte, die Wortführer und politischen Leiter der Fabrikantenklasse geboten eine veränderte Haltung und veränderte Sprache gegenüber den Arbeitern. Sie hatten den Feldzug zur Abschaffung der Korngesetze eröffnet und bedurften der Hilfe der Arbeiter zum Siege! Sie versprachen daher nicht nur Verdopplung des Laibes Brot" (d.h. Verbilligung des Brots durch Abschaffung der Getreideeinfuhrzölle, die den Großgrundbesitz schützten), "sondern Annahme der Zehnstundenbill unter dem tausendjährigen Reich des Free Trade. Sie durften also um so weniger eine Maßregel bekämpfen, die nur den Akt von 1833 zur Wahrheit machen sollte. In ihrem heiligsten Interesse, der Grundrente, bedroht, donnerten endlich die Torries entrüstet philanthropisch über die "infamen Praktiken" ihrer Feinde." (132)

Aufgrund von Klassenkämpfen, die in ihrer Wirkung durch die Kämpfe der Fraktionen der herrschenden Klassen untereinander verstärkt wurden, kam 1844 der Zusatz zum Fabrikgesetz zustande, durch den Frauen in der gleichen Weise wie bisher Jugendliche geschützt wurden. "Zum ersten Mal sah sich die Gesetzgebung also gezwungen, auch die Arbeit Volljähriger direkt und offiziell zu kontrollieren." (133) Zur Verhinderung zukünftiger Umgehung traf das Gesetz zahlreiche Detailbestimmungen, die Marx teilweise genau referiert; darauf faßt er zusammen: "Man hat gesehn: diese minutiösen Bestimmungen, welche die Periode, Grenzen, Pausen der Arbeit so militärisch uniform nach dem Glockenschlag regeln, waren keineswegs Produkte parlamentarischer Hirnweberei. Sie entwickelten sich allmählich aus den Verhältnissen heraus, als Naturgesetze der modernen Produktionsweise. Ihre Formulierung, offizielle Anerkennung und staatliche Proklamation waren Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe." (134)

Die Jahre 1846/1847 bringen einerseits die Einführung des Freihandels, zum anderen ein neues Fabrikgesetz, das wesentlich ein Ausdruck des Höhepunkts der Chartistenbewegung und der Zehnstundenagitation war, im Parlament auch die Unterstützung der über den Sieg der Freihändler erbosten Konservativen fand. Das Kapital versucht die tatsächliche Einführung des Zehnstundentags für Jugendliche und Arbeiterinnen durch einen Klassenfeldzug zu verhindern. Nach den Lohnausfällen als Folge der Krise von 1846/47 wurde zur Einleitung und Begleitung der allmählichen Arbeitszeitverkürzung der Lohn um insgesamt etwa 25 % gekürzt. "Unter so günstig vorbereiteten Chancen begann man die Agitation unter den Arbeitern für Widerruf des Akts von 1847. Kein Mittel des Betrugs, der Verführung und der Drohung wurde dabei verschmäht, aber alles umsonst." (135) Dieser erste Feldzug mißglückte also, und am 1. Mai 1848 trat der Zehnstundentag in Kraft (nicht für männliche Arbeiter). "Unterdes hatte jedoch das Fiasko der Chartistenpartei, deren Führer eingekerkert und deren Organisation zersprengt, bereits das Selbstvertrauen der englischen Arbeiterklasse erschüttert. Bald darauf vereinigte die Pariser Juni-Insurrektion und ihre blutige Erstickung, wie im kontinentalen Europa so in England, alle Fraktionen der herrschenden Klassen, Grundeigentümer und Kapitalisten, Börsenwölfe und Krämer, Protektionisten und Freihändler, Regierung und Opposition, Pfaffen und Freigeister, junge Huren und alte Nonnen, un-

128 KAPITAL Bd. 1, S. 291/294.
129 KAPITAL Bd. 1, S. 293/296.
130 KAPITAL Bd. 1, S. 293/297.
131 Vgl. auch die unten zitierten Stellen.
132 KAPITAL Bd. 1, S. 294/297 f.
133 KAPITAL Bd. 1, S. 295/298.
134 KAPITAL Bd. 1, S. 295 f/299.
135 KAPITAL Bd. 1, S. 297/300 f.

ter dem gemeinschaftlichen Ruf zur Rettung des Eigentums, der Religion, der Familie, der Gesellschaft! Die Arbeiterklasse wurde überall verfemt, in den Bann getan, unter das 'l o i' d e s s u s p e c t s' "(Notstandsgesetz)" gestellt. Die Herren Fabrikanten brauchten sich also nicht zu genieren. Sie brachen in o f f n e R e v o l t e aus nicht nur wider das Zehnstundengesetz, sondern wider die ganze Gesetzgebung, welche seit 1833 die 'f r e i e' Aussaugung der Arbeitskraft einigermaßen zu zügeln suchte." (136) Marx schildert ausführlich (137), wie das Kapital im offenen Klassenkampf terroristisch und zynisch alle Mittel gegen die früheren Kompromisse mit der Arbeiterklasse anwendet, etwa die Entlassung großer Teile der unter das Gesetz fallenden Arbeiter, die Kürzung der gesetzlichen Essenspausen, die Aufsplitterung der täglichen Arbeitszeit der Kinder, ausdrücklich angekündigte Nichtbeachtung bestimmter Gesetzesklauseln. Unterstützung fanden die Fabrikanten bei den vielfach von ihnen selbst besetzten Gerichten. Dazu wies der Innenminister die Fabrikinspektoren an, bei Gesetzesübertretungen in bestimmten Fällen nicht einzuschreiten. Schließlich kam noch das Urteil eines Gerichts der höchsten Instanz, nach dem die Gesetzbrüche der Fabrikanten zwar gegen den Sinn des Fabrikgesetzes von 1844 verstießen, dieses Gesetz jedoch gewisse Worte enthalte, die es selbst sinnlos machten.

"Mit diesem scheinbar definitiven Sieg des Kapitals trat aber sofort ein Umschlag ein. Die Arbeiter hatten bisher passiven, obgleich unbeugsamen und täglich erneuten Widerstand geleistet. Sie protestierten in laut drohenden Meetings in Lancashire und Yorkshire... Die Fabrikinspektoren warnten dringend die Regierung, der Klassenantagonismus sei zu einer unglaublichen Höhe gespannt." (138) (Staatliche Überwachungsbeamte erfüllen also hier direkt am Ort des Klassenkampfes die Funktion, die heute vielfach Funktionäre von Gewerkschaften ausführen – oder ausführen sollen). Selbst ein Teil der Fabrikanten beschwerte sich über die willkürliche Anwendung der Fabrikgesetzgebung, die die Gleichheit der Konkurrenzbedingungen aufhebe. "Unter diesen Umständen kam es zu einem K o m p r o m i ß z w i s c h e n F a b r i k a n t e n u n d A r b e i t e r n, der in dem neuen z u s ä t z l i c h e n Fabrikakt vom 5. A u g u s t 1 8 5 0 parlamentarisch besiegelt ist." (139) Dieses Gesetz hatte zum Inhalt einerseits eine gewisse Verlängerung des Zehnstundentags, andrerseits beseitigte es die besonders verbreitete Umgehung des Gesetzes durch das Relaissystem. (140)

Mit der Durchsetzung in den großen Industriezweigen hatte nach Marx "das Prinzip gesiegt" (141), nämlich die Gegenbewegung gegen die Zerstörung der "Arbeiterrasse" (und damit der Quelle des Mehrwerts, der Kapitalverwertung) durch die maßlose und zerstörerische Verlängerung des Arbeitstags. Das Ergebnis war im Aufschwung von 1853-1860 und in der "physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter" (142) offensichtlich, und zwar auch den Fabrikanten

136 KAPITAL Bd. 1, S. 298/302.

137 Vgl. KAPITAL Bd. 1, S. 298/302 bis 305/308.

138 KAPITAL Bd. 1, S. 305/309.

139 KAPITAL Bd. 1, S. 306/309.

140 Das Gesetz galt nur für Frauen und Jugendliche, und nur im Bereich der kapitalistisch voll entwickelten "großen Industrie". Das Relaissystem: die Verteilung des gesetzlichen Arbeitstags von z.B. 10 Stunden auf eine viel längere Zeit durch Zwischenschiebung zahlreicher Pausen, die für den Arbeiter ganz willkürlich, für seinen Anwender aber durchaus sinnvoll waren. Vgl. KAPITAL Bd. 1, S. 292/296, 293 f/297, 300 ff/303 ff.

141 KAPITAL Bd. 1, S. 309/312. Marx versteht also diese Gegenbewegung keineswegs im Sinne der späteren revisionistischen Deutung (vgl. den Anfang dieses Abschnitts mit Anmerkungen 3 und 4) als "Regulierung d e r Gesellschaft nach m e n s c h l i c h e n Notwendigkeiten" (P. Sering, JENSEITS DES KAPITALISMUS, a.a.O. S. 50 f; Hervorhebung durch W.M./Ch.N.). Er spricht in diesem Zusammenhang auch von der "politischen Ökonomie der Arbeiterklasse" (im Rahmen einer politischen Debatte in der Internationalen Arbeiterassoziation, vgl. F. Naphtali, WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, a.a.O. S. 19). Was damit gemeint ist, wird im Zusammenhang der Darstellung der Fabrikgesetzgebung erst wirklich deutlich: daß nämlich auch das Kapital als Herrschaft der toten Arbeit über die lebendige nicht umhin kann auf die Tatsache praktisch Rücksicht zu nehmen, daß es aus der lebendigen Arbeit Wert schöpft. Schließlich ist diese "der allgemeine Reichtum gegenüber dem Kapital" (GRUNDRISSE, S. 302). Gewisse Rücksichtnahme auf den 'Leistungsfaktor Mensch', eine Beschränkung des verschwenderischen Umgehens mit der Arbeitskraft wird dem Kapital, vermittelt über die Klassenkämpfe, als Bedingung seiner eigenen Weiterexistenz aufgezwungen.

142 KAPITAL Bd. 1, S. 309/312.

selbst samt ihren wissenschaftlichen Apologeten, die sich nunmehr mit der Unvermeidlichkeit einer gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages abfanden. Zum Sieg des Prinzips gehört auch die allmähliche Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung auf alle Industriezweige, nämlich in dem Maß, in dem diese sich von den Vorformen Handwerk, Manufaktur, Hausarbeit zur großen Industrie entwickeln. Zwei Umstände vermitteln die Notwendigkeit dieser Verallgemeinerung von einem Ausnahmegesetz für einzelne, industriell besonders entwickelte Branchen zu einem "Gesetz aller gesellschaftlichen Produktion": "erstens die stets neu wiederholte Erfahrung, daß das Kapital, sobald es der Staatskontrolle nur auf einzelnen Punkten der gesellschaftlichen Peripherie anheimfällt, sich um so maßloser auf den andern Punkten entschädigt, zweitens der Schrei der Kapitalisten selbst nach Gleichheit der Konkurrenzbedingungen, d.h. gleichen Schranken der Arbeitsexploitation." (143) Diese Verallgemeinerung des Schutzes der Arbeiterklasse beschleunigt zugleich die Vernichtung der Vorformen der großen Industrie und die Konzentration des Kapitals bzw. die Alleinherrschaft des Fabrikregimes, damit aber auch die damit verbundene Herausbildung des Klassenantagonismus. (144)

Durch die maßlose Verlängerung des Arbeitstags produziert das Kapital die vorzeitige Erschöpfung der Arbeitskraft, die Zerstörung der Gesundheit der lebenden und der kommenden Arbeitergeneration; es ist die Ursache seelischer Verkrüppelung und Brutalisierung, verkürzter Lebensdauer, ja von Epidemien, die die gesamte Bevölkerung einschließlich der herrschenden Klassen bedrohen. Das Kapital droht seine eigene Existenzgrundlage zu vernichten; zumindest aber erhöht es den Wert der Arbeitskraft und damit die Kosten des variablen Kapitalteils durch zu schnellen Verschleiß. "Der Wert der Arbeitskraft schließt ... den Wert der Waren ein, welche zur Reproduktion des Arbeiters oder zur Fortpflanzung der Arbeiterklasse erheischt sind. Wenn also die naturwidrige Verlängrung des Arbeitstags, die das Kapital in seinem maßlosen Trieb nach Selbstverwertung notwendig anstrebt, die Lebensperiode der einzelnen Arbeiter und damit die Dauer ihrer Arbeitskraft verkürzt, wird rascherer Ersatz der verschlissenen nötig, also das Eingehen größerer Verschleißkosten in die Reproduktion der Arbeitskraft, ganz wie der täglich zu reproduzierende Wertteil einer Maschine um so größer ist, je rascher sie verschleißt. Das Kapital scheint daher durch sein eignes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen." (145) (Zum Wert der Ware Arbeitskraft gehören natürlich nicht nur die Lebensmittel im eigentlichen Sinn, die der Arbeiter mit seiner Familie von seinem Nettolohn kauft, sondern auch jene "Bildungskosten" (146), die der Qualifikation der Arbeitskraft dienen, weiter die Kosten für die Reparatur erkrankter Arbeitskraft und schließlich die Aufwendungen für die (meist sehr erbärmliche) Lebendigerhaltung der nicht mehr verwertbaren Arbeitskraft bis zu deren natürlichem Tod. Dieser Teil des Wertes der Arbeitskraft wird von öffentlichen Institutionen wie staatlichem Volks- und Berufsschulsystem, Kranken- und Rentenversicherung umverteilt; es ist dies wesentlicher Bestandteil der sozialpolitischen Umverteilungstätigkeit des Staates – einer Umverteilung innerhalb der Lohneinkommen.)

Das Kapital scheint also durch sein eignes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen. Diesem Schein entspricht der fiktive, nämlich nicht wirkliche Gesamtkapitalist. Denn "in seiner praktischen Bewegung" wird das Kapital "durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung

---

143 KAPITAL Bd. 1, S. 516/514 f.

144 "Wenn die Verallgemeinerung der Fabrikgesetzgebung als physisches und geistiges Schutzmittel der Arbeiterklasse unvermeidlich geworden ist, verallgemeinert und beschleunigt sie andrerseits, wie bereits angedeutet, die Verwandlung zerstreuter Arbeitsprozesse auf Zwergmaßstab in kombinierte Arbeitsprozesse auf großer, gesellschaftlicher Stufenleiter, also die Konzentration des Kapitals und die Alleinherrschaft des Fabrikregimes. Sie zerstört alle altertümlichen und Übergangsformen, wohinter sich die Herrschaft des Kapitals noch teilweise versteckt, und ersetzt sie durch seine direkte, unverhüllte Herrschaft. Sie verallgemeinert damit auch den direkten Kampf gegen diese Herrschaft. Während sie in den individuellen Werkstätten Gleichförmigkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung und Ökonomie erzwingt, vermehrt sie durch den ungeheuren Sporn, den Schranke und Regel des Arbeitstags der Technik aufdrücken, die Anarchie und Katastrophen der kapitalistischen Produktion im großen und ganzen, die Intensität der Arbeit und die Konkurrenz der Maschinerie mit dem Arbeiter. ..." KAPITAL Bd. 1, S. 528/525 f.

145 KAPITAL Bd. 1, S. 277/281.

146 Vgl. etwa KAPITAL Bd. 1, S. 206/212, oder schon "Lohnarbeit und Kapital", MEW Bd. 6, S. 406 f.

der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne." (147) Der einzelne Kapitalist, als Kapitalist bloß Personifizierung des Kapitals, kann sich den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion nicht entziehen; in der Konkurrenz zwingen sie sich ihm von außen als Zwangsgesetze auf. "Im großen und ganzen" hängen "physische und geistige Verkümmerung, vorzeitiger Tod, Tortur der Überarbeit" "nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend." (148) Es hängt also nicht vom Kapitalisten als moralischem Individuum ab, in welchem Grad er die Arbeiter ausbeutet, wie sehr er an der Zerstörung der Gesellschaft und seiner eigenen Existenzgrundlage mitarbeitet bzw. die Mitarbeit verweigert. Daher ergibt sich aus dem Kapitalverwertungsprozeß selbst auch keine moralische Schranke. Als Kapitalist, als personifiziertes Kapital ist er zur maßlosen Ausbeutung gezwungen. Ein Handeln als moralisches Individuum ist für ihn nur möglich, wenn er seine Existenz als Kapitalist aufgibt. Wenn ein Kapitalist bei gesellschaftlicher Durchschnittsarbeitszeit von 12 Stunden nur 6 Stunden arbeiten läßt, macht er pleite, d.h. er hört auf Kapitalist zu sein. (149)

Wie kommt es trotzdem zum allgemeinen Zwangseingriff "der Gesellschaft", der allein dieser Tendenz einen Riegel vorschieben kann? Wie kommt es zur gewaltsamen und mehr oder weniger wirksamen Beschränkung des Arbeitstages durch den von Kapitalist und Grundeigentümer beherrschten Staat, wenn der vernünftige Gesamtkapitalist, wie Marx gründlich darstellt, eine Fiktion ist? "Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist... das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse" (150) (also nicht dem vereinzelten Arbeiter, dem Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft – wieweit auch das Ausbleiben solchen kollektiven Widerstands als historische Möglichkeit im Einzelfall zu erwägen ist, welche Folgen dies für die Fortexistenz bzw. die Verfaulung der kapitalistischen Produktion hat, wäre noch zu erörtern). Zunächst: der Widerstand der Arbeiter als Klasse gegen ihre eigene Zerrüttung und Vernichtung entsteht aus der "maßlosen Bewegung des Kapitals selbst. Die Arbeiterbewegung ist nach Marx "instinktiv aus den Produktionsverhältnissen selbst" (151) erwachsen; der Arbeiter muß in dieser Form um seine Existenz als Arbeiter kämpfen. In diesem Sinn, und nicht als moralischer Aufruf, ist der berühmte Satz am Ende des Kapitals über den Arbeitstag zu verstehen: "Zum 'Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen." (152) Die Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise selbst erfordert die Organisation der Arbeiter als Klasse, denn als vereinzelte Verkäufer der Ware Arbeitskraft könnten sie ihre Existenz nicht sicherstellen. Von diesem Punkt aus ist sowohl die

---

147 KAPITAL Bd. 1, S. 281/285 (keine Hervorhebung im Original).
148 KAPITAL Bd. 1, S. 282/286, vgl. dort Anmerkung 114, sowie "Brief an Kugelmann" vom 17.3.1868, MEWBd. 32, S. 541.
149 Auch die bisher von 'Wirtschaftswunder' und 'Sozialpartnerschaft' verbrämte Ausbeutung in der BRD wird zunehmend an die 'internationalen Maßstäbe' erinnert. Das innere Gesetz des Kapitals, das erst in seiner Aktion auf dem Weltmarkt ganz hervortritt, macht sich in der BRD immer mehr geltend, vermittelt z.B. durch die Agenten des eindringenden US-Kapitals.In einer vom US-Kapital übernommenen großen westdeutschen Elektrofirma schlug der amerikanische Direktor in der letzten Krise der deutschen Geschäftsleitung zu deren Entsetzen vor, ein Drittel der Belegschaft zu entlassen. Damit würde ein Drittel der Lohnkosten eingespart und durch gesteigerte Arbeitsmoral (d.h. Angst vor weiteren Entlassungen) die gleiche Leistung wie bisher erbracht. In der nächsten Krise (bzw. 'Talsohle' in Schillers Beschwörungsdeutsch) wird das Überleben für viele Einzelkapitale davon abhängen, ob sie auf solche Weise 'energisch eine Kostensenkung durchführen'. Die Konkurrenz diktiert so das Verhalten der Kapitalagenten.
150 KAPITAL Bd. 1, S. 313/316.
151 KAPITAL Bd. 1, S. 315/319.
152 KAPITAL Bd. 1, S. 316/320.

Entstehung sozialpolitischer Funktionen des Staates wie die Ausbildung und die Anerkennung von Gewerkschaften wie auch die Entstehung des Reformismus in der Arbeiterbewegung zu begreifen." (153)

Das Kapital "in seiner praktischen Bewegung", bei der Mehrwertproduktion, ist jedoch weit entfernt, diese Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter als Klasse einzusehen; sie wird ihm vielmehr in langwierigen Kämpfen aufgezwungen. Die maßlosen Ausschreitungen des Kapitals gegen Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiter rufen die gesetzliche Kontrolle in Gestalt der Fabrikgesetze zunächst jahrzehntelang bloß als Ausnahmegesetzgebung hervor, die bloß für die voll ins Fabriksystem eingetretenen Industriezweige gilt. Sie wird zunächst so ungenau formuliert, daß ihre Umgehung durch die Fabrikanten bereits vorgesehen scheint. (154) Erst nach und nach werden in die Fabrikgesetzgebung Klauseln eingefügt, die die amtliche Kontrolle über ihre Einhaltung durch bezahlte staatliche Inspektoren vorsieht; zunächst jedoch ist deren Zahl ganz ungenügend. Die wirkliche Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften wird ebenfalls erst allmählich durchgesetzt; jedoch erweisen sich z.B. die vorgesehenen Strafandrohungen als unwirksam, weil die Gerichte von den Vertretern der angeklagten Klasse besetzt sind; auch sind die angedrohten Sanktionen vergleichsweise schwach. Aber auch die bereits bestehenden Gesetze sind vor dem Gegenangriff der Kapitalistenklasse nicht sicher, besonders in Zeiten politischer Schwäche der Arbeiter als Klasse. Und umgekehrt ist die relative Stärke der Arbeiterklasse zu bestimmten Zeiten Grund für Zugeständnisse des Kapitals.

Die praktische Durchsetzung der Fabrikgesetzgebung, die Anerkennung des Arbeiterschutzes als Funktion des Staates ist in der historischen Wirklichkeit also nicht das Resultat eines ununterbrochenen, kontinuierlichen Prozesses, in dem die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse ihren Willen einfach aufzwingt (noch weniger natürlich das Ergebnis 'sozialpolitischer Eingriffe' 'des' Staates). Vielmehr ist dieser Prozeß durch vielfältige Auseinandersetzungen vermittelt, durch Fortschritte und Rückschläge, durch Koalitionen und Kompromisse usw. Die ökonomische und politische Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse ist dabei von verschiedenen Momenten bestimmt. Eine wichtige Rolle spielen die Konflikte mit den Resten vorkapitalistischer Herrenklassen, die nicht unbedingt schon ganz ins Kapitalverhältnis einbezogen und damit zu einer bloßen Fraktion der Kapitalistenklasse geworden sein müssen: vor allem die Grundeigentümer ("Landlords"). Bekanntlich macht sich ihr Gewicht besonders im Staatsapparat geltend (vgl. den Doppelcharakter des Bismarck-Staates). Bedeutender sind die Auseinandersetzungen unter verschiedenen Fraktionen innerhalb des Kapitals, z.B. über die Frage der Abschaffung von Zöllen auf bestimmte Waren. Privilegien für bestimmte Gruppen, etwa zur Nichtbeachtung gesetzlicher Bestimmungen, werden von den andren Gruppen abgelehnt, die die Einhaltung im Interesse gleicher Konkurrenzbedingungen verlangen. Solche Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen können das Gewicht der Arbeiterklasse zeitweise erheblich verstärken. Abgeschwächt gilt entsprechendes für das Kleinbürgertum (Kleinwarenproduzenten, Händler, auch Ärzte usw.); sofern die Ideologieproduzenten ("Pfaffen, Professoren", Lehrer, Wissenschaftler, Journalisten usw.) nicht direkt von den herrschenden Klassen in Dienst genommen sind, folgen sie meist kleinbürgerlicher Bewußtseinsausrichtung. Im Zusammenhang mit der Fabrikgesetzgebung spielen diese Gruppen eine nicht unbedeutende Rolle, etwa durch Stellungnahmen in der Presse oder Ausarbeitung von Gutachten und Untersuchungsberichten im Rahmen von 'Königlichen Kommissionen' (155). Sie haben diese 'Unabhängigkeit' freilich nur soweit die Auseinandersetzungen zwischen den entscheidenden Klassen ihnen einen Spielraum gewähren – damit ist zugleich die von Liberalen regelmäßig überschätzte (156) und

---

153 Vgl. dazu Teil V.

154 Entsprechendes gilt heute für die gesetzlichen Unfallvorschriften in den Betrieben, für das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Mutterschutzgesetz und andere Schutzbestimmungen für die Lohnarbeiter gegenüber dem Kapital.

155 Vgl. z.B. KAPITAL Bd. 1, S. 520 f/519: "Die Untersuchungskommission von 1840 hatte so schauderhafte und empörende Enthüllungen gemacht, und einen solchen Skandal vor ganz Europa hervorgerufen, daß das Parlament sein Gewissen salvieren mußte durch den Mining Act von 1842, worin es sich darauf beschränkte, die Arbeit unter Tag von Weibern und Kindern unter 10 Jahren zu verbieten."

156 Vgl. J. Habermas. STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied u. Berlin-West 1962.

zum bewegenden Moment der Geschichte des bürgerlichen Staates erhobene Bedeutung der bürgerlichen Öffentlichkeit anerkannt u n d eingeschränkt. Zahllose der von Marx herangezogenen Berichte der Fabrikinspektoren sind jahrzehntelang ohne Wirkung in den Archiven verschwunden; die Aufklärung hatte keine Konsequenz in der Wirklichkeit. Diese Öffentlichkeit hat eine wichtige Funktion: es kann sich in ihr ein bürgerlich-kritisches Bewußtsein entwickeln, das auf die Probleme aufmerksam macht, die dem Kapital in seiner praktischen Geschäftigkeit notwendig entgehen müssen. Dieser über den direkten Interessen stehenden öffentlichen Meinung tritt auf dem gleichen Terrain aber auch die Tätigkeit der einfach gekauften Auftragsforscher und Meinungsmacher einzelner Fraktionen des Kapitals gegenüber, die deren Interessen durch Pressekampagnen, Gutachten für Parlamentsausschüsse usw. vertreten. Die Wirkung aller der hier aufgezählten Momente auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse ist immer vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Fabrikgesetzgebung im damaligen England einerseits notwendig war, um die Arbeiterrasse als Quelle der Kapitalverwertung zu erhalten, und daß sie andrerseits dem Kapital auf seinem damaligen Entwicklungsstand erträglich war, also seine Existenz nicht ernsthaft gefährdete. (157)

Eine besonders wichtige Funktion der unabhängigen Öffentlichkeit ist es, auf die Bedrohung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft, d.h. ihrer kapitalistischen Form, und auf drohenden offenen Klassenkampf aufmerksam zu machen. Marx erwähnt die Warnungen über den "unglaublich gespannten Klassenantagonismus", die die Fabrikinspektoren an die Regierung übermitteln; sie haben damit eine ähnliche Aufgabe wie heute die Gewerkschaftsfunktionäre, die die Stimmung unten nach oben weitergeben sollen, um etwa erforderliche Zugeständnisse einzuleiten. Die Befriedung durch Sozialpolitik ist eine wichtige Seite bei der Erhaltung der Arbeitskraft als Wertquelle; bekanntlich hat Bismarck ganz bewußt neben der Peitsche der Sozialistengesetze das Zuckerbrot der Sozialversicherung verordnet und damit, gegen den Willen der politischen Vertreter des Kapitals, wesentlich zu der folgenschweren Orientierung der deutschen Arbeiterklasse auf den Staat beigetragen. (158) Jedoch ist hier vor der verbreiteten Auffassung zu warnen, der Staat greife als weiser Vertreter der Interessen des Kapitals in seine unerschöpfliche Zaubertasche, um nach Belieben das Proletariat durch Sozialpolitik zu manipulieren. Die Schranken der sozialpolitischen Eingriffe des Staates sind eng gezogen, und selbst die auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe möglichen Eingriffe (so weise sie an sich wären) werden im allgemeinen erst nach langwierigen Auseinandersetzungen und angesichts tatsächlicher oder drohender Klassenkämpfe durchgeführt.

Die oben erwähnte Antinomie zwischen dem Recht des Kapitalisten als dem Käufer und dem Recht des Arbeiters als dem Verkäufer der Ware Arbeitskraft wird nach Marx durch Gewalt entschieden; sie konstituiert zugleich den Staat in einem doppelten Charakter. Einerseits werden die sozialpolitischen Funktionen des Staates überhaupt erst durch die wirklichen oder drohenden Kämpfe der Arbeiter als Klasse durchgesetzt (159); ohne sie wäre seine Existenz als ideeller Gesamtkapitalist und

---

157 Vgl. dazu auch den Anfang des letzten Teils.

158 So war die Begründung zum Unfallversicherungsgesetz, es sollten "die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlaß des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" notwendig gemacht hätten, auch "durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen" bekämpft werden. Vgl. O. Vossler: BISMARCKS SOZIALPOLITIK, Darmstadt 1961, S. 17. Sozialpolitik "drainiert die Ziele der Arbeiterbewegung, indem sie eine Alternative zu radikalen Lösungen entwickelt hat", ist nach wie vor die Auffassung der bürgerlichen Wissenschaft. Vgl. Ch. Ferber: SOZIALPOLITIK IN DER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT, Hamburg 1967, S. 46. Gegenüber den bürgerlichen Parteien stellte Bismarck im Reichstag (26.11.1884) fest: "Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge von Leuten sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren." (Diese und andere Äußerungen bei P. Peschke: GESCHICHTE DER DEUTSCHEN SOZIALVERSICHERUNG. Der Kampf der unterdrückten Klassen um soziale Sicherung. Berlin (DDR) 1962; hier S. 278.).

159 Vgl. die in der vorigen Anmerkung zitierte Äußerung Bismarcks. An historischen Beispielen fehlt es nicht: der größte sozialpolitische Schub fand in Deutschland 1918/1919 angesichts der drohenden Revolution statt; in Italien wurden 1969 nach zwei Generalstreiks usw. die Renten von 65 auf 74 % des Endverdienstes erhöht, bis 1976 sollen sie auf 80 % steigen (BRD: ca. 45 %). Die Frage ist aber, wie weit Zugeständnisse auf dem einen Gebiet durch

scheinbar selbständige Instanz nicht möglich. Andrerseits konstituieren diese Klassenkämpfe immer auch die Arbeiter als Klasse im Sinne eines handelnden Subjekts, damit aber auch die Tendenz zur Aufhebung des Kapitalverhältnisses und seines Staates; dieser Tendenz entspricht wiederum die militärische Unterdrückungsaufgabe des Staates. Wäre nicht die Arbeiterklasse von Zeit zu Zeit gezwungen, für ihr Recht als Warenverkäufer zu kämpfen oder damit zu drohen, so wäre Polizei usw. überflüssig. Andererseits würde die 'sozialpolitische Aufgabe' des Staates (nämlich die Aufgabe der Befriedung) 'unglaubwürdig', wenn dieser immer vorhandene Zwangscharakter des Klassenstaates zur Unzeit offenbar würde. Das Janusgesicht des Staatsapparates, 'Fürsorge' und Unterdrückung, ist notwendiger Ausdruck der Antinomie des kapitalistischen Verwertungsprozesses selbst, wie sie als Recht gegen Recht beim Tausch der Ware Arbeitskraft auftritt. (160)

2. Das Kapital als Bedingung der Besonderung des Staates (161)

Es ist die besondere Eigenart der auf dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit beruhenden Form der gesellschaftlichen Produktion, daß hier die Menschen ihren eigenen Lebenserhaltungsprozeß nicht von vornherein überschauen und planmäßig gestalten können, sondern daß die im Kapitalverhältnis angelegte widersprüchliche innere Tendenz, und zwar durch das Handeln der Kapitalagenten vermittelt, zu Folgen führt, die die einzelnen Funktionäre des Kapitals selbst nicht bewußt wollen und gegen die sie als Einzelkapitalisten nichts unternehmen können. Zwar ist der Staat um des Privateigentums, um des Kapitals willen da, zwar ist er "weiter Nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben." (162) Aber damit ist der Staat eben nicht einfach mit dem Kapital, mit dieser besonderen Form der gesellschaftlichen Produktion identisch. Vielmehr charakterisiert den bürgerlichen Staat gerade die Tatsache, daß er auf der Loslösung des Eigentums als Privateigentum aus der ursprünglichen Einheit des Gemeinwesens beruht (163) und daß er auf dieser Grundlage zu "einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft geworden" ist (164).

Es ist wichtig hervorzuheben, daß diese Besonderung zur Existenz "neben und außer" der bürgerlichen Gesellschaft auf deren Grundlage stattfindet, also auf der in sich widersprüchlichen Basis der kapitalistischen Produktion. Die wirkliche Besonderung auf dem Grund dieses Widerspruchs führt dann zu der "verkehrten", "mystifizierten", idealistischen (165) Auffassung, nach der der Staat 'der' Gesellschaft selbständig gegenübersteht, das wirkliche Subjekt ist, dessen Objekt 'die Gesellschaft' ist; Marx kritisiert diese Auffassung in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts. (Letzten Endes ist darin bereits, wenn auch in abstrakter Weise, die Kritik an der revisionistischen Staatstheorie enthalten, die zwar verbal am Primat der Gesellschaft, des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital festhält, aber die Fähigkeit des Staates zur Regulierung des gesellschaftlichen Widerspruchs behauptet, den Staat zum Subjekt erhebt.) Den Lesern des KAPITAL ist diese Entwicklung des Staates als "besondere Existenz neben und außer

---

Sozial- und Lohnabbau auf anderen Gebieten notwendig ihr Gegengewicht finden – notwendig infolge des Mechanismus der kapitalistischen Akkumulation, wie er über den Weltmarkt auf die einzelnen Kapitale wirkt. Es ist bekannt, wie die Zugeständnisse an die französische Arbeiterklasse im Sommer 1968 über Preiserhöhungen usw. teilweise wieder abgebaut wurden.

160 Vgl. auch P. Lapinski: "Der 'Sozialstaat'. Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung." In: UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS, II (1928) S. 380; vgl. Nachdruck in: GEGEN DEN STROM, Nr. 1, S. 36

161 Wir wählen diesen zunächst schwer verständlichen Titel, da sich in der Diskussion gezeigt hat, daß die scheinbar leichter verständliche Fassung "besondere Existenz des Staates" die Vorstellung der Selbständigkeit des Staates hervorrufen kann. Was gemeint ist, wird sich in der Darstellung klären.

162 Marx, DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW Bd. 3, S. 62. Die Formulierung in dieser frühen Schrift schließt das Mißverständnis nicht völlig aus, daß die Bourgeois als Bourgeois etwas anderes als bloße Charaktermasken des Kapitals seien (daß sie also sich diese Form der staatlichen Organisation bewußt gäben).

163 Dies wird weiter unten noch ausgeführt.

164 Marx, DEUTSCHE IDEOLOGIE, a.a.O. S. 62.

165 Diese Ausdrücke werden von Marx immer wieder gebraucht, vgl. weiter unten.

der bürgerlichen Gesellschaft" leicht verständlich, wenn sie sich an die dialektische Entwicklung der Wertform, weiter der Geldform aus dem in der Ware gesetzten Widerspruch von Wert und Gebrauchswert erinnern (166). Dieser im Doppelcharakter des Arbeitsprodukts als Ware enthaltene Widerspruch kann nur dadurch erscheinen, daß er sich in einer besonderen Ware, der Geldware, darstellt; daß sich die Wertform der Ware, die sich in ihrer eigenen Gebrauchsform nicht ausdrükken kann, in der Gebrauchsform einer besonderen Ware ausdrückt und diese dadurch zum Geld macht. Das Geld e r s c h e i n t nun als selbständiges Ding, dem die besondere, historisch-gesellschaftliche Eigenschaft des Wertes als n a t ü r l i c h e oder auch als von Menschen durch bewußte Ü b e r e i n k u n f t definierte Eigenschaft anhaftet. Der gleiche 'Fetischismus' ist bei der Form des Staates festzustellen. Nach der bürgerlichen Auffassung hat es entweder den Staat immer schon gegeben, ist der Mensch 'v o n N a t u r auf den Staat hin geschaffen', bzw. ist der Staat für ein menschliches (d.h. bürgerliches) Leben unentbehrlich, oder aber er wird durch V e r t r a g s s c h l u ß bewußt begründet (167). Daß er bloß Besonderung dieser spezifischen, der kapitalistischen Produktionsweise ist, ist in dieser Verkehrung auf den Kopf gestellt. Diese Verdinglichung und Verselbständigung des Staates ist auf der Basis der bürgerlichen Produktionsweise eine ebenso notwendige Illusion, wie es die Formen des Geldes, des Kapitals, des Arbeitslohns, des Profits, der Produktionsfaktoren bzw. der Einkommen usw. sind, die sich durch den besonderen Mechanismus dieser Produktionsform ihren Agenten aufdrängen und deren Handeln wirklich bestimmen.

Daher ist der bürgerliche Staat eben auch nicht "w i r k l i c h e r Gesamtkapitalist", sondern "ideeller", "fiktiver Gesamtkapitalist" (168). E r s t n a c h t r ä g l i c h und angesichts drohenden Untergangs der Grundlage dieser Produktionsweise kann sich das Interesse des Kapitals auf Erhaltung seiner Existenzbasis durchsetzen. Das wesentliche, für das wirkliche Verhalten des Kapitals bestimmende Verhältnis ist das Verhältnis des Einzelkapitals zu seiner individuellen Mehrwertquelle, den von ihm angewendeten Arbeitern. (169) "W a s k ö n n t e d i e k a p i t a l i s t i s c h e P r o d u k t i o n s w e i s e b e s s e r c h a r a k t e r i s i e r e n a l s d i e N o t w e n d i g k e i t, i h r d u r c h Z w a n g s g e s e t z v o n S t a a t s w e g e n d i e e i n f a c h s t e n R e i n l i c h k e i t s- u n d G e s u n d h e i t s v o r r i c h t u n g e n a u f z u h e r r s c h e n?" (170) Der Prozeß dieser allmählichen, durch Katastrophen und Auseinandersetzungen, Siege und Niederlagen vermittelten 'Aufherrschung' konstituiert jeweils erst den 'Sozialstaat', den 'Interventionsstaat' usw. als besondere, dem Kapital an sich äußerlich gegenübertretende Zwangsgewalt. Dieser Prozeß er-

---

166 Vgl. KAPITAL Bd. 1, I. Abschnitt, besonders 1. Kapitel.

167 Das ist bis heute die Fiktion bei jeder Verfassung, auch z.B. beim Grundgesetz, wo freilich diese Fiktion besonders durchsichtig ist, da alle die Gesellschaft betreffenden Grundentscheidungen dem Grundgesetz vorausgegangen waren, nämlich die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse; vgl. oben II.4.

168 Vgl. z.B. Engels, ANTI-DÜHRING, MEW Bd. 20, S. 260: "Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung."

169 GRUNDRISSE, S. 322 f; vgl. oben Teil II, Anm. 24.

170 Marx, KAPITAL Bd. 1, S. 506 f/505 (keine Hervorhebungen im Original). Wie unverändert aktuell im wörtlichsten Sinn diese Charakterisierung ist, zeigen die umständlichen Versuche zur Durchsetzung von Gesetzen zur 'Reinerhaltung von Luft und Gewässern', die schwachen Regungen gegen die weitere Steigerung des Dauerlärms durch Autos, Flugzeuge usw. Kürzlich wurde von einem Gutachten berichtet, nach dem allein die bisher bereits projektierten Kernkraftwerke am Rhein dessen Temperatur bei vollem Betrieb auf 50 Grad Celsius steigern werden, nebst Zerstörung von Klima und Uferlandschaften, Vernichtung der Fische, Luftverpestung usw. Sind derartige 'Projekte' z.B. in der DDR vorstellbar?

zeugt auch erst jene Kämpfe der verschiedenen Gruppen von 'Interessen' und ihre verfestigten Institutionen im Staat selbst wie in seinem Vorfeld, der 'politischen Willensbildung' (als welche sie dann, aus ihrem Entstehungszusammenhang losgelöste Erscheinungen, das Objekt der politischen Wissenschaft bilden). Und weil die Eingriffe in den immanenten Zwang zur Kapitalverwertung dem Kapital als Zwangsgesetze, von einer ihm äußerlichen Institution aufgedrängt werden müssen, muß diese Institution mit Kontrollbefugnissen und einer wirksamen Sanktionsgewalt, kurz: mit einem ungeheuren und wachsenden bürokratischen Zwangsapparat ausgerüstet sein. Die bloße Tatsache dieses 'Staatsapparats' befestigt wiederum die Illusion der Selbständigkeit des Staates, seiner Fähigkeit zur 'Intervention' in 'die Wirtschaft'. Dabei besagt die Tatsache der Existenz dieses Apparats ja noch keineswegs, daß er wirklich wirksam eingreifen kann (ganz abgesehen von der systematischen Errichtung von Gegenapparaten zur Umgehung oder zum Widerstand gegen diese Zwangsgewalt — Unternehmerverbände und -lobbies, Steuer'beratungs'büros usw.).

Diese besondere Existenz des Staates ist also nicht selbstverständlich — nicht einmal für Klassengesellschaften. Erst die Privatisierung der in vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen von vornherein umfassend-gesellschaftlichen Sphäre der Lebenserhaltung, erst die Herausbildung des privaten im Unterschied zum kommunalen Eigentum macht überhaupt diese besondere Existenz einer ausschließlich politischen Zwangsinstitution, des Staates, möglich und notwendig. Bereits in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts (1843) beschrieb Marx den bürgerlichen "Mystizismus", der "das w i r k l i c h e Verhältnis von Familie und bürgerlicher Gesellschaft", also der "eigentlich Tätigen zum Staat auf den Kopf stellt, die Voraussetzung zum Bedingten macht, das "Produzierende... als das Produkt seines Produkts" setzt. (171) "Es versteht sich, daß da erst die politische Verfassung als solche ausgebildet ist, wo die Privatsphäre", das "Eigentum, der Vertrag, die Ehe, die bürgerliche Gesellschaft", eine selbständige Existenz erlangt haben. Wo Handel und Grundeigentum unfrei, noch nicht verselbständigt sind, ist es auch noch nicht die politische Verfassung. ... Die Abstraktion des S t a a t s a l s s o l c h e n gehört erst der modernen Zeit, weil die Abstraktion des Privatlebens erst der modernen Zeit gehört. ... Im Mittelalter gab es Leibeigene, Feudalgut, Gewerbekorporation, Gelehrtenkorporation etc., d.h., im Mittelalter ist Eigentum, Handel, Sozietät, Mensch p o l i t i s c h; der materielle Inhalt des Staates ist durch seine Form gesetzt; jede Privatsphäre hat einen politischen Charakter oder ist eine politische Sphäre, oder die Politik ist auch der Charakter der Privatsphären. ... Im Mittelalter ist Volksleben und Staatsleben identisch." (172) Was Marx hier vom Mittelalter sagt, gilt für jede vorbürgerliche Gesellschaftsformation, wie er danach für die antiken Stadtstaaten andeutet und später in den Vorarbeiten zum 'Kapital' wiederholt ausführt. (173) In den alten 'Gemeinwesen', dem 'Stamm', der 'Gemeinde' oder 'commune', existiert der Staat nicht als "eine b e s o n d e r e Wirklichkeit neben dem wirklichen Volksleben", sondern die 'politische' Organisation, die Stammeszugehörigkeit z.B., ist Voraussetzung und Garantie für die Aneignung der objektiven Lebensbedingungen in der Arbeit. Diese Arbeit ist auf die Herstellung der Gebrauchswerte gerichtet, deren die Mitglieder der Gemeinschaft bedürfen (wobei Sklaven oder Leibeigne als eine besondere Art von Arbeitstieren nicht Gemeindemitglieder sind, jedoch als Arbeitsinstrumente mehr oder weniger viel vom Arbeitsertrag erhalten — werden sie von ihrem Herrn zugrundegerichtet, so weiß dieser, was er tut: er schadet sich selbst, nicht anders als wenn er sich in den Fuß hackt oder seinen Tragesel verhungern läßt (so begründet Aristoteles die Unmöglichkeit einer ethischen Beziehung zwischen Herr und Knecht). Das Verhalten der arbeitenden Individuen zum Boden, also ihrer Werkstatt und ihrem Rohstoffvorrat, den objektiven Bedingungen ihrer Arbeit, "ist sofort vermittelt durch das naturwüchsige, mehr oder minder historisch entwickelte, und modifizierte Dasein des Individuums als M i t g l i e d s e i n e r G e m e i n d e" (174) (ganz elementar zunächst in der friedlichen oder gewaltsamen Inbesitznahme dieses Bodens, die nur im Gemeindeverband möglich ist). 'Eigentum' an den objektiven Bedingungen der Arbeit existiert nicht als

---

171 Marx: "Kritik des Hegelschen Staatsrechts", MEW Bd. 1, S. 206 f. Vgl. auch die im I. Teil, oben Anm. 5 zitierten Stellen aus Marx' Randglossen zum Artikel eines Preußen.

172 Ebenda S. 233, 232. Vgl. insgesamt die Dissertation von A. Gurland: PRODUKTIONSWEISE – STAAT – KLASSENDIKTATUR, a.a.O.

173 Vgl ausführlich Marx: GRUNDRISSE, a.a.O. S. 375 ff; hier wird die ursprüngliche, durch das Gemeinwesen vermittelte E i n h e i t der Arbeit mit ihren sachlichen Voraussetzungen ihrer T r e n n u n g im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital gegenübergestellt.

174 GRUNDRISSE, a.a.O. S. 385.

Privateigentum, sondern von vornherein nur als gesellschaftlich vermitteltes Eigentum. Die 'politische' Gemeinsamkeit der Mitglieder solcher vorkapitalistischer Gemeinwesen äußert sich besonders in der gemeinsamen Organisierung der Aufgaben, die für die weitere Existenz im Verband der Gemeinde notwendig schienen: Flußregulierung, Wegebau, Anlegung von Vorräten, auch die Aneignung neuen Bodens durch die gemeinschaftliche Arbeit des Krieges, Kult der die Einheit der Gemeinde darstellenden Götter usw. Diese Gemeinschaftsaufgaben sind hier nicht eine sich nachträglich als notwendig erweisende, von besonderen politischen Institutionen und erst nach komplizierten Auseinandersetzungen in den von der Kapitalverwertung gesetzten Grenzen allmählich übernommene Aufgabe, sondern sie sind von vornherein Teil der gesellschaftlichen Lebenserhaltung durch Arbeit (zu dieser gehört hier auch die Produktion der nächsten Generation). (175)

Wie sehr in vorkapitalistischen Gemeinwesen der gesamte Lebenserhaltungsprozeß einschließlich der Produktion der materiellen Gebrauchsgüter eine Einheit ist, läßt sich am anschaulichsten am selbstwirtschaftenden Bauernhof oder am adeligen Gut klarmachen. Die Grundstruktur solcher Einheiten der gesellschaftlichen Lebensproduktion vom Großen Haus des Pharao bis zum Zelt des Erzvaters Abraham oder dem Hof des freien Bauern, ist die gleiche; unterschiedlich ist nur, ob das Gemeinwesen sich in einer einzigen Person oder in der Gemeinschaft einer mehr oder weniger großen Zahl Freier und Gleicher darstellt (Monarchie, Oligarchie oder Demokratie). Unterhalb des jeweiligen Herrn stehen die Mitglieder der 'Familie', darunter auch leibeigene Knechte usw. Unabhängig von den besonderen Formen beruhen alle diese Einheiten auf dem 'Grundeigentum', d.h. hier auf der Aneignung der Früchte der Erde durch gesellschaftliche Arbeit. (176) Die alten Handbücher der Hauswirtschaftslehre (= 'Ökonomie') lassen erkennen, was alles zu einem solchen 'Haushalt' oder 'Hof' gehörte.Ein solches Handbuch aus dem 17. Jahrhundert (177) leitet den Hausherrn u.a. zu folgenden Aufgaben an (die er natürlich delegieren kann, für die er jedoch die letzte Verantwortung trägt und die er also auch im voraus planen muß): zunächst das Verhältnis zu Gott (diese Aufgabe kann er einem Priester übertragen), zu Frau und Kindern, zum Gesinde und den Leibeigenen — dieses Verhältnis der Herrschaft schließt die Anleitung, Erziehung und Züchtigung ein; das Verhalten bei Seuchengefahr, die Beobachtung des Kalenders mit den Terminen für die verschiedenen Arbeiten ('Martini man die Gänse schlachtet'), die Wetterkunde; unter den besonderen Aufgaben der Hausherrin werden erwähnt: Erziehung vor allem der Töchter, Kochen, Backen, Herstellung von Lebensmittelvorräten durch Einmachen, Trocknen, Pökeln usw., Herstellung und Reparatur von Kleidung, die Apotheke und die Krankenversorgung, Küchen-, Arznei- und Blumengarten. Weiter werden genannt: Weinbau- und Kellerwirtschaft, Obstzucht, Ackerbau samt Brauerei, Müllerei usw., Pferde-, Rinder- und Schafhaltung; Bienen- und Seidenraupenzucht; Wasserversorgung, Bachregulierung (zum Antreiben der Mühlen), Fischzucht; Forstwirtschaft und Jagd; Mühlen, Ziegeleien, Steinbrüche und Minen. So disparat diese Aufzählung für die bürgerliche Wissenschaftsaufteilung erscheinen muß, nach der dieser Zusammenhang in die Einzeldisziplinen der Theologie, Ethik,Pädagogik, Medizin, Meteorologie, Soziologie, Betriebswirtschaftslehre usw. usw. aufgesplittert wird, so sehr kann diese Aufzählung einen Begriff von jener Totalität der gesellschaftlichen Lebenserhaltung geben, die erst nach der Abschaffung des Kapitalverhältnisses wieder als solche gestaltet und geplant werden kann. Eine Trennung von Gesellschaft und Staat, von Ökonomie und Politik gibt es hier nicht; der Hausherr übt die, allerdings durch Tradition genau festgelegte, totale Herrschaftsgewalt in abgestufter Rangfolge über Frau, Kinder und Knechte aus, bis zum Recht der körperlichen Bestrafung, ja der Todesstrafe (selbstverständlich hat sich diese Tradition allmählich aus den besonderen Bedingungen der Produktion des Lebens heraus entwickelt, nicht

---

175 Begriffe wie Gemeinschaft, Gemeinschaftswerk dienen ideologischen Zwecken, wenn sie aus ihrem vorbürgerlichen Zusammenhang umstandslos auf die vom Kapitalverhältnis beherrschte Gesellschaft übertragen werden ('Volksgemeinschaft', 'Deutsches Gemeinschaftswerk' und dgl.). Dagegen können sie in gewisser Weise beim Aufbau des Kommunismus ihren ursprünglichen Sinn wiedergewinnen.

176 Vgl. GRUNDRISSE, S. 375 ff über die verschiedenen Formen, in denen sich dieses Grundverhältnis realisiert.

177 Hohberg: "Georgica curiosa", 1682; zitiert nach O. Brunner, Das "ganze Haus" und die alteuropäische "Ökonomik", in: ders., NEUE WEGE DER SOZIALGESCHICHTE, Göttingen 1956, S. 33-61, bes. S. 35.

ohne ein gewisses Beharrungsvermögen). Wenn der Hausherr nicht der einzige Herr, der Herrscher ist (wie der Inka in Peru), so kann er einen Teil seiner Rechte und Pflichten an niederigere Herren verleihen (Feudalsystem). Oder er übt einige dieser Rechte und Pflichten gemeinsam mit anderen, gleichberechtigten Herren aus, z.B. im Senat oder auch der Volksversammlung (zum Volk gehören grundsätzlich nur die freien Hausherren auf eigenem Grund); wichtigste dieser Aufgaben ist die Kriegführung (vgl. das germanische Thing, wo zu diesem Zweck der 'Herzog', der Heerführer, gewählt wurde).

Katastrophen treten für solche vorkapitalistischen Gemeinwesen entweder als wirkliche Naturkatastrophen oder beim Zusammenstoß mit anderen Gemeinwesen auf, nicht jedoch als gesellschaftliche Naturkatastrophen wie in der verkehrten Welt des Kapitals. Und es ist notwendiger Ausdruck der im Kapital enthaltenen Konsequenz, wenn Marx im KAPITAL nach der Entwicklung der Kategorie des absoluten Mehrwerts sogleich zur Darstellung der Katastrophen kommt, die die Mehrwertproduktion für die lebendige Arbeitskraft zur Folge hat, und von daher die Besonderung des Staates in der Fabrikgesetzgebung ableitet. Solange die Arbeit auf die Produktion von Gebrauchswerten, auf die Lebenserhaltung der gesellschaftlichen Individuen gerichtet ist, wird keine gesonderte Kontroll- und Zwangsorganisation nötig, die zu verhindern sucht, daß die Individuen und die Gesellschaft sich durch ein Übermaß an Arbeit selbst zugrunderichten. Erst die kapitalistische Warenproduktion zerreißt diesen Zusammenhang und erzeugt das Problem der Selbstzerstörung der Gesellschaft. Die Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staates, ihre Zusammenfassung also in einer Institution, die ihr selbst als äußerlich erscheint, die über ihr als 'besondere Existenz' zu schweben scheint, ist deshalb notwendig, weil nur so die Existenz der Gesellschaft (nämlich als kapitalistischer) überhaupt gewährleistet werden kann. Weil der direkte Zweck der Produktion nicht die gesellschaftliche Lebenserhaltung, sondern der Mehrwert ist, weil deshalb der Produktionsprozeß von Gesetzmäßigkeiten vorwärtsgetrieben wird, die dem bewußten Willen der Individuen verborgen sind und sich hinter ihrem Rücken, aber durch ihr eigenes Handeln durchsetzen, ist eine solche gesonderte gesellschaftliche Institution notwendig, die der Gesellschaft als produzierender gegenübertritt. Diese nachträgliche und notdürftige Kontrolle des Staates über die naturwüchsige Gestalt des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ist notwendig zur Erhaltung der Produktion von Mehrwert, dieser besonderen Form der Aneignung der Mehrarbeit einer Klasse durch eine andere Klasse. Diese Kontrolle soll also den Klassencharakter dieser Gesellschaft erhalten; sie ist eine der Funktionen, die der Staat in dieser Klassengesellschaft übernehmen muß (die Funktion der d i r e k t e n Unterdrückung wird in unserem Zusammenhang nicht behandelt, da sie für diese besondere Gesellschaftsform gerade nicht in e r s t e r Linie typisch ist – die Verkennung dieser grundlegenden Tatsache verführt vielfach zu falschen Folgerungen im Hinblick auf die revolutionäre Umwälzung und ihre Organisation; vgl. Teil V). Bis in die alltäglichen Einzelheiten hinein hat daher die 'Sozialpolitik' (also eine Staatstätigkeit, die in die Gesellschaft nachträglich eingreift und deren 'soziale Frage' zu lösen versucht) den Charakter einer die Produzenten entmündigenden Überwachung, Kontrolle bzw. 'Fürsorge' (das spürt jeder Arbeiter, wenn er vor dem 'Vertrauensarzt', dem Sozialbürokraten hinter dem Schalter der AOK in der Schlange der Wartenden antritt, um seine Arbeitskraft möglichst schnell reparieren zu lassen). So sehr also einerseits die staatliche Sozialpolitik dem einzelnen Produzenten eine gewisse Sicherheit bei teilweisem oder völligem Verlust seiner Arbeitsfähigkeit bietet, so wenig hat die Sozialpolitik andrerseits mit einer bewußten und planvollen Vorsorge für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch den Gesamtarbeiter, die assoziierten Produzenten selbst zu tun. Eine solche b e w u ß t e V o r s o r g e wird in der kommunistischen Gesellschaft von vornherein bloß ein Teil des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses sein; sie wird eine ö f f e n t l i c h e Aufgabe wie die übrige Lebenserhaltung der Gesellschaft und ihrer Glieder, nicht aber der Gegenstand der abstrakten bürokratischen Tätigkeit einer besonderen p o l i t i s c h e n Organisation sein. (178)

---

178 Vgl. Marx/Engels: KOMMUNISTISCHES MANIFEST, Ende des II. Abschnitts, MEW Bd. 4, S. 482 ("Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern.").

Elemente einer Zurücknahme der staatlichen Funktionen in die Gesellschaft sind z.B. in der DDR bereits deutlich zu erkennen, obwohl dies dort vielfach durch den überlieferten Namen des Staates ('Staatliche Plankommission') verdeckt ist. Denn dieser Staat beansprucht die Entscheidung über a l l e wesentlichen Fragen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Für unseren Zusammenhang besonders interessant sind jene Bereiche dieses Prozesses, die im bürgerlichen Staat notdürftig und unvollständig als Sozialpolitik am Rande der 'eigentlichen' Produktion besorgt werden. Dazu gehört etwa die planmäßige Qualifikation der Arbeitskraft in Übereinstimmung mit der Entwicklung der gegenständlichen Produktionsbedingungen (die Erfolge der DDR auf diesem Gebiet, die keineswegs bloß Vorsprung, sondern qualitativ anders sind, brauchen nicht erläutert zu werden). Dazu gehört auch die planmäßige Vorsorge für die Gesundheit des Gesamtarbeiters durch ein umfassendes Netz von Polikliniken und Ambulatorien, Beratungen, Vorbeugeuntersuchungen und Impfungen, aber auch durch die strenge Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften im Betrieb oder durch die Ermöglichung von Urlaubsreisen für alle Arbeiter (in der BRD kann bekanntlich nur ein Bruchteil der Arbeiter im Urlaub auch wirklich verreisen); daß auch auf diesem Gebiet die DDR der BRD mit ihrem 'hohen Lebensstandard' überlegen ist, dafür lassen sich zahlreiche statistische Angaben beibringen (179). Der Staat beansprucht hier, in dieser umfassenden Weise zu planen, und er hat auch die Macht dazu; insofern unterscheidet er sich grundsätzlich vom bürgerlichen Staat. Andrerseits ist er immer noch Staat, insofern nämlich, als diese gesamtgesellschaftliche Planung des Produktions- und Lebenserhaltungsprozesses den vereinzelten Produzenten noch weitgehend verselbständigt gegenübertritt. Das zeigt sich auch daran, daß die noch nicht wirklich assoziierten, sondern noch weitgehend einzelnen Produzenten mit individuellen materiellen Anreizen, wie bewußtlose Maschinenelemente durch Hebel, zu höherer Arbeitsleistung angetrieben werden. (Wenn im Zusammenhang damit die Verfügung der Einzelbetriebe und VVBs über das Produkt der eigenen Mehrarbeit sogar soweit erweitert wird, daß sie damit auch ihren Produktionsmittelbestand ausbauen können, so liegt hier eine Möglichkeit zur Verselbständigung der Betriebe und damit der Schwächung der gesellschaftlichen Planung). Der Weg zum Aufbau des Kommunismus schließt aber die Revolutionierung des Bewußtseins der Produzenten, das Begreifen, aktive Beherrschen und Planen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses durch die assoziierten Individuen ein. Erst dann kann der Staat seinen politischen Charakter verlieren und wirklich zur 'öffentlichen Gewalt' werden. Die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft setzt die volle Entwicklung der gegenständlichen u n d d e r m e n s c h l i c h e n Produktivkräfte voraus, also die Steigerung der materiellen Produktivkraft ebenso wie die allseitige Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Individuen. Ja, die umfassende Weiterentwicklung der gegenständlichen Produktivkräfte erfordert gerade immer mehr ihre umfassende Beherrschung durch die assoziierten, selbstbewußten, voll entwickelten gesellschaftlichen Individuen; die größte Produktivkraft ist der Mensch selbst. Zu dieser umfassenden Beherrschung gehört auch die Seite des gesellschaftlichen Lebenserhaltungsprozesses, die das Kapital bei der Produktion von Mehrwert nicht interessiert und die von seiner Besonderung im Staat nur notdürftig und in den vom Kapital gesetzten Grenzen besorgt wird.

---

179 Nur einige Beispiele: 1968 gab es in der DDR auf je 10.000 Einwohner 6,9 Neuerkrankungen an Tbc (1950: 50,4), in der BRD 36,8. Im gleichen Jahr, also nur sieben Jahre nach der Schließung der Grenze nach Westdeutschland bzw. West-Berlin und damit dem Ende des Abwanderung von Ärzten, lag die Zahl von Einwohnern pro Arzt in der DDR kaum noch unter der in der BRD (751 gegenüber 677); dabei ist zu berücksichtigen, daß in der BRD-Zahl eine große Zahl von Ärzten enthalten ist, die sich als kosmetische, Kur-Modeärzte usw. vor allem mit der bequemen Versorgung der Bourgeoisie bzw. mit dem Ergattern eines Teils des Mehrwerts befassen. In den industriell teilweise 'unterentwickelten' Ländern des sozialistischen Lagers ist die ärztliche Versorgung wesnetlich besser als in Westeuropa. Daß die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz in der DDR wesentlich geringer ist als in der BRD (40 % der Fälle in der BRD), sagt einiges über die wirkliche Situation der Produzenten gegenüber den Produktionsmitteln aus: die dauernde Umgehung oder Nichtbeachtung der Vorschriften des 'Arbeiterschutzes' in westdeutschen Betrieben bestätigt immer noch die Marxschen Feststellungen im KAPITAL. Vgl. WO LEBT MAN BESSER? Lebensstandard in der DDR. Hrsg. Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin-DDR 1970[7], bes. S. 57; STATISTISCHES JAHRBUCH DER BRD 1969, S. 35; G. Tittel: DIE LEGENDE VON DER BONNER SOZIALSTAATLICHKEIT, Berlin-DDR 1967, S. 72 ff.

V. Zum Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterklasse

Im folgenden wollen wir einige Folgerungen darlegen, die sich für uns aufgrund der in I-IV entwickelten Überlegungen ergaben, und die vor allem der Problematisierung einiger besonders verbreiteter Auffassungen über das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf dienen sollen. Wenn dabei eine Seite besonders hervorgehoben wird, so liegt dies gerade an dieser Absicht der Problematisierung. Die Überlegungen haben insofern vorläufigen Charakter, als sie allein auf der Kritik der Sozialstaatsillusion basieren, während die Funktion des Staates für die Durchsetzung der expansiven Interessen des Kapitals, die imperialistische Politik des kapitalistischen Staates also, unberücksichtigt blieb. Da diese Staatsfunktion – wie sich in der Imperialismusauseinandersetzung in der deutschen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem ersten Weltkrieg deutlich zeigt – eine wesentliche Rolle für das Verhältnis der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat spielt, bleibt die Frage offen, inwieweit die ausschließlich an der Sozialstaatsproblematik entwickelte Bestimmung des Verhältnisses Staat-Arbeiterklasse nicht wesentlich neue Gesichtspunkte durch die Hineinnahme der imperialistischen Staatsaufgaben erhalten würde. (180)

1. Materialistische Begründung der Staatsillusion

Die Tendenz des Kapitals in seiner praktischen Bewegung zur Zerstörung der lebendigen Arbeitskraft, d.h. zur Zerstörung seiner selbst als Kapital durch die Zerstörung seiner Existenzgrundlage, wirkt der Kampf der Arbeiter um den Preis für den Verkauf ihrer Arbeitskraft und, dementsprechend, um den Normalarbeitstag, der die normale Erhaltung ihrer Arbeitskraft ermöglicht, entgegen. Die Klassenkämpfe der Arbeiter sind zunächst einmal Momente der Bewegung des Kapitals selbst und insofern auch seiner Existenzsicherung.

Klassenkämpfe können also dem Dilemma nicht entgehen, daß sie als Kämpfe der Arbeiterklasse um Erhaltung ihrer Arbeitskraft gleichzeitig "systemerhaltende Funktion" haben können. Dieses Moment der Klassenkämpfe können die Arbeiterklasse und ihre Organisationen nicht einfach voluntaristisch überspringen. Die Unterscheidung zwischen systemweitertreibenden und systemsprengenden Kämpfen der Arbeiterklasse ist auf dieser Ebene zunächst idealistisch. Ob ökonomische Auseinandersetzungen auf der Ebene subjektiver Forderungen systemerhaltenden oder systemsprengenden Charakter haben, das kann nur in dem Fall eindeutig entschieden werden, wenn wie bei der Konzertierten Aktion Gewerkschaften und Unternehmer sich von vornherein darüber einigen, auf welche Weise am besten der Profit zu sichern sei, wenn also die Organisationen der Arbeiterschaft nichts weiter anstreben, als die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu sichern, das bedeutet, daß

180 Abgesehen von der Frage, wie sich der Imperialismus auf die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder auswirkt, ist im Zusammenhang der Frage nach dem Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf für die Auswirkungen des Imperialismus auf die Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder folgendes zu sagen: Auch die politischen Bewegungen in diesen Ländern beruhen auf den Bewegungen des Kapitals. Doch ergibt sich hier von vornherein ein anderes Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf, als für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. Dies gilt vor allem für die Länder, die erst relativ kürzlich in den direkten Einflußbereich des Kapitals geraten sind, die also eine kaum gebrochene vorkapitalistische Tradition haben. Denn hier wird das Eindringen des Kapitals (wozu immer auch das Eindringen entsprechender Formen des Überbaus gehört, z.B. die Erzeugung bürgerlicher Individuen in den Missionsschulen, die dann als 'zuverlässige', kalkulierfähige Agenten des Kapitals in der eigenen Umgebung wirken können) aufgefaßt als Angriff auf die alte Einheit dessen, was in der kapitalistischen Gesellschaft als Staat und Gesellschaft auseinandergerissen ist, als Angriff auf die nationale Würde, die eigene Kultur, auf die Formen kollektiver Lebenserhaltung usw. Daher beruht der antiimperialistische Kampf (der eben mehr ist als ein Kampf einer vom Kapital selbst erzeugten Klasse gegen die Klasse des Kapitals) auf derAufnahme von Elementen dieser eigenen Geschichte, auf der 'nationalen Befreiung' des 'Volkes'. Diese Kämpfe sind daher von vornherein 'politischer', nämlich in dem Sinn, daß sie gar nicht auf der Trennung von Ökonomie und Politik, kapitalistischer Produktion und besonderer Existenz des Staates beruhen. Dieser besondere Charakter politischer Kämpfe erlaubt es aber auch nicht, die in diesen Kämpfen gewonnenen Erfahrungen und die aus ihnen entwickelten Formen u n v e r m i t t e l t auf die Gesellschaften zu übertragen, in denen das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeiterklasse voll entwickelt ist.

auch sie die Arbeitenden bloß als durch das Kapital angewendete Objekte behandeln. Doch selbst die Konzertierte Aktion ist Rest von institutionalisiertem Klassenkampf, dahinter droht der offene Kampf. Demgegenüber bewegen sich auch sogenannte 'ökonomistische' Forderungen, wie etwa: '15 % und kein Prozent weniger', auf der Ebene der von Marx bezeichneten Antinomie von Recht wider Recht, Recht der Lohnarbeit gegen Recht des Kapitals, die beide gleich durch die Gesetze des Warenaustauschs besiegelt sind. Diese Antinomie kann durch Gesetze nicht entschieden werden, sie bildet den Kern der Klassenkämpfe.

Der widersprüchliche Charakter der Klassenkämpfe – sie *stabilisieren* möglicherweise vorübergehend die Verwertung des Kapitals – bringt in der Geschichte der Klassenkämpfe Veränderungen der Organisation der Arbeiterschaft selbst hervor. Da die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen die Erfahrung macht, daß im Gefolge dieser Kämpfe *der Staat* sozialpolitische Funktionen übernimmt indem er dem Kapital Zwangsgesetze aufherrscht, also als 'besonderes Wesen' gegenüber dem Kapital in Erscheinung tritt, entsteht die *Illusion der Klassenneutralität* der Staatsgewalt und damit der bürgerliche Reformismus in der Arbeiterklasse und die revisionistische Theorie. Das nachträgliche Zusammenfallen von Interessen des Kapitals und Interessen der Lohnarbeit (siehe Fabrikgesetzgebung), hergestellt durch staatliche Zwangsgesetze, und zwar entgegen der 'praktischen Bewegung des Kapitals', aber doch seine Existenz sichernd, bildet die Basis der Illusion von der möglichen Versöhnung der Klassengegensätze, von der allmählichen Transformation der Gesellschaft durch das Subjekt Staat.

Andererseits haben sich die Kapitalisten und der bürgerliche Staat, eben aufgrund ihrer in sich widersprüchlichen Interessen, auch dazu bereitgefunden, die Organisationen der Arbeiterklasse anzuerkennen und die Schlichtung der Antinomie zwischen Lohnarbeit und Kapital auf der Verhandlungsebene zu versuchen. Die Bereitschaft dazu ist vor allem aufgrund der Erfahrung des Kapitals und seines Staats entstanden, daß die Bewegungsgesetze des Kapitals die Arbeiterklasse als Widerspruch im Schoße der eigenen Gesellschaft erzeugen, und daß dieser Widerspruch, eben weil er durch die kapitalistische Produktion entsteht, nicht politisch, nicht terroristisch, auf die Dauer aufgehoben, sondern eben nur durch Institutionalisierung kontrolliert werden kann – in gewissen Grenzen, was sich besonders deutlich an der Entwicklung der Organisationen der Arbeiterklasse in der BRD zeigt.

Indem aber die Kapitalisten und der bürgerliche Staat zur Anerkennung der Organisation der Lohnarbeit als Verhandlungspartner neigen – für sie der einfachste Weg der politischen Konfliktregulierung – sind die Organisationen der Arbeiterklasse wiederum dazu veranlaßt, im Staat ein neutrales, ihnen nicht feindliches, sondern am Allgemeinwohl interessiertes Subjekt und zugleich Instrument zur weitgehenden Durchsetzung der Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu sehen. Das revolutionäre Ziel muß dann allerdings zunächst zurückgestellt werden, was nur die Vorwegnahme seiner endgültigen Aufgabe ist (181). Sobald die Sozialdemokratie Sozialreform als Ziel ihrer Politik begreift, fixiert sie sich und die Arbeiterschaft notwendigerweise auch an das bestehende Staatswesen und an den Kapitalismus, da ja wie gesagt Sozialreformen nur durch den kapitalistischen Staat durchgeführt werden können. Damit ist auch das in den 'Versorgungsstaatstheorien' auf den Begriff gebrachte passive Verhältnis zwischen Bürger und Staat, die 'Konsumentenhaltung' im Kern schon in der frühen revisionistischen Theorie angelegt. Mit der revolutionären Zielsetzung, dem Ziel des Sturzes der alten Ordnung und der politischen Machtergreifung des Proletariats, wird auch der selbsttätige politische Kampf als Voraussetzung der Änderung der Lebensverhältnisse aufgegeben. Ist das Ziel soziale Besserstellung, größere Gerechtigkeit in der Verteilung, Sozialreform, so kann dies auch stellvertretend von den Organisationen der Arbeiterschaft, von Gewerkschaften und politischer Partei wahrgenommen werden. Der Weg ist vorgeschrieben als der Weg der Zusammenarbeit der Klassen durch Zusammenarbeit ihrer gesellschaftlichen und politischen Organisationen. Ja, es gibt gar keinen anderen Weg, da man ja die Hoffnung hat, den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat mit ihrem eigenen Einverständnis etwas von ihrer Macht und ihrem Reichtum abzuzwacken und an die arbeitende Klasse zu verteilen.

---

181 R. Luxemburg; "Sozialreform...", a.a.O., S. 114 f; vgl. oben Anfang von Teil I.

2. Politischer und ökonomischer Kampf

Die Fabrikgesetzgebung war Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe. Bei der Darstellung der Fabrikgesetzgebung trifft Marx keine Unterscheidung in der Weise, daß er nur solche Kämpfe als Klassenkämpfe bezeichnet, die unmittelbar die Staatsgewalt zum Adressaten der Forderungen des Proletariats haben. Als Klassenkampf erscheint hier vielmehr zunächst der *gemeinsame* Kampf der Arbeiter gegen die Gewalttätigkeiten des Kapitals, in der sich die Forderung nach staatlicher, d.h. allgemeiner und durch Sanktionen verbindlich gemachter Beschränkung des Arbeitstags durch den Staat im Verlauf der Kämpfe selbst entwickelt.

Die Allgemeinheit der Forderung entspringt wiederum der Erfahrung des Proletariats, daß, wenn das Kapital nur an einer Stelle beschränkt wird, es sich an einer anderen doch wieder schadlos hält. Auch kann nicht behauptet werden, daß Marx hier nur als Klassenkampf bezeichnet, was von einer bewußten politischen Organisation des Proletariats getragen ist. Die Fabrikgesetzgebung (Zehnstundentag) kam zu einer Zeit zustande, als die Chartistenbewegung zerschlagen und dennoch nach den Berichten der Fabrikinspektoren der "Klassenantagonismus zu einer unglaublichen Höhe gespannt" war. Es ist demnach ganz klar: Marx geht hier auf keinen Fall so weit zu behaupten, Klassenkampf finde nur dort statt, wo das Proletariat unter der Führung einer bewußten politischen Organisation steht. Vielmehr sind die Organisationen des Proletariats selbst wesentlich Ergebnis der Kämpfe, die sich aus dem antagonistischen Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital im Kapitalverwertungsprozeß entwickeln.

In einem Brief an Bolte 1871 schreibt Marx noch einmal zusammenfassend zu dieser Frage: "Das political movement (die politische Bewegung) der Arbeiterklasse hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der political power (politischen Macht) für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkt entwickelte previous organisation der working class (vorher vorhandene Organisation der Arbeiterklasse) nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst.

Andererseits ist aber jede Bewegung worin, die Arbeiterklasse als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt und sie durch pressure from without (Druck von außen) zu zwingen sucht, ein political movement. Z.B. der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung; dagegen die Bewegung, ein Achtstunden- etc. *Gesetz* zu erzwingen, ist eine *politische* Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine *politische* Bewegung hervor, d.h. eine Bewegung der *Klasse*, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt. Wenn diese Bewegungen eine gewisse previous Organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebenso sehr Mittel der Entwicklung dieser Organisation...

Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug in ihrer Organisation fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i.e. die politische Gewalt, der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug (zu) unternehmen, muß sie jedenfalls dazu geschult werden durch fortwährende Agitation gegen die (und feindselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen. ..." (182)

Um die Marxsche Auffassung noch einmal zusammenzufassen: Die politische Bewegung der Arbeiterklasse wächst aus ihren ökonomischen Bewegungen hervor: ihre politische Organisation als Klasse, die nicht mehr nur gegen den einzelnen Unternehmer, sondern gegen die Kapitalistenklasse gerichtet ist, wird nicht einfach von außen an sie herangetragen, sondern entsteht im Zusammenhang der ökonomischen und politischen Kämpfe. Die politischen Organisationen der Klasse haben dann allerdings die Aufgabe, die Kämpfe der Arbeiter weiterzutreiben, indem sie das Proletariat dahingehend schulen, daß der Gegner nicht allein der einzelne Unternehmer, sondern die Klasse der Kapitalisten und der Klassenstaat sind, damit gleichzeitig das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit des Proletariats als Klasse über den einzelnen Betrieb hinaus erzeugen.

Verfolgt man nun in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Funktionen, die der von Marx hier als politisch bezeichnete Kampf hat – Kämpfe um die Erzwingung allgemeiner Gesetze durch den Staat, wobei der Staat Adressat der Forderungen des Proletariats ist – so ist es nicht mehr möglich, eine einfache Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Kampf in der Weise

182 Marx: "Brief an Bolte", 23.11.1871, MEW 33, S. 332 f.

zu treffen, daß ökonomischer Kampf ausschließlich ökonomischer Kampf ist und immer in der Gefahr schwebt, den Opprotunismus aus sich zu entlassen, während politischer Kampf als Auseinandersetzung mit dem Staat als auf den Staat gerichtet begriffen wird und als revolutionärer Kampf bestimmt werden kann. Es zeigen sich vielmehr auch gegenteilige Tendenzen: daß nämlich die Ausrichtung der Kämpfe auf den Staat auch die Basis der Staatsillusion in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein kann, die Basis der Illusion, der politische Staat könne durch Zwangsgesetze die Macht des Kapitals brechen. Die Eroberung der politischen Macht als Endzweck der Bewegung ergibt sich nicht kontinuierlich und ungebrochen aus dem politischen Kampf der Arbeiterklasse um die Durchsetzung allgemeiner Gesetze zu ihrem Schutz vor den Gewalttätigkeiten des Kapitals. Dieser Kampf kann vielmehr, wie die ganze Geschichte des Revisionismus zeigt, die Diktatur des Proletariats und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates als Ziel aus dem Auge geraten lassen.

Nun ist wohl auch der oben zitierte Brief an Bolte nicht so zu verstehen, daß nur der Kampf, der den Staat unmittelbar ins Auge faßt, als politischer Kampf zu werten sei. Die Fabrikgesetzgebung wird hier nur als Beispiel genannt für eine Form des Kampfes, in der das Proletariat als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt. Dagegen ist in der gegenwärtigen Diskussion innerhalb der Linken die Vorstellung typisch: "Klassenkampf war nach Marx und Lenin politischer Kampf gegen das als Klasse organisierte und vom Staat unterstützte Kapital, Kampf gegen die Staatsmacht." (183) Dabei ist die in diesem Zusammenhang erfolgende Berufung auf die Marxsche Unterscheidung zwischen politischem und ökonomischem Kampf irreführend. Und auf die Darstellung im Kapital kann sich eine solche These erst recht nicht stützen. Dort wird nämlich (was durchaus zu kritisieren ist) ein gewissermaßen naturwüchsiger Prozeß der Konstituierung des Proletariats als Klasse aus den Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise behauptet: "Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung. der Ausbeutung, aber auch Empörung, der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten und organisierten Arbeiterklasse." (184)

Sieht Marx also auf der einen Seite nicht, und konnte es damals wohl nicht sehen, daß der Kampf der Arbeiterklasse um rein negative Schutzeingriffe des Steates wesentliche Quelle der bürgerlich-reformistischen Strategien und theoretischer Vorstellungen für die Organisation der Arbeiterklasse ist, so erscheint auf der anderen Seite die Vorstellung von der quasi automatischen Konstituierung der Arbeiterklasse als historisch handelndem Subjekt als mechanistisch. Dies wird gegenwärtig vor allem an der Entwicklung in den USA deutlich. Möglicherweise hängen beide Fehleinschätzungen in der Weise miteinander zusammen, daß Marx durchaus richtig die Notwendigkeit der Entstehung einer Organisation der Arbeiterklasse aus ihren ökonomischen Kämpfen einschätzte, andererseits aber die Gefahr der reformistischen Versumpfung solcher Organisationen damals nicht vorauszusehen vermochte. Daß die Arbeiterklasse als Bedingung ihrer Existenz notwendigerweise sich gegen die allgemeinen und tagtäglichen Übergriffe des Kapitals zur Wehr setzen muß, und daß dieser Kampf Organisationen hervorbringt, ist eine historische Tatsache. Daß in diesen Kämpfen die Arbeiterklasse aber den Kapitalismus immer wieder in seiner Existenz sichert, wenn auch langfristig in seiner Widersprüchlichkeit weitertreibt, trägt zur Deformation der Organisationen des Proletariats bei, die sich nicht ohne weiteres einfach (wie Rosa Luxemburg noch annahm) durch neue spontane Kämpfe des Proletariats, die es entgegen den Absichten seiner Organisationen führt, umlenken lassen. Dies gilt sowohl für die auf den ökonomischen Kampf sich beschränkenden, als auch für die politischen Organisationen. Sie bilden eine reale Fessel für das Proletariat und können auch zeitweise, indem sie einzelne Forderungen der Lohnabhängigen noch zur Geltung bringen, deren selbsttätigen und solidarischen Kampf gegen das Kapital niederhalten. Andererseits können sie eine solche Fessel nur dadurch sein, daß sie diese Forderungen teilweise durchsetzen und ver-

183 ROTE PRESSE KORRESPONDENZ, Nr. 48 1970, S. 2. Der Brief an Bolte, der hier als Beweismittel für diese These herangezogen wird, wird dabei in bezeichnender Verkürzung zitiert.

184 KAPITAL, Bd. I, S. 803/790 f.

treten – das gilt selbst für die faschistische Deutsche Arbeitsfront (DAF). (185) Und ohne teilweise Zugeständnisse der Kapitalisten können sie diese Aufgabe der Befriedung nicht erfüllen; solche Zugeständnisse sind aber keineswegs vom guten Willen der Kapitalagenten abhängig.

Demgegenüber ist die Forderung, einer heruntergekommenen politischen Organisation eine neue revolutionäre Organisation einfach entgegenzusetzen, ohne daß diese selbst wieder ihre Begründung in den notwendigen Kämpfen des Proletariats findet, voluntaristisch. Die Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital sind die Basis für die Begründung wirksamer, d.h. im Proletariat verankerter politischer Organisationen.

3. Abnehmende Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital

Marx ging davon aus, daß die staatlichen Eingriffe zum Schutz der Ware Arbeitskraft wesentlichen Anteil an der Ausbildung des Kapitals zur *vollen* Reife haben. Die Fabrikgesetzgebung wirkt in der Richtung der Konzentration des Kapitals und zerstört die altertümlichen sowie die kleinbürgerlichen Formen der Produktion. "Sie verallgemeinert damit auch den direkten Kampf gegen diese Herrschaft. Während sie in den individuellen Werkstätten Gleichförmigkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung der Ökonomie erzwingt, *vermehrt sie* durch den ungeheuren Sporn, den Schranke und Regel des Arbeitstags der Technik aufdrücken, die *Anarchie und Katastrophen der kapitalistischen Produktion im großen und ganzen, die Intensität der Arbeit und die Konkurrenz der Maschinerie mit dem Arbeiter*." (186)

Das bedeutet zum einen, daß im entwickelten Kapitalismus der Kampf der Lohnarbeit gegen das einzelne Kapital, das jetzt in der Tat große Teile der nationalen oder auch internationalen Produktion in der Hand hat, nicht einfach bloß mehr ökonomischer Kampf im alten Sinn ist, sondern hier treten sich in der Tat die Arbeiterklasse als Klasse und das Kapital als herrschende Klasse gegenüber. Die Verallgemeinerung des Kampfes, seine Qualität als *politischer* Klassenkampf, ist nicht mehr daran gebunden, daß diese Allgemeinheit über den Staat als Gegner oder auch Adressat vermittelt werden muß. Ein Streik in einem Großkonzern oder einer Branche setzt heutzutage in der Tat das Kapital politisch unter Druck, schon allein durch seine Bedeutung für die Reproduktion des Gesamtkapitals. Bei der Verflechtung der Produktion und ihrer Zentralisation betrifft er große Teile des Kapitals überhaupt.

Aber noch ein anderes Moment ist hier von Bedeutung. Die generellen Regelungen der Arbeitszeit, so sehr sie auch heute noch vom Kapital immer wieder durchbrochen werden. (187) Vor allem in

---

185 Tim Mason, "Der Primat der Politik", in: ARGUMENT, Heft 41, S. 485 f. "Es war für das nationalsozialistische System, mindestens bis weit in den Krieg hinein, eine unabdigbare Notwendigkeit, der positiven Anteilnahme der Masse der Bevölkerung an seiner Weltanschauung und an allen seinen Maßnahmen sicher zu sein; der Versuch, die Arbeiterschaft durch Propaganda, Verbesserung der betrieblichen Sozialeinrichtungen, KdF usw. soweit zu bringen, war nachweislich gescheitert – also mußte ihre Zustimmung zum System durch hohe Löhne, bezahlte Feiertage usw. erkauft werden... Der Deutschen Arbeitsfront war die Aufgabe gestellt worden, die Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus zu gewinnen – nichts, selbst nicht das ungestörte Funktionieren der Rüstungswirtschaft, durfte der Erfüllung dieser Aufgabe zuwiderlaufen, auch wenn sich die DAF in verkappter Form, aber nach 1936 in zunehmendem Maße als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse betätigte."

186 KAPITAL, Bd. I, S. 528/526. Keine Hervorhebung im Original.

187 Schon die zyklischen Schwankungen in der Bewegung des Kapitals verhindern die Durchsetzung eines generell und genau begrenzten Arbeitstags. Wochenarbeitszeiten bis zu 60 Stunden in der Hochkonjunktur und von 30 Stunden in der Krise (infolge von Kurzarbeit) sind auch heute keine Ausnahme. Hier zeigt sich wieder, daß auch generelle staatliche Gesetze, 'Eingriffe in die Produktion' nicht soweit gehen dürfen, daß sie die naturwüchsigen Bewegungen des Kapitals und die damit verbundene spezifische Anwendung der Arbeitskraft stören. Da der Kapitalist außer den Lohnzuschlägen für Überstunden Zwangsmittel aller Art in der Hand hat, um Verlängerung des Arbeitstags durchzusetzen, bedeuten 'Errungenschaften' wie die 40-Stundenwoche in der Hochkonjunktur für die Lohnabhängigen nicht viel mehr als eine Lohnerhöhung.

der Hochkonjunktur, boten sich ihrer inhaltlichen Natur nach als a l l g e m e i n e Forderung der Arbeiterklasse an, und zwar als Forderung, die der bürgerliche Staat in der Form allgemeiner Gesetze erfüllen konnte. Der Achtstundentag hat nichts mit der besonderen Natur der Produktionsmittel und der Organisation des Produktionsprozesses im einzelnen Unternehmen zu tun. Er ist als allgemeines Gesetz durchsetzbar. Diese allgemeine Beschränkung der absoluten Mehrwerterzeugung durch den Staat lenkt nun den Appetit des Kapitals auf die Produktion des relativen Mehrwerts, die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Veränderungen in der technischen Struktur der Produktionsmittel und der organisatorischen Struktur des Betriebes, sowie der "Ausfüllung aller Poren des Arbeitstages" durch Intensivierung der Arbeit. "Sobald die Verkürzung des Arbeitstages, welche zunächst die subjektive Bedingung der Kondensation der Arbeit schafft, nämlich die Fähigkeit des Arbeiters, mehr Kraft in gegebener Zeit flüssig zu machen, zwangsgesetzlich wird, wird die Maschine in der Hand des Kapitals zum objektiven und systematisch angewandten Mittel, mehr Arbeit in derselben Zeit zu erpressen. Es geschieht dies in doppelter Weise: durch e r h ö h t e G e s c h w i n d i g k e i t d e r M a s c h i n e n und e r w e i t e r t e n U m f a n g der von demselben Arbeiter zu überwachenden Maschinerie oder seines Arbeitsfeldes. Verbesserte Konstruktion der Maschinerie ist teils notwendig zur Ausübung des größeren Drucks auf den Arbeiter, teils begleitet sie von selbst die Intensifikation der Arbeit, weil die Schranke des Arbeitstages den Kapitalisten zu strengstem Haushalt der Produktionskosten zwingt." (188)

Mit der Verlagerung von der Form der absoluten auf die Form der relativen Auspressung des Mehrwerts verändern sich auch notwendigerweise die Formen, in denen sich der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital primär abspielt, in denen das Kapital die lebendige Arbeit als bloßes Objekt anwendet und die normale Erhaltung der Arbeitskraft in Frage stellt. Intensifikation der Arbeit und absolute Unterordnung des Arbeiters unter die Maschinerie, seine Degradierung zum bloßen Anhängsel der Maschine, sind die Formen, in denen unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus primär die Übergriffe des Kapitals erfolgen. Schutz gegen diese Übergriffe können die Lohnarbeiter nicht mehr von einem allgemeinen Gesetz, das dem Kapital vom Staat aufgeherrscht wird, erwarten. Macht die Arbeiterklasse doch schon auf dem Gebiet der Regelung der Arbeitszeit die Erfahrung, daß die von den Gewerkschaften erkämpften Einschränkungen in allgemeiner Form (40-Stundenwoche) vom Einzelkapital je nach den schwankenden Bedürfnissen des Kapitalverwertungsprozesses immer wieder umgangen oder durchbrochen werden, was in ähnlicher Weise auch für andere allgemeine Staatsgesetze, wie Achtstundentat, Mutterschutz, Jugendschutz usw. gilt. (189) Aufgrund solcher Erfahrungen muß den Arbeitern auch die Beschränkung der gewerkschaftlichen Schutzforderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Urlaubserhöhung, so wichtig diese nach wie vor sind, als ungenügend erscheinen, da sie die für die Lohnarbeiter um schärfsten spürbaren u n m i t t e l b a r e n Übergriffe des Kapitals nicht verhindern können, ja z.T. direkter Anlaß zu weiteren Verschärfungen des Arbeitstempos sind. (190)

---

188 KAPITAL, Bd. I, S. 432/434.

189 Das System von Sanktionen und Belohnungen, das dem Kapitalisten gegenüber dem Arbeiter zur Verfügung steht, um diese zur Leistung von Überstunden zu bringen, führt zusammen mit der Tatsache, daß auch heute der tarifliche Lohn zusammen mit der tariflichen Arbeitszeit nur einen sehr knappen Unterhalt ermöglicht, dazu, daß die Kapitalisten immer wieder auf die Bereitwilligkeit der Arbeiter zu Überstunden hinweisen können.

190 Die richtige Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit wird heute von den Gewerkschaften völlig affirmativ begründet. Auf den IG-Metalltagungen wird sie dem Kapital schmackhaft zu machen versucht, indem die Gewerkschaften einen idealen Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung, hohen Löhnen und technischem Fortschritt herstellen. So etwa Otto Brenner in: AUTOMATION UND TECHNISCHER FORTSCHRITT IN DEUTSCHLAND UND DEN USA, Frankfurt/Main 1963, S. 313: "Die Unternehmer und auch Wirtschaftsminister Schiller sollten uns dankbar sein, daß die gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik ihnen steigende Umsätze und eine wachsende Wirtschaft sichert."
Desgleichen der Gewerkschaftsideologe Theodor Prager: WIRTSCHAFTSWUNDER ODER KEINES, Wien/Köln/Stuttgart/Zürich 1963, S. 100. "Also je höher das Lohnniveau, umso höher der Grad der Mechanisierung und der Produktivität... Vollbeschäftigung, Erhöhung der Produktivität und Steigerung der Löhne sind untrennbar miteinander verbunden! Eine Steigerung der Produktivität ist auf die Dauer nur dort durchzuführen, wo der Arbeiter als

Den sachlichen und organisatorischen Veränderungen der Gestalt des Produktionsprozesses und der Intensivierung der Arbeit als wichtigste primäre Formen, in denen sich das Kapital die Arbeit unterwirft, läßt sich nicht durch generelle Bestimmungen begegnen – es sei denn, man stelle sich ein ganz ungeheures Gesetzeswerk vor, das solche Einschränkungen in tausenden von Paragraphen und Bestimmungen beschreiben müßte, das aber trotzdem schon im Augenblick seiner Fertigstellung überholt sein würde und neue Lücken hätte, die sogleich vom Kapital ausgenützt werden könnten. Hinzu käme die Notwendigkeit einer ebenso ungeheuren Bürokratie, die die Einhaltung der Bestimmungen an jedem Arbeitsplatz überwachen müßte. (Abgesehen von der Form der Ausbeutung, die eine absolute Grenze gegen allgemeine regulierende Staatseingriffe setzt, ist diese Grenze auch inhaltlich gegeben. Denn wohin soll sich der Appetit des Kapitals noch wenden, wenn ihm nach der Begrenzung des Arbeitstags auch noch die Produktion des relativen Mehrwerts begrenzt würde?) Die Form der Kontrolle, die dieser Form der Ausbeutung entgegenzusetzen wäre, läßt sich auf jeden Fall nur noch vorstellen als direkte Kontrolle der Produzenten über den Produktionsprozeß, womit sie sich als Kontrolle einer dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß äußerlichen Gewalt selbst aufheben würde.

Wir können, was mit diesem veränderten Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln gemeint ist, vermutlich am ehesten klarmachen, wenn wir das Verhältnis der Gebrauchswertstruktur, der technischen Seite des Arbeitsprozesses, zur Gebrauchswertstruktur, zur besonderen Qualifikation der Arbeitskraft betrachten. Ein rationelles Verhältnis zu den vergegenständlichten Arbeitsmitteln könnten die Produzenten in der kommunistischen Gesellschaft nur in der Weise herstellen, daß sie selbst von vornherein die technische Struktur des Arbeitsprozesses unter dem Blickwinkel ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten und deren Entwicklung sowie ihrer konkreten Bedürfnisse gestalten. Beispielsweise würden die Produzenten im Rahmen eines Betriebes oder eines ganzen Produktionszweiges zusammen mit den Spezialisten die Verbesserung eines bestimmten Produktionsprozesses oder überhaupt eine Neufassung in gemeinsamer Arbeit planen und zuwegebringen. (191) Von vornherein wird dann das Maschinensystem eben nicht die lebendige Arbeit bloß noch als Lückenbüßer anwenden, sondern die Produzenten organisieren planmäßig die Kooperation, das Zusammenwirken der gegenständlichen und der lebendigen Seite des Arbeitsprozesses.

---

ihr Träger durch Lohnerhöhungen an ihr interessiert wird. Gleichzeitig wirkt die Lohnerhöhung als der Stachel, der die Unternehmer zum technischen und organisatorischen Fortschritt zwingt. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit einem Stocken des technischen Fortschritts. S. 101 "Gleichzeitig gilt aber nach wie vor, daß die Produktivität ihren Vorsprung gegenüber den Löhnen beibehalten und sich rascher entfalten konnte, als diese." Hier wird weder gesehen, daß Verkürzung der Arbeitszeit die Unterwerfung des Arbeiters unter die Maschinerie verschärft, den Kapitalisten zu Erhöhung der Intensität der Arbeit des Arbeiters zwingt, wie sie andererseits selbst schon als Notwendigkeit aus der Intensivierung der Arbeit entspringt (vgl. dazu KAPITAL I, 438/440). Noch ist auch nur die Spur einer Vorstellung davon vorhanden, daß die mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit steigende organische Zusammensetzung des Kapitals den tendenziellen Fall der Profitrate bedeutet und damit eine Basis der Krisen und Katastrophen der kapitalistischen Gesellschaft ist. So erscheint dann ein ideales Zusammenfallen von Interessen der Lohnarbeit und des Kapitals gegeben. Forderungen gegen die Intensivierung der Arbeit und ihre Unterwerfung unter die Maschinerie werden nicht mehr erhoben. Zu fragen ist, ob dieses Terrain der Ausbeutung von den Gewerkschaften dem Kapital deshalb nicht bestritten wird, weil die Gewerkschaften als zentralisierte und bürokratisch organisierte Institutionen unfähig sind, an spezifische Arbeitsprozesse im Betrieb gebundene Ausbeutungsformen überhaupt noch wahrzunehmen.

191 Aufgabe eines dieser Spezialisten wäre z.B., die langfristigen Auswirkungen bestimmter Arbeitsvorgänge auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeiter zu erforschen, bzw. entsprechende Änderungen schon bei der Konstruktion des technischen Apparates vorzuschlagen. Eben diese Tätigkeit wurde von einem Mediziner, der Teilnehmer am Professorenkolleg im DDR-Fernsehen im März 1970 (1. Programm) war, im einzelnen vorgetragen. Selbstverständlich erfordert eine derartige Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, daß die Produktion im Rahmen eines gesellschaftlichen Gesamtplans weiterentwickelt wird, und nicht, wie im Kapitalismus aufgrund der zyklischen Bewegungen des Kapitals und der zufälligen Bewegungen der Konkurrenz.

Das Zurücknehmen der Funktionen des Staates in die Gesellschaft wird offenbar vom Produktionsprozeß her notwendig. Der Staat als abgehobene Institution, die durch allgemeine Gesetze einen gewissen Schutz der Arbeitskraft herbeiführen kann, wird zunehmend untauglich, da der Arbeitsprozeß selbst sich allgemeinen Regelungen immer mehr entzieht. Durch diese Entwicklung der Produktion und des stofflichen Charakters der Produktionsmittel und der Arbeitskraft, durch die Methoden, die von da her dem Kapital zur übermäßigen Aussaugung von Mehrarbeit einfallen und an die Hand gegeben sind, fällt also wenigstens in dieser Hinsicht zunehmend die Basis hinweg, auf der der Staat sich als illusorische Gemeinschaft der Gesamtgesellschaft konstituieren konnte und damit zur Fessel des Klassenbewußtseins wurde.

Dabei ist natürlich die Frage zu stellen, ob es gerechtfertigt ist, hier von einer besonderen Form der Ausbeutung zu sprechen, die erst für die gegenwärtigen und zukünftigen Klassenkämpfe von Relevanz sein wird. Schließlich begleitet die Produktion des relativen Mehrwerts die ganze Geschichte des Kapitalismus; sie ist als Entwicklung der Produktivkräfte sein wesentliches Merkmal, unvergleichlich wichtiger wenigstens, als die Produktion des absoluten Mehrwerts. Dazu ist zu sagen, daß es sich in diesem Zusammenhang nur um den Versuch der Darstellung einer historischen Tendenz handeln kann, und als solche verweist sie in der Tat die Lohnarbeiter in zunehmendem Maße auf die Notwendigkeit der Kontrolle der Produktion durch die Produzenten. Zum zweiten wäre zu untersuchen, inwieweit nicht in der Tat von Phasen in der konkreten historischen Entwicklung des Kapitalismus gesprochen werden kann, in denen es unter dem Druck sich verschärfender Konkurrenz (heute auf dem Weltmarkt), der nichts als der Ausdruck sich verschärfender Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals ist, in besonderem Maße auf die Erhöhung des relativen Mehrwerts verwiesen wird. So erfolgt das vehemente Vorantreiben der 'Rationalisierung' der Produktion der BRD ganz deutlich seit der Krise 1967, einer Rationalisierung, die neben der technischen Entwicklung der Produktionsmittel vor allem in die Richtung der Intensivierung der Arbeit geht. (Entlassungen von 'überflüssigen' Arbeitskräften; strenges Durchkalkulieren der Organisationsstruktur des Betriebes und der Struktur der Arbeitsplätze nach Möglichkeiten der Arbeitsersparnis, was noch verbliebene Freiräume der Arbeitsgestaltung und der Arbeitszeitgestaltung durch den einzelnen Lohnabhängigen einschränkt – dies gilt besonders für die Angestellten; die Büroarbeit, aber auch für die Facharbeiter –, Akkorderhöhungen; Arbeitsplatzbewertungsverfahren; MTM-System usw.). Der umfassende und tiefgreifende Charakter dieser 'Rationalisierungskampagne' läßt sich eigentlich nur mit der Phase zwischen 1924 und 1929 vergleichen, in der die Gewerkschaften ebenso euphorisch vom technischen Fortschritt des Kapitalismus als gleichzeitigem Fortschritt für die Möglichkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse schwärmten, wie dies heute Prager und Brenner tun. (192)

Jedenfalls ist festzuhalten, daß die Produktion des relativen Mehrwerts nicht kontinuierlich gesteigert wird und auch nicht einen kontinuierlich steigenden Druck auf die Lohnarbeit ausübt, sondern daß hier Phasen verstärkten Drucks auf die Arbeiterklasse zu beobachten sind, die nicht zufällig mit wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zusammenfallen, und daß das Kapital sich gegenwärtig in einer solchen Phase befindet. Zum dritten ist hier wichtig, daß anhand dieser Entwicklungen die Arbeiter auf die selbsttätige Wahrnehmung ihrer Interessen verwiesen werden, und daß hier ein wesentlicher Grund für den Verlust des Einflusses der bürokratisch organisierten und auf Integration ins kapitalistische System bedachten Gewerkschaften liegt. Dies zeigen sowohl die Anlässe zu wilden Streiks in den USA, die primär sich gegen Intensifikation der Arbeit und totale Unterordnung unter die Maschinerie richten (193), als auch die wilden Streiks in Schweden, deren Kernpunkt neue Akkordfestsetzungen zusammen mit schikanierenden Antreibermethoden waren, das zeigten die großen Streikbewegungen bei Fiat und Pirelli in Italien (bei Fiat z.B. war die Auspowerung der Arbeiter durch Bandgeschwindigkeiten und Antreiberei soweit fortgeschritten, daß viele Arbeiter einige Tage im Monat krankfeiern mußten, um überhaupt wei-

192 Vgl. Anm. 190. Zur Rationalisierung nach 1924, vgl.: Otto Bauer: KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS NACH DEM WELTKRIEG, 1. Bd. Rationalisierung und Fehlrationalisierung SOZIALISMUS NACH DEM WELTKRIEG, 1. Bd. Rationalisierung und Fehlrationalisierung, Berlin 1931. Was die technische Seite der Rationalisierung angeht, so ist hier festzuhalten, daß seit der Krise 1967 die Einführung von elektronischer Datenverarbeitung in den Betrieben einen qualitativen Sprung vorwärts gemacht hat.

193 Vgl. dazu LEVIATHAN, Nr. 1, 1969 (eine Zeitschrift der US-amerikanischen Linken).

terarbeiten zu können und sich nicht total zugrunde zu richten), das zeigt aber auch die Streikbewegung im September in der BRD, wo die Empörung der Arbeiter über stagnierende Löhne und flotte Gewinnmacherei ihre Vehemenz aus der gleichzeitigen Verschärfung des Arbeitsdrucks in den Betrieben erhielt.

Indem der Staat jedenfalls für Forderungen der Arbeiter wie die Verringerung des Arbeitstempos, Gegenwehr gegen die Erhöhung der Akkordsätze, Kampf gegen weitere Intensivierung der Arbeit, gar nicht mehr als Adressat in Frage kommt, sondern die Auseinandersetzungen hier ausschließlich auf der Ebene zwischen Lohnarbeit und Kapital erfolgt, fällt auch immer mehr die Basis jener Illusion des Bewußtseins fort, daß der Staat es sei der die Verbesserung der Situation der Arbeiter innerhalb des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital zu betreiben habe. (194)

Unter diesem Aspekt müßten die Kämpfe der norditalienischen Arbeiter seit dem letzten Sommer genau untersucht werden, bei denen der Staat im wesentlichen als hilflose Gestalt im Hintergrund blieb. Im Angesicht dieser Kämpfe schwindet der Schein, als ob der Staat aus einer Zaubertüte immer neue sozialpolitische Befriedungsmittel zur Manipulation der Massen hervorziehen könnte. Als Mittel der Herrschaftssicherung des Kapitals bleibt ihm dann in der Tat nichts als die Staats g e w a l t: Polizei, Heer, Strafjustiz. Dagegen ist eine materielle Grundlage für Sozialstaatsillusionen in den zunehmenden 'Aufgaben' des Staates auf dem Gebiet der 'Bildungspolitik' zu sehen. Bei der Anwendung der bereits qualifizierten Arbeitskraft in der Produktion findet der Kampf immer direkter zwischen Arbeitgeber und Arbeitsanwender, zwischen Lohnarbeit und Kapital statt; bei der Qualifikation der Arbeitskraft dagegen nimmt die Rolle des Staates immer weiter zu. In den im Ausbildungsbereich aufbrechenden Konflikten erscheint der Staat, der 'Staatsapparat', als wesentlicher, ja einziger und einheitlicher Gegner. Hier liegt die materielle Basis für enorme Überschätzung der Rolle des Staates im 'Spätkapitalismus', die für einen großen Teil der Studenten- und Schülerbewegung kennzeichnend ist. Und zwar ist die Erfahrungsgrundlage dieser Illusion nicht nur das Erlebnis von Polizeischlachten und Justizverfolgungen, sondern zugleich die Tatsache der errungenen Zugeständnisse und der gewährten Reformen, der 'Modernisierung des Bildungswesens'. Wie sehr diese Reformen aus den Widersprüchen der Kapitalverwertung selbst heraus notwendig werden, wie sie nur in langwierigen Auseinandersetzungen und meist in Halbheiten durchgesetzt werden, und vor allem wie es für alle staatlichen Bildungsreformpläne äußerst reale Schranken, die Antastung des Mehrwerts gibt, das bleibt denen leicht verborgen, die immer nur den 'Staatsapparat' als Gegner erleben. Ein neuer Revisionismus könnte so bei denen entstehen, die aufgrund der schroffen Trennung des Bildungs- vom Produktionsbereich in der kapitalistischen Gesellschaft vergessen, daß sie nur ausgebildet werden, um den Appetit des Kapitals adäquat zu befriedigen. Diese Einsicht zu verhindern sind die gegenwärtigen politischen Maßnahmen der SPD – Amnestie, Herabsetzung des Wahlalters und der Wehrdienstzeit – besonders geeignet. Kann dagegen diese Einsicht schon den Schülern und Studenten (natürlich nicht denen, die sich bewußt auf den Dienst bei den Unterdrückungsapparaten vorbereiten) vermittelt werden, indem sie ihre Auseinandersetzungen mit dem Staat nicht als Kampf um ständige Privilegierungen, sondern im Zusammenhang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital begreifen und daraus Konsequenzen für die politische Praxis ziehen, so kann der Kampf gegen die staatliche Produktion der Arbeitskraft im Dienst des Kapitals zu einer Nebenfront des Klassenkampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital werden.

---

194 Zu fragen ist dabei, ob die Gewerkschaften in der Lage sind, dieser Entwicklung durch Herausstellung von Forderungen, die durch g e n e r e l l e Regelungen zu befriedigen sind (Krankengeld, Rentenerhöhung und Lohnforderungen) auf die Dauer entgegenzuwirken. Wenigstens läßt sich zeigen, daß scheinbare Erfolge in dieser Richtung, wie die Verabschiedung des Gesetzes zur 'Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall' im Sommer 1969, keine wirkliche Besserung der Situation der kranken Arbeiter bewirkt hat, da Kautelen in den Gesetzestext eingebaut sind, die eine Umgehung der Zahlungen ermöglicht, so daß z.T. die Unsicherheit der Arbeiter für den Krankheitsfall sogar gestiegen ist. (vgl. dazu: ROTE KOMMENTARE, Hrsg.: SDS Heidelberg, 20.3.70).

Helga Faßbinder

Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative

Der vorliegende Aufsatz ist im Zusammenhang der Diskussion über Einzelprobleme sozialstaatlicher Intervention entstanden, deren erstes Ergebnis die einleitende Arbeit von Wolfgang Müller und Christel Neusüß "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" ist. Die dort allgemein entwickelte Kritik wird hier an einem Punkt ins einzelne verfolgt: der Offeschen These von den "horizontalen Disparitäten". (1).

Diese These soll hier kritisiert werden als Beispiel für an den Erscheinungsformen gesellschaftlicher Benachteiligung orientierte Konzeptionen der schrittweisen und arbeitsteiligen Beseitigung "sozialer Mißstände", wie sie etwa von den Jungsozialisten vertreten werden und in der Stadtteilarbeit vieler linker Gruppen ihren Ausdruck finden. (2) Direkt auf die Disparitätenthese beziehen sich besonders Gruppen, die von der beruflichen Aufgabe her einer sozial engagierten Praxis verpflichtet sind und die gerade in der Begrifflichkeit der Disparitätenthese eine theoretische Überhöhung ihrer eigenen Praxis finden können, wie Sozialarbeiter, Architekten, Stadtplaner, Pädagogen, Psychologen etc. Sie können darüberhinaus die von Offe angegebenen praktischen Schlußfolgerungen aus jener These als konkrete Handlungsanweisung verstehen: Der "professionalisierten Intelligenz" wird eine exponierte Bedeutung zugemessen als Initialzündung für sich außerhalb des traditionellen Institutionensystems bildende "Basisgruppen" disparitär benachteiligter Bürger, die als Motor einer "revolutionären Transformation" interpretiert werden.

Nachdem seit geraumer Zeit diverse Gruppen eine derartige Konzeption praktisch erproben, ist es notwendig, exemplarische Erfahrungen dieser Versuche den theoretischen Konstruktionen der Disparitätenthese gegenüberzustellen und damit die bei Müller und Neusüß entwickelte Kritik empirisch zu belegen.

Rekapitulieren wir zunächst die Grundthesen der Disparitätentheorie:
Ausgangspunkt von Offes Analyse ist die These, daß den staatlich regulierten Spätkapitalismus drei fundamentale Systemprobleme beherrschen, deren Bewältigung sich für das staatliche Handeln zum "interessenunspezifischen, 'sachgesetzlichen' Imperativ" verselbständigt: ökonomische Stabilität, außerwirtschaftliche und militärpolitische Beziehungen und die Sicherung der Massenloyalität (3). Daraus schließt Offe einmal auf eine "Lockerung der Beziehung zwischen Arbeitsleistung und Einkommen", da das Einkommen zunehmend politischen Regulationen unterworfen werde und die Form "angemessener Entschädigung" anzunehmen tendiere; zum andern lasse sich eine "Lockerung der Beziehung zwischen Einkommen und Le-

benschancen" feststellen. Denn die Beschränkung staatlichen Handelns auf ein umsichtiges crisis management der langfristigen Vermeidungsstrategie erzeuge ein "konzentrisches Prioritätenschema staatlichen Eingreifens von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Problemberei chen, in dem diese umso näher beim Zentrum der höchsten Dringlichkeitsstufe stehen, je mehr die Verletzung entsprechender Ansprüche ökonomische Stabilitätsvoraussetzungen infrage stellen würde" (4). An der Peripherie lägen diejenigen gesellschaftlichen Bedürfnisse, die ihre Berücksichtigung nicht durch Konfliktdrohung erzwingen könnten; dagegen besäßen diejenigen Interessengruppen und Problembereiche eine strukturelle Privilegierung, die eine funktionale Unentbehrlichkeit vorweisen könnten. Somit sei der Pauperismus des 19. Jahrhunderts abgelöst durch den Pauperismus der d e p r e s s e d a r e a s in der Unterversorgung der alle Bürger betreffenden Bereiche wie Bildung, Verkehr, Wohnung, Gesundheit; die gleiche Benachteiligung gelte aber auch für "biographische Marginalsituationen" wie Vorschule, Alter, Arbeitslosigkeit, Geisteskrankheit, Kriminalität und für "gesellschaftliche Ausnahmesituationen ethnischer Minderheiten, zukunftsloser Wirtschaftszweige, der Slums und der strukturellen Armutsgebiete". (5)

Die gesellschaftliche Benachteiligung betrifft danach also einmal "Situationsgruppen", denen jeder Bürger mit Teilen seiner Existenz angehört, zum anderen "Randgruppen", die aus dem Produktionsprozeß Herausgefallene umfassen. Beiden gemeinsam sei die Unterdrückung bestimmter Bedürfnisse, deren besonderer Charakter darin liege, daß sie "nicht an die herkömmliche Dimension der Tausch- und Leistungsgerechtigkeit und traditionalistischer Statusansprüche gebunden sind" (6). Deshalb könnten sie "neue Formen der sozialen Interaktion und neue Formen der Bedürfnisbefriedigung, kurz: historischen Fortschritt herbeiführen", wenn es gelänge, sie in Institutionen solidarischer Willensbildung zum Ausdruck kommen zu lassen.

In den "Situationsgruppen" glaubt Offe also, ein neues "gesellschaftliches Subjekt historischen Wandels" gefunden zu haben. Die systemumwälzenden Perspektiven von deren Mobilisierung theoretisch plausibel zu machen, bereitet ihm allerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Es bedürfe dazu neuer Aktions- und Organisationsformen, deren Erfolg davon abhinge, ob es gelänge, der kollektiven Deprivation der Wirklichkeit eine anschauliche andere Möglichkeit gegenüberzustellen. Dazu müsse die professionalisierte Intelligenz initiierende Funktionen übernehmen: "Das Personal der zurückbleibenden Institutionen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Stadtplanung und der Architektur und einiger weiterer Bereiche in Technologie, Administration, Planung und Forschung ist zumindest von seinen spezialisierten Berufskenntnissen her in der Lage, den Konflikt zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit für sich und andere zu konkretisieren und so in einem politischen Bezugsrahmen systemtranszendierende Bedürfnisinterpretationen anzubieten, die freilich nur auf der Basis neuer politischer Organisationsformen außerhalb des politischen Systems folgenreich werden könnten" (7). Auf diese Weise könnte die fast unüberwindliche Starrheit des

politischen Institutionensystems in einem Demokratisierungsprozeß von unten, durch organisierte Bedürfnisartikulation in den peripheren Bereichen in Bewegung gebracht und durch die Konfliktdrohung das "Zentrum" zum ausgleichenden Eingreifen gezwungen werden.

DIE KONKRETISIERUNG DER DISPARITÄTENTHESE FÜR DIE STADTPLANER

Wie man sich den "gesellschaftlichen Wandel" durch die Mobilisierung von Situationsgruppen vorzustellen hat, hat Offe in einem Vortrag bei einem Kolloquium des Münchener Instituts für Städtebau und Landesplanung (8) für die Berufspraxis von Architekten, Stadt- und Regionalplanern konkretisiert. Diese Ausführungen, die über die Planungsdisziplinen hinaus wenig bekannt geworden sind, verdienen deshalb besonderes Interesse, weil Offe hier aus der Diskussion technokratischer Entscheidungsmodelle als praktisch-politische Konsequenz der Disparitätenthese eine K o n z e p t i o n p l a n u n g sbezogener p o l i t i s c h e r B a s i s o r g a n i s a t i o n e n entwickelte.

Ausgehend von der Frage nach der Möglichkeit, die Bedingungen zukünftigen Lebens mit den Bedürfnissen in Einklang zu bringen, werden die Bereiche des Bildungs- und Gesundheitswesens und der Stadtplanung begriffen als solche, in denen wegen ihrer relativen Ferne von den zentralen Bereichen Wirtschaft, Militär und Politik die Entscheidungen sich in einem gewissen Spielraum bewegen könnten, weil auf ihnen nicht der unmittelbare Druck der Systemerhaltung laste. Dieser Spielraum könne erweitert und für eine bedürfnisgerechtere Planung genutzt werden durch die Mobilisierung der Betroffenen, die innerhalb von Organs ationen - außerhalb des etablierten Institutionensystems- sich ihrer Bedürfnisse in einem kollektiven Willensbildungsprozeß bewußt werden und sie artikulieren sollten. Denn die in diesen peripheren Bereichen auftretenden Sachzwänge wie di e institutionellen (genannt werden Verwaltungsstruktur, Finanzierungsmöglichkeiten, Eigentumsordnung, sowie das Fehlen von zentralen Planungsinstitutionen), die Zwänge der knappen Zeit und die der knappen Mittel sind nach Offe nur die "Folge eines institutionellen Defekts, denn Sachzwang herrscht dort, wo die Institutionen der Öffentlichkeit vertrocknet sind, bzw. wo es nicht gelungen ist, sie durch neue politische Institutionen zu ersetzen" (9). Eine von der Basis her wiederbelebte Öffentlichkeit aber könne die dem Entscheidungsspielraum durch "Sachgesetzlichkeit" gezogene Grenze immer wieder hinausschieben. "Diese Grenze bildet eine Barriere, die prinzipiell auflösbar, nur jeweils noch nicht aufgelöst ist" (10).

Eine n u r am Sachzwang orientierte technokratische Reformpolitik kritisierte Offe als unzureichend: Es bedürfe in Bereichen wie Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungsbaupolitik zur Lösung der Probleme "der aufgeklärten Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung". Die traditionellen Mittel, materielle Anreize und Bestrafungen, reichten nicht aus, "auf einem relativ hohen Niveau der ökonomischen Prosperität und im Rahmen gesicherter Grundrechte ... komplementäres Verhalten zu erzeugen".
Solche aufgeklärte Kooperationsbereitschaft, mit deren Entstehen überkommene Verhaltensmuster und Gesellschaftsbilder jedenfalls zum Teil verflüssigt würden, gedeihe aber prinzipiell nur unter Bedingungen, die den Bürgern die freie Artikulation ihrer Bedürfnisse und die entsprechenden politischen Handlungsspielräume zur Verfügung stellen.

An dieser Kritik der technokratischen Reformpolitik wird Offes Vorstellung von dem Verlauf der gesellschaftlichen Umwälzung deutlich: Das angebotene organisatorische Konzept der "Situationsgruppen" dient zunächst dazu, technokratische Reformpolitik um jene aufklärerische Komponente zu bereichern, die es ihr erst ermöglicht, aus dem Dilemma ihrer eigenen Sabotage herauszukommen, denn "das apathische Bewußtsein entpolitisierter Verwaltungsobjekte, das von technokratischen Entscheidungsstrukturen produziert wird, ist zugleich deren gravierendes Funktionshindernis". (11) Die außerhalb der Institutionen organisierten Gruppen sollen also zunächst den reibungsloseren Ablauf notwendiger struktureller Veränderungen gewährleisten. Der Entscheidungsspielraum, der diesen Gruppen explizit gemacht werden muß, um ihr "Mitmachen" anzuregen, führt dann aber "mit erfreulicher Folgerichtigkeit" darüberhinaus, wie Offe meint, denn die "Nutzung zugestandener oder erkämpfter politischer Handlungsspielräume an der Basis (tendiert) dahin, die beiden Systemprämissen -politische Repräsentation und privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidung- zu stören oder zu zerstören". (12)

Auf dem Hintergrund dieser vagen Einschätzung einer möglichen gesellschaftlichen Veränderung kritisiert Offe verschiedene Vorschläge und praktizierte Versuche von Stadtplanern, die Bedürfnisse von Planungsbetroffenen in den Planungsprozeß einzubeziehen, die er in einer Folge von vier Stufen darstellt, worin jede Stufe die Schwierigkeiten der vorangegangenen überwunden habe.

Die ersten beiden Stufen behandeln die Ergänzug der Arbeit der Planer zunächst durch interdisziplinäre Kooperation (Stufe 1), dann durch empirisch-soziologische Methoden der Befragung (Stufe 2). Hier formuliert Offe als grundlegenden Einwand: "Es gehört zum Merkmal gesellschaftlicher Bedürfnisse und Interessen, daß sie nicht vom isolierten Individuum, das isoliert von konkreten Lebenssituationen befragt wird, angegeben werden können, sondern daß sie nur in einer kollektiven Kommunikation, und zwar in unmittelbarer Nähe zu den Situationen, über die diskutiert wird, aufzudecken sind". (13)

Als dritte Stufe wird ein Modell genannt, das die Schwierigkeiten einer sich auf das herkömmliche Methodenarsenal gesellschafts- und planungswissenschaftlicher Disziplinen beschränkenden Vorgehensweise berücksichtigt: die schon klassische Anwaltsplanung, wie sie Paul Davidoff beschrieben hat (14), der, ausgehend von einem pluralistischen Demokratieverständnis, auch die Teilnahme von bisher noch nicht ins etablierte System von Interessenvertretung einbezogenen Gruppen am Planungsprozeß erwirken will. Um den Gefahren eines der Öffentlichkeit entzo - genen bürokratischen Managements zu begegnen, schlägt Davidoff vor, den Widerstreit von Interessen öffentlich auszutragen, indem jede Interessengruppe unter Mitwirkung eines Anwaltsplaners einen von ihr mit Nachdruck zu vertretenden Entwicklungsplan für die Kommune aufstellt. Als Anwalt habe der Spezialist die Sprache der Planung transparent zu machen auf die in einzelnen Plänen zur Geltung kommenden Interessen, - nicht denunziatorisch, sondern Fakten und Gründe abwägend, die für die einzelnen Vorschläge sprechen und andere weni ger wünschenswert machen.
Diese Konzeption bezichtigt Offe "offensichtlicher Naivität", da nicht angenommen werden könne, daß sich die Planungsbehörde in der Rolle eines neutralen Richters befinde, der ohne Eigeninteresse die kontroversen Vorschläge abwägt und Lösungen findet, noch könne davon ausgegeangen werden, daß alle beteiligten Interessengruppen so weit organisiert seien daß sie die Gemeinsamkeit ihrer Bedürfnisse und deren Inhalte erkennen könnten. (15)

Das 4. und letzte Modell der Stufenfolge, das die Beschränkungen der Anwaltsplanung in "radikaler Konsequenz durchbricht", sieht folgendermaßen aus:
"Wenn das Mitspracherecht bei einem pluralistischen Planungsprozeß auf wenige, konsolidierte Interessenorganisationen beschränkt ist; wenn demzufolge zahlreiche potentielle Interessengruppen vom Mitspracherecht ausgeschlossen sind und deshalb keine Chance haben, sich als Träger kollektiver Bedürfnisse zu etablieren, und deshalb in der schicksalshörigen Apathie derer beharren, die allenfalls Schlimmeres zu erwarten haben; wenn außerdem die Unparteilichkeit derjenigen Entscheidungsinstanz, die im pluralistischen Kräftespiel schließlich den Richtspruch fällt, durchaus in Zweifel gezogen werden muß; dann ist es nur konsequent, wenn die Planungsinstanzen ihre Orientierungen von planungsbezogenen politischen Basisorganisationen beziehen, d i e s i e f r e i l i c h s e l b s t e r s t i n s L e b e n z u r u f e n h ä t t e n". (16)

Gerade dies letzte Konzept kommt dem latenten Wünschen der Mitglieder der Intelligenz in den Planungsbereichen sehr entgegen. Auf der Grundlage der zentralen Positionen - 1. der These von der relativen Entferntheit von Bereichen wie Städtebau, Verkehr, Bildung, Gesundheit etc., von den zentralen Bereichen Wirtschaft und Politik, und 2. der These vom Spielraum für wesentliche Reformen in diesen Bereichen werden Handlungsspielräume für die Planerintelligenz unterstellt zur Beeinflussung von Planungen im Interesse der Bepoanten. Es ist daher kein Zufall, wenn einer der Kronzeugen, die Offe für sein viertes Modell anführt, die Basisgruppe Kreuzberg, die hauptsächlich aus Architekturstudenten bestand, ganz naturwüchsig auf der Basis eines derartigen ("Offeschen") Ansatzes arbeitet. Wegen ihrer immer noch latenten Relevanz für die Praxis von Stadtteil-Gruppen müssen Offes grundlegende Thesen im folgenden untersucht werden.

DIE KONZERNINTERESSEN AN DER REGIONALEN NEUORDNUNG UND DIE STRATEGIE LOKALER BASISORGANISATION

Aus der Vielzahl der US-amerikanischen Versuche von Gemeinde-Selbstbestimmung in der Stadtplanung wollen wir die Erfahrungen einer organisatorisch äusserst erfolgreichen Gruppe in San Francisco untersuchen, um zu zeigen, daß selbst unter diesen extrem günstigen Bedingungen die These von der Entferntheit der disparitären Lebensbereiche gegenüber dem zentralen Bereich Wirtschaft sich nicht aufrechterhalten läßt; daß vielmehr diese Bereiche als Teile der Infrastruktur nach den Verwertungsinteressen des Kapitals umstrukturiert werden und von daher der Entscheidungsspielraum von Community Power auf marginale Fragen beschränkt ist.

Am Beispiel von Entwicklungen in der Region von San Francisco lassen sich die Umstrukturierung der Infrastruktur und die damit verbundene Zentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung unter der Führung der Konzerne verfolgen. Diese Tendenzen können sich im Gebiet der Bucht von San Francisco ohne Behinderung durch die Interessen partikularer Kapitalfraktionen entfalten, da den Neuerern keine alteingesessene Oligarchie gegenübersteht. Der Handelskammer von San Francisco zufolge, "baut die Wirtschaft von San Francisco auf ihrer Rolle als Hauptverwaltungszentrum des amerikanischen Westens auf". Diese basiert auf der Konzentration von Banken, Versicherungen und Immobiliengesellschaften. Die aufstrebenden Industriestädte im Gebiet der Bucht wie Oakland, Hayward, oder San José sind ihrerseits an der Entwicklung des Handels- und Verwaltungszentrums von San Francisco interessiert, denn "sie glauben, daß (die Entwicklung ihrer Industrie) von einem starken Finanzzentrum und einer wirkungsvollen regionalen Koordination abhängt". (17) Das heißt, die spezifische Art der bereits in San Francisco und der weiteren Region vorgenommenen Infrastruktur-Investitionen haben die Interessen von Industrie- und Bankkapital in einer Entwicklungsplanung für die Region vereint, die San Francisco als Mittelpunkt von Handel und Verwaltung ausbauen soll.

Das Gebiet der Bucht von San Francisco und San Pablo, das gegenwärtig über 90 Gemeinden mit ca. vier Millionen Einwohnern umfaßt und in neun Verwaltungsbezirke unterteilt ist, hat in den letzten zwanzig Jahren einen starken industriellen Aufschwung genommen, der sich Trendprognosen zufolge fortsetzen wird: Bis 1980 werden voraussichtlich sieben Millionen Menschen im Baygebiet leben. Wie die Konzerninteressen die von dieser Entwicklung geforderte Neustrukturierung und Erweiterung der Infrastruktur bestimmen, haben Beagle, Haber und Wellman dokumentiert. (17) Die Konzerninitiativen verlaufen in drei programmatischen Stoßrichtungen: a. regionale Vereinheitlichung der Verwaltung, b. Errichtung eines regionalen Schnellverkehrssystems, c. Stadtsanierung in den Ballungszentren.

Die grundlegende Zielsetzung ist die Vereinheitlichung der Verwaltung auf regionaler Ebene, die von der seit dem Ende des 2. Weltkrieges arbeitenden Planungsgruppe BAY AREA COUNCIL verfolgt wird, einer Superlobby, die sich aus den leitenden Angestellten der größten Konzerne des Baygebietes zusammensetzt und finanzielle Unterstützung von allen neun Bezirksverwaltungen erhält. Ihr Programm lautet, "das Gebiet der Bucht von San Francisco auf einer politischen Basis zu organisieren, die der wirtschaftlichen Realität entspricht", wie es ein Vizepräsident des COUNCIL formulierte. Dies besagt, die politischen Institutionen sollen als Instrument der ungehinderten Durchsetzung der Interessen der größten Konzerne modernisiert werden, da für sie ein einheitlicher und zentralisierter Markt erforderlich ist. Daß damit auch der Beteiligung der Öffentlichkeit an der lokalen Verwaltung ein Ende gesetzt wird, stellte eine nationale Vereinigung der größten Konzerne, das COMMITTEE FOR ECONOMIC DEVELOPMENT klar. Wie das COMMITTEE propagiert, sollen diejenigen Fragen, die heute noch als politische Probleme aufgefaßt werden, als technische Aufgaben behandelt werden, um Konflikte und Ineffizienz zu vermeiden. Das COMMITTEE FOR ECONOMIC DEVELOPMENT betreibt diese Strategie dadurch, daß es die Bildung gutausgerüsteter und mächtiger Regionalverwaltungen unterstützt, wodurch die lokalen Verwaltungseinheiten um 80 % reduziert werden sollen. Weiter sollen nach Vorstellung des COMMITTEEs die Verfassungen der Bundesstaaten dahingehend geändert werden, daß die Vielzahl von kommunalen Wahlen stark verringert und Selbstverwaltung nur noch denen zugestanden wird, "die sie handhaben können" (18).

Der zweite Komplex, mit dem sich die technokratischen Planungsinitiativen der Konzerne in der Region von San Francisco befassen, ist die Errichtung des Schnellverkehrssystems BAY AREA RAPID TRANSIT (BART), das das Stadtzentrum mit Konsumenten und Arbeitskräften der gesamten Region verbinden soll. Dieses Schnellverkehrssystem soll einmal zur Überwindung der vom Auto verursachten Verstopfung der Innenstadt dienen und dadurch den Unternehmen im Stadtzentrum Wachstum und neue Prosperität garantieren. Zum anderen soll es mehrere, bisher nur lose zusammenhängende Märkte von Arbeitskräften, Waren und Dienstleistungen mit einander verknüpfen. Allerdings trifft die Trassenführung eine sorgfältige Auswahl: mit der Innenstadt verbunden werden lediglich die wohlhabenderen Vororte. (19) Dies erschließt den in der City ansässigen Unternehmen das white-collar-Arbeitskräftepotential der gesamten Region. Ebenso wird damit den anspruchsvolleren, d.h. zahlungsfähigeren Konsumenten leichter Zugang zu den exklusiven Einzelhandelsgeschäften des Citybereichs und den ihm eigenen speziellen Dienstleistungen verschafft. Die Linien verbinden aber nicht die Innenstadt, in der die Arbeiterviertel liegen, mit dem industriellen Hinterland; berühren oder durchschneiden sie die innerstädtischen Ghettos wie z.B. die Oakland Ghettos, so gibt es dort keine Station. Das BAY AREA RAPID TRANSIT SYSTEM ist also nicht darauf angelegt, Arbeitern aus den schwarzen und braunen Ghettos Arbeitsplätze in der Industrie außerhalb der City zu erschliessen. Es leistet somit nicht einmal als Ne-

beneffekt einen Beitrag dazu, den wenig qualifizierten, beschäftigungslosen Arbeitern Zugang zu einem größeren, regionalen Angebot von Arbeitsplätzen zu verschaffen.

Von Anfang an war das BAY AREA RAPID TRANSIT SYSTEM als ein öffentliches Verkehrsmittel mit einem beschränkten Benutzerkreis geplant worden. Sein Einzugsbereich wurde definiert durch die klar erkennbare Zielsetzung, die Zusammenfassung von Bank- und Handelskapital sowie von Verwaltungsfunktionen von Industriekonzernen in San Francisco voranzutreiben. Die Folge davon ist eine starke innerstädtische Verdichtung, ablesbar bereits jetzt an einem enormen Bauboom. Damit bewirkt das Schnellbahnsystem indirekt die Vertreibung der lower class aus der Innenstadt, auch ohne daß erklärte Sanierungsprogramme nötig wären. Zur Senkung der Baukosten wird die Bahn, soweit möglich, durch die Viertel mit der schlechtesten Bausubstanz gelegt, wo Grundstückspreise und Entschädigungskosten gering sind und in denen "naturgemäß" die Gruppen mit dem niedrigsten Einkommen leben. (20) Damit kommt der bekannte Mechanismus in Gang: Im gleichen Augenblick, da sich die Kommune durch den Bahnbau in verstärktem Maße verschuldet und deshalb die Grundsteuer zur Aufbringung der Kosten erhöht, steigen die Grundstückspreise entlang der Trasse, vor allem aber im Umkreis der Bahnhöfe, weil die Nachfrage nach diesen durch den Bahnbau gut erschlossenen Grundstükken steigt. Diese erhöhten Bodenpreise werden der neuen Grundsteuereinschätzung zugrundegelegt. Dies schlägt sich, ebenso wie der erhöhte "Wert" des Bodens, (der auf der Erwartung höherer Bodenrente beruht), in erhöhten Mieten nieder. Die Auswirkungen auf die Arbeiterfamilien mit geringem Einkommen, die jetzt dort wohnen, sind abzusehen: Während schon die Trassenführung selbst billige Wohnungen vernichtet, steigen die Mieten der Wohnungen an der Trasse unverhältnismässig stark. Die bisherigen Mieter werden zum Auszug gezwungen; für neue Mieter mit höherem Einkommen ist die Bausubstanz zu schlecht. Die alten Eigentümer müssen verkaufen, da sie für Abriß und Neubau ihrer Gebäude zu finanzschwach sind. Die Häuser gehen an große Baugesellschaften über, die sie abreißen und das ganze Gebiet für höhere Einkommensklassen neu aufbauen.

Die dritte technokratische Planungsinitiative stößt in einen Bereich, in dem sich, wie die Erfahrungen zeigen, der Widerstand der Betroffenen am ehesten herausbilden kann: die Stadterneuerung. Die ersten Erfahrungen mit der Stadterneuerung in San Francisco zeigten schon deutlich, zu wessen Gunsten die von Konzerngruppen unterstützten Planungen durchgeführt wurden, und sind daher für unser Thema von besonderem Interesse. Beim Golden Gateway, einem an der Küste gelegenen Projekt für überdurchschnittlich hohe Einkommensklassen, das einen alten Rohproduktenmarkt ersetzte, ebenso wie beim Diamond Heights Projekt wurden selbst auf unbebautem Gelände nur Luxuswohnungen errichtet. Im ersten Sanierungsgebiet von Fillmore, wo früher 6 000 Schwarze lebten, vermochten nach der Erneuerung, bei der eine Reihe von teuren Wohnhäusern gebaut wurden, nur drei Familien in das

Gebiet zurückzuziehen. Einige schwarze Familien der Mittelschicht aus anderen Gebieten zogen ein, aber nicht die Masse der früheren Ghettobewohner. 1964 begann die Sanierungsbehörde, in benachbarte Gebiete des Fillmore-Ghettos einzudringen. Mehr als 40 000 Menschen, von denen 70 % Schwarze sind, wurden und werden von diesem Vorstoß betroffen. Als Hauptursache für die Ausdehnung der Fillmore-Sanierung wurde die Sicherung der hohen Bodenwerte angegeben, die durch die Aufwertung des ersten Sanierungsgebietes durch teure Wohnhäuser erreicht worden war. Den Plänen der Administration zufolge, können nur isolierte Ghettos wie Hunters Point, die weit von der Innenstadt entfernt sind, ohne die Vertreibung der gegenwärtigen Bevölkerung saniert werden. Im Stadtkern bleibt Sanierung identisch mit Evakuierung.

Das Regulativ dieser Praxis ist Produktion für den Markt zahlungskräftiger Nachfrage. Der Leiter der Sanierungsbehörde von San Francisco, Justin Herman, drückte das so aus: "Jeder, der etwas nachdenkt und guten Willens ist, erkennt, daß es nicht Diskriminierung allein ist, sondern daß auch ein Mangel auf Seiten der Schwarzen besteht. Das moralische Ziel ist zwar - die Chancen auszugleichen. Aber selbst wenn es theoretisch möglich wäre, Diskriminierung auszuschließen: Neger verdienen dennoch nicht genug Geld, um in San Francisco zu leben". (21) Dies ist die klare und bestimmte Aussage eines Sanierungspraktikers. Sie unterscheidet scharf zwischen moralischer Diskriminierung, die eventuell mit gutem Willen zu beseitigen ist, und "objektiver Unfähigkeit", nämlich der beschränkten Zahlungsfähigkeit der Lohnarbeiter im Kapitalsystem (von denen die Schwarzen freilich die am wenigsten zahlungsfähigen sind).

Dieser klaren Feststellung steht die beschönigende Funktion von "Bürgerberatungsgruppen" wie der SAN FRANCISCO PLANING AND URBAN ASSOCIATION (SPUR) gegenüber. In einem Grußwort an eine Tagung von SPUR benannte ein Professor der University of California das strategische Dilemma der Sanierungsaktivität in San Francisco in sonntäglicher Reflexion: "San Francisco wird immer mehr polarisiert. Es besteht das unleugbare Bedürfnis, Leute der Mittelklasse mit Kindern herbeizuholen. Andererseits tragen wir auch die Verantwortung gegenüber den Negern". (22) "Verantwortung" tragen die "Bürgerberater" von SPUR aber vor allem gegenüber den Konzernen, die diese Gruppe zur Unterstützung der von ihnen vorangetriebenen Sanierung ins Leben gerufen haben und finanziell am Leben erhalten. Im BLYTH-ZELLER BACH-COMMITTEE, dem Initiator der Bürgerberatungsgruppe SPUR, sind u.a. vertreten: die Bank of America, Bechtel Corporation (die größte Baugesellschaft der Welt), Pacific Telephone, Pacific Gas and Electric, Standard Oil, Levi Strauss, American Trust Co., Magnins (großer Detailhandel der City) und Matson-Navigation. Die "Bürger", richtiger: die Bourgeois des BLYTH-ZELLERBACH-COMMITTEE kamen drei Jahre in voller Höhe für die Ausgaben von SPUR auf und besorgen heute 50 % ihrer Gelder; Verbindungsmann zwischen den beiden Gruppen war der Finanzexperte

Jerd Sullivan, der jahrelang sowohl als Vorsitzender von SPUR, wie auch des BLYTH-ZELLERBACH-COMMITTEE fungierte. John Hirten, ehemals leitender Direktor von SPUR, sorgte für die Verbindung zum BAY AREA COUNCIL, der 1945 gegründeteten Manger-Planungsgruppe, zu deren Verwaltung er gehörte. Gelegntlich gab einer der Direktoren der "Bürgerberatungsgruppe" SPUR seine spezifische "Verantwortung" gegenüber den Nicht-Eigentümern und Unterprivilegierten zu erkennen, indem er ihnen einfach die Qualifikation absprach, bei der Entscheidung über das Geschick ihres Gebietes eine Rolle zu spielen.

Entsprechend beurteilte denn auch die "Bürgerberater" der SAN FRANCISCO PLANING AND URBAN RENEWAL ASSOCIATION die Entstehung einer lokalen Basisorganisation, die sich im Herbst 1966 im Distrikt MISSION, einem innerstädtischen Ghetto, gebildet hatte. Für eine Sanierung des Distrikts MISSION hatte die Sanierungsbehörde von San Francisco einen Planungszuschuß des Bundes in Höhe von zwei Millionen Dollar beantragt. Der Plan der Stadtverwaltung wäre auf Sanierung des MISSION-Distriktes durch Vertreibung seiner gegenwärtigen Bevölkerung hinausgelaufen. Man wollte aus dem Viertel ein Wohngebiet für Beamte und Angestellte machen. Es war das Ziel des MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT, die Ausführung dieses Plans zu verhindern. Laut SPUR würde damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen dafür, "daß lautstarke und drohende Gruppen - gleichgültig, ob sie verantwortungsvolle oder unverantworliche Positionen einnehmen - Maßnahmen blockieren könnten, die zur Aufrechterhaltung von Gesundheit und Wohlergehen der gesamten Gemeinde notwendig sind" -wenn der MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT (MCOR) seinen Standpunkt in Bezug auf das Sanierungsprogramm für den Distrikt MISSION durchsetzen würde. (23)

Da hier der Sanierungskonflikt tatsächlich zur Mobilisierung der Massen führte und die organisatorische Konsolidierung gelang, erscheint das Beispiel des MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT wichtig für die Beurteilung der Erfolgschancen und der politischen Perspektiven von lokaler Basisorganisation. Die spontane Entstehung und der tatsächliche organisatorische Erfolg des MCOR lassen dies Beispiel besonders geeignet erscheinen, um die Offesche These zu überprüfen, daß die Wahrnehmung von Handlungschancen im außerbetrieblichen Bereich "mit erfreulicher Folgerichtigkeit" zu einer Infragestellung der beiden "Systemprämissen politischer Repräsentation und privatwirtschaftlicher Investitionssentscheidung" führe.

Der MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT (MCOR) konstituierte sich als eine Koalition: als der Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung aller sozialen, kulturellen und Bürgergruppen des Gebiets. Er unfaßte Leute aus allen möglichen "Wählergruppen": Schwarze, Braune, alteingesessene ethnische Gruppen, Jugendliche und Rentner, Eigenheimbesitzer und Mieter, Arbeiter und kleine Geschäftsleute. Der MCOR versuchte, Solidarität über die Identifikation mit dem Gebiet, dem "turf", herzustellen: Was Haben " d i e " mit unserem Viertel zu tun? Wenn

man von einer Ideologie des MCOR sprechen kann, so war ihr Kernsatz: Laßt die Leute selber entscheiden! – also die Forderung nach Gemeinde-Selbstbestimmung.

1968 reorganisierte sich der MCOR als umfassende Vereinigung von Delegierten aus 75 lokalen Gruppen und änderte seinen Namen in MISSION COALITION ORGANIZATION (MCO). Vorangegangen war die Reorganisaton von Stadt und Gemeinde in Planungsfragen: Die Bundesregierung hatte das Musterstädte-Programm aufgestellt, um damit alle Bundesmittel für die städtischen Dienstleistungen und für die Stadterneuerung einheitlich verwalten zu können. Die Stadt San Francisco gab die Absicht bekannt, einen Planungszuschuß zur Untersuchung der Möglichkeiten von Gebietsrenovierung und Sanierung in Mission und in Hunters Point zu beantragen. Schon Anfang 1967 hatte der MCOR gewaltigen Widerstand gegen die Vorstellung einer Sanierung ohne Kontrolle durch die Betroffenen entfaltet. Die MISSION COALTION ORGANIZATION setzte das politische Programm des MCOR verschärft fort. Sie forderte Vetorecht für das Stadtviertel bei allen fälligen Entscheidungen, wenn überhaupt saniert werden sollte. Alle Planungsvorschläge müßten zuerst von der COALITION gebilligt werden, bevor sie der Stadtverwaltung vorgelegt würden. Die MISSION COALITION ORGANIZATION verlangte, daß zwei Drittel aller Mitglieder der CITY DEMONSTRATION AGENCY (CDA), des Ausschusses, der das Programm in Mission durchführen sollte, Bewohner des Gebietes sein müßten. Sie sollten von der Koalition gewählt und von ihr abrufbar sein. Nach Erfüllung dieser ersten Forderung sollte sich der Ausschuß mit der MISSION COALITION in Verbindung setzen, um die sozialen Bedürfnisse zu ermitteln, Prioritäten zu setzen und die Ziele des Programms zu bestimmen. Bis zum Frühjahr 1969 hatte die MCO ihre Basis, im Mission-Distrikt wohnende Spanier und Mexikaner, derart aktiviert, daß sie den Bürgermeister von San Francisco zu einem Abkommen zwingen konnten: Die Planungsbefugnisse zur Verwendung der Bundesmittel aus dem Musterstädte-Programm sollten ihr zugesprochen werden.

Ist Gemeindekontrolle über die Bundesmittel aus dem Modellstädte-Programm, also Mitverfügung über Mittel aus dem öffentlichen Haushalt, ein Sieg für die bislang Unterprivilígierten? In einem strategischen Kalkül, das von der Interessenstruktur und dem Machtgefälle im Rahmen der Gesamtgesellschaft ausgeht, beantworten die Autoren der Fallstudie von San Francisco, Beagle, Haber und Wellman, diese Frage.

"Einerseits ist die Antwort ein deutliches Ja. Der Kampf um Gemeindekontrolle ist wichtig. Gegen die Mißachtung der Volkssouveränität muß Widerstand geleistet werden. Die technokratische Koordination von Geschäftswelt und Exekutive muß verhindert werden. Und zumindest kurzfristig können sich viele wesentliche Vorteile daraus ergeben. Es sollte jedoch klar sein, daß Gemeindekontrolle allein keine Lösung für die Nachbarschaften von Mission sein kann. Sie hat im besten Fall eine a u f s c h i e b e n d e Wirkung gegen den Gesamtplan der

der Konzerne, der für Mission die Auslöschung bedeutet. Die letztlich bestimmenden Kräfte, die die Zukunft des Gebietes formen, entziehen sich dem Einfluß der Modellstädteplaner. Der alte Sanierungs-Evakuierungs-Plan für Mission ist nicht aufgegeben worden. Die allgemeinere Strategie der Konzernplaner bestimmt die Bedingungen, innerhalb derer die Bewohner handeln müssen". (24)

Zur Begründung dieser These bringen Beagle, Haber und Wellman folgendes vor: Um das Schnellverkehrssystem und die Stadterneuerung zu finanzieren und zweifellos auch die Kosten der regionalen Verwaltung, werden sich die Konzernplaner weiterhin auf dieselbe Steuergrundlage verlassen, die für alle städtischen Funktionen angezapft worden ist : die Vermögenssteuer. Nach der steuerlichen Einschätzung der Vermögensobjekte wird die Höhe der Besteuerung entsprechend dem Finanzbedarf der Kommune festgesetzt. Die steigenden Grundstückspreise an der Schnellverkehrslinie mitten in Mission und in der Nähe anderer Neubaugebiete finden entsprechend der "Steuergerechtigkeit" ihren Ausdruck in einer höheren steuerlichen Veranlagung der Objekte. Die Folgen sind absehbar:
"Die erhöhten Steuern werden die Mieten in den bereits herabgewirtschafteten Wohnungen für Leute mit geringem Einkommen in die Höhe treiben und die kleinen, nachbarschaftsorientierten Geschäfte noch weniger profitabel machen. Der Markt wird weiterhin das Seine tun, und zwar unerbittlich: Profitorientierte Baufirmen werden die bereits ausgepowerten Eigentümer aufkaufen und neue Gebäude errichten. Neue Geschäfte werden für die neuen, wohlhabenderen Leute entstehen, die sie profitabel machen können. Dieser Vorgang mag nicht so sauber und schnell vor sich gehen wie bei der Flächensanierung, wo die Planierraupe in einem grausamen Schub die Nachbarschaft zerstört. Das Ergebnis aber wird dasselbe sein: das schrittweise Verschwinden des Viertels, wobei Baufirmen die Kerngebiete entlang der Schnellbahnlinie übernehmen, dann ihre Eingriffe erweitern und festigen, indem sie die noch verbliebenen Bewohner erst einmal ausgrenzen mit Parks, neuen Schulen oder anderem, barriereartig dazwischengeschobenen Einrichtungen, die geplant werden, um die "allgemeine Wohlfahrt" zu fördern. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch ein Prozeß der blockweisen Zerstörung des Viertels. . und dies ist ein Prozeß, den umzukehren die MISSION COALITION und ähnliche, auf Gemeindekontrolle abzielende Organisationen nicht in der Lage sein werden. Die Kräfte, die diesen Prozeß erzwingen, kommen von außen auf die Gemeinde zu: die Finanzierung der städtischen Ausgaben über Vermögenssteuern, die Festsetzung von Grundstückswerten und von Steuersätzen". (25)

Beagle, Haber und Wellman stellen abschließend fest: Auch wenn die MISSION COALITION ORGANIZATION einen vorzüglichen, ihren Bedürfnissen entsprechenden Alternativplan entwickle, werde es ihr nicht gelingen, ihn in die Praxis umzusetzen. Die Situation sei ähnlich wie bei der Gemeindekontrolle über die Schulen, wenn die Bewohner keine Kontrolle über die Finanzierung der Erziehung und über die Rekrutierung und Ausbildung der Lehrer haben; oder wie die Ge-

meindekontrolle über die Polizei, wenn die Gesetze und das Gerichtsverfahren unverändert bleiben und wenn der Strafvollzug mechanisiert, mit Computern rationalisiert und regional organisiert werde; oder Gemeindekontrolle über die Fürsorgeverwaltung, wenn die Höhe der Steuermittel und die Richtlinien vom Staat oder den Bundesbehörden festgesetzt werden.
"In all diesen Fällen kann, wie im Fall der Sanierung, die Gemeindekontrolle gedankenlosen und willkürlichen Mißbrauch ausschließen. Die irrationale und überflüssige Ausbeutung kann verhindert werden, wobei Community Power, Geldschneider, Prügelpolizisten, habgierige Slumbarone, demütigende Fürsorger und dergleichen in Schach halten kann. Aber das Ziel, das Unvermeidliche zu humanisieren, ist vollauf mit den Konzerninteressen vereinbar. Es ist schon längst eine der Grundlagen ihres Herangehens an die "städtische Krise". G e m e i n d e - k o n t r o l l e l e i s t e t d i e A n p a s s u n g a n d a s U n v e r - m e i d l i c h e u n d U n a b ä n d e r l i c h e m i t w e n i g e r E r - b i t t e r u n g u n d U n g e r e c h t i g k e i t . Aber das Recht, die Liquidation der eigenen Nachbarschaft anzuführen, ist kein Triumph der Demokratie." (26)

Als entscheidende Einsicht ergibt sich aus dieser Analyse, daß politische Macht über ein Gebiet nicht zu erreichen ist mit Gemeindeselbstbestimmung. Denn der Bereich, auf den sich Gemeinde-Selbstkontrolle erstrecken kann, ist viel zu begrenzt.

Doch bei dieser Einsicht bleiben Beagle, Haber und Wellman auch stehen. Sie reduzieren damit das Problem auf eines der Reichweite der Kontrolle. Die politische Alternative zur Organisierung lokaler Situationsgruppen wäre damit die Organisierung nationaler Situationsgruppen, die das den Kommunen übergeordnete politische Zentrum zum Adressaten ihrer Forderungen machen. Die Kritik der Organisationsform des Widerstandes beschränkt sich auf eine Kritik ihres lokalen Charakters. Mit einer solchen Kritik können zwar immerhin Illusionen der Art, wie Offe sie den Stadtplanern vorträumt, zerstört werden, ihr ideologischer Charakter kann aufgezeigt werden, doch trifft diese Kritik nicht den Angelpunkt des Problems: die Herrschaft des Kapitals und die Unterwerfung aller Lebensbereiche der arbeitenden oder auch arbeitslosen Menschen unter die Bedürfnisse seiner Verwertung. Das Problem bleibt für sie eines der Begrenztheit der Gemeindekontrolle gegenüber Mächten, die sich auf einer Ebene formieren, die der Gemeinde übergeordnet ist. Zwar ist ihnen bewußt, daß zu diesen übergeordneten Mächten nicht allein der Staat, sondern auch die Konzerne gehören: "Es ist unbedingt notwendig", sagen sie, "jene Aspekte der politischen Ökonomie zu bestimmen die das konkrete Programm beeinflussen, zu dessen Durchsetzung Gemeindekontrolle nur als Instrument benutzt wird. Die Analyse der Konzernstrategie nennt einige Bedingungen, die die Reichweite der Programme beschränken: sie verweisen auf Gebiete, wo mehr als "turf power" erforderlich ist". (27) Sie sehen auch, daß die staatliche Steuergesetzgebung die Profite der Konzerne schützt. Doch

wenn die Autoren dann als politisch-strategische Konsequenz ihrer Analyse fordern, die Profite mithilfe sozialreformerischer Steuergesetzgebung zu sozialisieren, so wird deutlich, daß sie die Macht der Konzerne nur als politische Macht begreifen, der mit politischen Mitteln, nämlich einer sozialreformerisch orientierten Staatsgewalt, entgegentreten werden könne. Demgemäß können sich auch nicht die richtige strategisch-politische Konsequenz aus ihrer Analyse des Scheiterns von Community Power ziehen: die Notwendigkeit der gemeinsamen Organisation der Lohnarbeiter und der industriellen Reservearmee als Klasse, die dem Kapital nicht nur als objektiv von ihm erzeugter, sondern auch subjektiv seiner Macht bewußter Widerspruch entgegentritt.

Doch fassen wir noch einmal die Ergebnisse der San-Francisco-Studie zusammen, um sie den anfangs vorgestellten Offeschen Thesen gegenüberzustellen.
Die Autoren der San-Francisco- Studie stellen an ihrem Beispiel mit aller Klarheit die begrenzte politische Reichweite lokaler Selbstorganisation dar. Lokale Situationsgruppen können zwar gegen den politisch zusammengefaßten Ausdruck der naturwüchsigen Tendenzen der Kapitalverwertung, gegen die Sanierungsbehörden, sich zur Wehr zu setzen versuchen. Sie können diese Tendenzen selbst aber nicht treffen und in ihrer Richtung und Wirkungsweise umkehren. Erinnern wir uns an die Theorie von Offe, wie er sie vor den Stadtplanern ausgebreitet hat: Sachzwang herrsche dort, wo die Institutionen der Öffentlichkeit vertrocknet seien. Es bedürfe also der Mobilisierung der Betroffenen, ihrer Fähigkeit, ihre Interessen und Bedürfnisse zu formulieren, dann sei in den Bereichen, die in einer "relativen Ferne" von den zentralen Bereichen Wirtschaft, Militär, Politik ständen und in denen demgemäß ein gewisser Spielraum zur Veränderung gegeben sei, ein Zerbrechen der "Sachzwänge" möglich.

Demgegenüber zeigt der beschriebene Versuch einer Mobilisierung der Öffentlichkeit zur Durchbrechung von "Sachzwängen" in San Francisco genau das Gegenteil: Zum einen stellen sich die "Sachzwänge" ganz eindeutig als solche der Kapitalverwertung heraus. Stadtsanierung erweist sich als keineswegs "relativ fern" von dem zentralen Bereich "der Wirtschaft", sondern als eindeutig strukturiert durch besondere Interessen großer Kapitale. Diese schaffen sich innerhalb einer Region ein Zentrum, an dem sie ihre Zirkulation, Kauf und Verkauf von Waren, die damit verbundenen Geld- und Kreditgeschäfte, Versicherungen und Verwaltung möglichst effektiv betreiben können. Solche räumliche Zentrierung der Zirkulation des Kapitals wirkt sich auf der einen Seite als Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals, auf der anderen Seite als Verminderung der faux frais, der toten Kosten der Zirkulation des Kapitals aus. Beide Momente wirken sich als Erhöhung der Profitrate der einzelnen Kapitalisten aus. Zudem ermöglicht die Ausrichtung einer ganzen Region auf ein Zentrum, in dem der Umschlag der großen Kapitale stattfindet, dem Großkapital, noch verbliebene Reste mittleren Industrie-, Handels- oder Bankkapitals niederzukonkurrieren oder zur Fusion zu zwingen. Das Kapital hat also die Tendenz, Metropolen seines Um-

schlags zu schaffen, ohne Rücksicht auf die damit entstehenden Probleme, ja Katastrophen städtischer Infrastruktur. Dies zeigt sich nicht nur an dem Beispiel San Francisco, sondern in gleicher wünschenswerter Klarheit z.B. an den Städten München und Frankfurt in der BRD.(28)

Die auf der Grundlage solcher Tendenzen des Kapitals entstehenden Planungskommissionen in San Francisco litten nicht etwa daran, daß sie auf eine "vertrocknete Öffentlichkeit" trafen - im Gegenteil: Das COMMITTEE FOR ECONOMIC DEVELOPMENT, welches sich zum Zweck der regionalen Planung zusammengefunden hatte, war als Vereinigung der größten Konzerne systematisch bestrebt, die letzten Reste einer selbständig fungierenden Öffentlichkeit, die verstreuten Kommunalverwaltungen zu zerschlagen, um an ihre Stelle eine zentrale Verwaltung mit zentralen Planungsmöglichkeiten zu setzen, welche in ihrer Effizienz nicht den Störungen widerspenstiger Kleinkommunen ausgesetzt ist. Das für die Betroffenen Verhängnisvolle an der Stadtsanierung lag also nicht etwa am Fehlen einer zentralen Planungsinstitution, wie Offe meint, sondern an der Unterwerfung der Wohn- und Lebensbedürfnisse der Bevölkerung einer ganzen Region unter die in diesem Falle gemeinsamen Interessen großer Kapitale, organisiert eben in einer zentralen Planungsinstitution des Kapitals. Alle Versuche einer "wiederbelebten Öffentlichkeit", sich den Planungszielen zur "Stadtsanierung" des Großkapitals zu widersetzen, scheiterten, indem sie sich als "Situationsgruppe" formulierten. Eine bestimmte Wohnsituation bildete den gemeinsamen Interessenhintergrund der Organisierung. Doch der Widerspruch zum Kapital ist nicht der wohnbedürftige Bürger, sondern der dem Kapital den Mehrwert zuschuftende Lohnarbeiter und die der Klasse der Lohnarbeiter objektiv zugehörige industrielle Reservearmee. So kann auch eine Organisation der Wohnbedürftigen zu einer ihre Interessen formulierenden "Situationsgruppe" den großen Kapitalen ernsthaft keinen Widerstand entgegensetzen, werden diese ja nicht einmal als Adressat der Forderungen und wirklicher Gegner begriffen. Gerade dies ist aber auch die Grundlage der Möglichkeit, solcherart auf eine "Situation" -hier die Wohnsituation- beschränkte politische Mobilisierungsversuche zu integrieren in die Planungsstrategie der Konzerne selbst: "Gemeindekontrolle leistet die Anpassung an das Unvermeidliche und Unabänderliche mit weniger Erbitterung"

Der Adressat einer solchen "Situationsgruppe" ist allenfalls die Stadtverwaltung, und nicht sie ist es, die die Interessen des Kapitals definiert, sondern genau umgekehrt: Die öffentlichen Institutionen sind in ihren Infrastrukturplanungen selbst bestimmt durch die Verwertungszwänge des Kapitals, finde dies nun seinen Ausdruck in einer Personalunion zwischen politischer Macht und Kapital oder nicht. Der Spielraum, der der Stadtverwaltung gegenüber den Interessen der großen Kapitale gegeben ist, erweist sich als äußerst gering. Denn der Erfolg, den die MISSION COALITION ORGANIZATION verbuchen konnte, indem sie die Planungsbefugnis über Bundesmittel zur Stadtsanierung erhielt, bricht sich an dem Prozeß der Verteuerung der Grundstückspreise im Zuge der Strukturierung der

der Stadt nach den kapitalistischen Notwendigkeiten. Was die Stadtverwaltung mit der einen Hand gab, nämlich die Verfügung über beschränkte Mittel zur Sanierung, das machte sie mit der anderen Hand unwirksam, indem sie die gestiegene Grundstücksbewertung als Grundlage erhöhter Steuern benutzte und auf diese Weise an der Zerschlagung der Möglichkeit einer Sanierung des Distrikts Mission im Interesse der dort wohnenden Schichten der Arbeiterklasse mitwirkte. Auch hier wieder handelt die Stadtverwaltung nicht eigenständig und im Rahmen eines ihr gegebenen Spielraums, sondern folgt ganz einfach in ihrer Besteuerung dem Prozeß der Verteuerung von Grund und Boden im Gefolge der "Entstehung zahlungskräftiger Nachfrage nach knappen Mitteln", wie die bürgerliche Ökonomie hier sagen würde. Die Grundlage der Entstehung dieser "zahlungskräftigen Nachfrage" ist hinwiederum die Umformung der Stadt zum Zentrum der Zirkulation der großen Einzelkapitale. Auf dieser Grundlage bewegt sich dann auch die zweite Kapitalgruppe, die hier als Handelnder auftritt und an der sich der Widerstand der wohnbedürftigen Bürger bricht: die großen Baufirmen und die Grundstücks- und Wohnungsmakler, denen neben den Wohnungen der Arbeiter auch der kleine städtische Grundstücks- und Hausbesitz zum Opfer fällt. Sie werden von dem lokalen , auf die Stadtverwaltung hin gerichteten Widerstand der "Situationsgruppe" ebensowenig getroffen wie die großen Kapitale, die die Sanierung in Gang setzten.

DIE VERWEIGERUNG DER ARBEITER GEGENÜBER "AUSSERBETRIEBLICHER MITBESTIMMUNG"

Die Klassenlage des Proletariats in den USA ist hauptsächlich darin von der Situation in der BRD verschieden, daß wegen der Existenz einer ausgedehnten Reservearmee in den USA zum einen der betriebliche Kampf erschwert ist und zum andern der Kampf im Stadtteil zum besonderen Schauplatz der Klassenauseinandersetzungen wurde. In der BRD erleben dagegen auch die Teile des Proletariats im Betrieb das Zentrum der Ausbeutung, die von der Aktion des konzentrierten und in staatlichen Agenturen politisch zusammengefaßten Kapitals in der Reproduktionssphäre am stärksten betroffen sind. Die Weigerung der Arbeiter, im Stadtteil den Schauplatz ihrer Kämpfe zu sehen, ihre ablehnende Antwort auf Mobilisierungsversuche "professionalisierter Intelligenz" soll im folgenden dargestellt werden.

Das Sanierungsgebiet Kreuzberg umfasst ein dicht bebautes 107 ha großes Gebiet am Rande des Berliner City-Bereichs. Es ist außerordentlich gut mit Massenverkehrsmitteln (2 U-Bahnlinien mit 4 U-Bahnstationen, mehrere Buslinien) an die City angeschlossen und besitzt ebenso gute Verbindungen zu den übrigen randstädtischen Gebieten. 1961 lebten hier 37 000 Menschen, nach Angaben der

Wohnungszählung von 1961 waren 70 % der Erwerbstätigen Arbeiter. Die Gewerbestruktur ist gekennzeichnet durch ein Vielzahl kleiner und kleinster Betriebe: Bei der Gewerbezählung 1961 wurden fast 3 000 Betriebe ermittelt mit insgesamt etwa 20 000 Beschäftigten. Diese Betriebe stellen meist Produkte her, deren Fertigung sich für die Großbetriebe, von denen sie teilweise direkt als Zulieferer abhängig sind, nicht (oder noch nicht) lohnt. Einige dieser Kleinbetriebe konkurrieren auch mit größeren, indem sie schneller liefern als diese und mit geringeren Profiten vorlieb nehmen. Der Handel ist in einer großen Zahl von Kleinstläden verteilt über das gesamte Gebiet und verdichtet sich an zwei sich kreuzenden Schwerachsen.

Die Bausubstanz ist fast durchweg 70 - 120 Jahre alt, ohne daß kontinuierlich größere Erneuerungsarbeiten vorgenommen worden wären. Mit der Erklärung des Viertels zum Sanierungsgebiet 1963 wurde in dem Gebiet der Verfall der Bausubstanz beschleunigt und von seiten der Verwaltung mit der Schließung von öffentlichen Einrichtungen begonnen: Im Sommer 1970 wurde das Krankenhaus Bethanien geschlossen, obwohl es, wie Experten vorgeschlagen hatten, sinnvollerweise mit speziellen Funktionen weitergeführt worden wäre. Der Neubau des Krankenhauses Am Urban außerhalb des Gebiets kann nur teilsweisen Ersatz leisten. Ebenso wird vom Berliner Senat mit Schließung und Nicht-Erweiterung von Kindergärten, Schulen und Postämtern die Strategie verfolgt, das Gebiet im Hinblick auf Sozialeinrichtungen und Dienstleistungen auszutrocknen. Parallel geht die systematische Herabwirtschaftung der Wohngebäude, die fast durchweg nach dem Krieg nicht renoviert worden sind. Beides soll die Notwendigkeit der Flächensanierung des gesamten Gebiets augenscheinlich machen und ihre Vorbedingung, die Evakuierung der Arbeiterbevölkerung, als einzige Möglichkeit erscheinen lassen.Die neuen Wohnungen nach der Flächensanierung werden aufgrund der gegebenen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt für die überwiegende Mehrzahl der jetztigen Bewohner unerschwinglich sein.

Die Analyse der Sanierungsplanung für Kreuzberg zeigt die enge Verflechtung der Stadtsanierung mit den Interessen des großen Kapitals auch in der BRD, speziell in Westberlin, die sich weder in ihren grundlegenden Strukturen noch in ihren Erscheinungsformen prinzipiell von den amerikanischen Vorbildern unterscheidet:
Die Konzeption der Neubebauung, wie sie vom Berliner Senat nach und nach vorgelegt wurde, ist strukturiert durch eine Verkehrsplanung, die die bisher fehlende Anbindung des Gebiets an das innerstädtische Autobahnnetz leistet: Zwei Tangenten des Autobahnnetzes werden sich mitten im Gebiet schneiden und es in vier getrennte Teile zerlegen. Die dann auch für den Autoverkehr außerordentlich günstige Verkehrssituation wird das Gebiet noch enger mit den zentralen City-Bereichen wie mit den entlegeneren Teilen der Stadt und damit mit deren Warenmärkten und Arbeitsplätzen sowie mit deren Kaufkraftpotential verbinden.

In unmittelbarer Nähe der Kreuzungen der Autobahnen und U-Bahnlinien - im Schwerpunkt des Einzugsbereichs der potentiellen Konsumenten - wird ein zentraler Marktbereich geschaffen, der die Konzentration und Rationalisierung des Warenumschlas gewährleisten wird. (29) Daß an diesem Knotenpunkt bereits lange vor dem Kahlschlag des ganzen Viertels und der endgültigen Durchführung der Planungen die Bodenpreise bereits phantastisch gestiegen sind, bedarf wohl kaum noch der Erwähnung (30). Im übrigen basiert die Flächennutzungsplanung des Gebietes auf klarer Trennung von Wohngebieten mit möglichst hohem "Wohnwert" und einigen Gewerbeblocks an den Autobahnen (wo sich wegen des Verkehrslärms Wohnungen schlechter vermieten lassen). Hier werden unter Verwendung gut erhaltener alter Gewerbegebäude die produktivsten Betriebe möglichst belassen, wo sie sind oder auch hierher umgesetzt.

Erstes Ziel der Sanierung in Kreuzberg, so könnte man zusammenfassen, ist es, Schneisen für das Berliner Autobahnsystem zu schlagen und wertvollen innerstädtischen Boden profitablerer Nutzung zuzuführen. Die Neuordnung übergeht die Bedürfnisse der jetzigen Bewohner und schert sich auch wenig um die Interessen der Masse der Kleinkapitalisten. "Nur durch rechtzeitig eingeleitete Erneuerungsmaßnahmen kann verhindert werden, daß wichtige und wertvolle Innenstadtgebiete die ihrer Lage entsprechende Bedeutung als Wohn- und Arbeitsgebiete verlieren", hat der Senat selbst recht klar bereits im ersten Sanierungsbericht 1963 formuliert. (31)

Die Grundprinzipien der Flächennutzungsplanung von Agglomerationstäumen unterscheiden sich wenig in unseren beiden Beispielen San Francisco und Berlin. In beiden Fällen erzeugen ähnliche ökonomische Ursachen bei ähnlichem Entwicklungsgrad der Transportmittel (was natürlich nicht unabhängig voneinander ist) ähnliche Flächennutzungsschemata der kapitalistischen Großstadt.

Ein von den USA abweichendes Moment der Planungsziele resultiert daraus, daß in der BRD - im Gegensatz zu den USA - die Arbeitskraft relativ knapp ist. Fast 20 000 Lohnabhängige sind im Sanierungsgebiet Kreuzberg in kleineren und mittleren Produktionsstätten beschäftigt. Diese Betriebe werfen jetzt noch Profite ab, weil die Gewerberaummieten extrem niedrig sind und die Arbeitskräfte relativ billig. Denn die Arbeiter wohnen zum großen Teil in der Nähe in billigen Wohnungen und sind deshalb vielfach bereit, um niedrigeren Lohn zu arbeiten, da der höhere Lohn in einem moderneren, aber weit entfernten am Stadtrand gelegenen Betrieb wieder einen Abzug durch lange Wegezeiten und Fahrtkosten erfährt. Mit der Sanierung wird diesen Kleinbetrieben die letzte Grundlage ihrer ohnehin abnehmenden Konkurrenzfähigkeit entzogen. Daß die Großbetriebe damit ein zusätzliches Potential an qualifizierten Arbeitskräften in ihren Verwertungsprozeß integrieren können, stellt ein wesentliches Element i h r e s Interesses an der Sanierung dar. Entsprechend warten die großen Kaufhäuser auf die Einverleibung jener Arbeitskräfte, die jetzt noch in den zahlreichen kleinen Geschäften des

Gebietes gebunden sind. Nach der "Umsetzung" wird das Budget der Arbeiterfamilie durch die Miete der neuen Wohnung so belastet, daß jetzt auch die Frau mitarbeiten muß. Die Industrie erhält als Zugabe der Sanierung, was sie seit der vollen Ausschöpfung der Arbeitskraftressourcen in Berlin permanent verlangte: die billige Arbeitskraft der Frau.

Es wird deutlich, daß Sanierung nicht irgend ein "Gesundmachen" eines Viertels bedeutet, das man durchführen oder lassen kann. Sanierung ist vielmehr als Modernisierung der materiellen Infrastruktur eine der essentiellen Bedingungen der Verwertung der fortgeschrittenen Kapitale einer Region. Nicht die "veraltete Bausubstanz" im Viertel selbst ist entscheidender Grund für die Sanierung, sondern die inadäquate Bodennutzung des Sanierungsgebietes relativ zum gesamten Berliner Agglomerationsraum. Die Notwendigkeit permanenter Anpassung der Infrastruktur der Agglomerationsräume an die Bedürfnisse der Kapitalverwertung gilt nicht nur für die spezifische Situation von San Francisco oder Berlin. Vielmehr mußten in allen Agglomerationsräumen die jeweils mächtigsten Kapitale stets irgendwann die Anpassung der Infrastruktur an ihre Bedürfnisse erzwingen. (32) Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz waren die infrastrukturellen Maßnahmen meist erst im Nachhinein gemacht worden, wenn die Verwertung einer großen Zahl der betroffenen lokalen Kapitale ernsthaft bedroht war. Mit fortschreitender Kapitalkonzentration jedoch werden infrastrukturelle Investitionen schließlich zum Mittel, um v o r a b günstige Verwertungsmöglichkeiten für die Monopole zu schaffen. Dabei zwingt die Konkurrenz der Regionen, respektive der in ihnen lokalisierten Kapitale, diese nicht nur zum Kampf um möglichst große Anteile aus den staatlichen Fonds, sondern auch um möglichst effektive Verwendung dieser Ressourcen entsprechend ihren jeweiligen Interessen. Daher ist der verbreitete Erklärungsversuch der Berliner Sanierungsvorhaben als direkte Subventionierung eines beschäftigungslosen überdimensionierten Produktzweiges, des Baugewerbes, völlig abwegig. Das Baugewerbe selbst wäre zu wenig mächtig - besonders im gegenwärtigen Zustand seiner Rückständigkeit und Kleinheit der Einzelkapitale - um sich derartige Beachtung seines Profitinteresses zu sichern, zumal in einem Zeitraum, in dem alle anderen Unternehmer über Mangel an Arbeitskräften klagen. So ist denn auch einer der wesentlichen Gründe für den langsamen Fortgang der Sanierung die Abneigung der Berliner Industrie gegen den Abriß von Wohnungen, in denen billige Arbeitskräfte untergebracht werden können. (33)

Der stringente Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Interesse des großen Kapitals an Rationalisierung des gesamten Wirtschaftsraumes des Stadtstaates Berlin und der Sanierung von Kreuzberg wurde von den Studenten, die den Widerstand der betroffenen Arbeiter organisieren wollten, nicht untersucht. Sie machten für die Kahlschlagsanierung hauptsächlich die Verbindung der Berliner Bauindustrie mit einer unfähigen und korrupten Planungsinstanz verantwortlich. In Über-

tragung ihrer besonderen Erfahrungen aus der Hochschulrebellion, ihren Erfolgen gegenüber einer antiquierten Universitätsbürokratie entwickelten sie quasi naturwüchsige Vorstellungen - wie sie Offe systematisiert hat - von "peripheren Bereichen", in denen die Herstellung einer politisierten Öffentlichkeit bereits genüge, um den Staat zum Rückzug zu zwingen. Denn dieser würde es nicht wagen können, offen seine sozialstaatliche und demokratische Maske fallen zu lassen. So richteten die Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg ihr organisatorisches Konzept nach der Vorstellung aus, daß unter dem Druck der Situationsgruppe der Sanierungsbetroffenen einerseits und dem Legitimationsanspruch des Staates andererseits die Kahlschlagsanierung verhindert werden könnte.

Ganz wie es Offe als Funktion der "professionalisierten Intelligenz" konzipiert hatte, versuchte die Gruppe, die sich aus Architektur- und Soziologiestudenten zusammensetzte, mithilfe von Alternativplänen zu den offiziellen Sanierungsprogrammen den Druck der Betroffenen zu mobilisieren. In den Seminaren war etwa folgendermaßen argumentiert worden:
Beim Sanierungsgebiet Kreuzberg handele es sich um ein sozial homogenes Arbeiterviertel. Die vorhandenen Straßen, Plätze, Grünflächen und Kneipen, die Dichte der Bebauung begünstigten die Kommunikation zwischen den Bewohnern. Diese "Trivialkommunikation" werde sich politisch artikulieren, wenn durch die Agitation der Gruppe die drohende Zerstörung des Viertels und die Möglichkeit solidarischer Aktion aufgezeigt würden. Dies jedoch bedürfe der Darstellung der konkreten Utopie, die an "Grundriss, Aufriß und Vogelperspektive" vorzustellen eine Aufgabe der "revolutionären Berufspraxis" von Architekten und Soziologen sei.

Jedoch: Trotz intensiver Agitation unter den Bewohnern über die Folgen der Kahlschlagsanierung und die Möglichkeiten von besseren Alternativen; trotz der in einer Stufenfolge aufgebauten Organisationsversuche von Demonstrationen über Protestversammlungen zu Mieterräten; trotz des Gebrauchs einer Vielzahl agitatorischer Mittel - regelmäßige Flugblätter, Agitationsgespräche in den Wohnungen, auf der Straße und in Kneipen über die Sanierung, Verkauf einer Sanierungszeitung, Straßentheater, regelmäßige juristische Mieterberatung; und obwohl die Gruppe in informellen Kontakten mit der Arbeiterbevölkerung weitgehende Zustimmung erfuhr zu den Forderungen: "Stop der Kahlschlagsanierung, bis ausreichende und billige Neubauwohnungen erstellt sind!" - "Kampf dem Weißen Kreis" "Erhaltung des Bethanien-Krankenhauses!" - Die Solidarisierung der Betroffenen zur Organisation praktischen Widerstandes gegen die Sanierungsstrategie des Senats kam nicht zustande.

Diese Erfahrungen bestätigten sich auch in der gezielten Agitation eines räumungsbetroffenen Straßenzuges im Herbst 1969. Nicht einmal hier gelang es, das Konzept der Mieterselbstorganisation in Form einer kollektiven Auszugsverweigerung zu realisieren. Viele Bewohner hatten einen Besuch auf Senatsämtern hinter sich,

wo sie nach Ersatzwohnungen zu akzeptablen Preisen gefragt hatten und mit unzumutbaren Angeboten abgespeist worden waren. Die Individualisierung in der außerbetrieblichen Sphäre, in der keinerlei Arbeiterorganisation glaubwürdige Perspektiven solidarischen Handelns bietet, konnte nur ohnmächtigen Defetismus hinterlassen. Hier gibt es keine Erfahrung solidarischen Handelns, die im Produktionsprozeß wenigstens durch die Organisation des Arbeitsprozesses selbst angelegt ist. Daher bestand für die Räumungsbetroffenen individuell nur die Alternative zwischen diskriminierender Fürsorge und individueller Selbsthilfe bestand. Daraus bot auch die Selbstorganisation der Mieter keinen realen Ausweg. Das trat in Gesprächen, in denen die Möglichkeit kollektiver Auszugsverweigerung durchkonstruiert wurde, deutlich zutage. Die Perspektive der Auszugsverweigerung mobilisierte nur die panische Angst vor dem Obdachlosenasyl.

Die Forderung, die Kahlschlagsanierung zu stoppen, bis ausreichende und billige Neubauwohnungen erstellt würden, war zwar eine unmittelbar einsichtige Antwort auf den Räumungsbefehl. Die Arbeiter hatten jedoch die realistische Einschätzung, daß die Errichtung billiger, unter dem Mietpreis-Niveau des Sozialen Wohnungsbaus liegender Neubauwohnungen nicht durch eine lokale Gruppe erzwungen werden kann. Sie konnten aber - das war ihnen bewußt - auch nicht auf Unterstützung durch die Gewerkschaften hoffen. Es bestand keinerlei Erwartung, daß diese im Sanierungsproblem aktiv würden. Die Rolle der gewerkschafteigenen "Neuen Heimat" bei Sanierungs- und Neubauprojekten war durchweg bekannt und wurde als Mitprofitieren der Gewerkschaften an überhohen Mieten illusionslos dargestellt.

Was immer die Einstellungen der agitierten Arbeiter zu den Gewerkschaften gewesen sein mochten: Im kritischen Bezug auf das gewerkschaftseigene Bauunternehmen zeigte sich das Bewußtsein der Arbeiter, von opportunistischen Gewerkschaftsführern verraten zu sein. Hatten sie schon mit Ihresgleichen diese Erfahrung machen müssen, so mußte das Mißtrauen gegenüber "Anwälten" ihrer Interessen aus privilegierten Gruppen, gegenüber den Kindern der Bourgeoisie umso grundlegender sein: zumal die Studenten den Arbeitern nur in ihrer Eigenschaft als technische Spezialisten gegenübertreten konnten ohne im Zusammenhang eines wirksamen organisatorischen und politischen Rahmens zu stehen, in dem kollektives Handeln hätte sinnvoll sein können (34).

Es erwies sich als falsch, durch die Vermittlung von "systemtranszendierenden Bedürfnisinterpretationen" einen Prozeß "revolutionärer Transformation" initiieren zu wollen, wie Offe dies als Funktion der "professionalisierten Intelligenz" konzipiert hatte. Es zeigte sich, daß die Arbeiter sich nicht von Bildern einer "konkreten Utopie" in spontanen Aktionsgruppen mobilisieren lassen; daß ihnen klar ist, daß diese wünschenswerten Utopien nicht etwa nur deshalb noch nicht Realität geworden sind, weil sie es noch nicht zur kollektiven Artikulation solcher Bedürfnisse gebracht haben. Vielmehr nehmen sie deren Realisierung

entgegenstehenden Widerstände viel umfassender wahr, als es eine Theorie wahrhaben will, die in diesen Widerständen "Sachgesetzlichkeiten" sehen zu können glaubt, die "prinzipiell auflösbar, nur jeweils noch nicht aufgelöst sind". (35) Wenn es aber nicht gelingt, für den p l a n e r i s c h dargestellten Konflikt zwischen "kollektiver Deprivation der Wirklichkeit" und "anschaulicher Möglichkeit" die von diesem Konflikt am stärksten Betroffenen zu mobilisieren; und wenn nicht die durch Konfliktdrohung einer "wiederbelebten Öffentlichkeit" zurückzudrängenden "Sachzwänge", sondern vielmehr der Kapitalverwertungszwang den Entscheidungsspielraum der Planungsagenturen limitiert, zerbricht der Wirkungszusammenhang, den Offe schematisch in dem Modell der planungsbezogenen Basisorganisation konstruiert hat. Da das vorgeblich Einheit stifende Moment einer allenthalben aktualisierbaren Staatsintervention zur Vermeidung politischer Krisen sich als illusionär erweist, lassen die konfligierenden Interessen in der Realität des Planungsprozesses der professionalisierten Intelligenz nur noch die Alternative: Perfektionierung technokratischer Verfahrensweisen durch ein formaldemokratisches Alibi oder Parteinahme für das Proletariat im Antagonismus von Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats.

Die Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg zog aus dem Scheitern der beschränkten Aktionsstrategie die Konsequenz, den Klassencharakter der Sanierungsprogrammatik in den Vordergrund der Agitation zu rücken. Damit geriet die politische Argumentation in offenen Widerspruch zur organisatorischen Basis, was ein Teil der Gruppe zu lösen suchte durch die Weiterführung der Stadtteilarbeit im Rahmen einer Organisation mit Parteianspruch. Das Stadtteilkomitee der KPD/ML griff die Einstellung des Krankenhausbetriebes von Bethanien auf und stellte sie in der Agitation in den Zusammenhang der Verschlechterung der Krankenversorgung der Arbeiter, die dem Interesse des kapitalistischen Staates an der Minimierung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft entspringt. Im Verlauf der Bethanien-Kampagne gelang es, potentielle Arbeiterkader für diese Organisation zu gewinnen. Die Tatsache, daß eine größere Anzahl von Arbeitern mobilisiert wurde, zeigt, daß nicht die vielbeschworene Apathie von bewußtlosen Verwaltungsobjekten der Grund für den Fehlschlag beschränkterer Initiativen ist, sondern daß im Gegenteil gerade diese Beschränkung Abwehr bei den Arbeitern hervorruft.

Als Antwort darauf, daß die Agitation im Sanierungsgebiet in die Organisierung des proletarischen Klassenkampfes einbezogen wurde, übernahm die Planungsinstitution selber die Initiative für eine Strategie der Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß, wie dies Offe ja auch empfohlen hatte. In Zusammenarbeit mit dem Kirchenparlament der Kreissynode Kölln-Stadt unterstützte das Stadtplanungsamt von Kreuzberg die Bildung eines Ausschusses für Fragen der Stadterneuerung unter Vorsitz des Bezirksstadtrates für Wirtschaft, der gleichzeitig Sydonalvertreter einer Kreuzberger Gemeinde ist. Langfristiges Ziel der Gruppe ist die Konstituierung eines "Sanierungsrates", der als Koalition der verschiedenen im Sanierungsgebiet vertretenen Interessen sich an der Durchführung der Sanierung beteiligen will.

Vorerst versucht die Gruppe mit dem Gemeindepfarrer an ihrer Spitze, um den Kern des Ausschusses interessierte "professionalisierte Intelligenz" und "Multiplikatoren" aus dem Gebiet zu versammeln wie Lehrer, Kindergärtnerinnen, Kneipiers u.a. Um ihren Einfluß auf die entscheidenden Instanzen zu verstärken, versucht die Gruppe, sich unentbehrlich zu machen als Katalysator- oder wie der Pfarrer es nennt, als "ehrlicher Makler", der die "aufgeklärte Kooperationsbereitschaft" der Arbeiterbevölkerung herstellt. Zu diesem Zweck führte die Gemeinde im November 1969 zusammen mit dem Planungsamt eine "Woche des Gesprächs" durch. Obwohl diese Gruppe, anders als kurzfristig auftretende studentische Basisgruppen, mit einem Vertrauen auf die Kontinuität ihrer Arbeit rechnen konnte, vertrauten sich ihr die Arbeiter nicht an: Das Publikum beschränkte sich auf Planer, Bezirkspolitiker, "professionalisierte Intelligenz" und wenige Gemeinde-Omas. Von der Kreuzberger Arbeiterbevölkerung isoliert, hatte der Ausschuß nur eine Funktion als (allerdings recht nebensächliches) Instrument zur Anpassung an das Unvermeidliche. So inszenierte der Ausschuß zu den Bauwochen 1970 eine autoritär manipulierte Bürgerbeteiligungs-Veranstaltung unter dem Theam "Sanierung Kreuzberg - unter Beteiligung der Öffentlichkeit"? Kernstück der Veranstaltung war ein Referat des Bauleitplaners vom Bezirksplanungsamt, in dem die Sanierungsplanung dargestellt wurde als ein Zusammenspiel von Verwaltung, parlamentarischer Öffentlichkeit und Interessengruppen, das mit der Verabschiedung des Flächennutzungsplanes im April 1970 durch das Abgeordnetenhaus bereits seinen unwiderruflichen gesetzlichen Abschluß gefunden habe. Es nimmt nicht wunder, daß dieser Nachhilfe-Unterricht in "adäquater Wahrnehmung politischer Prozesse" (36) von den Kreuzberger Arbeitern nicht in Anspruch genommen wurde. Das Publikum, vor dem diese Ausführungen gemacht wurde, bestand wiederum nur aus einigen Rentnerinnen und einer diesmal noch größeren Anzahl von fortschrittlichen Planern und Architekten, die ihr soziales Engagement hier in der "aufgeklärten Kooperation mit dem Institutionen" in Handeln umsetzen zu können hofften.

Auch in diesem Vorstoß auf etablierter Ebene wurde also deutlich, daß die Strategie, sich auf Konflikte der Disparität in einzelnen Lebensbereichen zu beschränken, für Arbeiter keine Handlungsperspektiven bieten konnte.
Die Aktionsstrategie von "Situationsgruppen" dürfte am ehesten dem Bewußtseinsstand einer gehobenen Mittelschicht entsprechen, die Ausbeutung nicht unmittelbar erfährt, für die Disparitätskonflikte sich deshalb als skandalöse Ausnahmeerscheinungen darstellen können. So erwies sich das Bedürfnis, die eigene Wohngegend zu erhalten, z.B. im Frankfurter Westend, einem Wohnbezirk der Mittelschicht, als durchaus konflikt- und organisationsfähig. Die Bürgerinitiativ-Gruppe des Gebietes hatte ihr "Vertrauensverhältnis zur Stadt in Gefahr" gesehen, wenn es wirklich "der Stadt nicht möglich sei, sich gegen den im Westend austobenden Kapitalismus zur Wehr zu setzen" und wenn sich die Behörde weiterhin als unfähig erwiesen, an die praktischen Nöte der Westender zu denken. Im Unterschied dazu ließ sich bei den im Sanierungsgebiet Kreuzberg wohnenden, zu-

meist wenig qualifizierten Arbeitern und ihren Familien kein Vertrauen auf die Stadt mobilisieren, dessen Enttäuschung Ansatzpunkt zur Politisierung und Selbstorganisation hätte bieten können.

Was wir über die realen Chancen der Durchsetzbarkeit von Forderungen lokaler Gruppen in disparitären Bereichen gesagt haben, gilt aber auch für das Westend: Trotz aller Beachtung, die den Westendern von Seiten kommunaler und parteipolitischer Institutionen widerfuhr -sogar der Bebauungsplan wurde geändert- haben sie praktisch keinerlei Durchsetzung ihrer Interessen erreicht. Der Marktmechanismus und auf Bundesebene erlassenen Wohnbaufinazierungsbestimmungen besorgen unerschütterlich die Verdrängung der jetztigen Bewohner. Eine politische Antwort auf die relative Verschlechterung der Wohnbedingungen der Lohnabhängigen, die natürlich a u c h bewirkt wird durch die Umstrukturierung der Agglomerationsräume nach den Erfordernissen der konzentrierten Kapitale, kann nicht bestehen in isolierten Kämpfen gegen die Erscheinungsformen dieser Kapitalstrategien, wie dies in den hehandelten Beispielen von Stadtteilarbeit betrieben wurde. Wie die Geschichte der Wohnungsgesetzgebung der Bourgeoisie und ihrer Sozialgesetzgebung überhaupt zeigt, kann der Kampf gegen die Verschlechterung der Wohnbedingungen Erfolge überhaupt nur aufweisen, wenn er geführt wird im Zusammenhang des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.

ANMERKUNGEN

1 Vgl. Joachim Bergmann, Gerhard Brandt, Klaus Körber, Ernst Theodor Mohl, Claus Offe: "Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung", Referat auf dem 16. Deutschen Soziologentag, Frankfurt 1968, Manuskriptdruck sowie in: SPÄTKAPITALISMUS ODER INDUSTRIEGESELLSCHAFT ? Stuttgart 1969, S. 67 ff. Vgl. auch Claus Offe: "Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: POLITIKWISSENSCHAFT. Eine Einführung in ihre Probleme. Hg. von Gisela Kress und Dieter Senghaas. Frankfurt/Main 1969, S. 155 ff. Diese Arbeiten bzw. Vorarbeiten dazu sind ausserdem in zahlreichen Privatdrucken verbreitet.

Vorsichtige Rücknahme früherer Positionen in Claus Offe: "Notitzen zum Thema -Planung im Beruf-". In: Stadtbauwelt 61. 1970. H. 28, S. 277 - 279. Es geht hier um die Korrektur einer falschen Konzeption von Stadtteilarbeit, die von Offe theoretisch ausformuliert wurde, nicht um eine Auseinandersetzung mit Offe als Person. Aus diesem Grunde beschäftigen wir uns hier nicht mit dem zuletzt genannten Aufsatz.

2 z.B. Interview mit Karsten Voigt, Juso-Vorsitzender, mit der Frankfurter Rundschau 23. 9. 1970
Wichtig wäre in diesem Zusammenhang eine Untersuchung der Stadtteilarbeit von DKP-Gruppen (z.B. im Münchener Lehel), der objektiv - allem Anschein nach wenigstens - die gleichen Tendenzen zugrunde liegen, was insbesondere in einem ungeklärten Verhältnis von Stadtteilarbeit und Betriebsarbeit zum Ausdruck kommt.

3 Offe, a.a.O., S. 180 f.
4 Ebda.,S. 183
5 Ebda., S. 185
6 Ebda., S. 175
7 Bergmann u.a., a.a.O., S. 87
8 Claus Offe: "Sachzwang und Entscheidungsspielraum", in: STADTBAUWELT, Nr. 38/39, Berlin 1969, S. 187 ff.
9 Ebda., S. 190
10 Ebda., S. 191
11 Ebda., S. 189
12 Ebda.
13 Ebda., S. 191
14 Paul Davidoff: "Advocacy and pluralism in planings", in: JOURNAL OF THE AMERICAN INSTITUTE OF PLANERS , Nov. 1965, S. 331 ff.
15 Claus Offe: "Sachzwang und Entscheidungsspielraum", a.a.O., S. 191
16 Ebda., (Sperrung H.F.)
17 Vgl. im folgenden Danny Beagle, Al Haber, David Wellman: "Turf power and the man. Urban renewal, regionalization and the limits of community control", in: LEVIATHAN, Nr. 2, April 1969. Deutsch in: SANIERUNG - FÜR WEN ? a.a.O., S. 123 ff.
18 Ebda., S. 131. Wir erkennen hinter dieser scheinbar rein verwaltungstechnischen "Modernisierung" eine interessante Entwicklung. Während in der Zeit der offenen politischen Herrschaft der Bourgeoisie das Wahlrecht nach Vermögen gestaffelt war (Zensus-Wahlrecht), wurde angesichts des drohenden Anwachsens der Arbeiterbewegung das allgemeine Wahlrecht zugestanden, welches eine Basis der politischen Integration der Arbeiter als "Staatsbürger" in die "demokratische Gesellschaft" war. Heute scheint der Nebelschleier der "Sachgesetzlichkeit", der "Effizienz" u.s.w. für die großkapitalistische Bourgeoisie die parlamentarische Bemäntelung ihrer Klassenherrschaft überflüssig zu machen, zumindest auf den unteren und mittleren Ebenen der politischen Entscheidungen. Wenn sich Claus Offe schon die Mühe macht, die für die Erhaltung spätkapitalistischer Herrschaftssysteme problematischen Folgen des "Austrocknenes" der Institutionen der Öffentlichkeit nachzuweisen, so hätte er auch einmal danach fragen sollen, in wessen Interesse diese Institutionen trockengelegt werden.

19 Die direkte Abhängigkeit der Linienführung der verschiedenen Verkehrssysteme von den Bedürfnissen der stärksten Kapitale läßt sich z.B. auch an der Entstehung der S-Bahn und dem Ausbau der Wasserstraßen in Großberlin nachweisen. Vgl. Horant Fassbinder, u.a.: BERLINER ARBEITERVIERTEL I. Von der ursprünglichen Akkumulation zum Monopolkapitalismus, Berlin 2. Auflage 1971

20 Nach einem Bericht des NATIONAL GUARDIAN v. 27.5.67 betrug die Arbeitslosigkeit unter der Ghettobevölkerung von 13 US-amerikanischen Großstädten durchschnittlich 10 %. Die Rate von "Unterbeschäftigung" (Arbeitslose, "Arbeitsunwillige", Unterbezahlte, deren Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze von 3300 Dollar jährlich für eine vierköpfige Familie liegt) betrug durchschnittlich 33,9 %; in San Francisco (Mission-Fillmore) betrug die Arbeitslosenquote 11,1 %, die der Unterbezahlten 24,6 %. Aus: NOW. DER SCHWARZE AUFSTAND, hg. v. V.U. Brandes, München 1968, S. 105

21 Beagle u.a., a.a.O., S. 135
22 Ebda.
23 Ebda., S. 124
24 Ebda., S. 136 f.
25 Ebda., S. 137
26 Ebda., S. 138
27 Ebda.
28 Vgl. dazu die Lokalteile der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG u.d.Frankf.Runds.
29 Zu geringer Warenumsatz pro Quadratmeter oder pro Beschäftigten wird in den Sanierungsberichten des Berliner Senats häufig als Kriterium der Sanierungswürdigkeit angeführt.

30 Der Abend v. 3. 12. 70 berichtet darüber: "Für über 73 Mio. Mark soll nördlich des Kottbusser Tores das "Neue Kreuzberger Zentrum" entstehen. Für diese Randbebauung, die im Sanierungsgebiet des Bezirks liegt, wurden zuvor strukturelle und soziologische Erhebungen angestellt. Das Ergebnis ist ein städtebaulich reizvolles "Mischprojekt", das bis 1974 verwirklicht sein soll ... Angrenzend an die Skalitzer/Gitschiner Straße sollen -z.T. in Hochhäusern- 300 familiengerechte Wohnungen , ferner 15 000 qm Gewerbefläche als "Beletage der Kreuzberger Industrie geschaffen werden. Neben zahlreichen Geschäften und möglicherweise auch zwei Kaufhäusern wird es auch eine Reihe von Sozialeinrichtungen geben. Mittelpunkt mit Forumcharakter bildet ein Lesehof im Anschluß an die schon bestehenden Städt. Bücherei, der auch als Freilichttheater genutzt werden kann. Dem Hochhaus Kern wird ein gärtnerisch gestalteter "grüner Ring" umziehen. Für 700 Autos ist in Parkhäusern Platz. Für das geplante Wohn- und Geschäftsviertel mußten 29 Grundstücke erworben werden. Seine besondere Note erhält der Komplex durch einen Brückenbau, der die Adalbertstraße überspannt.

Durch die später hier entlangführende Stadtautobahn-Tangente besteht ein minutenschneller Anschluß an die City".

Auf die Schwierigkeiten, die alten Eigentümer zum Verkauf zu bewegen, ohne daß diese bereits jetzt große Teile der antizipierten Grundrente in kapitalisierter Form einstreichen, kann hier nur hingewiesen werden. Seit ca. 1963 bereits ziehen sich die Versuche des großen Industrie- und Handelskapitals hin, dies Hindernis schneller und vor allem billiger Sanierung zu beseitigen durch ein Städtebauförderungsgesetz.

31 Stadterneuerung in Berlin. Erster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin. Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin. Nr. 556, 12. 6.1964 S. 3.

32 Der Begriff "Infrastruktur" wird heir nicht im bescheänkt technischen, sondern im polit-ökonomischen Sinne gebraucht: Als die Gesamtheit jener staatlichen Vorleistungen für die private Akkumulation, deren Planung, Finanzierung und Nutzung die Bourgeoisie als gemeinschaftliches Geschäft betreibt aus jenem Teil des Mehrwerts, der in der Form von Steuern an ihren staatlichen Apparat fällt. Dafür, ob etwas der Infrastruktur zugerechnet wird oder nicht gibt es nicht die eindeutigen technischen Kriterien, nach denen bürgerliche Nationalökonomen vergeblich suchen. Das Interesse der mächtigsten Fraktionen der Bourgeoisie - oft genug erst erzwungen durch den Kampf der Arbeiterklasse - ist das einzige Kriterium dafür, ob eine Investition gemeinschaftlich durchgeführt wird oder individuell. Natürlich geht weder die Aufbringung dieses Teils des Mehrwerts noch seine Verwendung ab ohne "höchst erbaulichen Streit" zwischen den verschiedensten Fraktionen der Bourgeoisie.

Für Berlin werden die Ursachen für die Veränderung der Infrastruktur für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg untersucht in: Horant Fassbinder u.a.: BERLINER ARBEITERVIERTEL I. Von der ursprünglichen Akkumulation zum Monopolkapitalismus, Berlin 1971

33 Siehe dazu: Horant Fassbinder: Die Stellung der Industrie- und Handelskammer Berlin zur Berliner Stadtsanierung anhand ihrer Jahresberichte 1960 - 1959. Unveröffentl. Manuskript, 1970

34 Die individuelle Erfahrung der eigenen Ohnmacht "denen da oben" gegenüber äusserte sich in den Untersuchungsgesprächen häufig in Sätzen wie: "Die da oben machen ja doch, was sie wollen" oder "Die geben uns was, die nehmen uns was". Diese Erfahrung schlägt auf die Bereitschaft zur Organisation und auf die Einschätzung der potentiellen Organisierung von anderen zurück. Doch wurde die Notwendigkeit der Organisation häufig ausgesprochen, wenn auch meist in der Form eines individuell für utopisch gehaltenen Wunsches.

35 Claus Offe: "Sachzwang und Entscheidungsspielraum" , a.a.O. S. 191

36 Derselbe Bauleitplaner erklärte in einem informellen Gruppengespräch, ein "Zirkulieren von Unterprivilegierten mit nachfolgenden Slumerscheinungen", wie es sich in amerikanischen und westeuropäischen Großstädten als Folge der Flächensanierung gezeigt habe, werde sich auch in Westberlin nicht vermeiden lassen.